KRITIK MACHT UNS NUR STÄRKER

Texte zur rz-Diskussion

Inhalt:

S. 3 - **Gerd Albartus ist tot,** RZ, Dezember'91
S. 8 - **Fragen und Anmerkungen zum RZ-Papier,** AK, 13. Januar '92
S. 9 - **Entebbe war kein Einzelfall,** AK, 13. Januar '92
S.10 - **Verbrecherische Ideologie oder Befreiungsnationalismus?** AK, 13. Februar '92
S.15 - **Ich geh weg und such was Neues...,** Kritikpapier aus einem antiimperialistischen Zusammenhang, 3. Februar '92
S.22 - **Viele vernagelte Köpfe machen noch keine Revolution!** Einige Autonome, 27. Februar '92
S.25 - **Das Ende unserer Politik,** RZ, Januar'92
S.30 - **Flüchlings RZ auf der Flucht...?** Erasmus Hasenfuß, 2. April'92
S.31 - **Nachruf auf die RZ,** Gruppe Internationalistischer Feministinnen, März'92
S.39 - **Wenn das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird...** Pepone, 30. April'92
S.43 - **Revolutionäre Zellen - Tendenz zur internationalen Revolution,** 30. April'92
S.47 - **Wir müssen so radikal sein wie die Wirklichkeit,** RZ, Mai'92
S.52 - **Wenn die Nacht am tiefsten...** Ex-RZlerInnen, März'92
S.58 - **Noch was zum RZ-Papier,** Berliner Autonome GenossInnen, April'92
S.62 - **Anmerkungen zum RZ-Papier "Gerd Albartus ist tot",** politischer Gefangener aus den USA, April '92
S.67 - **Sechs Thesen, vier Mythen, zwei Wege, ein Ziel?** Wildcat, Juni '92

(zweite, erweiterte Fassung)

BR-01

Die Rechnung der russischen SozialrevolutionärInnen ging nicht auf: Das Volk nutzte das erfolgreiche Attentat auf den Zaren vom 1. März 1881 nicht zum Aufstand. Im Gegenteil. Es wartete von nun an umso vertrauensvoller darauf, daß die Rächer aus dem Untergrund die Sache der Entrechteten in die Hand nehmen würden. Das berichtet Vera Figner in ihrem Buch „Nacht über Russland".

- Mit der **Möglichkeit** zum Widerstand wird nicht auch gleichzeitig die **Notwendigkeit** dazu vermittelt. Das ist eine Erfahrung, die Teilen der Revolutionären Zellen auf die eigenen Füße gefallen ist. Ist es ein Fehler im Konzept des bewaffneten/militanten Kampfes? Wird das, was eine Initialzündung oder ein militanter Beitrag zu massenhaftem Widerstand sein soll, zwangsläufig zur StellvertreterInnen-Militanz?

– Sozialrevolutionäre Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie immer wieder über ihre Grenzen (**alle** Grenzen!) hinausgreift, das heißt auch, wenn sie sich in den internationalen amtiimperialistischen Widerstand einbindet. Die eigenen Prinzipien werden so durch die Rücksicht auf die Kampflinien anderswo auf harte Zerreißproben gestellt und dabei oft bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Schließlich fragt mensch sich: Sind das eigentlich noch **unsere** Ziele? Wir wollen uns nicht isolieren, aber wir wollen auch nicht unsere Ziele verraten. Dieses Dilemma gilt für die Spitzenmilitanz genauso wie für den Massenwiderstand.

Um diese beiden Fragestellungen kreist, grob zusammengefaßt, die offene Diskussion, die seit dem Nachruf auf Gerd Albartus im letzten Dezember zwischen und mit verschiedenen Revolutionären Zellen stattfindet. Ob das ganze zu einer Verabschiedung dieser Art von revolutionärer Arbeitsteilung führt, wie es die RZ aus NRW sieht, oder zu ihrer Umgestaltung, wie die meisten anderen meinen, ist noch nicht entschieden. Daß die Debatte darüber offen geführt wird und daß Gruppen aus der Illegalität nicht nur ihren Standpunkt mitteilen, sondern endlich auch mal auf Kritik **antworten**, ist ein ermutigender Fortschritt.

Wir veröffentlichen hier nochmal die Diskussionsbeiträge, soweit sie in Berlin zugänglich waren. Sicher sind in anderen Städten noch andere Papiere zirkuliert. Insofern ist diese Textsammlung nicht vollständig. Wir können nur hoffen, daß sie auch nicht abgeschlossen ist. Denn bis jetzt hat es aus der autonomen Bewegung zwar viel Kritik und Verteidigung für die Positionen der Zellen gegeben, aber keinen Versuch, die eigene Politik danach kritisch zu hinterfragen. Zum Beispiel das Prinzip der "klammheimlichen Freude".

Finden wir nun militante / bewaffnete Aktionen richtig oder nicht? Wir sollten uns nicht mehr länger mit der Antwort „für andere ja, für mich nicht!" drücken. Wenn wir Militanz gerechtfertigt finden, dann doch wohl deshalb, weil sie notwendig ist. Wenn sie aber notwendig ist, können wir nicht daran teilnehmen, indem wir uns darauf beschränken, die Praxis anderer zu befürworten; dann ist unser eigener Beitrag gefragt. Wenn wir sie aber falsch finden, dann ist unsere Kritik gefragt, und zwar unsere gut begründete und gleichzeitig schonungslos aufrichtige Kritik. Das ist nicht unsolidarisch, sondern das genaue Gegenteil: Augen zudrücken und Mund halten ist so ziemlich das unsolidarischste, was wir uns gegenseitig antun können. Kritik macht uns nur stärker.

August '92

infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

V.i.S.d.P:
Andrea Weber
Kottbusser Damm 42
1000 Berlin 36
Eigendruck im Selbstverlag

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

SCHLECHTE NACHRICHTEN IN EINEM STÜCK ZEITUNG

Heute, da mir die Freunde sterben,
sterben nur ihre Namen.

Wie kann man hoffen, aus dieser gewalttätigen Grube,
mehr als die Buchstaben zu erfassen, Schimmer von zärtlicher Schwärze, Pfeile bis in die vertrauten Erinnerungen?

Nur wer außerhalb der Gefängnisse lebt, kann die Leichen ehren,
sich reinwaschen vom Schmerz über seine Toten mit Umarmungen, mit Nagel und Träne die Grabsteine kratzen.

Die Gefangenen nicht: Wir pfeifen nur, damit das Echo die Nachricht beschwichtigt.

ROQUE DALTON

Gerd Albartus ist tot

Er wurde bereits im Dezember 1987 erschossen, nachdem er von einer Gruppierung, die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet und für die er gearbeitet hat, vor ein Tribunal gestellt und zum Tode verurteilt worden war.

Wir haben die Nachricht erst etliche Zeit später bekommen. Bis dahin waren wir davon ausgegangen, daß Gerd von einer Reise zu der Gruppe nicht zurückgekehrt war, weil er von den Hausdurchsuchungen, Fahndungen und Verhaftungen im Dezember 1987 wußte und befürchtete, bei einer Einreise in die BRD ebenfalls festgenommen zu werden. Versuche, über seinen Verbleib etwas in Erfahrung zu bringen, blieben entweder unbeantwortet oder bestätigten uns in dieser Vermutung. Wie die meisten seiner Freundinnen und Freunde, die sich um ihn sorgten, waren wir uns mit zunehmender Dauer seines Wegbleibens gewiß, daß er die Gelegenheit zum Anlaß genommen hatte, um sich der seit seiner Knastzeit verschärften polizeilichen Überwachung und Schikane zu entziehen. Er war, davon waren wir überzeugt, abgetaucht, zwar nicht in unserem Rahmen, aber an einem gesicherten Ort und in einem politischen Zusammenhang, dem er nahestand.

Daß es nochmals gedauert hat, bis wir uns endlich durchgerungen haben, unser Wissen um seinen Tod öffentlich zu machen, liegt an uns. Die Suche nach einer Antwort, die der Ungeheuerlichkeit des Anlasses auch nur einigermaßen angemessen gewesen wäre, in der das Bedürfnis nach Rache seinen Platz gehabt hätte, ohne daß es den Falschen trifft, ist ins Leere gegangen. Bemühungen, über die bloße Nachricht in einem Stück Zeitung hinaus eine Form zu finden, die unserem Entsetzen und unserer Trauer gerecht wird, sind fehlgeschlagen. Der Weg der Veröffentlichung ist zugleich Kapitulation vor weitergehenden Ansprüchen.

Natürlich gab und gibt es auch Kontroversen, wem mit einer Veröffentlichung gedient ist. Der Vorwurf wurde laut, daß wir lediglich dem Zeitgeist Tribut zollen und ausgerechnet in einem Moment reinen Tisch machen, wo die Abrechnung mit linker Geschichte fast schon eine Frage des guten Geschmacks ist. Der Text würde uns auf die eigenen Füße fallen, weil damit doch bloß die sattsam bekannten Klischees über die Spirale der Gewalt innerhalb bewaffnet kämpfender Gruppen zusätzliche Nahrung erhielten. Überdies wurde vor einer Schwächung der Palästina-Solidarität gewarnt. Eine derartige Nachricht, so differenziert sie auch vorgetragen würde, müsse zwangsläufig auf den gesamten palästinensischen Widerstand zurückfallen, weil kaum jemand imstande ist, das Geflecht der palästinensischen Organisationen und Fraktionen zu durchschauen, und wir selbst auch keine detaillierten Informationen über die konkreten Zusammenhänge beisteuern könnten. Dies aber sei vor dem Hintergrund des Golfkriegs und einer politischen Debatte, die sich auf die blödsinnige Alternative: Israel ja oder nein zugespitzt habe, ein Signal in die verkehrte Richtung. Und schließlich müsse uns bewußt sein, daß eine derartige Veröffentlichung eine Welle von Reaktionen auslösen würde, deren ganzes Ausmaß wir weder überschauen noch verantworten könnten.

Wir haben uns über all diese Einwände, auch wenn sie uns lange haben zögern lassen, letztendlich hinweggesetzt. Die berechtigte Sorge, der falschen Seite in die Hände zu arbeiten, darf nicht zum bequemen Freibrief werden, jeglichen Dreck unter den Teppich zu kehren. Sie war schon zu oft bloßer Vorwand, um das eigene Schweigen zu legitimieren. Vielleicht müssen wir umdenken, müssen lernen, daß Schwindel und Selbsttäuschung weit mehr zu unserem Scheitern beitragen als die offen geführte Kontroverse um unsere internen Widersprüche, selbst auf die Gefahr hin, daß der Gegner sich dies zunutze macht. Wer von Befreiung träumt, von den Schattenseiten des Befreiungskampfes aber nichts wissen will, hängt naiven Revolutionsvorstellungen nach, die dessen Wirklichkeit nicht standhalten. Wir wollen uns nicht an Legenden und Bilder klammern, die weniger unseren Erfahrungen als vielmehr naiven Projektionen oder aber handfesten Verdrängungen geschuldet sind. Wem nützen wir damit, wenn wir unter dem Banner des Internationalismus eine falsche Einheit vorgaukeln, während hinter den Kulissen die Gegensätze aufeinanderprallen. Nur wenn wir uns illusionslos mit den tatsächlichen politischen und ideologischen Widersprüchen auseinandersetzen, werden wir mit ihnen umzugehen wissen, sobald wir damit konfrontiert werden.

Es geht uns auch nicht um Enthüllung oder Anprangerung, selbst wenn wir nicht verhindern können, daß von dem Text in einer Weise Gebrauch gemacht werden wird, die uns jetzt schon anwidert. Die Befürchtung, wir könnten der falschen Seite Munition liefern, teilen wir nicht. Diese Seite war gerade in der jüngsten Zeit nicht schlecht gewappnet, und wo ihr die Munition ausging, konnte sie sich in den Archiven der Stasi nach Belieben bedienen. Wer uns eins auswischen will, braucht nicht auf unsere Vorgabe zu warten, sondern entscheidet selbst, wann die Gelegenheit günstig ist — egal, ob es stimmt. Und falls wir den Bullen tatsächlich neue Erkenntnisse offenbaren, so hat dies allenfalls zur Folge, daß ein Zielfahndungskommando aufgelöst werden kann.

Der Sinn der Veröffentlichung ist denkbar einfach: Wir wollen verhindern, daß ein Genosse, der uns wichtig ist, spurlos verschwindet. Wir wollen uns dem Eindruck widersetzen, als könne einer der unsren ohne Widerspruch umgebracht werden, selbst wenn uns die Mittel fehlen, dies zu vergelten. Wir wollen jeglichen Funken an Zweifel auslöschen, daß es für diese Entscheidung irgendeine Rechtfertigung gibt, die mit unseren eigenen Maßstäben in Einklang steht. Und wir wollen endlich, endlich dem grausig-grotesken Zustand ein Ende bereiten, daß seine Angehörigen, Freunde und Freundinnen weiterhin in der falschen Gewißheit leben, er sei, wenn auch weg und unauffindbar, in Sicherheit.

Für uns steht Gerds persönliche Integrität außer Frage. Über die Vorhaltungen, die die Gruppe ihm gemacht hat, haben wir nur vage Informationen, aber auch ein Mehr an Details könnte uns nicht in der Gewißheit erschüttern, daß es kein einziges

Argument gibt, das seine Erschießung erklärt. Was immer die Motive derer gewesen sein mögen, die ihn umgebracht haben, sie liegen jenseits seiner Person.

Im Gegenteil — es gehört zu den makaberen Paradoxien dieser Geschichte, daß Gerd, in dessen politischer Biographie die praktische Unterstützung des palästinensischen Widerstands durchgängig eine zentrale Rolle eingenommen hat, ausgerechnet einer jener Gruppen zum Opfer gefallen ist, die sich als Teil dieses Widerstands begreift.

2. Entebbe

Unser Wissen über die Gruppe wie über Gerds Verhältnis zu ihr ist begrenzt. Die Verbindungen gehen zurück auf einen Abschnitt unserer Geschichte, unter den wir aus politischen Gründen schon vor etlichen Jahren einen Schlußstrich gezogen hatten. Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge in der Zwischenzeit auch dort geändert, haben, überschauen wir nicht.

Gemeint ist die Zeit nach der gescheiterten Gefangenenbefreiung Ende Juni 1976. Damals hatte ein vierköpfiges Kommando, dem neben zwei Palästinensern auch zwei Mitglieder der RZ, Brigitte Kuhlmann und Wilfried „Bonni" Böse, angehörten, einen Airbus der Air-France in seine Gewalt gebracht und die Freilassung von mehr als 50 Genossinnen gefordert, die zum überwiegenden Teil in israelischen und westdeutschen Knästen gefangen gehalten wurden. An Bord der Maschine, die in Tel Aviv gestartet und auf dem Flug nach Paris in Athen zwischengelandet war, bevor sie von dort aus nach Entebbe umdirigiert wurde, befanden sich über 250 Passagiere, unter ihnen etwa 100 israelische Staatsbürger oder Juden anderer Nationalität. Nachdem die nicht-jüdischen Passagiere innerhalb weniger Tage freigelassen worden waren, verlängerte das Kommando sein Ultimatum, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen. Diese Zeitspanne nutzte die israelische Regierung, um eine militärische Lösung vorzubereiten. In der Nacht zum 4. Juli 1976 überfiel eine Spezialeinheit den Flughafen von Entebbe und bereitete der Geiselnahme ein blutiges Ende. Das Kommando kam dabei ums Leben, von den Gefangenen, deren Freilassung gefordert worden war, kein einziger frei.

Es hat Jahre gedauert, ehe wir diesen Rückschlag verkraftet hatten. Unter dem Eindruck des Verlustes der Freunde waren wir zunächst unfähig, die politische Dimension der Katastrophe zu ermessen, die Entebbe für uns bedeutete. Anstatt wahrzunehmen, was uns vorgehalten wurde, nämlich daß wir als Organisation an einer Operation teilhatten, in deren Verlauf israelische Staatsbürger und jüdische Passagiere anderer Nationalität ausgesondert und als Geisel genommen worden waren, beschäftigten wir uns vor allem mit dem militärischen Aspekt der Aktion und ihrer gewaltsamen Beendigung. Das Kalkül des Regimes sollte nicht aufgehen. Um zumindest die Option auf die Befreiung gefangener Genossinnen offenzuhalten, mußten wir handeln und durften uns nicht von den alarmierenden Nachrichten über den Ablauf der Geiselnahme und die Rolle unserer Genossinnen darin blockieren lassen. Die Meldung, es sei ausgesondert worden, hielten wir ebenso für ein Produkt psychologischer Kriegsführung wie die Behauptung, daß sich die deutschen Mitglieder des Kommandos dabei besonders hervorgetan hätten. Wir kannten Brigitte und Bonni als Antifaschisten, und wir wußten um ihre Motive, sich an der Aktion zu beteiligen. Unser Begriff von Solidarität verbot Kritik an den Genossinnen; eine Diskussion über Fehler wehrten wir ab, als ob Solidarität nicht prinzipiell das Risiko umfaßt, daß einzelne Genossinnen Fehler machen.

Ähnlich vordergründig blieb die Diskussion, wo es um die Suche nach Gründen für das Scheitern der Aktion ging. Zu mehr als Manöverkritik waren wir nicht imstande. Wir beklagten, daß die ursprünglichen Planungen und Absprachen nicht eingehalten worden waren und daß der faktische Ablauf auf den Kopf gestellt hätte, was eigentlich vorgesehen war. Wir kritisierten, daß die Aktion, die aus unserer Sicht einzig und allein einen pragmatischen Zweck verfolgte, nämlich die sofortige Freilassung politischer Gefangener, im Verlauf ihrer Dauer mehr und mehr den Charakter einer Propagandaaktion angenommen hatte, die sich vor allem Idi Amin zunutze zu machen verstanden hätte. Wir erhoben den Vorwurf, daß dem Kommando im Zuge der Operation die Befehlsgewalt entzogen worden war, und die Genossinnen nach der Landung in Entebbe bloß noch die Weisungen zu befolgen hatten, die an anderer Stelle und fernab des Geschehens ausgegeben wurden. Wir fanden uns schließlich ab mit dem Verweis auf die besondere Dynamik militärischer Operationen, auch wenn unser Vertrauen in eine direkte internationale Zusammenarbeit als besondere Qualität eines praktischen Antiimperialismus an seine Grenzen gestoßen war.

Daß die Grenzen dieser Zusammenarbeit nicht technischer oder taktischer, sondern politischer Art waren, sahen wir nicht, obwohl Stoßrichtung und Verlauf der Aktion eine deutliche Sprache sprachen. Das Kommando hatte Geiseln genommen, deren einzige Gemeinsamkeit darin bestand, daß sie Juden waren. Soziale Merkmale wie Herkunft oder Funktion, die Frage der gesellschaftlichen Stellung oder der persönlichen Verantwortung, also Kriterien, die wir eigentlich unserer Praxis zugrundelegten, spielten in diesem Fall keine Rolle. Die Selektion erfolgte entlang völkischer Linien. Daß die einzige Geisel, die die Flugzeugentführung nicht überlebte, ausgerechnet eine ehemalige KZ-Inhaftierte war, ging zwar nicht unmittelbar zu Lasten des Kommandos, lag aber nichtsdestoweniger in der Logik der Aktion. Was gut ein Jahr später im Fall Mogadischu, selbst unter Linksradikalen eine Welle der Kritik auslösen sollte, nämlich daß eine willkürliche Gruppe deutscher Urlauber zur Verhandlungsmasse wurde, darüber setzten wir uns im Fall Entebbe hinweg, obwohl der Verlauf der Aktion die einfachsten Grundsätze revolutionärer Politik und Moral, die wir sonst für uns in Anspruch nahmen, auf den Kopf gestellt hatte. Die entsetzliche Drohung, daß jeder, der israelisches Grundgebiet betritt, wissen muß, welches Risiko er auf sich nimmt, und daß er dieses selbst zu verantworten habe, war blutiger Ernst geworden.

Entebbe war kein Einzelfall, wohl aber der Kulminationspunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf wir uns mehr und mehr von dem entfernt hatten, wofür wir mal angetreten waren. Vergessen waren die Sätze, die Ulrike Meinhof knapp zehn Jahre zuvor aus Anlaß des Sechs-Tage-Kriegs geschrieben hatte: *„Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Israel mit ein."* Der schwarze September der Palästinenser, die israelischen Luftangriffe auf die Flüchtlingslager, das Massenelend in den besetzten Gebieten, das Regime des Schreckens, das die Besatzungsmacht dort ausübte, die Berichte aus den israelischen Gefängnissen waren uns Grund genug und zugleich Vorwand, unser Wissen über Auschwitz in den Hintergrund zu drängen. Wir machten uns die Losungen des palästinensischen Befreiungskampfs zueigen und setzten uns darüber hinweg, daß unsere Geschichte eine vorbehaltlose Parteinahme ausschloß. Wir interpretierten den Konflikt mit den Kategorien eines an Vietnam geschulten Antiimperialismus, mit denen er nicht zu ermessen war. Wir sahen Israel nicht mehr aus der Perspektive des nazistischen Vernichtungsprogramms, sondern nur noch aus dem Blickwinkel seiner Siedlungsgeschichte: Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für die Überlebenden und Davongekommenen, der eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemandem ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt. Die dramatische Tatsache, daß dieses Sicherheitsbedürfnis der Juden scheinbar nur gegen die Palästinenser zu realisieren ist, stürzte uns nicht in ein unlösbares Dilemma, wir nahmen sie vielmehr zum Anlaß, uns bedingungslos auf die Seite derer zu schlagen, die in unseren Augen die Schwächeren waren. Wo wir unter anderen Voraussetzungen auf der Unterscheidung zwischen oben und unten beharrten, sahen wir im Nahen Osten vor allem gute und schlechte Völker. Am Patriotismus der Palästinenser kritisierten wir allenfalls dessen Pathos, obwohl uns nicht zuletzt die Geschichte Israels ein warnendes Beispiel hätte sein müssen, daß die Verwirklichung der palästinensischen Maximalforderungen nicht das Ende von Ausbeutung und Unterdrückung, sondern lediglich deren Verewigung unter anderen Vorzeichen bedeuten würde. Leid und durchlebte Verfolgung bieten keinen Schutz davor, daß Menschen zu Ungeheuern werden, sobald sie sich als Staatsvolk zusammenballen. Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen. So begreiflich die Schlußfolgerungen waren, die die Palästinenser aus ihren Erfahrungen der Vertreibung und Verfolgung gezogen hatten — wir konnten sie in der Konsequenz nicht teilen, ohne in einen unauflöslichen Widerspruch zu unserer Geschichte wie zu unserem politischen Selbstverständnis zu geraten. Die legitime und notwendige Kritik an der israelischen Besatzungspolitik sowie die selbstverständliche Solidarität mit dem Widerstand der Palästinenser waren umgeschlagen in die Bereitschaft, jüdische Passagiere gleich welcher Staatsangehörigkeit für

den Terror und die Grausamkeiten des israelischen Regimes haftbar zu machen und damit sozialrevolutionäre Maßstäbe gegen die der Sippenhaft einzutauschen. Das Ausmaß an historischer Amnesie und an moralischer Desintegration, das in dieser Bereitschaft zum Ausdruck kommt, ist die schwerste Hypothek, mit der unsere Geschichte belastet ist.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die diese fatale Entwicklung erklären. Faktoren wie Mißtrauen und Zweifel uns selbst gegenüber, die wir aus dem reichen Norden kamen, oder Opportunismus angesichts der Möglichkeiten, die die Zusammenarbeit mit palästinensischen Organisationen bot, spielen dabei sicherlich ebenso eine Rolle wie der Handlungsdruck, unter dem wir aufgrund der Isolationsbedingungen in den westdeutschen Knästen standen, oder aber die Tatsache, daß wir mit unserem Begriff von Antizionismus nur Teil einer historischen Strömung waren, die fast alle Fraktionen der damaligen Linken erfaßt hatte. Aber so plausibel all diese Gründe auch sein mögen — sie entschuldigen nicht, daß wir in dieser Zeit enorme Fehler gemacht haben, Fehler, die nicht hätten passieren dürfen.

Wir können nicht für uns in Anspruch nehmen, daß wir all dies bereits damals, in den ersten Monaten nach Entebbe, so gesehen hätten. Statt in einer grundlegenden Debatte Logik, Ablauf und Resultat der Aktion einer schonungslosen Analyse zu unterziehen und daraus Schlußfolgerungen für unsere weitere Praxis zu ziehen, gaben wir uns mit halbherziger Kritik zufrieden. Die naheliegende Konsequenz, wieder an dem anzuknüpfen, wofür unsere Politik in der BRD stand, nämlich die Orientierung auf die sozialen und politischen Bewegungen im Lande, zogen nur einige.

Dennoch ist auch richtig, daß die Erfahrung von Entebbe tiefe Spuren hinterlassen hat. Der markige Satz von der Karawane, die weiterzieht, während die Hunde bellen, war mehr Spruch als daß er unsere Realität beschrieb. Das Wissen um die Katastrophe wirkte wie ein permanent schwelender Treibsatz fort, der uns immer wieder selbstkritische Diskussionen abverlangte, in denen wir an der Wahrheit nicht vorbeikamen. Die mehr unterschwellige als offene Auseinandersetzung hatte nicht nur Brüche in persönlichen Freundschaften zur Folge, sie hat auch an den Fundamenten unseres politischen Konzepts gerührt. Selbst wenn wir nicht im einzelnen auseinanderhalten können, in welchen Punkten die Erfahrung eine ursächliche Rolle gespielt hat oder wo sie lediglich den Hintergrund zu völlig anderen Diskussionen und Entscheidungen abgab — daß sie zentrale Bedeutung in der Bestimmung jener Positionen hatte, die unsere Politik in den folgenden Jahren geprägt haben, steht außer Frage. So berechtigt es also ist, uns einen Mangel an Bewußtheit zum Vorwurf zu machen, so falsch wäre es, zu negieren, daß sich Entebbe — und sei es nur in Form des schleichenden Gifts einer Lebenslüge — dauerhaft in unserem politischen Selbstverständnis niedergeschlagen hat.

Daß wir seitdem nichts mehr unternommen haben, was auf israelische Einrichtungen zielte, ist uns erst wesentlich später aufgefallen. Wo das Thema auf der Tagesordnung stand, haben wir nach westdeutschen Stellen gesucht, die von der Politik Israels profitierten. Die Behandlung palästinensischer Flüchtlinge durch die bundesdeutschen Asylbehörden verfolgten wir genauer als das Drama der Aufstandsbekämpfung in den besetzten Gebieten. Statt mißverständlicher Aktionen haben wir gar keine Aktionen gemacht, wenn wir Bedenken hatten, ob sie vielleicht antijüdisch waren oder zumindest so ausgelegt hätten werden können. Wir hatten allen Grund zur Zurückhaltung, wenn wir uns mit Motiv und politischem Gehalt des Antizionismus beschäftigten. Die Gewißheit, daß auch wir als Linke nicht gegen antisemitische Ressentiments gefeit sind, die notdürftig mit nationalrevolutionären Definitionen kaschiert werden, hat uns praktisch blockiert. Das Dilemma der politischen Abstinenz, das sich daraus ergab, schien einigen von uns eher dahingehend auflösbar, daß wir den Begriff der NS-Kontinuität und unser Leben in diesem Land zum Anlaß nahmen, nach den Spuren jüdischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Neuordnung zu suchen und uns darauf zu beziehen, als daß wir zwecks Legitimation und Befriedigung des eigenen Handlungsbedarfs politisch fatale Analogien zogen wie dies in manchen Dokumenten des linken Antizionismus geschieht.

Eine weitere Konsequenz war der allmähliche Rückzug aus den internationalen Kontakten. Allmählich, weil es alte, auch emotionale Verbindungen gab *und* weil wir uns selbst schwertaten, mit jenen Begriffen und ideologischen Konstrukten zu brechen, die eine Aktion wie Entebbe überhaupt möglich gemacht hatten. In diesem Prozeß hat sich ein Politikverständnis artikuliert und geformt, das sich fundamental von dem der Gruppe unterschied, mit der wir bis dahin zusammengearbeitet hatten. Differenzen, die wir lange Zeit ignoriert oder der Unterschiedlichkeit von Bedingungen bzw. unserem Metropolenstatus zugeschrieben hatten, erwiesen sich nun als knallharte Widersprüche, für die sich kein gemeinsamer Nenner mehr fand. Der Anspruch, aus unterschiedlichen Positionen heraus solidarisch zu handeln, stieß an seine Grenzen.

Die Zusammenarbeit mit jener Gruppe basierte auf einem Begriff von Antiimperialismus, der soziale Befreiung unmittelbar an die Erlangung staatlicher Souveränität koppelte. Die Beendigung der Fremdherrschaft, so dachten wir, sei gleichbedeutend mit dem Beginn der sozialen Revolution. Da die Befreiungsorganisationen das um seine Unabhängigkeit kämpfende Volk repräsentierten, waren sie der direkte Adressat internationaler Solidarität. Daß die Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete, daß sich die Führer der Befreiungsbewegungen, kaum hatten sie die Kommandoposten in den jungen Nationalstaaten besetzt, als Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebärdeten, daß von der frisch gewonnenen Unabhängigkeit vor allem die alten Kader profitierten, während das anhaltende Massenelend einer neuen Erklärung bedurfte, daß sich — kurz gesprochen — die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung vor allem für die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach, all das paßte nicht in unser Bild eines homogenen Befreiungsprozesses und wurde deshalb ausgeblendet. Erst in dem Maße, wie nach vollzogener Nationwerdung neue Kämpfe ausbrachen, wie sich vielfältigste Formen sozialer Gegenmacht artikulierten, deren antagonistischer Kontrahent der Komplex von Gewalt und Verwertung war, den jener Staat verkörperte, waren wir imstande, den Mythos nationaler Unabhängigkeit und den ihm immanenten, alle Differenzen homogenisierenden Volksbegriff zu relativieren. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß das Spektrum sozialer Bedürfnisse und Interessen nicht in den Befreiungsorganisationen aufging und daß die Dimension des Geschlechter- und des Klassenkampfs selbst im Prozeß antiimperialistischer Befreiung keinen Moment lang ihre Bedeutung verloren hatte. Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufrieden geben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Kommandanten basierte, waren es doch gerade jene, die als Kader unter den Bedingungen des Krieges die Instanzen und Formen zukünftiger Ausbeutung und Zurichtung schufen. Wir konnten nicht länger ignorieren, daß es wiederum die Männer waren, die in Gestalt des befreiten Nationalstaats die Schaltstellen der Verwertung besetzten und damit zugleich einen erneuten Anlauf unternahmen, die Kontrolle über die Frauen und die Reproduktion zurückzugewinnen. Wir mußten den Mythos des Volkskriegs auf seine revolutionären Qualitäten hinterfragen und ihn in seiner Doppelheit als Moment der Befreiung und als Form zerstörerischer Rationalisierung neu begreifen — einer Rationalisierung, zu deren ersten Opfern die Flüchtlinge ebenso gehörten wie die Frauen und Kinder in den Auffanglagern an den Grenzen zu den umkämpften Gebieten. Wir mußten — kurzum — brechen mit allen Facetten des leninistisch-stalinistischen Verständnisses nationaler Befreiung, das von Beginn an die Politik der Komintern bestimmt und das wir uns im Zuge der Rezeption des Marxismus-Leninismus Anfang der 70er Jahre eingehandelt hatten.

Es ist dies kein Vorwurf oder eine Denunziation jener, mit denen wir damals zusammengekämpft haben, sondern das — sicherlich sehr pauschale — Resümee einer Erfahrung. Es ist eine Kritik an falschen Harmonievorstellungen, wie wir sie lange Zeit gehabt haben und die hier vor allem von Seiten antiimperialistischer Gruppierungen ungebrochen genährt werden. Die Selbstverständlichkeit, mit der jede revolutionäre Gruppe oder Bewegung internationale Solidarität auf ihre Fahnen schreibt, steht im Widerspruch zu den Schwierigkeiten, sie einzulösen. Existenz und Gewalt des gemeinsamen Gegners reichen nicht aus, um die Gegensätze und Konflikte in den eigenen Reihen einzudämmen. Immer wieder brechen auch hier Antagonismen auf, die ihre Ursache in der Unterschiedlichkeit von Interessen und Zielvorstellungen oder in selbst errichteten ideologischen Barrieren haben. Immer wieder kommt der Moment, wo das, was die eine Gruppe für unbedingt richtig und notwendig hält, in den Augen der anderen schädlich und falsch ist. Daraus ergeben sich trotz des Anspruchs auf Gemeinsamkeit im Handeln und Geschlos-

senheit vor dem Gegner schärfste Auseinandersetzungen, die bis zur Selbstzerfleischung reichen können. Über den Ausgang solcher Kontroversen innerhalb des revolutionären Lagers aber entscheiden nicht der gute Wille und die bessere Absicht, darüber entscheiden — wie sonst auch — die Machtverhältnisse.

3. Verschiedene Wege

Gerd hatte in der Zeit nach Entebbe im Knast gesessen. Er war bei dem Versuch, ein Kino in Brand zu stecken, in dem der Film über die Flugzeugentführung seinerzeit lief, von einer Observationsgruppe beobachtet und einen Tag später im Januar 1977 verhaftet worden. Vom Düsseldorfer Oberlandesgericht wurde er wegen versuchter Brandstiftung und Mitgliedschaft in den RZ zu fünf Jahren Knast verurteilt. Als er Ende 1981 wieder rauskam, traf er bei uns auf eine gänzlich veränderte Situation. Den Bruch, den wir mit diesem Teil unserer Geschichte vollzogen hatten, hat er für sich nie akzeptiert.

Er teilte die Kritik anderer GenossInnen, mit denen es aufgrund der von uns beschlossenen Loslösung aus den internationalen Verbindungen harte Auseinandersetzungen gab, die bis hin zur Trennung gingen. Die Reduktion auf den eigenen Zusammenhang empfand er als Schwächung, die Betonung der politischen Differenz als Spaltung. Der Preis, den wir für die Hervorkehrung unserer Autonomie bezahlten, sei das Verschwinden in der Bedeutungslosigkeit. Der freiwillige Verzicht auf die Umsetzung eines konkreten Antiimperialismus mache nicht nur unseren revolutionären Anspruch zur Farce, er komme zugleich einer Kapitulation vor ganz praktischen Anforderungen wie der Erhaltung der Option auf Gefangenenbefreiung, der Sicherung von Rückzugsmöglichkeiten oder der Bewahrung eines bestimmten Aktionsniveaus gleich. Es sei eine Fiktion zu glauben, die RZ könnten aus eigener Kraft den Aufgaben nachkommen, die wir uns gestellt hätten. Überdies werde der Bruch einen Verlust an subjektiver Radikalität zur Folge haben; er sei jetzt schon eher unserer Kleinmütigkeit als einer wirklichen Notwendigkeit geschuldet. Für den trügerischen Vorteil einer „reinen Weste" hätten wir die RZ auf das Niveau linker Kleingruppenmilitanz gebracht und den Guerilla-Anspruch über Bord geworfen. Unsere „Selbstkritik" in Sachen Entebbe und danach sei ein Dokument verlogener doppelter Moral, die nur haltbar sei, weil wir andere Realitäten aus unserer Wahrnehmung vollkommen ausblendeten. Es sei ein verkehrtes Wunschbild und zugleich zynisch gegenüber tatsächlichem Leiden, wenn wir revolutionär sein und selbst vor allem saubere Finger behalten wollten. Politik funktioniere nicht nach den Maßstäben zwischenmenschlicher Moral. Der Bruch, so prophezeite er uns, würde das rasche Ende der RZ einleiten.

Gegenüber unserer Entscheidung hielt Gerd fest an der Idee eines unmittelbaren Bezugs auf den palästinensischen Widerstand, nicht zuletzt weil er sich von der dort erfahrenen Solidarität und subjektiven Radikalität angezogen fühlte. Daß diese Entschlossenheit von zutiefst machistischen Verkehrsformen durchsetzt war, war ihm in der ganzen Widersprüchlichkeit bewußt und hinderte ihn, sich definitiv für ein Leben in diesen Strukturen zu entscheiden. Er versuchte, der Unterschiedlichkeit von Zielsetzungen und Anforderungen in seiner Person gerecht zu werden. Trotz der Widersprüche, die sich daraus zwischen ihm und uns ergaben, empfanden wir es auch als Stärke, daß er in Gegensätzen denken und Spannungen aushalten konnte, die sich nicht zuletzt aus der Ambivalenz und Gebrochenheit metropolitaner Subjektivität ergeben. Wo wir uns auf das scheinbar sichere Terrain einer politischen Praxis zurückgezogen hatten, die wir für überschaubar hielten, suchte er umfassendere Lösungen. Wo uns Zweifel, Fragen, Unsicherheiten zurückhielten, schlug er sich durch nach dem Motto: „Scheißegal, muß laufen." Er bewahrte die alten Kontakte, weil er es wollte und weil er sich den GenossInnen dort gegenüber in der Verantwortung wußte, vielleicht aber auch in der unausgesprochenen Erwartung, daß wir uns eines Tages eines Besseren besinnen würden und er die abgebrochenen Kontakte wieder knüpfen könnte. Wenn wir ihn auf eine definitive Entscheidung festnageln wollten, hat er sich entzogen. Er beharrte auf seinem eigenen Weg — gegen totalitäre Gruppenansprüche, gegen alle Vereinnahmungsversuche, von welcher Seite denn auch. Er hat sich verweigert, wo der schmale Grat von Verbindlichkeit hin zu Reglementierung überschritten wurde. Wir hatten unsere Schwierigkeiten damit und haben ihn trotzdem gerade deswegen geliebt. Die Art und Weise, wie er seine Überzeugung lebte, hat uns immer auch fasziniert, gerade weil sie uns in der Form fremd war.

Er ließ sich auf keine Sache absolut zwingen, selbst wenn sie ihm noch so richtig erschien. Wer ihn kannte, weiß um die tausenderlei Geschichten, auf die er sich einließ, ohne sich auf eine reduzieren zu lassen. Dem Puritanismus und Rigorismus mancher Linker, die irgendwann darüber lamentieren, daß sie einen Teil ihres Lebens der Revolution geopfert haben, mißtraute er zutiefst. Was bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck von Unstetigkeit erweckt haben mag, war die Lust, in Widersprüchen zu leben, die geboren war aus der Gewißheit, daß der geradlinige Weg mathematisch zwar die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten, politisch aber mit Sicherheit nicht der schnellste und beste Weg zum Erfolg ist. Was links und rechts dabei herunterfällt, könnte sich später als unentbehrlich und nicht ersetzbar erweisen. Die Vereinbarung von scheinbar Gegensätzlichem und die Selbstbehauptung gegen alles, was andere und anderes ausschließt, war seine Antwort auf die Frage, wie ein Leben im Antagonismus zu den herrschenden Verhältnissen unter metropolitanen Bedingungen überhaupt möglich ist.

Daß er mit dieser Auffassung, die er nicht propagierte, sondern lebte, überall aneckte, kann man sich vorstellen, wenn man sich die ganze Palette seiner Tätigkeiten vergegenwärtigt, die sein Leben nach dem Knast ausmachten. Er arbeitete als Angestellter der Grünen im Europa-Parlament und verfaßte Reportagen für den WDR, in denen er sich gleichermaßen mit Fragen der Sicherungsverwahrung wie mit verbotenem Glücksspiel oder Triathlon auseinandersetzte, Er engagierte sich in der Knastgruppe, schrieb und besuchte gefangene GenossInnen, wirkte mit bei der Gründung der Zeitung „Bruchstücke" und pflegte zugleich in einträglicher Weise seine Kontakte zu ehemaligen Mitgefangenen, die inzwischen auf freiem Fuß waren. Er lebte offensiv als Schwuler, organisierte Veranstaltungen zum Thema AIDS und genoß die Schwulenszene auf Ibiza. Er veröffentlichte Texte über die Politik Israels und übernahm Aufgaben, die sich aus seinen internationalen Kontakten ergaben. Er lebte mitten in der Düsseldorfer Politszene und entzog sich ihr, wenn ihm der legale Handlungsrahmen zu eng wurde. Er kritisierte die Halbherzigkeit der RZ und half uns vorbehaltlos, wo es in seinen Möglichkeiten stand. Er hat bei vielen Erwartungen geweckt und zwangsläufig nur einen Teil erfüllt. Wer ihn ganz wollte, wurde immer auch enttäuscht.

4. Keine Rechtfertigung

Als Gerd im November 1987 zu einem Treffen mit der Gruppe fuhr, tat er dies auf eigenes Drängen. Die Tatsache, daß ihm unmittelbar nach seiner Ankunft der Prozeß gemacht wurde, muß ihn vollkommen unvorbereitet getroffen haben. Er kann sich keines Fehlers, keines Versäumnisses bewußt gewesen sein. Andernfalls hätte er die Reise mit größeren Bedenken angetreten, weil er sich über den Kodex und die Regeln der Gruppe keinerlei Illusionen machen konnte und sie akzeptierte.

Wir wollen keine Spekulationen anstellen über die Beweggründe derer, die seinen Tod zu verantworten haben. Offensichtlich ist nur, daß hier Maßstäbe aufeinanderprallen, die zweierlei Welten entstammen. Unter Bedingungen, die von der Logik des Kriegs diktiert werden, zählen unbedingte Gefolgschaft und Bereitschaft zur Unterordnung, dort stoßen Ansichten und Verhaltensweisen, die nicht mit den gewohnten Mustern übereinstimmen, auf Mißtrauen und Ablehnung. Wo das alltägliche Leben von militärischen Angriffen, vom permanenten Ausnahmezustand, von Ausgangssperren, Verhaftungen und Folter bestimmt ist, sind die Fronten klar. Dort ist wenig Raum für Ambivalenzen, die der metropolitanen Herkunft geschuldet sind, dort muß die Frage nach der eigenen Person fast lächerlich klingen. Was hier als Suche, als Probieren, als Ringen um neue Impulse nicht nur seine Berechtigung hat, sondern unbedingt erforderlich ist, sieht sich dort schnell des Verdachts der Unentschlossenheit, der Zögerlichkeit, der Abweichung ausgesetzt. Vom Zweifel an der Loyalität zum Vorwurf des Verrats aber ist es nur ein kleiner Schritt, samt der mörderischen Konsequenzen, die damit verbunden sind.

Und dennoch finden wir eine solche Erklärung falsch, sie ist vordergründig und kurzsichtig. Sie legitimiert eine bewußte Entscheidung mit dem Zwang der Verhältnisse und erklärt die zu Opfern ihrer Handlungen, die sie doch begangen haben. Die Erfahrung der Grausamkeit des Gegners enthebt niemanden der Verpflichtung, zu jedem Augenblick Auskunft über die Mittel und Methoden geben zu können, die er selbst anwendet. Der leichtfertige Spruch von der Entwertung des Lebens unter den Bedingungen des Kriegs, mit dem wir nach Erklärungen für Vorgänge suchen, die für uns unfaßbar sind, ist ein Zynismus,

der von den Bildern der Leidtragenden Lügen gestraft wird. Zudem suggeriert er im konkreten Fall, daß das, was in die Verantwortung einer einzelnen Gruppierung fällt, für den palästinensischen Widerstand in seiner Gesamtheit gilt. Wir haben jedoch keinerlei Veranlassung zu irgendwelchen Pauschalisierungen, wir halten es für verkehrt, von den Regeln und Methoden einer Gruppe auf die Verfaßtheit einer gesamten Bewegung zurückzuschließen.

Nein: Die Bereitschaft zur Ermordung eines Genossen läßt sich nicht mit der Härte der Bedingungen entschuldigen, sie ist Ausdruck einer politischen Programmatik, deren einziger Gehalt die Erringung der Macht und deren Sprache die der künftigen Despoten ist. Die Geschichte ist voll von Beispielen revolutionärer Organisationen oder Bewegungen, die unter vergleichbar brutalen Bedingungen kämpfen mußten, ohne daß sie sich — unter Berufung auf die Niedertracht des Gegners — dessen Methoden zueigen gemacht haben. Daß dies der geringere Teil ist, daß die Mehrzahl der bolschewistischen Parteien und nationalen Befreiungsorganisationen nach der Devise verfahren ist, daß der Zweck die Mittel heilige und gegen den Feind alles erlaubt sei, wenn es nur der Sache dient, ist kein Gegenargument. Es ist dies eine politische Auseinandersetzung, die ihre historischen Bezugspunkte in der Pariser Kommune ebenso wie in der Oktoberrevolution oder im Spanischen Bürgerkrieg hat. Wo der Sieg zum Maßstab aller Dinge wird, werden nicht nur die besten, sondern auch die schlimmsten Kräfte frei. Wer die Macht, koste es, was es wolle, erringt und sie um jeden Preis verteidigt, untergräbt sie im selben Moment. Die Perversion der Revolution, schrieb Rosa Luxemburg an die Adresse der Bolschewisten, ist schlimmer als ihre Niederlage. Das Argument des Erfolgs, auf das die orthodoxen Kommunisten jahrzehntelang gegenüber den „romantischen Verlierern" aus den libertären Gruppen gepocht haben, erweist gerade dieser Tage seine Unzulänglichkeit. Daß sich hier auch eine Männerwelt austobt, daß es immer auch darum geht, obsolet gewordene Machtbastionen und Einflußsphären gegeneinander wie gegen Ansprüche von unten abzuschirmen, und daß in einer solchen Welt eine schwule Identität per se auf Argwohn stößt, können und wollen wir nicht länger ignorieren. Weil wir dies gelernt haben und weil wir uns lieber in der Tradition der spanischen AnarchistInnen als in der der Komintern sehen, verwehren wir uns gegen alle beschönigenden Reden, die sich auf die Gesetze des Krieges berufen. Bestimmte Regeln sind möglicherweise andernorts erklärlich, aber sie verschaffen sich Geltung, weil dem eine bewußte politische Entscheidung vorausgeht. Wir können sie uns nicht nur nicht zueigen machen, weil wir unter anderen Bedingungen kämpfen, sondern weil sie in diametralem Gegensatz zu unseren eigenen Bestrebungen und Utopien stehen. Der Tod von Gerd macht ein weiteres Mal deutlich, daß zwischen diesem und unserem Denken Welten liegen, zwischen denen keinerlei Vermittlung möglich ist.

Daß wir die Gewalt in den eigenen Reihen bislang tabuisiert haben und uns erst jetzt drüber entsetzen, wo sie uns selbst ereilt, ist eine Kritik, die wir uns gefallen lassen müssen. Wir haben keine Entschuldigung dafür. Erst der Tod von Gerd hat uns für das Ausmaß der Tragödie empfindsam gemacht, die es bedeutet, daß auch innerhalb revolutionärer Organisationen politische Fragen mit militärischen Mitteln beantwortet werden. Er war Anlaß, uns all der tausenden, bekannten und namenlosen GenossInnen zu erinnern, die ihr Leben gelassen oder gelitten haben, weil sie des Verrats beschuldigt wurden oder einfach nur zwischen die Mühlsteine eines innerorganisatorischen Machtstreits geraten waren.

Ein Einwand gegen revolutionäre Praxis überhaupt ist sein Tod jedoch nicht. Das Wissen um die Gewalt in den eigenen Reihen ist uns Grund zum Einhalt, zur Trauer, zur Verzweiflung, nicht aber eine willkommene Gelegenheit, um das Handtuch zu werfen und unsern Frieden mit den Verhältnissen zu schließen. Wer uns so versteht und meint, wir würden nun, wo es einen der unseren getroffen hat, in das Horn derer blasen, für die Terror schon immer ein normales Mittel des politischen Geschäfts war, befindet sich auf dem Irrweg. Die Selbstgefälligkeit und Heuchelei jener Bürger, die gerade jetzt genußvoll in den Wunden revolutionärer Bewegungen wühlen und sich darin überbieten, Spuren für ihren moralischen Verfall ausfindig zu machen, während sie geflissentlich übersehen, auf welchen Leichenbergen der von ihnen geschätzte westliche Wohlstand und das als Schlachtruf zu neuen Ehren gekommene System der Demokratie errichtet sind, stoßen uns lediglich ab.

Die Auseinandersetzung, die die Ermordung von Gerd ausgelöst hat, spielt sich diesseits der Barrikade ab. Sie wird sich mit dem Zusammenhang von Politik und Moral, dem Gegensatz von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung und dem Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und Terror zu befassen haben. Zur Disposition steht jenes leninistische Erbe, das sich in unsere Köpfe eingegraben hat und unser politisches Denken stärker bestimmt als uns oftmals bewußt ist. Der Rekurs auf die Geschichte kann die Schwierigkeiten, vor denen wir hier stehen, ebenso wenig lösen wie der emphatische Bezug auf die weltweiten Kämpfe. Gerade weil revolutionäre Politik in einem Land wie der BRD so isoliert ist, muß sie sich immer wieder eines sozialen Orts versichern, will sie mehr sein als der bloße Ausdruck der subjektiven Befindlichkeit ihrer Akteure oder der schwache Abglanz ideologischer Konstrukte. Wie schnell all die schönen Worte und die besten Absichten zu bloßer Makulatur werden, sobald wir uns nicht mehr auf eine konkrete Realität beziehen, sondern an Forderungen orientieren, die ihren Ursprung in anderen Bedingungen haben, davon zeugt nicht zuletzt dieses Kapitel unserer Geschichte.

1973 haben GenossInnen der RZ in einem Interview gesagt: *„Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den (...) viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren, und den die Massen auch nicht verstehen und der sie vorläufig auch nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. Dieser Teil des Kampfes bezieht sich auf den Internationalismus, wo es primär um die Solidarität mit den Genossen ausländischer Guerillabewegungen geht und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern anderer Länder."* Was dort als Versuch formuliert wurde, eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklung zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht. Daß wir jahrelang zu Entebbe geschwiegen haben, lag nur in der Logik des Arguments. Zugleich war dieses Schweigen jedoch auch das beredte Eingeständnis, daß wir uns in eine Sackgasse manövriert hatten: Was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem Gegensatz dazu. Wir mußten uns entscheiden. Wer unsere Praxis in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß, wie diese Entscheidung ausgefallen ist.

Revolutionäre Zellen Dez. 91

Fragen und Anmerkungen zum RZ-Papier

Das in der taz in großer Aufmachung veröffentlichte Papier beginnt mit den Worten „Gerd Albartus ist tot". Nicht beantwortet wird die sich aufdrängende Frage: Woher haben die Verfasser die *Gewißheit*, daß diese Aussage zutrifft? Ein paar Absätze weiter sagen sie, in Erläuterung ihrer (vorgeblichen) Motive für diese Erklärung: sie wollten damit den falschen Hoffnungen der „Angehörigen, Freunde und Freundinnen" von Gerd Albartus ein Ende machen. Wer diese nicht leichte Verantwortung auf sich nimmt — einen Menschen definitiv für tot zu erklären —, müßte sich eigentlich seiner Sache *absolut* sicher sein. Absolut sicher könnten sich darüber aber nur diejenigen sein, die ihn getötet haben oder später seine Leiche gesehen und identifiziert haben. Andernfalls müßte es heißen: „*Nach den uns vorliegenden Informationen* ist *mit größter Wahrscheinlichkeit* davon auszugehen, daß Gerd Albartus tot ist."

Das mag übertrieben spitzfindig klingen. Aber: in dem gesamten Papier wird nirgends erklärt, *wann*, *auf welche Weise* und *von wem* man die „Nachricht" von Gerd Albartus' Tod erhalten hat — und warum man diese Information für so absolut glaubwürdig hält, daß man sie nun in dieser definitiven Form publiziert. Das fällt vor allem vor dem Hintergrund auf, daß (Angaben der Verfasser selbst zufolge) sie — nach einer zeitlich nicht genauer bestimmten Phase der Zusammenarbeit — mindestens sechs bis möglicherweise neun oder zehn Jahre vor der „Hinrichtung" den „Bruch" mit den angeblichen Tätern „vollzogen" und die „Kontakte abgebrochen" haben. Gerd Albartus, vermuten sie, hätte noch die Hoffnung gehegt, durch seine Person diese abgebrochenen Kontakte irgendwann wieder herstellen zu können. Die AutorInnen selber geben an: „Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge in der Zwischenzeit auch dort verändert haben, überschauen wir nicht."

Aber nicht nur die unvermittelte Sicherheit, mit der über das angeblich stattgefundene Tribunal und die Erschießung von Gerd Albartus durch eine Gruppe berichtet wird, von der man wenig weiß und zu der man seit Jahren keinen Kontakt hatte, fällt auf. Über die Motive, die diese Gruppe immerhin zum Mord an einem wichtigen westdeutschen Kontaktmann und Mitkämpfer geführt haben sollen, habe man nur vage Informationen. Mehr darüber zu erfahren hat man offenbar gar nicht versucht, da auch ein „Mehr an Details" die Überzeugung von der persönlichen Integrität Gerd Albartus' nicht erschüttern könne. Das ist eine achtbare Haltung. Von Außenstehenden fordert sie jedoch eine nicht hinterfragbare Übernahme der behaupteten Version. Ärgerlich wird es da, wo dann trotz der Feststellung, man wolle keine Spekulationen über die Beweggründe anstellen, genau dieses in extenso und völlig unbelegt getan wird: von den Maßstäben aus zweierlei Welten ist die Rede, von Ansichten und Verhaltensweisen, die nicht mit den gewohnten Mustern übereinstimmen, und von der schwulen Identität von Gerd Albartus, die in der „Männerwelt" der palästinensischen Gruppe „per se auf Argwohn" gestoßen sei. Wie daraus ein Grund für die Ermordung des Genossen werden konnte, wird im konkreten nicht einmal angedeutet. Stattdessen werden allgemeinste Verdächtigungen ins Feld geführt. In der zitierten „Männerwelt" etwa sei es darum gegangen, „obsolet gewordene Machtbastionen und Einflußsphären gegeneinander wie die Ansprüche von unten abzuschirmen".

Im Kontrast zu der Enthüllung verborgenster Triebkräfte aus dem Innenleben wird eine eindeutige Definition der „Gruppierung, die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet", eine simple Veröffentlichung ihres Namens, sorgsam vermieden. Warum diese Diskretion? Es kann doch sicher nicht darum gehen, die Mörder eines Genossen zu decken?! Das verträgt sich überdies absolut nicht mit dem „Bedürfnis nach Rache", das an anderer Stelle postuliert wird und das als Begründung für die späte Veröffentlichung der Erklärung herhalten muß. Man habe von Gerd Albartus' Tod erst „etliche Zeit später" — Wochen, Monate, Jahre? das bleibt völlig offen — erfahren. Danach habe es bis zur Veröffentlichung „nochmals gedauert", weil man über Mittel nachgedacht habe, den angeblichen Mord zu „vergelten". Wem drängte sich da nicht sehr rasch die Feststellung auf, daß es solche Mittel (abseits von Rambo-Phantasien) nicht geben kann (und daß „Rache" eh eine zumindest fragwürdige politische Kategorie ist)? Dagegen läge es absolut nahe, eine Gruppe, die Genossen ermordet, eindeutig zu brandmarken und eine öffentliche Diskussion darüber zu beginnen. Erfahrungsgemäß liegt in der Drohung mit der politischen Isolierung und dem Entzug jeglicher Solidarität die einzige Chance, diese Art von „politischer Auseinandersetzung" zu stoppen (wie es im Falle der PKK durchaus Wirkung gezeigt hat).

Offenbar geht es darum aber gar nicht. Tatsächlich wird an keiner Stelle des Papiers eine Selbstkritik und eine praktische Veränderung des Verhaltens der Gruppe eingefordert. Jeder zielgerichtete politische Druck wird dadurch unterbunden, daß die angeblichen oder tatsächlichen Täter nicht benannt werden, sondern ihre Tat als zwangsläufige und unabänderliche Folge eines Politikverständnisses dargestellt wird, mit dem die Autoren ganz generell nichts mehr zu tun haben wollen.

Offenbar *sollen* die LeserInnen über die Identität der Gruppe spekulieren. Für die Entebbe-Aktion war damals bekanntermaßen die PFLP verantwortlich gemacht worden (was diese aber dementierte — vgl. AK 85 vom 26.7.76). Es wird aber anscheinend der Eindruck gewünscht „Auch jede andere Gruppierung könnte es gewesen sein". Das dehnt die Streuwirkung der Vorwürfe auf den palästinensischen und tendenziell jeden antiimperialistischen Widerstand aus.

Exkurs betr. Entebbe

Am 27. Juni 1976 wurde eine Air France Maschine auf dem Flug Tel Aviv-Paris nach einer Zwischenlandung in Athen von einem vierköpfigen „Kommando" entführt, das aus zwei Deutschen und zwei Arabern bestand. An Bord befanden sich 256 Passagiere und eine französische Crew von zwölf Leuten. Das „Kommando" verlangte die Freilassung von 53 Gefangenen. Von diesen befanden sich 40 in Israel, sechs in der BRD, fünf in Kenya, sowie je einer in der Schweiz und Frankreich. Von diesen fünf Staaten waren nur aus Israel und Frankreich Passagiere in dem Flugzeug.

Etwa drei Stunden nach Beginn der Entführung landete die Maschine in Bengasi, Libyen. Von dort aus startete sie sechs Stunden später nach Entebbe, Uganda. Noch während des Aufenthalts in Bengasi sammelten die Entführer sämtliche Personalpapiere der Passagiere ein — unter der Drohung, jeden „hart zu bestrafen", der Papiere zurückhalten würde. Ebenfalls in Bengasi durfte eine schwangere Frau das Flugzeug verlassen — sie lebte zwar in Petach Tikwa, Israel, hatte aber einen britischen Paß.

Am frühen Morgen des 28. Juni landete die Maschine in Entebbe. Dort wurden alle Passagiere in das Flughafengebäude gebracht. Am Abend des 29. Juni wurden die Geiseln räumlich getrennt. Anhand einer Liste wurden alle, die einen israelischen Paß hatten, darunter auch solche mit doppelter Staatsbürgerschaft, namentlich aufgerufen und aufgefordert, sich in einen anderen Raum zu begeben. Am 30. Juni wurden 47 der übrigen Geiseln freigelassen, und am 1. Juli noch einmal 100 oder 101. In den meisten Berichten heißt es, daß sich damit nur noch die israelischen Staatsbürger (und die französische Crew) als Geiseln im Flughafengebäude befanden. Aus den sehr präzisen Aufzeichnungen eines israelischen Beteiligten geht hingegen hervor, daß zusätzlich zur Crew auch zwanzig junge französische Passagiere bis zuletzt festgehalten wurden. Diesem Bericht zufolge wurden dann die israelischen und französischen Geiseln zusammen in der Haupthalle des Gebäudes gefangengehalten.

In der Nacht vom 3. auf den 4. Juli landeten israelische Spezialtruppen in Entebbe und stürmten das Gebäude. Die Entführer wurden „außer Gefecht gesetzt", die Geiseln befreit. Bei der Aktion wurden zwei Geiseln getötet und mehrere weitere verletzt. Außerdem wurden eine große Zahl ugandischer Soldaten erschossen, die den Flugplatz bewachten. Sieben Entführer wurden später in dem Gebäude tot aufgefunden. Das zunächst vierköpfige Kommando war in Uganda verstärkt worden. Aus verschiedenen Berichten geht

hervor, daß am Ende insgesamt mindestens neun „Terroristen" beteiligt waren. Möglich wäre, daß einige Entführer gefangengenommen und in Israel später zu Tode verhört wurden. (Daß israelische Truppen bei einer solchen Aktion nicht versucht hätten, wenigstens *einen* der „Terroristen" *lebend* in die Hand zu bekommen, um Informationen zu erhalten, ist nach sonstigen Erfahrungen unwahrscheinlich.)

Daß die Trennung der israelischen Passagiere von den Übrigen von vielen Beteiligten und von der israelischen Öffentlichkeit als „Selektion" wahrgenommen wurde, ist nachvollziehbar. Der Vorgang als solcher ist schlimm genug. Dennoch ist die Formulierung, es seien „Israelis *und Juden*" von den anderen getrennt worden, eine propagandistische Zuspitzung. Es gab, sämtlichen Berichten zufolge, für die Trennung der Passagiere kein anderes Kriterium als die eingesammelten Personalpapiere. Es gibt keinen Anhaltspunkt, daß irgendjemand, der keinen israelischen Paß hatte, abgesondert wurde „nur weil er Jude war". Die ersten Meldungen über die „Selektion" gelangten nach Israel durch *jüdische* Passagiere, die in der ersten Gruppe von 47 Menschen freigelassen worden waren.

Zugunsten der Entführer, insbesondere des bei der Befreiungsaktion getöteten Wilfried Böse, ist zu ergänzen, daß die Geiseln — abgesehen von der Einschüchterung beim Einsammeln der Pässe ganz am Anfang — nicht bedroht wurden, sondern daß insbesondere Böse bemüht war, die Menschen immer wieder zu beruhigen und ihnen zu versichern, daß man keinesfalls die Absicht habe, jemanden von ihnen zu töten. Über die politische Einstellung von Böse gibt sein Gespräch mit einer Israelin, die unter den Geiseln war und die später darüber berichtet hat, einige Auskunft:

Ich fragte: „Warum sind Sie hier?" — Er zögerte einen Moment lang und antwortete dann ausführlich. Er glaube an die Rechte des palästinensischen Volkes. Sie seien ein unglückliches Volk, ohne eigenes Land. Er könne ihrem Schicksal gegenüber nicht in Gleichgültigkeit leben. Er müsse ihnen helfen. Deshalb sei er hier, und er sei bereit, alles für dieses unglückliche Volk zu tun.

Ich sagte: „Nehmen wir an, Sie und die ‚Front' und alle anderen Feinde Israels in den arabischen Ländern und sonstwo würden es schaffen, Israel zu zerstören, Gott möge es verhüten, und die überlebenden Juden würden wieder über die ganze Welt verstreut werden — was würden Sie dann tun? Flugzeuge entführen, um dem jüdischen Volk zur Rückkehr in sein Land zu verhelfen, oder tun Sie das nur für die Palästinenser?"

Er sagte: „Ich stimme Ihnen zu, daß Sie einen eigenen Staat haben sollen." — Ich sagte: „Sind Sie für die Existenz Israels?" — Er sagte: „Ja, gewiß doch. Aber entweder sollte neben Ihrem Staat ein palästinensischer Staat geschaffen werden, oder Sie sollten zusammen mit den Palästinensern in einem Staat leben."

Ich sagte: „Das widerspricht aber den Vorstellungen der Leute, für die Sie arbeiten und für die Sie Ihr Leben riskieren. Die sind nicht bereit, Israels Existenzrecht anzuerkennen." — Er antwortete: „Ich bin nicht der Sprecher der Front. Ich habe meine eigenen Ansichten ..." (Wiedergabe des Gesprächs nach: William Stevenson, „90 minutes at Entebbe", London/Melbourne 1976)

Und wer ist eigentlich „RZ"?

Hier klaffen die Darstellung in der „taz" und die Berichte von Augenzeugen deutlich auseinander. Zwischen der Selbst-Sicht eines damals Handelnden und bei der Aktion ums Leben Gekommenen und der rückblickenden Selbstbezichtigung *der* RZ liegen tatsächlich Welten.

Unklar bleibt in der Erklärung auch, ob die VerfasserInnen dieser Erklärung ihre Version der Dinge aus heutiger Sicht darstellen, oder ob sie schon damals mit im Diskussionsprozeß gestanden haben. Weiterhin bleibt unklar, um welchen Zusammenhang der RZ es sich überhaupt handelt. Erklärungen zu Aktionen sind in der Regel von den Beteiligten gemacht worden. Das konnten sowohl Gruppen als auch letztlich Einzelpersonen gewesen sein. Die Tatsache, daß es bis heute keine Erklärung über die Authentizität oder nicht Authentizität gibt, bedeutet insofern nichts, da es bei keiner noch so dubiosen Erklärung der RZ eine Zustimmung oder ein Dementi gegeben hat.

Beim Stand der Dinge läßt sich aufgrund der publizierten Erklärung nur schlußfolgern, daß einiges dafür spricht, daß Gerd Albartus tot ist, denn andernfalls müßten die Verfasser mit dem „Risiko" rechnen, daß er sich selbst zu Wort meldet. Wer ihn aber getötet hat, oder wie er ums Leben gekommen ist, dafür bleibt die Erklärung jeden Beweis oder tendenziell nachprüfbaren Beleg schuldig. Es kann sein, daß er im Ausland gestorben ist, daß ihn ein Geheimdienst umgebracht hat usw. Und es kann sich leider auch wirklich so verhalten, wie die Verfasser schreiben.

Die AutorInnen des „RZ-Papiers" haben eine publizistische Form gewählt, die eine ungeheuerliche und jedermann abstoßende Tat an den Anfang stellt und zum Aufhänger nimmt für die Unterbreitung von politischen Thesen, die für sich genommen weder neu noch sensationell sind: ein „leninistisch-stalinistisches Verständnis von nationaler Befreiung" wird verworfen, und im Israel-Palästina-Konflikt wird ein „unlösbares Dilemma" konstatiert, das jede „einseitige Parteinahme" für die Palästinenser ausschließen soll. Der angebliche Mord dient als Untermauerung und Illustration dieser Thesen, ohne daß auch nur der Schatten eines Beleges für den unterstellten *Zusammenhang* vorgelegt wird. Eine solche publizistische Form ist suspekt.

GenossInnen aus der Mehrheit

Entebbe war kein Einzelfall

RZ-Erklärung über Antiimperialismus und Antizionismus

Im Dezember 1991 ist das nachfolgend dokumentierte Papier „Gerd Albartus ist tot" an verschiedene Gruppen verschickt und inzwischen in leicht gekürzter Fassung in der taz veröffentlicht worden. Wer es darauf anlegt, kann die Erklärung als Kapitulation lesen, oder als Aufkündigung der „Solidarität mit den kämpfenden Völkern im Trikont", oder einfach die Autorenschaft bezweifeln. Alles Möglichkeiten, sich die revolutionäre Ruhe nicht rauben zu lassen und liebgewonnene Einsichten dem Zugriff „zersetzender" Kritik zu entziehen. Man kann dieses Papier aber auch als viel zu seltenen Beitrag zu einer Diskussion begreifen, der sich die radikale Linke in diesem Land bei Strafe des selbstverschuldeten Untergangs nicht entziehen kann, einer Diskussion über Begriff und Strategien des Antiimperialismus.

4.7.1976: Eine israelische Sondereinheit stürmt den Flughafen von Entebbe (Uganda) und befreit ungefähr 100 von einem Entführungskommando festgehaltene Geiseln. Dabei werden die vier Entführer, zwei Angehörige einer palästinensischen Organisation und zwei Mitglieder der deutschen RZ erschossen, eine Geisel kommt ums Leben. Die Geiseln waren Passagiere einer französischen Maschine, die auf dem Flug nach Israel in die Gewalt des Kommandos geraten waren. Während der Verhandlungen der Entführer mit israelischen und deutschen Offiziellen in Entebbe waren alle jüdischen Passagiere, solche mit und solche ohne israelischen Paß ausgesondert worden. Die anderen Geiseln (ca. 180) hatten die Entführer nach und nach freigelassen.

Diese Aktion führte — so beschreibt es das vorliegende Papier — innerhalb der RZ zu heftigen Diskussion und hatte eine weitgehende Kurskorrektur zur Folge, die nicht nur ihr Verhältnis zum palästinensischen Befreiungskampf berührte, sondern ihr gesamtes antiimperialistisches Engagement.

Die Aussonderung der jüdischen Passagiere in Entebbe, der Umstand, daß die einzige Tote auf Seiten der Passagiere eine Jüdin war, die im KZ gesessen hatte, führte zu weitgehender Selbstkritik: „Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für die Überlebenden und Davongekommenen, der eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemandem ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches

und soziales Faktum fortlebt ... Die dramatische Tatsache, daß dieses Sicherheitsbedürfnis der Juden scheinbar nur gegen die Palästinenser zu realisieren ist, stürzte uns nicht in ein unlösbares Dilemma, wir nahmen sie vielmehr zum Anlaß, uns bedingungslos auf die Seite derer zu schlagen, die in unseren Augen die Schwächeren waren. Wo wir unter anderen Voraussetzungen auf der Unterscheidung zwischen oben und unten beharrten, sahen wir im nahen Osten vor allem gute und schlechte Völker." Die kritisierte Haltung war in den 70er Jahren für den größten Teil der radikalen Linken verbindlich und wird auch heute noch (nicht nur) von antiimperialistischen Gruppen geteilt. Der ak hatte beispielsweise anläßlich der Entebbe-Aktion kein Wort über den Charakter der Entführung und die praktizierte Juden-Selektion verloren, wohl aber den Anlaß zu wüsten antizionistischen Beschimpfungen Israels genutzt. Das Wort Befreiungsaktion tauchte im ak-Kommentar beispielsweise nur in Anführungszeichen auf, die bürgerlichen Medien werden gegeißelt, weil sie „die israelische Terror-Aktion verherrlicht" hätten (ak 84, 13.7.76), Israel wurde als „Gangster-Staat" gewürdigt.

Die RZ hat sich nach Entebbe zwar nicht öffentlich von der Aktion distanziert, ist aber praktisch auf Distanz zu ihrer antiimperialistischen Linie gegangen. Gerd Albartus konnte an diesen Entscheidungen nicht teilnehmen, er war zu dieser Zeit inhaftiert. Wieder in Freiheit, so wird in dem Papier ausgeführt, teilte er die Distanzierung seiner Genossen nicht, hielt Kontakt zum palästinensischen Widerstand und wurde schließlich nach dem Dezember 1987 von einer palästinensischen Gruppe als Verräter „verurteilt" und schließlich liquidiert.

In ihrem Papier „Gerd Albartus ist tot" bleiben die GenossInnen der RZ nicht bei einer Kritik dieses Mordes stehen. Die Liquidierung von „Abweichlern" verbindet sich in der Analyse der RZ mit einem bestimmten revolutionären Konzept, dem „Mythos des Volkskriegs". Die RZ geht auf Distanz zu einem „Begriff des Antiimperialismus, der soziale Befreiung unmittelbar an die Erlangung staatlicher Souveränität koppelte." Die schmerzliche Konsequenz, daß „die Machtübernahme (nationaler Befreiungsbewegungen, Anm. jw.) den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete" führt sie zur „Kritik an falschen Harmonievorstellungen, wie wir sie lange Zeit gehabt haben und die hier vor allem von Seiten antiimperialistischer Gruppierungen ungebrochen genährt werden". Doch mit der Kritik der falschen Praxis wird die revolutionäre Aktion keineswegs gleich mit an den Nagel gehängt. Diesen Vorwurf, der mit Sicherheit in der Diskussion um das Papier laut werden wird, weisen die RZ ausdrücklich zurück. Die Diskussion soll nach den Vorstellungen der Autoren „diesseits der Barrikade" ausgetragen werden. Im Zentrum dieses überfälligen innerlinken Streits, der am Stichwort „Befreiungsnationalismus" in den letzten beiden Jahren schon verschiedentlich aufgeflackert ist, steht nach den Vorstellungen der AutorInnen das „leninistische Erbe, das sich in unsere Köpfe eingegraben hat". Für die RZ geht es im Ergebnis um eine internationalistische Praxis, die ohne „die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß" auskommt.

Für die gesamte radikale Linke wird es darum gehen, eine Debatte um weltrevolutionäre Orientierung zu führen, die das Diktum berücksichtigt, das Rosa Luxemburg an die Adresse der Bolschewiki gerichtet hatte: „Die Perversion der Revolution ist schlimmer als ihre Niederlage".

Der Text der RZ könnte ein Signal sein, auch jene antiimperialistischen Gruppen in die Diskussion mit einzubeziehen, die dem kritisierten „Mythos des Volkskriegs" nach wie vor anhängen. Am Anfang der Debatte könnte die Feststellung der RZ im Hinblick auf den Nahost-Konflikt stehen: „Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen".

Redakteure der Gruppe K

ak 339 — 10. Februar 1992

Verbrecherische Ideologie oder Befreiungsnationalismus?

Zur Kritik des linken Antizionismus

Eine „Selektion entlang völkischer Linien" habe stattgefunden, halten die RZ in einer im letzten ak dokumentierten Erklärung fest (S. 28f). Selbstkritisch wurde damit eine 1976 unter Beteiligung von RZ-Genossen durchgeführte Flugzeugentführung („Entebbe") reflektiert, in deren Verlauf jüdische Passagiere separiert worden waren. Dazu veröffentlichte „Fragen und Anmerkungen zum RZ-Papier" von „GenossInnen aus der Mehrheit" (S.30) gehen glatt am Zentrum vorbei, und das betrifft auch uns — die verschiedenen Teile des ehemaligen KB, Ex-Mehrheit und Gruppe K. Die Notwendigkeit, den „Antizionismus" der „Neuen Linken" aus den 70er Jahren einer Kritik zu unterziehen, ist eklatant. Denn: Jener war oftmals vom Bestreben nach Entsorgung deutscher Vergangenheit geprägt und von antisemitischen Stereotypen überlagert. Ein Beitrag von Kt. in ak Nr. 337 (Spätfolgen des kalten Krieges, S.34) bewies einmal mehr die aktuelle Brisanz dieser Problematik.

Es ist schon sehr merkwürdig. Auf nahezu einer ak-Seite schafften in ak 338 AutorInnen der Gruppe „Mehrheit", sich mit einem wesentlichen Kern der RZ-Erklärung inhaltlich nicht auseinanderzusetzen. War dort davon die Rede, daß *„wir"* — also die RZ — *„mit unserem Begriff von Antizionismus nur Teil einer historischen Strömung waren, die fast alle Fraktionen der damaligen Linken erfaßt hatte"*, fühlte man sich offensichtlich nicht gemeint. Die stattdessen ausgebreiteten Probleme erwecken dadurch jedenfalls teilweise den Eindruck, zur Vermeidung eines unangenehmen Themas vorgeschoben und aufgepustet zu werden. So grübelt in der radikalen Linken in Wirklichkeit kein Mensch über den Verdacht, das RZ-Papier sei eventuell nicht authentisch. Auch, daß die RZ den behaupteten Tod von Gerd Albartus nicht beweisen und belegen kann, raubt niemandem den Atem: Gründe, Erkenntnisquellen konspirativ zu halten, gibt es viele. Natürlich liegt nun die Verantwortung für die absolute Zuverlässigkeit der Information bei den AutorInnen. Daß der Text der „Mehrheit" — zwar vorsichtig, aber noch deutlich genug — andeutet, Albartus könne ja auch durch sie umgebracht worden sein, ist infam.

Ernster zu nehmen ist der Einwand, die RZ hätte die palästinensische Gruppe, die dem Text zufolge Albartus hinrichtete, im Rahmen der Möglichkeiten konkret belasten, und ihre politische Isolierung herbeiführen müssen. Vieles spricht indes dafür, daß die von der RZ resignierend hingenommene Unmöglichkeit, *„eine Form der Reaktion"* zu finden, *„die unserem Entsetzen und unserer Trauer gerecht wird"*, solche Überlegungen mit einschließt. Die gemeinte kleine Gruppe ist allem Anschein nach das „PFLP-Generalkommando", das sich kurz vor der Entführung von der großen Organisation PFLP (Habasch) abspaltete (1). Anders als die in der BRD breit vertretene PKK kann jenes PFLP-GK, das vermutlich aus dem Nahen Osten agiert und ausschließlich über Anschläge etc. in Erscheinung tritt, durch eine politische Kampagne in Deutschland in keiner Weise betroffen werden. Mutmaßliche Aktivitäten des PFLP-GK dienen hierzulande vielmehr der bürgerlichen Presse regelmäßig, wie auch jüngst wieder bei Habaschs Parisaufenthalt, dazu, die PFLP massiv zu diskreditieren.

Leider verfolgen die „GenossInnen der Mehrheit" auch mit ihrer Fragestellung, ob bei der Entführung die Selektion wirklich allein nach dem Merkmal „Jude" erfolgte — wie ZeugInnen es vor laufenden Fernsehkameras darstellten —, oder anhand der israelischen Pässe — wie mit einigen Rechenkünsten nachzuweisen ver-

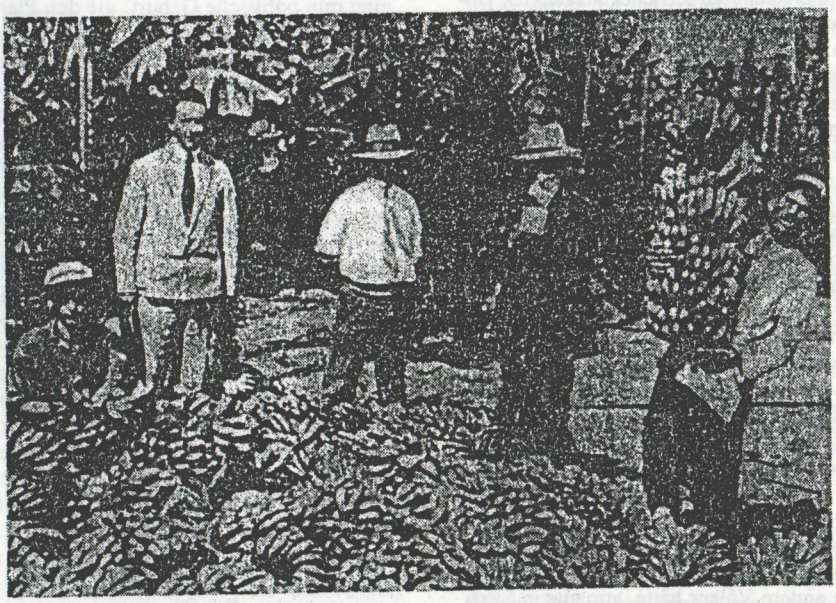
sucht wird —, den Zweck, am Entscheidenden vorbeizuschreiben. Denn es macht zwar einen wichtigen Unterschied, ob das Kommando gezielt und offen antisemitisch „Juden" isolierte, oder israelische Staatsbürger. Auch im letzten Fall bliebe es eine in höchstem Maße kritikwürdige Selektion, die zudem von deutschen Akteuren ausgeführt wurde. Selbst wenn jene Rechenkünste zuträfen, gälte: Entebbe war kein Einzelfall, sondern ging mit antisemitischen Elementen im „antizionistischen" Selbstverständnis der Neuen Linken einher und verweist auf tiefgreifende Defizite und Fehler auch in unserer eigenen politischen Geschichte.

Israel — der „Gangster-Staat"?

Mit einer ins Auge springenden Vermeidung hat sich der KB nach Entebbe, nach 1976, um jene tieferliegenden Probleme herumzumogeln versucht. Der ak 84 vom 13.7.76 behandelte ausschließlich die israelische Kommandoaktion im ugandischen Entebbe, die zum Tod der Entführer und ugandischer Soldaten, und zur Befreiung der Geiseln führte. Die Geiselaffaire wurde zum Anlaß genommen, so richtig grundsätzlich mit Israel abzurechnen. Mit keinem Wort dagegen ging der Text auf die Problematik der immerhin von deutschen Linken mitgestalteten Entführung und Selektion ein. Auch in den folgenden Ausgaben des ak findet sich dazu keine Silbe. Dies ist umso verwunderlicher, als der KB ansonsten durchaus auch schon damals der kritischen Diskussion verschiedenster linksradikaler Politikansätze und Aktivitäten, auch des bewaffneten Kampfs, sehr aufgeschlossen gegenüberstand.

Dagegen findet sich im Text die Gleichsetzung Israels mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Es heißt dort: *„Israel ist von daher in besonderer Weise „spezialisiert" auf alle Arten von Aggression, Massenmord und Rechtsbrüchen gegen andere Staaten, wobei es sich zusätzlich einer weitestgehenden „Narrenfreiheit" erfreut, die es der zynischen Berufung auf sechs Millionen ermordete Juden verdankt — die aber im Grunde nichts anderes sind als Opfer derselben menschenverachtenden Politik, die Israel heute praktiziert."* Was hier als *„im Grunde"* dasselbe erklärt wird, ist auf der einen Seite eine sehr gewaltförmige, aber auf ein eng begrenztes Ziel der Geiselbefreiung ausgerichtete militärische Kommandoaktion, die gegen das Völkerrecht verstieß, und auf der anderen Seite die planmäßige Vernichtung des europäischen Judentums. Juden wird die Berufung auf die geschichtliche Verfolgung aberkannt und dadurch die eigene Problematik, der Tätergesellschaft anzugehören, „gelöst".

Der ak-Text von 1976 zeigt an, wie solche Geschichtsrelativierung von links als Spiegelbild rechter Entschuldungsstrategien entstanden ist: Auf den offiziellen Philosemitismus, der Deutschland durch demonstrative Judenachtung wieder groß machen wollte, wurde im Reflex mit einer Ausformung von „Antizionismus" reagiert, die ebenso der Entschuldung diente. Der ak zitierte die bürgerliche Presse wie folgt: *„Schreibtisch-Mörder wie der 'Welt'-Chef-Kommentator Kremp geben sich sich nicht einmal mehr Mühe, ihre faschistische Blutgier zu verbergen, wenn sie die „eminente Vernichtungsqualität" des israelischen Überfalls preisen (Welt, 5.7.)."* Dem folgte aber nicht die Analyse, daß der WELT-Kommentator den völlig unangemessenen Begriff der *„Vernichtungsqualität"* ganz offensichtlich deswegen ausgerechnet auf Israel verwandte, weil die Vorstellung von den schuldigen Opfern die Entschuldung der Täter bewirken soll. Der sprachliche Auschwitz-Vergleich wird vielmehr selbst übernommen. Weiter im Zitat: *„Passend hierzu der Ausspruch von einem der israelischen Killer: 'Wir haben auf jeden geschossen, der uns in die Quere kam'(Bild, 5.7.). 20 ugandische Soldaten wurden dabei 'vernichtet', aber wen kümmert das schon."*



Jüdische Siedler in Palästina in den 30er Jahren: Aufbau einer „Mörderzentrale"?

Philosemiten vom Schlage eines Kremp und der Antizionismus im 'Arbeiterkampf 1976' sind sich damit darin einig, die Shoah vergessen zu machen, indem die Überlebenden zu den Fortsetzern der Methoden nationalsozialistischer Massenvernichtung erklärt werden: Zwei Wege, das gleiche Ressentiment auszudrücken.

Der KB zeigte sich völlig unfähig, die israelische Aktion angemessen zu beurteilen. Man muß die Aktion — die u.a. zahlreiche ugandische Soldaten das Leben kostete — keinesfalls selbst als „Befreiungsaktion" rechtfertigen, um immerhin wahrzunehmen, daß die Geiselbefreiung israelische Hauptintention gewesen ist. Der ak-Artikel aber wittert in dieser Begründung einen bloßen *„Vorwand"*, ein Ablenkungsmanöver, und akzeptiert die Vokabel *„Befreiungsaktion" deswegen* nicht. Ohne eine solch verschobene Wahrnehmung hätte das israelische Vorgehen nicht als den NS-Morden vergleichbar bezeichnet werden können. Eigentliches Ziel Israels sei es gewesen, heißt es im Artikel, *„ein Kommando-Unternehmen gegen Uganda"* durchzuführen. Diese Beschreibung stützt sich darauf, daß in der ganzen westlichen Welt, und ganz besonders in der BRD, die Aktion als positiver Anreiz für Interventionspolitik und Kriege in der 3. Welt rezipiert wurde. Daß aber Israel unabhängig von solchen Zwecken schon immer militärische Aktionen aus eigenen Interessen, also tatsächlich in engem Bezug auf seine Bürger und auch auf nichtisraelische Juden, unternahm, wurde verkannt. Hinter einem solchen Unverständnis steht aber bereits ein Schema, das „Zionismus" nicht als israelische Nationalbewegung erkennen mag, sondern im „Zionismus" die extremste Ausgeburt des Imperialismus, gewissermaßen dessen Steigerungsform, erblickt. Eine auf solche Ansichten fußende Selbstbezeichnung als „antizionistisch" muß aber als eindeutig antisemitisch bekämpft werden.

Im ak 84 ist jedenfalls der Staat Israel in einer speziellen Art und Weise verteufelt, die mit Bemühungen um rationale Analyse nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Die Rede ist von Israel als der *'Avantgarde' des Imperialismus"*, vom *„Gangster-Staat"*, dessen Errichtung *„bei gleichzeitiger Vertreibung von mehr als einer Million Palästinenser(n)"* ein Verbrechen gewesen sei, das *„mit Notwendigkeit alle weiteren Verbrechen nach sich zog"*, und von der besonderen Spezialisierung Israels auf *„Massenmord"*, von Israel als einer *„Mörderzentrale"*.

Antisemitismus und Antizionismus

In der Neuen Linken wurde in den 70er Jahren allgemein — wie im eben Zitierten — die besondere Entstehungsgeschichte Israels zum Anlaß genommen, gerade diesem Staat jedes Existenzrecht abzusprechen. Dem liegt ein völlig unreflektiertes Verhältnis zu Staatsbildung und zum Be-

griff der Nation in der Neuen Linken zugrunde. Die von der RZ hergestellte Verbindung einer Kritik der Entebbe-Aktion zur früheren unreflektierten Übernahme völkischer Kategorien ist alles andere als willkürlich. *„Israel"*, heißt es beispielsweise im ak-Artikel von 1976, *„ist in der Situation eines Gangsters, der in ein fremdes Haus eingedrungen ist, die Bewohner vertrieben hat, und der nun frech behauptet, er befinde sich in 'Notwehr', wenn er auf die Bewohner und ihre Kinder ballert, die in ihr Haus zurückwollen."* Da die Staatsgründung ein unrechtmäßiger Gewaltakt war, kann dem Staat Legitimation und Existenzrecht auch in der Folge niemals zugesprochen werden. Das Unrecht der Gründung setzt sich zwangsläufig fort (vgl. oben). Die Bewohner sind des fortgesetzten Hausfriedensbruch überführt, die ursprünglichen und deshalb berechtigten Bewohner haben ihrerseits das Recht, die Zwangsräumung gegen die Hausbesetzer einzuleiten — dem Rechtsbrecher stehen keine Notwehrrechte zu. Die Vorliebe, das Recht bürgerlicher Staaten zur Untermauerung von Forderungen zu zitieren, wird hier zur Manie, sich zum Weltrichter aufzuwerfen, und unterschiedlichen Menschengruppen die Staatsgründung post festum zuzuerkennen oder abzusprechen. Es fällt auf, daß es immer nur den einen negativen Bescheid gibt: Israel. Dagegen gilt als ebenso „natürlich", daß den Palästinensern ein ewiges und vererbbares Recht auf „ihren Boden" zuzuerkennen sei. Die gesamte Neue Linke, auch der KB, bezog sich positiv auf die Gründungscharta der PLO, die eine besondere, vererbbare Verwurzelung der Palästinenser mit dem palästinensischen Boden der Definition als Nation zugrundelegte.

Zionismus ist die israelische Nationalbewegung, die Legitimationsideologie des Staates. Der Zionismus erzählt wie jeder Nationalismus die alten Geschichten vom Volk, das vorausgesetzt wird, von seinem Recht auf Selbstbestimmung, das es wie andere Völker hätte, von einem Siedlungsraum, der ihm als uraltes Erbe zustünde und natürlich vom Recht, sich seinen Staat zu machen, und sei es mit Gewalt. Wie alle nationalen Ideologien hat der Zionismus seine rassistische Komponente: wer nicht zum Volk gehört, soll auch nicht gleichberechtigt im Staat leben dürfen, am besten überhaupt das Territorium verlassen. Die Palästinenser spielen in diesem Zusammenhang, neben ihrer realen Gegnerschaft dem Staat Israel gegenüber, auch die Rolle des Anderen, des Bedrohers, dessen man sich stets von neuem erwehren muß, um auf diesem Wege um so mehr zu erkennen, wie sehr man zusammengehört, ein Volk ist. Dieser Sachverhalt erlaubt aber keinesfalls, Israel als einen besonderen, verbrecherischen Staat aus der aktuellen Staatenwelt herauszuheben. Die Definition der Nation aus der Abgrenzung vom „Anderen" ist regelhaft, nicht die Ausnahme.

Im Prozeß der Nationenwerdung, der sich andernorts allerdings meist über lange Zeiträume erstreckte, wurden oftmals grauenhafte Massaker begangen: In England wurden im 17. Jahrhundert Rachefeldzüge gegen die Schotten unternommen, Frankreich tat das seine gegen Albigenser und Katharer, später gegen Hugenotten, die Türkei gründete sich vor dem Hintergrund von Armeniermassakern, und die Verfolgung der kurdischen Minderheit dient fortwährend dem Beleg der großtürkischen Identität. Auch aktuell ist eine Tendenz der verschiedensten Nationalismen zu Abgrenzung und Rassismus unschwer zu beobachten. Dies alles ist kein Grund, israelische staatliche Repression zu rechtfertigen, aber es verbietet sich, gerade Israel in den grellsten Farben als in seiner Bestialität hervorstechend zu geißeln.

Die Differenz bei der Staatsgründung besteht darin, daß sich der Zionismus nicht, oder doch erfolgloser als andere Nationalismen, den Anschein geben konnte, ein „naturwüchsiges" Produkt zu sein, das sich in Jahrhunderten zu seiner heutigen Form gemausert hat, und weit entfernt von jeder kritischen Analyse quasi als Lebenssachverhalt existiert. Er ist eine rein politische Geburt, die den Plan, einen jüdischen Staat zu gründen, schon begleitete, bevor es ihn gab. Die politisch herbeigeführte Staatsgründung Israels ist — es sei wiederholt — auch eine Geschichte der Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser. Die Dramatik des Palästina-Konflikts kann aber nicht einfach aus einer besonderen Aggressivität Israels erklärt werden, sondern ist wirklich aus dem sehr realen Problem gespeist, daß tatsächlich zwei sich als Völker definierende Gruppen ein und dasselbe Territorium als Staatsgebiet definieren.

Die RZ hat recht mit ihrem Hinweis, daß verschiedene Befreiungsbewegungen bei der Bildung von Staat und Nation einen Homogenisierungsanspruch gegenüber ihrem jeweiligen Staatsvolk erhoben. Tatsächlich darf auch der Zionismus eben nicht nur über die Unterdrückungspraxis, sondern muß andererseits *auch* als eine nationale Befreiungsbewegung interpretiert werden. Der Zionismus vermittelte den Juden in ideologischer Verbrämung das Versprechen, ein altes Bedürfnis verwirklichen zu können: Irgendwo leben zu können, wo antisemitische Verfolgung, wiederkehrende Pogrome und Enteignungen bis hin zur Massenvernichtung, für Juden nicht mehr zu befürchten wäre. Er diente der Befreiung von Antisemitismen, wie einige andere Nationalismen der Befreiung von rassistisch-kultureller Unterdrückung. Daß der Zionismus sich zur Staatsgründung nicht gegen die verschiedenen unterdrückenden Nationalismen durchsetzen konnte, sondern sich darin gegen die Palästinenser richtete, ist eine historische Besonderheit. Eine andere liegt in der unvergleichlichen antisemitischen Verfolgungsgeschichte.

Der Erfolg des Zionismus seit der Jahrhundertwende in Osteuropa beruht auf den besonders schlechten Bedingungen, denen die Ostjuden im damaligen Russischen Reich (inclusive Russisch-Polen) und im Osten der Habsburg-Monarchie ausgesetzt waren. In Westeuropa verfing er zunächst nicht, die Juden in Deutschland, Frankreich etc. erhofften sich von einem jüdischen Staat wenig Vorteile. Sie bauten auf die Vollendung der Assimilation und sponsorten jüdische Siedlungsprojekte in Palästina aus einer Mischung aus Solidarität mit den Auswanderungswilligen und geheimer Furcht vor übergroßer Zuwanderung armer, traditionalistischer Juden aus dem Osten. Der Siegeszug des Zionismus im Westen wurde durch den deutschen Faschismus bewirkt, der die Behauptung der Zionisten, es gebe ein jüdisches Volk, negativ bestätigte. Auch Westjuden, ob getauft oder ungetauft, machten nun die Erfahrung, daß dem Jude-Sein nicht zu entkommen war. Dies stellt einen sehr praktischer Beweis der zionistischen Ideologie dar, die durch die Judenpolitik der Nazis endgültig einen nicht mehr zu bestreitenden materialistischen Kern bekam. Die Frage, ob ein jüdischer Staat

Marokkanische Immigrantinnen 1962 im Hafen von Haifa

auch ohne die Shoah entstanden wäre, ist nicht entscheidend — reale antisemitische Verfolgung und damit praktische Gründe für viele Juden, auch schon vor 1933 einen eigenen Staat zu wollen, gab es genug. Die Erfahrung nach 1933 hat jedenfalls aus den sehr unterschiedlichen Juden in Europa ein Kollektiv der Verfolgten gemacht. Jede/r Einzelne wurde nach bestimmten Kriterien ausfindig gemacht, eine Wahlmöglichkeit, Jude sein zu wollen, gab es nicht. Die Juden wurden zur Schicksalgemeinschaft gemacht, zum Volk, das zum Schutz einen Staat gründet. Der Zionismus, als Ausdruck des Bestrebens, Schutz vor Antisemitismus zu schaffen, ein Befreiungsnationalismus, hat die Schwierigkeit der kurzen „nationalen" Tradition, die in Bezug auf die Anerkennung des Staates immer wieder Legitimationsprobleme bereitet, mit anderen Befreiungsnationalismen gemeinsam — so formierte sich z.B. die palästinensische Nationalbewegung, auf eine Staatsgründung orientierend, großenteils erst nach 1948.

Heute definiert sich der israelische

Staat als ein auf diesen Erinnerungen gründender, vom Sicherheitsgedanken erfüllter Verteidigungsstaat, der sich möglichst alle Optionen zum eignen Schutz offen halten will. Gibt es auch deutliche Differenzierungen in der israelischen Gesellschaft, so besteht doch immer wieder weitgehend ein Konsens, auch völkerrechtswidrige Militärinterventionen und -operationen als gerechtfertigt anzusehen und ein Atomwaffenmonopol in der Region zu beanspruchen. Der Zionismus bleibt in unterschiedlichen Ausprägungen die Staatsideologie, dringend benötigt in einem jungen bürgerlichen Staat, der auf Warenproduktion und Klassenherrschaft gründet und immer wieder die vielen Einzelnen als Staatsvolk bei der Stange halten muß. Eine außergewöhnliche Rolle spielt Israel als Exponent westlicher Lebensbedingungen und Standards in einer Region von Drittweltstaaten und Schwellenländern. Dagegen kann nicht besonders herausgestellt werden, daß Israel „Brückenkopf des US-Imperialismus" sei und es deswegen im Nahen Osten einzigartig dastehe. Andere Staaten der Regionen dienen ihrerseits als „Brückenköpfe des Imperialismus", oder dienen sich für eine solche Funktion soeben an: die Türkei, Saudi-Arabien, Ägypten ... sind es schon, Irak war es teilweise, Syrien ist auf dem besten Wege. Die Fremdheit Israels im vorderen Orient in kultureller Hinsicht und in Hinsicht auf Lebensbedingungen prädestiniert es, dort bevorzugtes Objekt von Ressentiments der zu kurz Gekommenen zu sein. Israelfeindlichkeit ist erklärte Regierungspropaganda zahlreicher Staaten der Region und, wie der Golfkrieg gezeigt hat, Bestandteil des Massenbewußtseins.

Die Betonung der Fremdheit der Juden in Palästina verweist aber in vielen antiisraelischen Aussagen auch auf im arabisch-islamischen Raum virulente antisemitische Denkmuster. Die Aberkennung der „Staatsfähigkeit" gerade und nur für den Zionismus spielt — manchmal sehr direkt — auf das antisemitische Stereotyp vom ewigen Juden an, der, ewig umherschweifend, heimatlos bleiben muß, weil er „natürliche" Bindungen an heimatlichen Boden nicht einzugehen vermag. Eine solche antisemitische Komponente ist auch im geäußerten „antizionistischen" Bewußtsein vieler Linker hier zu beobachten, wenn herausgestrichen wird, sich mit der Existenz der Fremdlinge auf palästinensischem Boden niemals abfinden zu wollen. Eine Agitationsformel, die das heutige Israel als „jüdischen Siedlerkolonialismus" definieren will, ist deutlich erkennbar aus solchen Ideologiemustern gespeist.

Das antisemitische Stereotyp, dem Juden sei die eigentlich „natürliche" Bindung an Blut und Boden nicht möglich, verweist auf Ursprünge des Antisemitismus in der nationalen Formation, wie die „Kritische Theorie" analysiert hat. Die *„Nation"* als ideologisches Konstrukt des Bürgertums definiert sich notwendig aus der Abgrenzung vom Anderen, ihr ist Rassismus strukturell eingeschrieben. Sucht aber der Rassismus die *anders* Nationalen zu diskriminieren, so sieht der Antisemit im Juden die *Negation des Prinzips* der „natürlichen nationalen Gemeinschaft" verkörpert, weshalb er besonders haßerfüllt zu verfolgen ist.

An dieser Stelle wäre eigentlich eine ausführlichere Erörterung von Theorien des Antisemitismus erforderlich, um darauf basierend verschiedene Argumentationen des „Antizionismus" auf antisemitische Hintergründe untersuchen zu können. Es ist ein wichtiges Problem, daß sich die aus der APO entstandene Neue Linke zwar in Abgrenzung zur Elterngeneration und über die Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus herausbildete, daß der Faschismuskritik aber jede ernsthafte Beschäftigung mit deren Antisemitismus mangelte. Daraus resultierte auch, daß es kaum ernsthafte Beschäftigung mit der Geschichte der Opfer gegeben hat, was wiederum zu theoretischen Defiziten führen mußte, etwa in der „Faschisierungsthese" des KB. Eine ausführliche theoretische Diskussion des Themas „Antisemitismus" ist hier aber nicht leistbar. Es sei an dieser Stelle daher lediglich auf einen u.E. wichtigen Aufsatz verwiesen, auf den 1979 von Moishe Postone veröffentlichten Text „Nationalsozialismus und Antisemitismus", der modernen Antisemitismus, verkürzt gesagt, als die Projektion einer falschen, einseitig gegen das Abstrakte ausgerichteten „Kapitalismuskritik" auf den „Juden" definiert.(2) Auch ohne eine solche theoretische Fundierung scheint es uns immerhin möglich, antisemitische Stereotypen zu benennen, wie sie auch in der NS-Ideologie manifest wurden:

* Juden verkörpern die Abstraktion des „Wuchers" gegenüber dem „schaffenden" Prinzip, dem auch das „bodenständige" Kapital zugerechnet werden kann.
* Mit „Jude" wird antisemitisch, wie bereits angesprochen, Haltlosigkeit, Wurzellosigkeit impliziert, was sich auch im Vorwurf des Kosmopolitismus ausdrücken kann. Als „Jude" gilt das Gegenprinzip zum Bekenntnis zur eigenen Volksgemeinschaft, das heißt zur „natürlichen", schicksalhaften, unauflösbaren Zusammengehörigkeit in der eigenen Nation.
* Der Jude ist, unfähig zu natürlicher Bindung, geprägt von Verstellung und Lüge, ist Fälscher und Intrigant.
* Juden werden im Antisemitismus nicht einfach diskriminiert, sondern ihnen wird eine undurchschaubare, große Macht zugeschrieben, gegen die es sich zur Wehr zu setzen gilt. Der Antisemitismus impliziert eine Theorie der Weltverschwörung, die nur durch die Beseitigung des Bösen, also der Juden, aufgehoben werden kann.

Beispiele dafür, daß „antizionistischen" Argumentationen jene antisemitischen Bilder zugrundeliegen, ließen sich viele anführen. Tatsächlich kann sich auf eine lange erfolglose Suche begeben, wer „antizionistische" Texte zu finden sucht, die davon frei wären. Auch die Tradition „antizionistischer" Komitees und Gruppierungen in der Sowjetunion, welche die ganz besondere Geißelung des Zionismus durch die UN mit herbeiführte, ist z.B. vom Gedanken der zionistischen Weltverschwörung geprägt. Solche Gruppierungen wurden oftmals in den 70er Jahren auch durch die westdeutsche Neue Linke zitiert. Heute sammelt beispielsweise die KP Rußlands, die noch gegen Gorbatschow gegründet wurde, Kräfte, die den Zionismus für den Zusammenbruch der SU verantwortlich machen — auf ihren Demonstrationen gegen Preissteigerungen sind stets auch antisemitische Plakate präsent.

Es ist von großer Bedeutung, zu erkennen, daß jeder „Antizionismus" antisemitisch ist, dem nicht die Definition und Kritik des „Zionismus" als Nationalbewegung zugrunde liegt, der stattdessen die jüdische Unfähigkeit zur Nationenbildung betont, bzw. Juden ein Recht dazu bestreitet und einen ganz besonders gefährlichen weltweiten Einfluß „der Zionisten" behauptet.

KB-Traditionen ...

Im ak wurde die „antizionistische" Selbstdefinition Ende der 70er Jahre stillschweigend zurückgenommen. Im Laufe der 80er Jahre setzte sich eine differenzierte Palästina-Solidarität durch, die das Existenzrecht Israels anerkannte und auf einen Verhandlungsfrieden orientierte, als dessen Resultat neben Israel ein unabhängiger palästinensischer Staat entstehen soll. Die Beschäftigung mit Antisemitismus, und damit mit der Problematik ehemaliger antizionistischer Argumentationsmuster, blieb jedoch außen vor. Daß 1982, während des Libanon-Krieges, der ak unter der Hauptschlagzeile „Die Endlösung der Palästinenserfrage" erscheinen konnte, zeigt überdeutlich die Folgen solcher Vermeidung: alte Muster der Täter-Opfer-Relativierung und antisemitische Stereotype scheinen immer wieder auf. Der Vorstoß einer Frankfurter Genossin 1982, diese neuerliche unbewußte Verharmlosung der Shoah zurückzuweisen und eine Debatte in der gesamten Organisation um das Thema Antisemitismus zu initiieren, fand im KB keinen Widerhall. Die von einer kleinen Gruppe verfaßte, bemerkenswerte Serie zur Geschichte des Antisemitismus wurde zwar nicht unterdrückt, aber auch nicht KB-öffentlich diskutiert. Gleichzeitig verteidigte der Autor der Zeile „Endlösung der Palästinenserfrage?" seine Überschrift. Die Genossin verließ in der Folge dieser Entwicklung den KB.

Im Kontext jener Auseinandersetzung steht ein Streit, der jüngst seine Fortsetzung fand. Die Frankfurter Genossin verfaßte eine ausführliche Kritik von Henryk Broders Buch „Der ewige Antisemit", um die Frage antisemitischer Muster in der eigenen antizionistischen Argumentation zum Thema zu machen. Fünf ak-Nummern später (277) publizierte Kt., ohne Absprache mit der Autorin, einen Artikel, in dem Broder vorgeworfen wurde, mit falschen Zitaten gearbeitet zu haben: Das Zitat *„In Prag regieren die Juden"* sei im Völkischen Beobachter zum angegebenen Zeitpunkt ebensowenig erschienen, wie das Zitat *„in Prag regieren die Zionisten"* im August 1968 im „Neuen Deutschland". Die von der Genossin ge-

äußerte Sichtweise, dieser Beitrag Kt.s habe allein der Vermeidung einer wirklichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus gedient, wurde damals im KB beinahe nur von der damaligen Frankfurter Gruppe geteilt. Heute kann sie als erwiesen gelten. In ak 337 wiederholte Kt., anläßlich einer Veröffentlichung Oliver Tolmeins in „Konkret", seine „Quellenkritik". U.a. schrieb er: *"... die Artikelüberschrift ist frei erfunden. Sie steht weder im ND vom 21. August 1968 noch an anderen Tagen dieses Zeitraums. Es gibt auch keine Aussagen mit ähnlicher Tendenz im damaligen ND, weder in Überschriften noch Artikeln und Kommentar. Selbst die angebliche Schlagzeile aus dem „Völkischen Beobachter" ist frei erfunden."* (S.34) Neben Broder unterstellte Kt. nun auch Simon Wiesenthal, der 1968 in einer Dokumentation Kontinuitäten von NS-Antisemiten in die Redaktionsstuben des „Neuen Deutschland" hinein nachgewiesen hatte, antisemitische Tendenzen jener Zeitung im Zeichen des Kalten Krieges bloß erfunden zu haben. In „Konkret" 2/92 wies Oliver Tolmein nach, daß zwar nicht das exakte Zitat, wohl aber die Formulierung, in Prag hätten *„zionistische Kräfte die Führung übernommen"*, im ND vom 25. 8. 1968 den Leitkommentar pointierte. Daß das „Neue Deutschland" antisemitisch argumentierte, konnte Kt. offensichtlich aus einer ausgeklügelten Vermeidungsstrategie oder aus eigenen Ressentiments nicht wahrnehmen.

Abwehr notwendiger Selbstreflexion prägte Kt.s Reaktion auch, als in der Gruppe K Auseinandersetzungen um die Relevanz der Antisemitismusfrage für den Golfkrieg geführt wurden, und in diesem Kontext max. in ak 329 die ehemaligen Haltungen des KB bezüglich Israels analysierte. In den Folgenummern erschien weder eine zustimmende noch eine ablehnende Antwort, sondern ein länglicher Artikel Kt.s zur Geschichte des Zionismus, der in seiner ihrer Hauptaussage zu belegen suchte, daß die Staatsbildung Israels als letztlich vom Holocaust unabhängig anzusehen sei. Nur kurze Absätze widmete die umfassende Darstellung der Zeit von 1933-45.

Resumee

Ist also die Debatte um antisemitische Tendenzen des „Antizionismus" der 70er Jahre in unserem engeren Umfeld keinesfalls akademisch, sondern von Brisanz, so gilt das umso mehr für die Strömungen der radikalen Linken insgesamt. Es ist zu hoffen, daß Diskussionen um die Erklärung der RZ diesen Punkt nicht auslassen. Heute, da Deutschland wieder Großmacht wird, ist für die Reetablierung einer radikalen Linken wesentlich, sich einer Analyse deutscher Vergangenheit zu stellen, die ehemals unbearbeitete Aspekte, wie die Frage einer Analyse des Antisemitismus, mit einbezieht. Ohnehin erweisen Debatten um Rassismus, Wiedervereinigung etc., daß Fragen der Stellung gegenüber Kontinuitäten aus der NS-Zeit — die in allen Fraktionen durch theoretische Defizite geprägt sind — sich immer wieder als relevante Streitpunkte erweisen und auch die radikale Linke fraktionieren.

Ob sich die Linke in Deutschland insgesamt vom Begriff „Antizionismus" verabschieden sollte, ist unseres Erachtens eine Auseinandersetzung wert. Es gibt eine antisemitische Tradition des Antizionismus, die allzu oft unter „linken" Vorzeichen anzutreffen war und ist; die Relativierung der Shoah und der Rekurs auf antisemitische Muster ist für sie kennzeichnend. Dieser Teil linker Geschichte muß kritisch aufgearbeitet werden, ein so besetzter Antizionismus muß aus linken Zusammenhängen verschwinden.

Die Gruppe K — als Mitbetreiberin des ak — befindet sich aktuell in der schwierigen und ärgerlichen Situation, daß sich die mitherausgebende Gruppe „Mehrheit" gegenüber dieser Problematik in Diskursverweigerung übt, was geeignet ist, den ak als zweideutiges Journal erscheinen zu lassen: Hier wird die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und der eigenen Geschichte als wichtiges Thema hervorgehoben, dort werden Vermeidungsstrategien oder Schlimmeres immer sichtbarer. Inwieweit ein solcher Zustand tragfähig ist, wird die Zukunft erweisen.

jw./Be., Gruppe K

Beispiel für eine „antizionistische" sowjetische Karrikatur — aus „Gudole", 4. August 1973, „An der Dollarkette". Aufschrift: „Internationaler Zionismus". Nebentext: „Der amerikanische Kommentator Cyrus Sulzberger schrieb in der New York Times: ‚Es gibt eine außerordentlich enge, obgleich wenig bekannte Partnerschaft zwischen Israel und Südafrika.'" — Beide Repräsentanten hängen in der Karrikatur an der Dollarkette des Weltjudentums.

Anmerkungen:

(1) Habasch, Generalsekretär der PFLP, erklärte nach der Entführungsaktion, „eine Gruppe Jugendlicher, die vor einiger Zeit mit der PFLP gebrochen haben", sei für die Entführung verantwortlich. Er dementierte die Aussagen des Kommandos, der PFLP anzugehören. (vgl. ak 85, 26.7.76, S.2)

(2) Dieser Ansatz wurde in der Filmkritik „Pretty Woman und die Logik des Antisemitismus" (ak 334, S36f) kurz vorgestellt. Im nächsten AK wird eine Zusammenfassung im Kontext eines Interviews mit M. Postone erscheinen. Der Aufsatz ist in der Nullnummer der „Bahamas" (Zirkular der Gruppe K), sowie in der letzten Ausgabe von „Kritik und Krise" (ISF Freiburg) dokumentiert.

zum RZ Papier:

"Ich geh weg, ich geh weg, ich geh weg und such was Neues..."
(Ton, Steine, Scherben)

Wir haben den Eindruck, daß die RZ in ihrem Papier "Gerd Albertus ist tot" den Tod eines Genossen als Aufhänger dazu mißbrauchen, mit internationalistischer Politik, die auch Gerd's Politik war, abzurechnen.
Das Papier liest sich nur vordergründig als Kritik an eigenen Fehlern, diese Kritik läuft hierfür aber aus einer zu großen zeitlichen und politischen Distanz. Eine kritisch-konstruktive Auseinandersetzung sowohl mit nationalen Befreiungsbewegungen als auch mit dem eigenen Internationalismusbegriff gab es offensichtlich nicht. Alle politischen Inhalte von Entebbe wurden einfach aus dem Programm genommen: kein solidarisches Verhältnis mehr zu den Befreiungsbewegungen, keines mehr zu den revolutionären Gefangenen. Ein Rückzug auf metropolenzentristische Politik, als Flucht vor dem Erarbeiten eines neuen, kritischeren Solidaritätsbegriffs. Stattdessen erscheint der sozialrevolutionäre Schwenk der RZ als "logische" Konsequenz aus dem Ablauf der Entebbe-Aktion.
Die Internationale Solidarität wird auf die zwei Möglichkeiten reduziert: bedingungsloses Mitläufertum oder bedingungsloser Bruch.
Bei der Beschreibung des toten Genossen scheint es ebenfalls nur auf den ersten Blick so, daß die RZ sich um Fairneß bemühen. Durch den Rundumschlag gegen internationalistische Politik, die auch seine Politik war, entsteht jedoch beim Lesen der Eindruck einer gewissen Häme : Sein Tod als Folge seiner falschen Politik.

1. Nationaler Befreiungskampf

1.1 Charakter von Befreiungsbewegungen und Machtübernahme

Die RZ denunzieren den Ansatz nationaler Befreiungsbewegungen, die die soziale Befreiung an die Erlangung staatlicher Souveränität koppeln. Anhand der Entwicklung der "jungen Nationalstaaten" leiten sie ab, daß die 'Machtübernahme':

> in fast allen Fällen den sozialen Gehalt der Revolution zerstörte,
>
> dazu führte, daß die Führer der Befreiungsbewegungen sich als "Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebärdeten", daß das Massenelend anhält, und es dafür einer neuen Erklärung bedarf
>
> 'kurz gesprochen - die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung (sich) vor allem (für) die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder Korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach."

Daraus ziehen sie folgende Schlüsse: "Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß das Spektrum sozialer Bedürfnisse und Interessen nicht in den Befreiungsorganisationen aufging und daß die Dimension des Geschlechter- und des Klassenkampfes selbst im Prozeß antiimperialister Befreiung keinen Moment an Bedeutung verloren hatte. Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufrieden geben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Kommandanten basierte ..."(...)"Wir mußten den Mythos des Volkskriegs auf seine revolutionären Qualitäten hinterfragen und ihn in seiner Doppelheit als Moment der Befreiung und als eine Form zerstörerischer Rationalisierung neu begreifen, zu deren ersten Opfern die Flüchtlinge ebenso gehörten, wie die Frauen und Kinder in den Auffanglagern an den Grenzen zu den umkämpften Gebieten."

Unser Blick auf die Geschichte ist ein anderer: Die Revolutionen "rechneten" sich für Millionen Menschen, die nicht verhungerten, die sich nicht als SklavInnen und TagelöhnerInnen verdingten, sondern sozial gesicherter leben konnten. Und sicher zeigten sich -gemessen an Utopien und Idealen- auch Grenzen.
Die RZ suchen Gründe für das Scheitern der 'jungen Nationalstaaten' ausschließlich in diesen selbst. Dadurch wird aus einer Analyse ein Psychogramm, dadurch werden einzelne richtige Kritikpunkte, falsch, weil sie als ausschließliche Erklärung für etwas herhalten sollen, was nicht ausschließlich durch sie bedingt und zu erklären ist. Sie schieben für ihre Verabschiedung von revolutionärer internationalistischer Politik und der von daher folgerichtigen Absage an Befreiungsbewegungen platte und ungenaue Argumente vor. Ginge es ihnen wirklich noch um internationale Befreiung, so würden sie eine Kritik an den Befreiungsbewegungen einbinden in eine Analyse der objektiven Bedingungen, unter denen diese Bewegungen kämpfen, und sie müßten der Tatsache Rechnung tragen, daß diese Bewegungen organisierter Ausdruck der Kämpfe der Völker im Trikont sind.

Im Zeitalter des Imperialismus, der Aufteilung der Welt in Interessensgebiete, der absoluten Ausplünderung des Trikonts durch die Metropolen, ist es unmöglich, die Entwicklung im Trikont, in einzelnen Trikontländern, in einzelnen Befreiungsbewegungen, losgelöst von der internationalen Situation zu analysieren. Hierzu kommt von den RZ nichts. Weder die ökonomische Situation, die durch die imperialistischen Staaten bedingt ist, noch die permanente von ihnen aufgezwungene Kriegssituation wird untersucht.

Warum bedarf das Massenelend in den 'jungen Nationalstaaten' einer neuen Erklärung? Wo keine Mittel da sind, Krankenhäuser zu bauen, wo kein Geld für Schulen da ist und wo es nicht genug zu fressen gibt, findet die Utopie ihre Grenzen.
Es geht nicht darum, Fehler der jungen Nationalstaaten außen vor zu lassen, aber es ist nunmal so,

* daß die Machtübernahme die absolute Verelendung nicht beendet, daß Abhängigkeiten vom Weltmarkt bestehen, daß Schulden bezahlt werden müssen, weil die Kräfteverhältnisse es nicht anders zulassen. Die vom Kolonialismus ausgeplünderten Staaten, deren Grenzen willkürlich festgelegt waren und und deren Ökonomie am Boden lag, hatten schlechteste Ausgangsbedingungen für ihre Entwicklung.
* daß viele der jungen Nationalstaaten durch von den Imperialisten hereingepuschte Kriege geschwächt wurden und werden
* daß es im Trikont Tendenzen gibt, die eigene Situation auf die eigene Unfähigkeit zurückzuführen und die Verhältnisse in Europa und Amerika zum Ziel aller Ziele zu machen und die zur Versuchung führen, alles Westliche nachmachen zu wollen.
* daß die BefreiungskämpferInnen Erziehung und Prägung unter den Werten erfahren haben, die die alten Gesellschaftssysteme getragen und gestützt haben und der Prozeß der Entwicklung revolutionärer Werte unter härtesten materiellen Bedingungen und unter den Bedingungen des Krieges, der immer verhärtet, auch wenn es ein revolutionärer Krieg ist, stattfinden mußte.
* daß die Sowjetunion, China etc. Befreiungskämpfe nicht aufgrund ihrer sozialen und revolutionären Inhalte unterstützten, sondern um ihre Einflußsphären auszubauen, was z.B. in Eritrea zu einem Andauern der Unterdrückung führte.
* daß die Sowjetunion ihr falsches Großtechnologiedenken auf die jungen Nationalstaaten übertragen hat

Das sind die Bedingungen, unter denen die Befreiungsbewegungen kämpfen und die bei jeder Kritik berücksichtigt werden müssen. Kritik ist wichtig und richtig, aber wer ausschließlich seine Werte und Utopien überträgt und zur Bedingung für Solidarität macht, gerät in eine Situation, in der seine Politik zum Kolonisationsfaktor gegen die Kämpfe im Trikont wird. Das Bewußtsein über die Ungleichheit der Bedingungen beinhaltet auch, daß die Völker der drei Kontinente ihre eigenen Organisationsformen entwickeln müssen, genau wie wir unseren Kampf unter unseren Bedingungen führen müssen. Und die Fehler, die sich nicht mit den oben genannten Punkten erklären lassen, sind Ausdruck von "Verrat und korrupter Moral" und eben nicht, wie die RZ schreiben im "Wesen der Staatsgründung" begründet. Diese Position ist nichts anderes als kleinbürgerlicher Anarchismus.

"... Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufrieden geben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Komandanten basierte..." Eine solche Denunziation wie obige entlarvt eher die Verfasser als die Adressaten der Kritik. Der Begriff völkisch ist eindeutig faschistisch belegt durch den deutschen Nationalsozialismus, war Grundlage seines Vernichtungsprogramms gegen Millionen Juden, Jüdinnen, Roma, Sinti, PolInnen und RussInnen. Es kennzeichnet die Unaufrichtigkeit, daß zu anderen Themen, wo es opportun erscheint, so viel Wert auf dieses Kapitel der Geschichte gelegt wird, und hier gleichzeitig so leichtfertig mit den Begriffen, die durch diese Zeit geprägt wurden, umgegangen wird. Der Umgang, der in Befreiungsbewegungen miteinander geführt wird, ist natürlich nicht immer so, wie er lange in den idealistischen Vorstellungen der Metropolenlinken als scheinbare Verwirklichung der eigenen Utopien existierte, diesen aber als "unartikuliertes Miteinander" zu bezeichnen, verrät eine tiefe rassistische Verachtung der RZ gegenüber den GenossInnen im Trikont.

Zum Metropolenmythos des Volkskrieges: Es stimmt, daß es revolutionsromantische Vorstellungen vom Volkskrieg gibt, die ein realitätsfernes Bild vom sauberen Krieg vermitteln, die Elend und Leid unter den Tisch kehren und Kämpfe im Trikont idealisieren. Es stimmt aber genauso, daß es revolutionsromantische Vorstellungen gibt, die davon ausgehen, es göbe andere Wege zur Befreiung, als die bewaffnete Gewalt gegen den Imperialismus - als Ausdruck des politischen Kampfes des Volkes. Aus dem Charakter der imperialistischen Staaten, aus ihrer Praxis von Vietnam über Korea bis zum Golfkrieg, kommt die Erfahrung, daß den Imperialisten jedes Mittel bishin zum Völkermord recht ist, um politisch störende Faktoren zu bekämpfen.
Den Befreiungsbewegungen eine Mitverantwortung an "Frauen und Kindern in Flüchtlingslagern" etc. zu geben ist in höchstem Maße zynisch, wenn die Alternativen berücksichtigt werden, ein Leben in Elend, ohne den Funken der Hoffnung auf Zukunft (Jedes Jahr sterben mehr Menschen an Hunger und fehlender ärztlicher Versorgung, als im gesamten "2.Weltkrieg"). Wenn die RZ den Befreiungsbewegungen vorwerfen, den Sieg zu wollen und die Macht übernehmen zu wollen, ist es ein weiterer Ausdruck davon, alles aus dem Metropolenblickwinkel zu betrachten, in dem die Notwendigkeit des Sieges nicht in ihrer existenziellen Bedeutung begriffen wird, da die materielle Situation eine andere ist. Es sind eben nicht die Ausbeutungsverhältnisse in den Metropolen, die den mörderischsten Teil des Imperialismus darstellen, diese werden ja schließlich auf Kosten der Trikontvölker abgemildert und damit befriedet.

1.2. Zusammenarbeit mit Befreiungsbewegungen / Solidarität

Die RZ schreiben: "Es ist eine Kritik an falschen Harmonievorstellungen, wie wir sie lange Zeit gehabt haben und die hier vor allen von Seiten antiimperialistischer Gruppierungen ungebrochen genährt werden. Die Selbstverständlichkeit mit der jede revolutionäre Gruppe oder Bewegung internationale Solidarität auf ihre Fahnen schreibt, steht im Widerspruch, sie einzulösen. Existenz und Gewalt des gemeinsamen Gegners reichen nicht aus, um die Ge-

gensätze und Konflikte in den eigenen Reihen einzudämmen. Immer wieder brechen auch hier Antagonismen auf, die ihre Ursache in der Unterschiedlichkeit von Interessen und Zielvorstellungen oder in selbst errichteten ideologischen Barrieren haben...."
Ein aufschlußreiches Zitat mit vielen Unterstellungen. Daß die RZ mit ihren hier formulierten Positionen einen Antagonismus (unversöhnlicher Gegensatz) zu den Befreiungsbewegungen darstellen, sehen wir auch so.
Die Harmonievorstellungen, die Gleichsetzerei der Kämpfe sind Erscheinungen, die kritisiert werden müssen. Natürlich ist der Kampf der RAF nicht mit dem z.B. der PKK gleichzusetzen, genauso, wie die Straßenschlacht in Kreuzberg einen grundsätzlich anderen Charakter hat, als die "riots" in Brasilien. Nur: die Tendenz, die Kämpfe gleichzusetzen verliert ständig an Bedeutung. Die meisten derjenigen, die so gearbeitet haben, machen heute nichts mehr. Die Genossinnen, die heute mit Befreiungsbewegungen zusammenarbeiten, tun dies in ihrer überwiegenden Mehrheit im Bewußtsein der Unterschiedlichkeit der Kämpfe. So ungebrochen wie die RZ tun, wird weder "genährt" noch "auf die Fahne geschrieben", das ist reine Polemik. Die Erkämpfung einer internationalistischen Position hier in den Metropolen ist ein Ergebnis aus der Geschichte der revolutionären Kämpfe seit ihrer Entstehung. Sicher gibt es auch immer Genossinnen, die unhinterfragt "Hoch die internationale Solidarität" rufen, dies ist aber sowohl ein Problem des Metropolenstatus, der Verflachen der revolutionären Politik in den letzten Jahren, als auch ein Produkt der Schwäche der internationalistischen Kräfte, denen es oft nicht gelingt, ihr Bewußtsein so zu vermitteln, daß es andere überzeugt, begeistert, mitreißt und zu genauerer Auseinandersetzung anregt.

Auch geht es nicht darum, durch die Existenz des gemeinsamen Gegners Konflikte einzudämmen. Es geht darum sie auszutragen, sich gegenseitig zu kritisieren und trotzdem zu wissen, daß es einen gemeinsamen Gegner und gemeinsame Interessen, sowie auch punktuell unterschiedliche Interessen gibt.
Hier zeigt sich, daß die RZ ihr altes kritikloses Unterstützungsverhältnis zu Befreiungsbewegungen nicht aufgearbeitet haben, sondern nach dem Motto "Wirds Schwierig, such ich mir was Neues", verdrängt hat. Klar ist dann auch, daß es keine Debatte über ideologische Fragen gibt, sondern "selbsterrichtete ideologische Barrieren". Es geht auch nicht darum, ob die Existenz des gemeinsamen Gegners für irgendwas ausreicht, sondern darum, daß es eine weltweite Situation gibt, die geprägt ist von der Existenz der imperialistischen Staaten und deren Interessen. Diese Situation führt dazu, daß Kämpfe, die sich nicht auf andere Kämpfe beziehen, perspektivisch in der Bedeutungslosigkeit verschwinden, wie Gerd Albartus richtig analysiert hat. Eine weitere Säule internationalistischen Denkens ist das Ablehnen unseres Metropolenstatus, weil er nur durch die absolute Verelendung des Trikonts möglich ist. Die revolutionäre Moral "Unter uns keine Sklaven über uns keine Herrn", beinhaltet die Solidarität mit den "Sklaven"

2. Entebbe, "Israel" und Revolutionäre Gewalt

2.1. Zur Aktion in Entebbe

Die Aktion um Entebbe stellt -so die RZ- einen Wendepunkt in ihrer Geschichte dar: Er löste den Rückzug aus den internationalen Kontakten aus. Zwar sei "Entebbe kein Einzelfall (gewesen), wohl aber der Kulminationspunkt einer Entwicklung".
Entebbe nimmt somit einen zentralen Platz nicht nur in der Geschichte der RZ, sondern auch in ihrem Papier ein: 'Kulminationspunkt' bedeutet, daß sich in dieser gescheiterten Aktion die politischen, strategischen und praktischen unüberbrückbaren Differenzen focusartig verdichteten und zum Ausdruck kamen und als solche dargestellt werden können. Diese Bedeutung wird Entebbe zumindest von den RZ zugewiesen.
Dies und die Tatsache, daß sich die RZ seit 1976 noch nie umfassend zu Entebbe geäußert haben, erfordert zweierlei:

1.) Eine politische Stellungnahme zu dem bisherigen Nichtverhalten und eine politische Einschätzung der politischen Folgen eben der Tatsache, daß der imperialistischen Propaganda die politische Aufbereitung der mißglückten Aktion überlassen wurde und Entebbe seither als wunder Punkt, als 'irgendwie düsteres Kapitel' der revolutionären Linken gilt.
2.) Heute eine möglichst umfassende und politisch genaue (das bedeutet keine Offenbarung in praktischen Fragen) Darstellung der Aktion, ihrer ursprünglichen Planung , ihrer Entwicklung, ihres veränderten Ablaufs und der politischen Antworten darauf. Das ist nicht nur wichtig, um die im ersten Punkt angedeuteten -von der RZ zu verantwortenden- Fehler zu korrigieren, endlich eine produktive Auseinandersetzung mit dieser Aktion und v.a. ihrer Folgen für die Linke zuzulassen. Insbesondere müßte dies im Interesse der RZ heute sein, um die Diskussion über ihre politischen Erfahrungen, die an Entebbe 'kulminierten', über ihre politische Kritik und ihre Schlüsse daraus zu ermöglichen.

Nichts dergleichen -zumindest im von uns verstandenen Sinne einer politischen Diskussion- geschieht, sondern:
Die RZ kolportieren die Propagandalüge von der 'Selektion jüdischer Menschen' von allen nicht-jüdischen durch das Kommando.
Seit 1976 dient diese Behauptung als 'Beleg' für den 'Antisemitismus der Linken' und hat sich mittlerweile so verfestigt, daß sie auch in linksradikalen Kreisen kaum mehr zurückgewiesen wird. Wenn eine Lüge hundertmal wiederholt wird, so wird davon nichts wahrer, aber sie schafft sich eine eigene Realität. Sie beginnt zu wirken -vor al-

lem dann, wenn Name und Tonfall der VerbreiterInnen deutlich zu machen versuchen: 'Wir wissen mehr als ihr'. Eine Auswahl der Geiseln unter dem Kriterium Juden/Nichtjuden hat nicht stattgefunden.
Tatsächlich ließ das Kommando in Bengasi und Entebbe Menschen aus den Staaten aussteigen, deren Regierung keine der GenossInnen gefangen hielten, deren Freilassung erreicht werden sollte. Kriterium dafür waren die Personalpapiere. Weiter als Geiseln im Flughafengebäude festgehalten wurden israelische und französische Staatsbürger. (Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme der KB-Mehrheit im ak 338 vom 13.1.92)
Die Vorgehensweise, einen Teil der Passagiere aus einer solch zugespitzten Situation wie einer Flugzeugentführung zu entlassen, beinhaltet das Kalkül, mit den verbliebenen Geiseln weiter Druck auf deren Regierungen ausüben zu können. Damit werden sie objektiv einer Gefahr ausgesetzt, auch wenn subjektiv Anstrengungen unternommen werden, daß dies nicht geschieht.
Mit diesen Fragen, die den Kern des äußerst problematischen Mittels der Flugzeugentführung beschreiben, hat sich beispielsweise die RAF im Maipapier 1982 auseinandergesetzt. Wie die palästinensischen Kräfte die Frage der Gefährdung von Menschen aus den Metropolen bei antiimperialistischen Aktionen diskutiert haben, wissen wir nicht. Seit den 70er Jahren ist uns jedoch kein Fall mehr bekannt, in dem linke Guerillakommandos Flugzeugentführungen durchgeführt haben.
Das heißt nicht, daß diese Diskussion abgeschlossen sein muß. Dafür leisten die RZ aber keinen Beitrag.
Stattdessen übernehmen sie in ihrem Papier eine Falschmeldung, deren einzige Funktion es war und ist, den palästinensischen Kampf und den der beiden getöteten GenossInnen, Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann, als antisemitisch darzustellen.
Gerd Albertus saß 5 Jahre im Gefängnis: Er habe -so die Justiz- versucht, ein Kino in dem der Film Entebbe lief, in Brand zu stecken. Was für ein Ziel dieses Anschlages ist denkbar? Doch nur das, die Verbreitung eines Filmes anzugreifen, der das Blutbad von Entebbe glorifizieren und die gefallenen Genossinnen und Genossen und ihren politischen Kampf denunzieren sollte.
Wie es zu einer Übernahme dieser Propagandageschichte kommen konnte, können nur die RZ klären.
Neben diese Falschmeldung fehlt es auch an weiteren Informationen, die Entebbe politisch diskutierbar machen. Was die RZ darlegen, sind Wertungen bestimmter Vorgänge. So lassen sie uns beispielsweise wissen, sie hätten schon damals kritisiert, "daß dem Kommando im Zuge der Operation die Befehlsgewalt entzogen worden war und die GenossInnen (...) bloß noch die Weisungen zu befolgen hatten, die an anderer Stelle und fernab des Geschehens ausgegeben wurden." Wer die Möglichkeit eröffnen will, aus der Aktion und den politischen Fehlern, die sich darin ergaben, zu lernen, der/die muß auch deutlich machen, ob z.B. die palästinensischen GenossInnen diesen Vorgang auch als 'Entziehen der Befehlsgewalt' benennen und wenn ja, was die Gründe für diesen Schritt waren.

In Entebbe stießen weitere Guerillas zu dem Kommando. Waren dies die neuen 'Chefs', die Überbringer der 'Weisungen' von "fernab des Geschehens" ? Oder sind nicht ganz andere Gründe möglich: Eine Verlagerung der Verhandlungen auf eine weitere Instanz ist als Möglichkeit denkbar, um dem Kommando in schwieriger Lage neuen Raum zu geben und Druck von ihm zu nehmen. Es fehlt an jeder Grundlage solche Fragen zu diskutieren. Es wäre Aufgabe der RZ gewesen, die verschiedenen Begründungen und politischen Haltungen in irgendeiner Form öffentlich zu machen (ohne praktische Details offenzulegen), um den behaupteten Kulminationspunkt einer Entwicklung "in dem wir uns mehr und mehr von dem entfernt hatten, wofür wir mal angetreten waren" in beiden Aspekten -dem der palästinensischen Kräfte und der RZ- politisch greifbar zu machen. Dafür stellt der Entebbe -Teil des RZ-Papiers nichts zur Verfügung. Information wird wider besseres Wissen vorausgesetzt um Meinungen verbraten zu können. Mensch kann den RZ nur glauben (oder auch nicht). Doch Glaube ist kein tragfähiger Boden für politische Bewertungen.
Entebbe - nicht die Tatsachen aus, nicht die politische Diskussion um Entebbe - sondern der nun jahrealte düstere Fleck 'Entebbe' wird benutzt, um eine grundsätzliche politische Entscheidung daran aufzuhängen. Die Funktion ist eine rein illustrative; ein Bildchen, das die rechte Stimmung verbreitet, um im weiteren die Befreiungsbewegungen -nun plötzlich so ganz allgemein...- im Licht obskurster "leninistisch-stalinistischen" Herrschaftsdranges erscheinen zu lassen.

2.2. zu "ISRAEL"

Politisch entwickeln die RZ ihre Position zu 'Israel' an der Aktion in Entebbe und ideologisieren ihren eigenen Rückzug, wie soviele im Moment. Während die RZ keine Probleme damit haben, trotz der geschichtlichen Belastung aus der 'deutschen Geschichte', den Begriff 'völkisch' zu verwenden und damit Befreiungsbewegungen zu denunzieren, kommt es nun zu 'Israel' scheinbar sehr genau: "Der schwarze September der Palästinenser, die israelischen Luftangriffe auf die Flüchtlingslager, das Massenelend in den besetzten Gebieten, das Regime des Schreckens, das die Besatzungsmacht dort ausübte, die Berichte aus den israelischen Gefängnissen waren uns Grund genug und zugleich Vorwand, unser Wissen über Ausschwitz in den Hintergrund zu drängen. Wir machten uns die Losungen des palästinensischen Befreiungskampfes zueigen und setzten uns darüber hinweg, daß unsere Geschichte eine vorbehaltlose Parteinahme ausschloß. "(...)" Wir sahen Israel nicht mehr aus der Perspektive des nazistischen Vernichtungsprogramms, sondern nur noch aus dem Blickwinkel seiner Siedlungsgeschichte: Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für

die Überlebenden und Davongekommenen, die eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemanden ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt."

Es geht nicht um ein subjektives Empfinden, ob "Israel" als Agent und Vorposten der Imperialisten in der arabischen Welt gilt, "Israel" **ist** Agent und Vorposten der Imperialisten in der arabischen Welt (daß es in den arabischen Regimes auch noch andere Verbündete der Imperialisten gibt, schwächt dies nicht ab)!
Judenverfolgung und Antisemitismus, sind Fragen, die heute in den Köpfen sind, wenn über "Israel" diskutiert wird; aber "Israel" als Zufluchtsort ist keine Lösung.
Die Shoa (Judenvernichtung), sowie Antisemitismus allgemein, können nicht dafür herhalten, daß den PalästinenserInnen ihr Land geraubt wurde, und erst recht nicht dafür, daß Teile der Linken dies propagieren. In Deutschland wurden die Juden fabrikmäßig geplant vernichtet. Es gibt die Position, die Juden seien durch die Shoa zum Volk geworden. Die VertreterInnen dieser Position, die daraus das Existenzrecht "Israels" herleiten kommen aber bezeichnender Weise nicht auf den Gedanken, für einen solchen Staat einen Teil Deutschlands zu beanspruchen, sondern es ist das alte Muster, daß Konflikte aus den Metropolen im Trikont ausgebadet werden müssen.
Unsere Konsequenz aus der Geschichte ist eine andere. Es geht darum, Rassismus, Antisemitismus, Verfolgung und Faschismus zu bekämpfen mit dem Ziel, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen es keine Verfolgung und Unterdrückung mehr gibt. Dies schließt den Kampf gegen den Staat "Israel" und für Palästina mit ein.
Die RZ kritisieren sich : "Wo wir unter anderen Voraussetzungen auf der Unterscheidung zwischen oben und unten beharrten, sahen wir im Nahen Osten vor allem gute und schlechte Völker". "Oben und unten" gibts nun mal nicht als objektive Kriterien, weil sie sich immer in Relation zueinander definieren. Es ist also notwendig, analytische Faktoren hinzuzuziehen: "Israel" ist ein Staat mit einer kolonialen Siedlerstruktur, die die Vertreibung und Vernichtung der palästinensischen Bevölkerung zum Ziel hat. Die palästinensische Gesellschaft hat den Klassencharakter aller arabischen Gesellschaften. Die palästinensische Bourgeoisie hat nicht das Interesse, den antizionistischen Kampf in seiner antiimperialistischen Konsequenz zu führen, was einen Bruch mit den arabischen Regimen, mit dem sie kollaborieren zur Folge hätte. Die revolutionäre palästinensische Linke hatte immer die Position, den antizionistischen Kampf als Teil einer arabischen revolutionären Entwicklung zu führen. Dies ist der Kampf, den wir unterstützen.
Der Kampf des palästinensischen Volkes ist vergleichbar mit dem der afrikanischen und asialischern Völker gegen ihre Kolonialherren. Es ist das Recht der kolonialisierten Völker, gegen ihre Kolonialherren zu kämpfen, das kann auch die untere Klasse des kolonialisierenden Volkes einschließen, wenn diese nicht bereit ist, gemeinsam mit dem unterdrückten Volk gegen die Kolonialisierung zu kämpfen. Jeder, der Land besetzt und raubt, muß mit dem Widerstand und Haß derer rechnen, die bestohlen wurden. In "Israel" ist eine jüdische antizionistische Position zwar vorhanden, die den Staat "Israel" ablehnt, aber sie ist so marginal, daß es verwundert, wie sehr sich die PalästinenserInnen bemühen, auf diese einzugehen und mit diesen zusammenzuarbeiten. Nur eine Verschärfung des Kampfes gegen "Israel" kann die zionistische Gesellschaft dermaßen polarisieren, daß es letztlich zum Bruch eines Teils der unterdrückten Klasse in "Israel" mit dem Zionismus kommt.

Weiter behaupten die RZ tatsächlich doch "Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen". Wer so denkt, kann keine revolutionären lösungen finden. Wenn es nicht mehr darum geht, das Richtige durchzusetzen, sondern "Ausgleich" zu finden, kann es nur reformistische lösungen geben. Auch der bewaffnete Kampf verkommt dann zum bewaffneten Reformismus.
Das erklärte Ziel des palästinensischen Befreiungskampfes ist ein säkulares Palästina, d.h. ein Palästina, in dem Juden und Palästinenser gleichberechtigt leben können (und natürlich nur die, die das so wollen). Soviel zu den angeblich "nicht vorhandenen revolutionären lösungen".

Der Charakter "Israels", war den RZ "Grund genug und zugleich Vorwand", trotz Ausschwitz gegen "Israel" zu kämpfen. Wieso Vorwand? Es ist nunmal so: die Punkte, die die RZ aufführen, warum "Israel" bekämpft werden muß, sind gute Gründe. Die zionistische Ideologie, die (unabhängig von den heutigen Kräfteverhältnissen in der UNO) rassistisch und die unabdingbare Grundlage des Staates "Israel" ist, steht einer Lösung im Interesse der Völker entgegen: "Israel" muß weg!

Wenn die RZ ihre Positionen zu "Israel" ungenau entwickelt hatten, hätten sie diese genauer entwickeln sollen, stattdessen schieben sie Gründe vor, sich nicht mehr damit auseinandersetzen zu müssen. "Wir hatten allen Grund zur Zurückhaltung, wenn wir uns mit Motiv und politischem Gehalt des Antizionismus beschäftigten. (...) Das Dilemma der politischen Abstinenz, das sich daraus ergab, schien einigen von uns dahingehend auflösbar, daß wir den Begriff der NS-Kontiunität und unser Leben in diesem Land zu Anlaß nahmen, nach den Spuren jüdischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Neuordnung zu suchen und uns darauf zu beziehen, als daß wir zwecks Legitimation und Befriedigung des eigenen Handlungsbedarfs politisch fatale Analogien zogen, wie dies in manchen Dokumenten des linken Antizionismus geschieht."

Der schwelende Vorwurf, linker Antizionismus sei antisemitisch geprägt, wird seit langem als Propagandaargument gegen die Solidaritätsarbeit zu Palästina benutzt. Und diese Anschuldigung wird von den meisten (so auch von den RZ) benutzt, um wie zuletzt im Golfkrieg, eine pro-israelische Politik zu legitimieren. Die Argumentation arbeitet mit der Gleichsetzung "Israels" mit den Juden und der Bezeichnung "Israels" als Judenstaat. Diese Gleichsetzung, die sowohl von Zionisten als auch von Teilen des linken Spektrums vorgenommen wird, hat weitreichende

Folgen. Durch diese Methode wird Antisemitismus gefördert. Antisemitismus ist wie jede Form von Rassismus durch nichts zu entschuldigen. Die Gleichsetzung "Israels" mit Juden und die des antizionistischen Kampfes mit Antisemitismus, leistet diesem aber Vorschub. Die Assoziierung "Israels" mit dem "Judenstaat" führt im Bewußtsein der Bevölkerung dazu, daß durch den Charakter und die Praxis "Israels" antijüdische Ressentiments verstärkt oder sogar erzeugt werden. Eine Auseinandersetzung in unseren Reihen sollte immer das Ziel haben, genauere und bessere Positionen zu entwickeln und sie sollte solidarisch geführt werden. Das schließt das leichtfertige Umherwerfen mit Antisemitismus-Unterstellungen aus.

Die Frage ist auch, ob der Antisemitismusvorwurf häufig nicht nur vorgeschoben wird, sich nicht verhalten zu müssen. Hierzu nur ein Beispiel : In Hamburg bemalten Leute aus der Hafenstraße eine Wand aus Solidarität mit der Intifada mit folgenden Parolen:

"BOYKOTTIERT 'ISRAEL' ! WAREN,KIBBUZIN + STRÄNDE
PALÄSTINA DAS VOLK WIRD DICH BEFREIEN
REVOLUTION BIS ZUM SIEG"

Hierauf wurde sowohl von der bürgerlichen Presse, als auch von Teilen der GAL, von Reemtsma und anderen, der Vorwurf erhoben, die Hafenstraße vertrete antisemitische Parolen. Aus "Boykottiert Israel" wurde "Kauft nicht bei Juden". Leute aus der Hafenstraße, aus ihrem Unterstützerkreis und aus der Solidaritätsbewegung zu Palästina, setzten sich sehr intensiv mit diesem Vorwurf auseinander. Ergebnis war eine Großveranstaltung, die von 600-800 Leuten besucht wurde. Die Auseinandersetzung führte dazu, daß einige, z.B. viele GALier den Vorwurf zurücknahmen. Der Antisemitismusvorwurf war als Grund genannt worden, warum sie nicht mit auf die Straße gingen um die Intifada zu unterstützen, oder warum sie die Boykottkampagne nicht mittrugen. Es ist bezeichnend, daß auch nach Ausräumen dieses Grundes keine Aktivitäten zur Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes durch diese Kreise unternommen wurden.
Ein ganzes Stück ehrlicher finden wir das von der RZ proklamierte 'back to the roots' des bürgerlichen Antifaschismus: "Vergessen waren die Sätze, die Ulrike Meinhof knapp zehn Jahre zuvor aus Anlaß des Sechs-Tage-Krieges geschrieben hatte: 'Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht bis in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Israel mit ein'."
Vergessen wollen die RZ heute, wie die Revolutionärin Ulrike Meinhof und andere Genossinnen und Genossen ihre frühere prozionistische - dem bürgerlichen Antifaschismus der jungen Oppositionsbewegung in den 60iger Jahren geschuldete- Position theoretisch wie praktisch kritisierte und revidierte, indem sie den antiimperialistischen Kampf hier in der Metropole BRD auf die Tagesordnung setzten. (Wir empfehlen in diesem Zusammenhang das Papier der GenossInnen der RAF zum Schwarzen September, in dem ihre antizionistischen Positionen deutlich werden.)
Die RZ wollen deutlicher läßt es sich nicht darstellen- zum Ausgangspunkt zurück: Zu der bürgerlichen Bewegung, die, da ihr antiimperialistische Analyse und Praxis noch unbekannt war, die von den Geschwistern Scholl wußte und deren integere individuelle Haltung bewunderte, aber der der kommunistische Widerstand noch unbekannt war. Zurück zu der Bewegung, die das Grauen vor den Verbrechen der "Vätergeneration" im Faschismus in eine zutiefst philosemitische Haltung –den"Schutz Israels" als lebenslange Buße der "Kollektivschuld"– transferierte.
Augen zu und durch: Was den RZ bei diesem Gewaltmarsch zurück ins bürgerliche Lager alles unterläuft, scheint ihnen nicht mehr bewußt zu werden: Der selbstgezogene Verweis auf den Krieg 67 im Zusammenhang mit der proklamierten "Solidarität mit Israel" kann nur als Legitimation der zionistischen Expansion - der Besetzung des Sinai, der Golanhöhen, Gazas und der Westbank - verstanden werden. Der "Schutz Israels" - nichts anderes war die zionistische Propaganda-Klammer für diesen Krieg im Juni 67. Dieser Krieg stürzte, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, die metropolitane Linke (20 Jahre nach den Massakern von 47) in erste Widersprüche zur eigenen, anerzogenen prozionistischen Haltung. Im Zusammenhang mit dem neu erwachten antiimperialistischen Bewußtsein der jungen Linken (Vietnam-Solidarität) begann diese erstmals antizionistische Positionen einzunehmen.

Die RZ schreiben: "Daß wir seitdem (Entebbe) nichts mehr unternommen haben, was auf israelische Einrichtungen zielte, ist uns erst wesentlich später aufgefallen." Uns ist noch etwas aufgefallen: auch zu den revolutionären Gefangen haben sich die RZ seitdem extrem zurückgehalten. So haben sie es geschafft, zur Zeit des letzten Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und dem "antiimperialistischen Widerstand" zwei Anschläge auf Gerichte durchzuführen und in der Erklärung mit keinem Wort auf den Kampf der Gefangen einzugehen, oder sie zu mindest zu grüßen!

3. Revolutionäre Gewalt / Revolutionäre Gerichtsbarkeit

"Der Sinn der Veröffentlichung ist denkbar einfach: Wir wollen verhindern, daß ein Genosse, der uns wichtig ist, spurlos verschwindet. Wir wollen uns dem Eindruck widersetzen, als könne einer der unsren ohne Widerspruch umgebracht werden, selbst wenn uns die Mittel fehlen, dies zu vergelten. Wir wollen jeglichen Funken an Zweifel auslöschen, daß es für diese Entscheidung irgendeine Rechtfertigung gibt, die mit unseren eigenen Maßstäben in Einklang steht."
Was tun, wenn ein solches Ziel verfolgt wird? Es muß eine Auseinandersetzung mit der palästinensischen Gruppierung geführt werden, die dieses Todesurteil verhängt hat. Werden die Fragen nicht beantwortet, ist es nötig, diese Fragen öffentlich zu machen. Wo aber bleiben die Fragen an die palästinensische Gruppierung? Stattdessen erfahren wir, daß für die RZ die Integrität von Gerd außer Frage steht und es keinen Grund geben kann, der seinen Tod rechtfertigt. Es ist wichtig zu wissen, daß seine GenossInnen aus der RZ sagen, nein, wir stehen zu ihm und können uns keinen Grund vorstellen, der mit Gerd zu tun hat. Es ist wichtig, weil es die Notwendigkeit und Bedeutung einer Untersuchung unterstreicht.
Die Möglichkeit, daß ein Genosse oder eine Genossin zu Unrecht durch die eigen Reihen getötet wird, besteht, es ist auch richtig, daß die Revolution viele ihrer besten GenossInnen auf dem Gewissen hat, und daß sich Konterrevolutionäre es oft zunutze machen konnten, mit Verratsgerüchten und Intrigen zur Schwächung und Spaltung der revolutionären Kräfte beizutragen.

Die RZ fragen nicht öffentlich, welche Gründe es gab. Es ist wichtig, zu erfahren, was die Palästinenser in ihrer Entscheidung bewogen hat, rauszukriegen, ob es ein schwerer, bitterer Fehler war, ob es eine Geheimdienstintrige war, oder was sonst vorgefallen ist. Es geht hier nicht darum, irgendwelche Gründe aus den Fingern zu saugen, deshalb nun keine Spekulationen über diese Frage. Die RZ ziehen aber Schlüsse, ohne die Voraussetzungen dafür zu haben. So wird für sie Gerds Hinrichtung zum Tribunal gegen alle "Facetten des leninistisch-stalinistischen Verständnisses nationaler Befreiung"; und eben auch zum Tribunal gegen Gerds Internationalismusverständnis und gegen das, was ihm wichtig war: gegen den palästinensischen Widerstand.
Aus ihrem alten Verständnis "Unser Begriff von Solidarität verbot Kritik an den GenossInnen; eine Diskussion über Fehler lehnten wir ab..." ist das Erkämpfen eines kritisch-solidarischen Verhältnisses natürlich schwierig, die RZ haben das nicht geschafft oder nicht versucht und sich stattdessen auf andere Themen konzentriert und ihre Erfahrungen zum Allgemeingut erhoben. So kommt es, daß sie sich nicht vorstellen können, daß es auch anders geht; daß sie denken, daß alle, die andere Erfahrungen und Lehren gezogen haben, sich was vormachen. So kommt ihre Verachtung für GenossInnen, denen die Zusammenarbeit mit Befreiungsbewegungen wichtig ist, so kommt es, daß von den RZ nicht ihre eigenen Fehler selbstkritisch hinterfragt werden und sie es versuchen besser zu machen, sondern, daß die, mit denen sie einst gekämpft haben, zum Fehler erklärt werden, indem der Nationale Befreiungskampf zum Fehler erklärt wird.
Die Völker im Trikont schaffen sich die Organisationsformen, von denen sie sich am meisten versprechen. In vielen Ländern sind dies nationale Befreiungsbewegungen. Diese haben das Recht, eine Gerichtsbarkeit zu entwickeln, die den Bedingungen ihrer Kämpfe entspricht, und die auch das Recht einschließt, als äußerstes Mittel mit dem Tod zu bestrafen. Unser Vertrauen, daß dieses Mittel nicht leichtfertig angewandt wird, schließt die Möglichkeit von Fehlern mit ein. Hinterfragen und Kritik durch uns ebenso. Mißbraucht eine Organisation ihre Gerichtsbarkeit, kann dies zum Bruch mit dieser Gruppe führen, nicht aber dazu, daß damit alle Befreiungsbewegungen in Mißkredit gebracht werden, wie faktisch durch die RZ: "Nein: die Bereitschaft zur Ermordung eines Genossen läßt sich nicht mit der Härte der Bedingungen entschuldigen, sie ist Ausdruck einer Programmatik, *deren einziger Gehalt* die Erringung der Macht und deren Sprache die der künftigen Despoten ist..." (Hervorhebung durch uns).
Später schreiben die RZ: "Die Auseinandersetzung, die die Ermordung von Gerd ausgelöst hat, spielt sich diesseits der Barrikade ab." Naja, diesseits ist relativ, es kommt drauf an, wo mensch sich befindet. Auseinandersetzungen auf unserer Seite der Barrikade jedenfalls laufen anders ab. Sie sind geprägt vom Willen, gemeinsam weiterzu- kommen.

Soziale Basis unserer Kämpfe

"1973 haben GenossInnen der RZ in einem Interview gesagt: 'Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den (...) viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren, und den die Massen auch nicht verstehen und der sie vorläufig auch nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. Dieser Teil des Kampfes bezieht sich auf den Internationalismus, wo es primär um die Solidarität mit den Genossen ausländischer Guerillabewegungen geht und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern anderer Länder.' Was dort als Versuch formuliert wurde,eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklung zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht."
Solch ein Zitat alleine kann kein Freibrief sein, es ist die Frage, wie er verstanden wird. Es gibt in der BRD derzeit keine Analyse über den Charakter der Metropolenbevölkerung im internationalen Zusammenhang, und die daraus resultierenden Analysen über die Bedeutung der sozialen Kämpfe hier, über den Stellenwert, die Rolle und die Aufgaben revolutionären Kampfes hier fehlen. Das ist kein Problem einzelner Strömungen, sondern eine allgemeine Erscheinung. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben, die anstehen, wenn wir nicht ewig vor uns hinarbeiten wollen, ohne zu wissen, was dabei rauskommt. Die Orientierung Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre auf die Anti-AKW-Bewegung, auf die antimilitaristische Bewegung, über das Entdecken der Arbeiter von Rheinhausen und die Definition einiger Stadtteile zu "unseren Vierteln", haben eins gemeinsam: Es waren Versuche, eine soziale Basis zu gewinnen, ohne klar zu haben, was das hier sein kann. In Situationen, in denen eine richtige, die Befreiungsbewegungen miteinbeziehende Analyse fehlt, ist es durchaus legitim, in der Praxis danach zu suchen. Das Ergebnis davon ist aber mehr als mager. Es gibt keine Definition dessen, was hier "Sozialprozeß" ist und es gibt insbesondere keine Einordnung des "Sozialprozesses" in das internationale Kräfteverhältnis, keine aktuelle Analyse über die Bedeutung von Kämpfen hier im internationalen Zusammenhang. Im Zeitalter des Imperialismus gibt es keinen "Sozialprozeß" in den Metropolen, der unabhängig von seinen weltweiten Auswirkungen bestimmt werden kann.
Ausgehend davon, daß der relative Wohlstand und die Befriedung in den Metropolen mit dem Blut und Elend der Menschen im Trikont erkauft ist, ist es nicht verwunderlich, sondern Ausdruck dieses Verhältnisses, daß internationalistische Aktionen und Positionen keine Massenbasis erreichen. Aber unabhängig davon ist eine solche Arbeit richtig und notwendig, wenn wir uns im internationalen Zusammenhang begreifen, was die GenossInnen aus den RZ 1973 noch bestätigen konnten.

Die RZ sollten untersuchen, ob es nicht eher an ihrer Rangehensweise im Konkreten -z.B. der großen Bedeutung der militaristischen Komponente in der Zusammenarbeit und der geringen Bedeutung der politischen Debatte darin- lag, daß sie sich von Verantwortung für ihr Tun losgesagt haben, als an einem solchen, bei richtiger Methode richtigen Zitat. Es gab und gibt einen Mythos von Militanz und dadurch eine Blindheit für politische Fragen. (Leider wird auch zu dieser Frage -wie zu vielen anderen- das Kind häufig mit dem Bade ausgeschüttet.)

Das Ziel, unseren internationalistischen Kampf auf eine breitere Basis zu stellen und hier, bei aller Schwäche, effektiver eingreifen zu können, beinhaltet die Notwendigkeit, internationalistische Politik zu vermitteln. Es ist ein Ausdruck des falschen Politikverständnisses der RZ, wenn sie sagen: "...was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem

Gegensatz dazu." Es zeigt, daß die RZ es nicht versucht haben, daß was sie "in der BRD" machten, internationol einzuordnen, bzw. ihre lokale Praxis internationalistisch zu hinterfragen und die internationale Praxis an ihren Zielen zu hinterfragen. Die weltweiten Zusammenhänge und die Unterschiedlichkeit der Bedingungen in den Metropolen und im Trikont, sind der Grund dafür, daß die Kämpfe im Trikont nicht die direkte internationale Dimension der Massenkämpfe in den Metropolen (so sie denn stattfinden) sein können.

Weiter schreiben die RZ "Wir mußten uns entscheiden. Wer unsere Politik in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß, wie diese Entscheidung ausgefallen ist."
Auch wir teilen die Position Gerds und anderer GenossInnen:
DER PREIS, DEN IHR FÜR DIE "HERVORKEHRUNG EURER AUTONOMIE" BEZAHLT HABT,
IST, INTERNATIONAL BETRACHTET, DAS VERSCHWINDEN IN DER BEDEUTUNGSLOSIGKEIT!

★ 3. Februar 92

VIELE VERNAGELTE KÖPFE MACHEN NOCH KEINE REVOLUTION!

Bevor wir näher auf die Stellungnahme aus dem antiimperialistischen Spektrum zum RZ-Papier (siehe INTERIM Nr. 180) eingehen, eine kurze und eine etwas längere Vorbemerkung:

1. Was uns überhaupt nicht gefällt, ist der arrogante Stil und das Arbeiten mit Unterstellungen in dem Diskussionsbeitrag von der antiimperialistischen Gruppe. Desweiteren stören uns die Verwendung solcher Wörter wie "Kleinbürgerlicher Anarchismus" oder die blöde Polemik, daß die RZ "back to the roots" zum bürgerlichen Antifaschismus zurückwollen - oder wie in der 'PROWO, die RZ würde in "regierungsamtlicher Manier" argumentieren. Das erinnert uns fatal an alte stalinistische Argumentationsmuster, an alte unsägliche KP-Argumentationslinien, die immer nur einen einzigen, den 'wahren Weg' zur Revolution anerkannten und demzufolge alle anderen Revolutionäre niedermachten. Für uns springen aus solchen Argumentationsmustern eher die dicken Bretter hervor, die diese GenossInnen in fast bemitleidenswerter Weise vor ihren Köpfen mit sich rumschleppen müssen. Der Gipfel ist dann erreicht, wenn den RZ eine "rassistische Position" angehängt wird. Hier wird dann nicht mehr um Analyse und Erkenntnisse gerungen, sondern nur noch mit Keule der Gegner niedergeschlagen. Fragt sich nur, warum sich einige so auf den Schlips getreten fühlen?

2. Wir haben auch einiges an dem RZ-Papier an Fragen und Kritiken. Dazu weiter unten mehr. Hier soll es lediglich darum gehen, wieso braucht eigentlich die RZ, oder sollten wir genauer sagen, die Gruppe der RZ, 15 Jahre, um ausführlich zu Entebbe Stellung zu nehmen? Und wieso bedarf es der Gewißheit des Todes von Gerd, daß diese veröffentlicht wird? Und weiter: Wieso haben sich die RZ nie zu dem geäußert, was Klein-Klein verfaßt hat? Was ist an seinem Geschreibsel Lüge, Dichtung und Wahrheit? Und wieso kommt keine Stellungnahme von den RZ zu der Stern-Enthüllungsstory über die Weinrich-Carlos-Connection, sind das alles nur Stasi-Staatsschutzlügen? Bei den RZ wie aber auch bei der RAF ist auffällig, daß der Prozeß , wie eine revolutionäre Organisation zu einer völlig neuen Einschätzung gelangt, nie vermittelt wurde. Warum das nie erfolgt ist, hat unseres Erachtens wenig mit der Offenlegung von Strukturen für den Staatsschutz zu tun, sondern eher mit der falschen Vorstellung, eine Guerilla darf sich nach außen hin nicht unsicher, zweifelnd zeigen. Hier sind die RAF und die RZ ihrem eigenen Mythos erlegen: eine Avantgarde muß immer wissen, wo's langgeht, sonst hat sie keine Vorbildfunktion. In autonomen Strukturen kommt dieses - nach außen immer'klar und straight sein'auch sehr häufig vor, da unterschieden wir uns gar nicht so sehr von den bewaffneten Gruppen und das ist wenig schmeichelhaft für uns.

So - damit es nicht zu lang wird, wollen wir die Kritik an der Kritik des RZ-Papiers in einigen Punkten, möglichst knapp, darlegen. Ist also alles bißchen thesenhaft:

a) Der erste Punktist zugleich einer der dicksten Hammer in der RZ-selbstkritik: Entebbe war eine "Selektion entlang völkischer Linien". An diesem Trauma haben die RZ jahrelang geknabbert und führt sie zu einer radikalen Kehrtwendung in ihrer Israel-Palästina-Einschätzung. Nun hat der 'ak' in seiner vorletzten Ausgabe aus einem Buch "90 minutes at Entebbe" zitiert, wo über Bonni Böse völlig gegenteiliges berichtet wird, wo er ausdrücklich das Existenzrecht Israels bejaht. Zudem behauptet der 'ak', daß in Entebbe bis zuletzt neben den israelischen Staatsbürgern noch "20 junge französische Geiseln" im Flugzeug festgehalten wurden. Welche Version entspricht denn nun der Wirklichkeit, die der RZ oder die des'ak'? Oder anders, warum sind die RZ in ihrem Papier nicht auf die dem'ak' zugänglichen Fakten und Bücher eingegangen, kannten sie die etwa nicht? Dies wäre ein Versäumnis, was an sich kaum erklärbar ist, weil damit steht und fällt die Selbstbeschuldigung, Politik 'entlang völkischer Linien' gemacht zu haben!

b) Der Streit um die revolutionäre Perspektive der 'jungen Nationalstaaten' wird sowohl bei den RZ wie bei den Antiimps auf zu allgemeiner Ebene ausgetragen. Unverständlich bleibt, wieso soviele sich aufregen über die Aussage der RZ, daß viele 'Junge Nationalstaaten' nach der Eroberung der Staatsmacht durch die revolutionären, antikolonialen Bewegungen sich zu Entwicklungsdiktaturen fortentwickelten. Dafür gibts doch zahlreiche Beispiele: Vietnam,Kuba, Algerien. Nahezu alle 'jungen Nationalstaaten' kennen doch 'Verrat und korrupte Moral' der neuen Funktionäre mit sozialistischem Anstrich. Wieso regen sich die Antimps denn so auf, wenn die Behauptung aufgestellt wird, daß das etwas mit dem'Wesen der

Staatsgründung" zu tun hat? Spätestens der Zerfall der realsozialistischen Staaten oder die verheerende Niederlage der FLN jetzt in Algerien hat doch was mit der Form der Staats-Macht-Ausübung zu tun! Das Ganze dann wieder mit der imperialistischen Einkreisungspolitik zu entschuldigen, halten wir für zu billig. In Nicaragua hat's genug FSLN-Führer gegeben, die sich wie die Gockel nach der Revolution über Jahre aufgeführt haben, die sich reichlich Dollars und Privilegien verschafften, als das Volk auch wegen der Fehler eben gerade dieser Funktionäre am Verhungern war. Den RZ jetzt vorzuhalten, sie würden die imperialistische Ausbeutung der Trikontländer nicht analysieren, ist reichlich billig, zumal Mitte der 80er Jahre eine Analyse der RZ über den Weltimperialismus herauskam "In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod", die bis heute noch ihresgleichen sucht. - Im Kern gehts doch um die Aussage der RZ, nationaler Befreiungskrieg, revolutionärer Volkskrieg » geht allzuoft mit 'zerstörischerer Rationalisierung' einher, steht der sozialen Revolution entgegen, folgt den 'alten Facetten' der leninistischen-stalinisitischen Politik der KOMINTERN. Während der IWF-Kampagne haben viele autonome Gruppen ähnliche Thesen aufgestellt, haben herausgearbeitet, daß nicht nur IWF und Weltbank die revolutionären Bewegungen mit der Strukturanpassungspolitik ersticken, sondern auch grausame Fehler durch die Revolutionäre in der Staatsmacht der jungen, vom Programm her sozialistischen Staaten gemacht worden sind. Weil sie sich zu schematisch an das realsozialitische Aufbaumodell mit der diktatorischen Steigerung der Produktiivkräfte und des zentralistischen Staatsapparats orientierten. Das wären die Gründe, warum die Berber in Lybien in Plattenbauwohnsilos gesteckt wurden, oder riesige Fabriken aus den realsozialistischen Ländern importiert wurden, die für den Export in die sozialistischen Länder produzieren sollten. Diese Entwicklungsruinen lassen sich nicht nur in Nicaragua oder Kuba finden, sondern auch in Ägypten (aus der Zeit derengen Kooperation mit der SU). Die Liste der Länder und Beispiele ist endlos.
Wenn jetzt die RZ eine Kritik an den falschen 'Harmonievorstellugen' vornehmen, so brauchen wir uns doch bloß selbst an die eigene Nase fassen. Wie schnell sind noch bis vor kurzem GenossInnen als 'Antikommunisten' oder gar 'Verräter' usw hingestellt worden, die die Führungen der FSLN, oder der FMLN oder des ANC hier in der Solibewegung der BRD öffentlich kritisierten. Wie oft blieb nach Rundreisen von Mitgliedern der Guerilla aus Lateinamerika der fade Eindurck zurück, die interessieren sich überhaupt nicht für uns, was wir denken, wir für Vorstellungen von Befreiung haben und wieso diese Vorstellungen und eben auch die Kämpfe hier ganz andere sind. Wieso es nicht mehr nur um Kampf gegen die NATO und den Schweine-Staat geht, sondern gegen die Herrschaft des Patriarchats, die entfremdeten Verkehrsformen in der kapitalistischen Gesellschaft usw. Daraus jetzt den RZ und uns einen Schuh zu machen und uns den 'Metropolenblickwinkel' (so » die Antiimps) vorzuwerfen, dies halten wir genau für die Fortsetzung der falschen Harmonie. Hier werden wieder nicht die Unterschiede aufgrund der unterschiedlichen Lebens- und Kampfsituationen in der Metropole und dem Trikont klar benannt, sondern verwischt! Die RZ nennen auch einen oft ignorierten Grund für die falsche Harmonie: Eine materielle oder logistische Abhängigkeit von den befreundeten Guerillagruppen im Ausland, die sich noch mal besonders zuspitzt, wenn du dort mit ihnen zusammenkämpfst. Hier sprechen die RZ einen Punkt an, den viele militante Gruppen erleben mußten und der wiederum auch viel mit den Formen unbedingter und kritikloser Solidarität während und durch die KOMINTERN zu tun hat!

c) Die Antiimps schreiben im Kapitel 2.2. zu "Israel" (immer in Anführungsstrichen, genauso wie früher die Springerpresse die DDR immer mit diesem Etikett versah): "Israel als Zufluchtsort ist keine Lösung". Sie halten weiter den RZ vor, sie würden mit ihrer These - wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen - Verrat an den revolutionären Forderungen der Palästinenser begehen. Letztlich würden die RZ Antizionismus mit Antisemitismus gleichsetzen. Das Ganze gipfelt dann in den Vorwurf, die RZ wollen zum "Ausgangspunkt zurück: Zur bürgerlichen Bewegung".

Das ist reichlich starker Tobak, den die Antiimps hier rauchen. Bei solchen Formulierungen kommt der Eindruck hoch, als wenn hier alte Rechnungen wieder aufgetischt werden!
Die Passage über die Judenverfolgung und den Antisemitismus im Kapitel 2.2. halten wir für gefährlich vereinfachend und vor allem auch unhistorisch. Wir fragen, wo sollten und wo konnten denn die vom Nazismus verfolgten JüdInnen hin? In nahezu allen westeuropäischen Ländern wurden den jüdischen Flüchtlingen die Einreise verweigert, vor allem wenn sie keine Kohle hatten! Es gab nicht nur in Deutschland einen jahrhundertalten Antisemitismus! Israel war während des Nazi-Faschismus für die jüdischen Überlebenden mit der einzige Zufluchtsort. Das ist Fakt.
Daß die zionistischen Führer mit der jüdischen Einwanderung ihre kolonialistische Eroberung Palästinas, die Vertreibung des palästinensischen Volkes vorantrieben, wird weder von den RZ noch von anderen Linksradikalen bestritten. Wenn in dem Kritikpapier richtigerweise betont wird, daß die "zionistische Ideologie" Grundlage des Staates Israel ist und "Israel weg muß", dann wird doch damit gesagt, daß der kolonialistisch, rassistisch strukturierte (im übrigen auch gegen etliche jüdische Einwanderungsgruppen aus afrikanischen Ländern) Staat weg muß! Hier auf einmal wird den Antiimps deutlich, daß der Staat entscheidendes Bollwerk des Imperialismus und Rassismus ist. Wieso aber wird dann weiter oben den RZ "kleinbürgerlicher Anarchismus" vorgehalten, wenn sie generell die 'revolutionäre Staatsgründung' und -eroberung infrage stellen? Wo bitte schön gibt's denn in der jüngeren Geschichte des antikolonialen Kampfes einen Staat, der nicht rassistische, patriarchale Herrschaftselemente als originäre Herrschafts-Form vorweist? Nix anderes haben doch die RZ gesagt!

d) Wenn die Antiimps behaupten, "Ziel des palästinensischen Befreiungskampfes ist ein säkulares Palästina" wird zugleich damit gesagt, daß dieser Staat frei von Antisemitismus und Rassismus sein wird. "Die Religion gehört in die Kirche" haben uns verblüffend einfach die GenossInnen aus Palästina die Lösung beschrieben, wie das Zusammenleben von Jüdinnen, ChristiNNen und MohamerdanerInnen möglich sein würde. Doch stimmt sie mit dem Alltagsbewußtsein der palästinensischen Bevölkerung (und der jüdischen) überein? Die Wut, die Verzweifelung, das Alleingelassensein von den arabischen Politikern der Nachbar- und 'brudervölker' waren doch der Grund für die Begeisterung für Hussein und des Beifalls, wenn Scud-Raketen in Tel Aviv einschlugen während des Golfkrieges. Häufig werden doch die Juden mit der zionistischen Führung und Politik Israels gleichgesetzt. Die antizionistische Opposition in Israel ist vergleichbar schwach wie wir Linksradikalen in Deutschland und wird nicht wahrgenommen. In die antimperialistische, antiwestliche Solidarität mit Hussein mischte sich doch auch eine ganz schön starke Brise Antisemitismus und Rassismus, wie er auch Bestandteil der islamischen Religion ist, richtiger gesagt der vorherrschenden Interpretation des Islam, Koran durch viele Isalmische Politiker.

e) Wenn eine revolutionäre Lösung in Palästina möglich ist, geht das ohne erneute Vertreibung breiter Teile der jüdischen Bevölkerung? Ist nicht letztlich die Frage nach einer revolutionären Lösung für den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes zu allererst eine Klassenfrage und nicht eine Frage der Bildung eines säkularen palästinensischen/jüdischen Staates? Wenn Kirche, Privateigentum und Patriarchat keine staatstragenden Säulen im neuen palästinensischen Staat sein sollen - hat dieser Staat angesichts der halbfeudalen arabischen Nachbardiktaturen eine politische Überlebenschance? Diese Fragen müssen wir uns doch sowohl in der Solibewegung mit Palästina(oder Nicaragua)wie auch hier für unsere Kämpfe, unsere Utopie von Befreiung der Metropole stellen!
Das Infragestellen der revolutionäre Perspektive des nationalen Befreiungskampfes durch die RZ hat doch nix mit der Aufgabe der revolutionären Zielsetzung zu tun. Die RZ sagen nur schlicht und einfach, daß Projekt Revolution weltweit ist viel komplizierter als wir es in den letzten 20 Jahren antiimperialistischer Solidarität geglaubt und propagiert haben!

f) Besonders perfide finden wir in dem Text der Antiimps die Konstruktion, Gerd als Kronzeuge für ihre vernichtende Kritik an den RZ heranziehen.
Die RZ schreiben, daß Gerd trotz aller Kritik an ihrer aktuellen Politik und ihrer Einschätzungen zu Entebbe weiter mit ihnen zusammengearbeitet hat. Wir haben selten einen so genauen, einfühlsamen und differenzierenden Text von revolutionären Organisationen über den Umgang mit GenossInnen gelesen, die fundamentale Kritik übten. Sicherlich, es ist zu vermuten, daß im Nachhinein einiges geglättet ist und die Trauer über seinen Tod die Kritik an seiner Person abgemildert hat. Aber aus dem Text der RZ geht nicht hervor, daß zwischen ihnen und Gerd es zum offenen Bruch kam. Es gab "Antagonismen", "Zweifel", aber offenbar immer wieder solidarische Zusammenarbeit. Wie dann jetzt der tote Gerd von den Antiimps als Kronzeuge für den Beweis herangezogen werden kann, daß er in einer Organisation mitarbeitete, die "back to the roots", "zum Ausgangspunkt:zur bürgerlichen Bewegung" zurückwollte - das verstehe wer will, wir nicht!
"Die Auseinandersetzungen auf unserer Seite der Barrikade jedenfalls laufen anders ab", schreiben die Antiimps. In der Tat: Zwischen solchen Auseinandersetzungsformen, wie sie die Antiimps hier vorführen, und unseren steht eine sehr hohe Barrikade. Da bleibt gemeinsames Verstehen kaum möglich. Zumal, wenn Texte, wie die von den RZ so unterschiedlich gelesen werden - wenn sie überhaupt richtig gelesen worden sind!
Es ist einiges schief, falsch und fordert Kritik heraus bei dem Text der RZ. Aber sie dann so runterzuputzen, daß ihnen nur noch Reformismus und Bürgerlichkeit unterstellt wird, zeugt von bemerkenswertem Dogmatismus und Ignoranz!

Wir könnten noch etliches sagen, u.a. zur Problematik des "Vertrauens" in die "Gerichtsbarkeit" der Befreiungsbewegungen oder zur vermeintlichen Pflicht eines jeden Revolutionärs, sich mit den "revolutionären Gefangenen" solidarisch zu erklären, "oder sie zumindest zu grüßen" - aber das können auch andere inihren Diskussionsbeiträgen machen. Bei uns jedenfalls hat der Text viele Denkanstöße, viel Nachdenken und Erinnern "wie gehen(und wie sind)wir eigentlich damit umgegangen" hervorgerufen - und wir glauben nicht, daß wir jetzt zum Reformismus konvertieren, nur weil wir alte Revolutionsmythen hinterfragen!

Einige Autonome

»Das Ende unserer Politik«

Revolutionäre Zellen

»Wir haben ... unsere bisherige Form des militanten Widerstands ... aufgegeben« — erklären Mitglieder einer Gruppe der »Revolutionären Zellen« (RZ) in einem Schreiben, das KONKRET Anfang Februar zuging. Die Begründung ihrer »Selbstauflösung«, die sich deutlich von den selbstkritischen Überlegungen der RZ-Erklärung zur Ermordung des Grüppenmitglieds Gerd Albartus (s. KONKRET 2/92) unterscheidet, richtet sich gegen die »Fortschreibung des RZ-Mythos« und stellt die Defizite der RZ-Politik in den Kontext der Selbstabdankung der deutschen Linken

»Wir sollten akzeptieren, daß diejenigen, die ihr Terroristen nennt, von sich aus und ohne daß man sie darüber aufklärt, erkennen, daß ihr physisches Dasein und ihre Ideen nur kurze Blitze sein werden in einer Welt undurchdringlicher Prachtentfaltung. Fulminant — Saint-Just wußte um seine Fulminanz, die Black Panther wußten um ihre Brillanz und um ihr Verlöschen, Baader und seine Gefährten sagten den Tod des Schahs von Persien voraus; auch die Fedajin sind Leuchtspurgeschosse, die wissen, daß ihre Flugbahn augenblicklich erlöschen wird.«
Jean Genet, Ein verliebter Gefangener

Unsere Möglichkeiten, genau das auszudrücken, sind schlichter. Hätten wir beizeiten das Gefühl für Leuchtspurgeschosse gehabt, wäre vielleicht der Vorgang der Selbstauflösung unserer Gruppe entschiedener verlaufen.

Wir haben nach unserer Aktion gegen die Düsseldorfer Staatskanzlei und das Sozialministerium im Januar 1991, die erfolglos blieb und von einer Reihe eigener, gravierender Fehler begleitet war, unsere bisherige Form des militanten Widerstands in der Region aufgegeben. Die Januar-Aktion richtete sich, wie unsere meisten Aktionen davor, gegen die staatliche Flüchtlingspolitik und vor allem gegen die unerhörte Behandlung der Roma durch die NRW-Landesregierung.

Wir ziehen heute die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß die Form und Struktur unseres Kampfes Ausdruck einer bestimmten Phase der Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche in der BRD nach 1968 war, die unwiderruflich mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und den darauffolgenden Zersetzungsprozessen, der deutschen Wiedervereinigung und der im zweiten Golfkrieg skizzierten »Neuen Weltordnung« ihr Gepräge verändert haben. Mit dem neuen Projekt Großdeutschland sind die sozialen Widersprüche — die hier ständig reproduzierten und die nach außen, in die europäische Peripherie und in die Ausbeutungs- und Hungerzonen der Trikont-Länder verlagerten — bestimmt nicht weniger scharf geworden. Die objektive Analyse dessen, was seit 1989/90 historisch gelaufen ist, der endgültige Sprung Deutschlands zur Weltmacht, die Ausrichtung eines deutschen Europa auch nach Osten hin und die Neue Weltordnung für die 90er Jahre mit ihrer sozialen und militärisch-strategischen Seite, erforderte im Grunde eine ganz andere Stufe der Organisierung des militanten und revolutionären Widerstands. Aber wir können das nur noch als leeren Anspruch formulieren. In Wahrheit sind wir von der Geschichte überrollt worden.

Die Bedingungen linksradikaler Politik in der BRD haben sich innerhalb kürzester Zeit vollkommen verändert. Der Wandlungs- und Auflösungsprozeß der Linken insgesamt wie der politischen Szene, aus der heraus und in Bezug auf die wir in erster Linie operiert haben, ist vielleicht nur ein nebensächliches Produkt dieser Veränderung. Aber unsere Politik war prinzipiell auf diese öffentliche Ebene angewiesen, und wir können nicht stellvertretend für eine historische Tendenz in der BRD seit Anfang der 70er Jahre weitermachen, wenn alles wegbricht. Unsere eigenen Aktionen der letzten Jahre sind im luftleeren Raum verlaufen, waren nicht mehr Bestandteil einer breiteren sozialen Praxis. Unser Koordinatensystem: bewaffnete Opposition — Vermittlung — Verankerung — Vermassung stimmt nicht mehr, der Bezugsrahmen hat sich verschoben, Verhältnisse haben sich aufgelöst. Der Kampf gegen die »Kolonisierung der Köpfe«, den wir auf unsere Fahnen geschrieben haben, wird sich in anderen Formen abspielen müssen, wenn wir den Schluß aus dieser Verschiebung ziehen. Denn wir sind weder bereit, unsere Politik ohne jeden Anspruch auf eine Wechselbeziehung zwischen legalen und illegalen Kampfmethoden fortzuführen, was ja auch heißt: ohne Kontrolle, noch wollen wir für unsere Vorgehensweise eine Gültigkeit unabhängig von jeder konkreten historischen Situation behaupten, nur weil uns außer der einmal getroffenen Entscheidung für diese Politik nichts besseres einfällt. Wenn wir politische Subjekte bleiben wollen, sind wir gezwungen, uns etwas anderes auszudenken.

Das Ende unserer Politik vollzieht sich im Zusammenhang einer Neugestaltung nationaler und internationaler Kontexte und einer Radikalisierung des Imperialismus, deren Ergebnisse wir nicht kennen. Sicher ist nur, daß die weltweiten Migrationen der wichtigste Indikator dieser Entwicklung sind und daß sie die Metropolenländer mehr als bisher unmittelbar berühren und beeinflussen werden. Was in den Metropolen künftig an Revolten oder Anpassungsprozessen entstehen

Foto: Antonello Nusca

»Erst wenn sich bewiesen hat, daß die albanischen Flüchtlinge in Italien 1991 [illegible] die Vorbe[illegible] einer Unterminierung der Festung Europa gewesen sind, werden auch hier die Verhältnisse wieder zu tanzen beginnen.« - Albanische Flüchtlinge vor Brindisi

wird und wo die Bruchlinien liegen werden, ist noch weitestgehend unausgemacht. Die Kämpfe und Aneignungsformen im proletarischen Spektrum, in den Subschichten der jugendlichen ImmigrantInnen, der sozial entrechteten Frauen, der Opfer der Deregulation im Osten, erscheinen uns bisher undurchschaubar, weil wir mit Bildern konfrontiert werden, in denen wir das Wesen der Emanzipation der Klasse nicht erkennen, und weil unser analytisches Instrumentarium nicht ausreicht, um hinter den Erscheinungsformen die Bedeutung der Kämpfe zu entziffern. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als sich dem historischen Prozeß zu stellen, ohne auf die hierarchisch-patriarchalischen, antik-kommunistischen Politikmuster und Organisationsmodelle zurückzugreifen und ohne vorschnell neue Ideologien zu produzieren, die der völlig offenen Situation schon wieder ein Korsett anpassen und vorhandene Widersprüche zugunsten einer monokausalen Weltsicht glätten würden.

Beginnen wir damit, nachdem unser Versuch, zur Entwicklung einer revolutionären Situation in der BRD beizutragen, obsolet geworden ist, nach einigen Ursachen zu fragen, die das Ende unseres Bemühens markieren. Vielleicht erhalten wir auf diese Weise, wenn wir die Phasen und Wendepunkte in unserer Politik rückwärts betrachten, einen Schlüssel für eine neuerliche Partizipation an gesellschaftlichen Konflikten.

In den 80er Jahren haben wir in der Region eine militante Politik zu vertreten und zu entfalten versucht, die immer auf dem Prinzip der Verankerung und Vermassung aufgebaut war — Verankerung in einem aktiven linksradikalen Umfeld und womöglich in sozialen Konflikten, die über diese linksradikale Szene hinausgingen. Die mit unseren Aktionen und Erklärungen verbundenen thematischen Vorschläge: eine konsequent antirassistische und internationalistische Orientierung zur Unterstützung des schwarzen Befreiungskampfs in Südafrika, dann verstärkt unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik und ihre staatlich-administrativen Durchsetzungsorgane — diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstands zu bringen.

Spätestens am Ende der Flüchtlingskampagne, nach dem 18.12.1987, und bei der Wiederaufnahme unserer Angriffe zur Unterstützung der Roma ab 1989 wurden wir uns unserer Isolierung bewußt. Die fehlende Verankerung in unserem politischen Umfeld ließ sich nicht länger mit vereinzelten Zustimmungsritualen aus der Szene kaschieren. Der 18.12.1987 — zur Erinnerung: der Schlag des BKA gegen Zusammenhänge, in denen die auch von der Roten Zora und uns aufgegriffenen »anschlagsrelevanten Themen« wie Gentechnologie und Flüchtlingspolitik bearbeitet wurden — hat uns gezeigt, wie weit dieser »Beziehungsverlust« fortgeschritten und wie dünn unsere Decke damals bereits war. Obwohl dem Staat der Angriff reichlich mißlang in Bezug auf konkrete, unmittelbare Erfolge, tat die Androhung der Kriminalisierung »anschlagsrelevanter« Themen doch ihre Wirkung. Die öffentliche Linke war nicht dazu bereit (und wir hatten zu diesem Zeitpunkt ebenfalls darauf verzichtet), die inkriminierten Themen offensiv weiterzuführen und damit unseren Anteil an den Kampagnen gegen Gentechnologie und Flüchtlingspolitik zu verteidigen. Stattdessen bezog sich die zeitweilig breite Unterstützung fast ausschließlich auf die Repressionsopfer, nicht auf unsere Politik. Die Orientierung auch der linksradikalen Szene weg von der thematischen Arbeit auf den unmittelbaren Repressionsaspekt trug zum weitgehenden Zusammenbruch der bestehenden legalen politischen Strukturen bei, auf die wir angewiesen waren. Bei uns selbst wurde die Beschäftigung mit dem 18.12. ebenfalls zum Politikersatz, und dies führte schließlich zu einer fast vollständigen inneren Paralyse der gesamten RZ. Um es noch einmal klar zu sagen: Wir sind uns heute sicher, daß nicht die Repressionswelle des 18.12. unserer Politik das Genick gebrochen hat, sondern daß das BKA zu einem Zeitpunkt eingegriffen hat, in dem die Vermittlung unserer illegalen Aktionen jedenfalls im Bereich der Flüchtlingspolitik in eine breitere linke bis linksradikale Öffentlichkeit zunehmend zum Problem wurde.

Die letzten drei Jahre, als wir versuchten, thematisch an die Flüchtlingskampagne anzuknüpfen und in die Auseinandersetzung zwischen den NRW-Behörden und den von rassistischer Sonderbehandlung und Abschiebung bedrohten Roma einzugreifen, wurden wir nur noch von der Frustration heimgesucht, daß unsere Aktionen von den öffentlichen Solidaritätsgruppen entweder nicht zur Kenntnis genommen oder in der politischen Auseinandersetzung mit der Landesregierung nicht verwertet wurden. So blieb u.a. unsere auf krimineller Beschaffung beruhende Publikation der »Zigeunerakten« der Kölner Anlauf- und Beratungsstelle nahezu ohne Resonanz, obwohl sie genau zu

»Das Ende...«

dem Zeitpunkt erfolgte, an dem der Konflikt zwischen den Roma bzw. ihren UnterstützerInnen und der Rau-Heinemann-Schnoor-Administration eskalierte.

Es war das eingetreten, was wir unbedingt vermeiden wollten: Wir waren allein, ohne Austauschmöglichkeiten, so daß sich die Motivation für die bewaffnete Intervention nur noch aus dem reinsten Subjektivismus zu speisen begann. Ein Zustand, den wir als Tod von Politik begreifen und als Einfallstor für Beliebigkeit und Terrorismus.

Die Schwäche unseres Engagements im Roma-Konflikt wurde vollends offensichtlich, als es uns nicht gelang, andere Gruppen aus unserem Zusammenhang auf eine gemeinsame Stoßrichtung zu verpflichten. Mit dem Vorschlag, angesichts der nationalistischen Neuformierung Deutschlands der im Bündnis zwischen Staat und Mob organisierten Hetze gegen »Ausländer« und der sozialtechnischen Inszenierung von »Flüchtlings-« und »Zigeunerproblemen« im Jahr 1990 alle Kräfte der RZ auf die Ingangsetzung einer breiten, antirassistischen und internationalistischen Kampagne zu lenken, sind wir nicht durchgekommen. Teile des Zusammenhangs der RZ waren und sind der Ansicht, mit einer neuen, antipatriarchalen Orientierung das politische Defizit füllen und die RZ über eine Durststrecke bringen zu können, ohne sie grundsätzlich in Frage stellen zu müssen. Unsere Gruppe konnte und wollte umgekehrt die Ausrichtung der gesamten Politik auf das Thema »Antipatriarchalismus« nicht hinnehmen. Obwohl wir uns über die absolute Notwendigkeit dieser Diskussion im klaren sind, erschien uns der Stand der Auseinandersetzung nicht ausreichend, die Theorielücken waren zu groß, die denkbaren Beziehungen zwischen legalen und illegalen Kampfformen zu unausgegoren, als daß wir daraus eine bewaffnete Politik hätten ableiten können. (Das einzige Papier, das in diesem Zusammenhang veröffentlicht wurde — »Was ist das Patriarchat?« — fiel internen Spannungen zum Opfer und reichte nicht als Ausgangspunkt für eine weiterführende Klärung in unseren Reihen.) Historisch gesehen, hätten wir vielleicht einen emanzipatorischen Beitrag zur Patriarchatsdiskussion leisten können, wenn es uns gelungen wäre, mit den Frauen der Roten Zora eine gemeinsame Politik zu entwickeln, anstatt ihnen durch unsere Ansichten und unser Verhalten die Trennung von uns nahe zu legen. Aber das ist eine andere Geschichte.

Kurzum: In der bisherigen Entwicklung der RZ-internen Patriarchats-Diskussion, an deren männlichem Elend wir mitverantwortlich sind, erkennen wir keinen politikfähigen Ansatz. Wenn dann noch der »Mann als Täter« in den Vordergrund rückt, Kontemplation Politik ersetzt und im »Verzicht auf männliche Definitionsmacht« politische Enthaltsamkeit geübt wird, begreifen wir die ganze Richtung eher als Selbstentmündigung und Entpolitisierung, denn als Beitrag zur Neubestimmung sozialrevolutionärer Politik. Jedenfalls hilft der Antipatriarchalismus nicht über das dringlichste Problem, über die fehlende Bedingung hinweg, daß der militante Widerstand und der bewaffnete Kampf, so wie wir ihn zu entwickeln versucht haben, eine Angelegenheit von immer weniger Leuten geworden ist und keine soziale Basis mehr zu haben scheint.

Den politischen Rest bekamen wir, als die Linke in der BRD/DDR sich außerstande sah, auf den Wiedervereinigungsprozeß und seine Folgen zu reagieren. Mit diesem Nichtverhalten, mit dem Verzicht auf die Formulierung von Alternativen und der totalen Unfähigkeit, dem aufkeimenden Nationalismus auch nur theoretisch eine internationalistische Perspektive entgegenzusetzen, trat die Linke als innenpolitischer Faktor ab. Aber auch die RZ haben sich durch anhaltende Passivität endgültig aus dem historischen Prozeß hinauskatapultiert. Zu den entscheidenden Ereignissen, die, wie es scheint, die 90er Jahre prägen werden, zur deutschen Hegemonie in Europa, zum Golfkrieg (einschließlich der damit in diesem Land verbundenen politischen Debatte und der Veränderung der Koordinaten der Linken) und zum Zerfall des Realsozialismus konnten wir keine klärende Position finden. Auch die von uns benutzten antiimperialistischen oder sozialrevolutionären Erklärungsmuster haben gegenüber dem historischen Wandel versagt.

Wir sind in den Strudel der Auflösung linker Utopien und kommunistischer Systeme geraten, obwohl wir aus unserer politischen Geschichte heraus meilenweit von dem entfernt waren, was jetzt als Realsozialismus zurecht Bankrott gegangen ist. Daß die bolschewistisch verstaatlichte Form des Kommunismus eben nichts als eine Herrschaftsform war, haben wir immer gesagt, und unsere eigene Praxis zielte perspektivisch nie auf irgendeine Machtfrage, sondern auf die Entwicklung und Verbreiterung sozialer Selbstbestimmungsrechte von unten her. Trotzdem fällt uns dieser Bankrott auf die Füße, wir können nicht so tun, als gingen uns die Perversionen des zur Macht gekommenen Kommunismus nichts an. Eine Perspektive auf soziale Befreiung, zumal eine revolutionäre Perspektive in den europäischen Metropolenländern, wird künftig verdammt schwer zu begründen sein. Dafür reicht der abstrakte Bezug auf den auch nach dem globalen Sieg des Imperialismus fortexistierenden Widerspruch der millionenfachen Verarmung und Verelendung nicht aus. Erst wenn sich erwiesen hat, daß die albanischen Flüchtlinge in Italien 1991 nur die Vorboten einer Unterminierung der Festung Europa gewesen sind, werden auch hier die Verhältnisse wieder zu tanzen beginnen. Im Moment sehen wir jedenfalls nicht, wie die Fortsetzung von bewaffneten Aktionen ein Ersatz für eine fehlende politische Perspektive der Verbreiterung und Vermassung revolutionärer Politik in der BRD sein kann. Die Form und das Mittel des bewaffneten Kampfs, das wissen wir selbst ziemlich genau, wird leicht zum Selbstzweck, zum Ersatz für politische Strategien.

III

Heute vermuten wir, daß bereits mit der Entscheidung für die Flüchtlingskampagne Mitte der 80er Jahre und mit dem Versuch einer Annäherung an die sogenannte »Soziale Frage« unsere Abkapselung in ein irreversibles Stadium eingetreten war — obwohl wir das Gegenteil hatten erreichen wollen. Wir hofften damals, mit der Thematisierung der neuen Klassenzusammensetzung und der Ausgrenzung des unteren Armutsdrittels einen Weg gefunden zu haben, uns einem möglichen revolutionären Subjekt annähern und seine Kämpfe vorwegnehmen zu können. So sollte die Reduzierung und Orientierung auf die Teilbereichsbewegungen (AKW, Häuserkampf) überwunden werden, in denen wir uns zusammen mit der autonomen Linken seit Ende der 70er Jahre engagiert hatten. Wir waren mit unserer Fixierung auf diese Teilbereichskämpfe in eine Krise geraten, denn die Hoffnung, sie als Keimformen einer allgemeinen sozialen Umwälzung interpretieren zu können, hatte sich als Fehleinschätzung erwiesen.

Hinzu kam der Versuch, mit der Formulierung eines »konkreten Antiimperialismus« die Verkrustungen und die Eindimensionalität des vorherrschenden linken Internationalismus jener Jahre aufzubrechen. Wir haben in der Verbindung von sozialer Thematik und Flüchtlingskampagne Möglichkeiten gesehen, einen neuen Handlungsspielraum für internationale Solidarität in der Metropole selbst zu eröffnen.

Was wir damals nicht richtig begriffen oder wofür wir jedenfalls keine Lösung parat hatten, war die in dieser Kampagne zum ersten Mal in aller Schärfe auftretende Trennung zwischen Thema (Flüchtlinge) und Adressat unserer Propaganda (linksradikale Szene). In den Flüchtlingen sahen wir die in die Metropolen reichende Verlängerung eines weltweiten Aneignungskampfs, VertreterInnen eines Weltproletariats, gegen die die staatlichen Ausländer- und Sozialbehörden exemplarisch Sondermaßnahmen ergreifen, die auch für Teile der metropolitanen Klasse bestimmt sind. Zwar hatten wir nicht die Hoffnung, daß sich rasche Verbindungslinien zwischen Flüchtlingen und hiesigen proletarisierten Schichten ergeben würden, die eine rassistische Spaltung überwinden könnten. Aber wir phantasierten den Willen der Flüchtlinge, in den Metropolen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und an existentieller Sicherheit einzuklagen, als direkten antiimperialistischen Kampf, verbunden mit trikontinentaler Widerstandserfahrung — und damit als ein mögliches Terrain unserer eigenen Politik. Als die Kämpfe in dieser Form ausblieben, auf die wir hätten Bezug nehmen wollen (wobei wir die vielen »reformistischen« Forderungen von Asylsuchenden leicht übersahen), kompensierten wir dies mit der Analyse der staatlichen Flüchtlingspolitik und mit Angriffen auf deren zugängliche Agenturen. Wir machten die Sache der Flüchtlinge zu der unsrigen, ohne auf ihre Subjektivität und Erwartungen Rücksicht zu nehmen, ja ohne sie zu kennen. Diese »Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge« ergab

sich scheinbar notwendig, sie entsprang unseren Erfahrungen aus der öffentlichen Flüchtlingsarbeit und sie war theoretisch begründet in der Einschätzung der Rolle des Staats gegenüber der Migration. Aber wir vergaben uns damit die Chance eines wirklichen Zugangs zur »Sozialen Frage«, vielleicht weil wir ahnten, mit den Problemen, die ein solcher Schritt nach sich ziehen würde, als illegale Gruppe überfordert zu sein, und weil es damals keinen Transmissionsriemen in der Linken zu den Flüchtlingen gab. Die Einbahnstraße entstand also dadurch, daß wir in dem Versuch der Verknüpfung von sozialer und Flüchtlingsthematik die alten Teilbereichsbewegungen verließen, um wieder eine umfassende, auf gesamtgesellschaftliche Umwälzung zielende Perspektive zu gewinnen; daß wir aber weder die eigene Organisationsform noch die bisherigen Methoden und Objekte unserer Angriffe in Frage stellten und vor allem den Adressatenkreis unserer Politik, das linksradikale Milieu, nicht verließen oder ausweiteten.

Inzwischen kann die Linke bzw. das, was von ihr übrig ist, durch die unaufhörliche Verschärfung der staatlichen Flüchtlings- und Ausländerpolitik und die neuerlichen rassistischen Übergriffe die bedrohliche Situation von Flüchtlingen in der BRD nicht weiter verdrängen. Sie hat sich der Notwendigkeit gestellt, zumindest ein Bleiberecht zu verteidigen. Paradoxerweise geschieht das zu einem Zeitpunkt, in dem wir selbst mit unseren Bemühungen in dieser Richtung vollkommen isoliert sind.

IV

Bisher haben wir uns darauf beschränkt, den Verlust unserer Bezüge und das daraus entstandene Mißverhältnis zwischen unserem revolutionären Anspruch und der tatsächlichen politischen Entwicklung als Begründung für unser Aufgeben zu benennen. Das Problem stellt sich grundsätzlicher. Die Frage muß lauten: Kann eine Formation wie die RZ in ihrem Eigenverständnis von Verankerung und Vermassung und mit dem Einsatz bestimmter, eingeschränkter Kampfmittel ihren politischen Zielen auf Dauer gerecht werden?

Die RZ entstand Anfang der 70er Jahre, als die Diskussion über revolutionäre Gewalt noch breit geführt wurde und nicht tabuisiert war. Bewaffneter Widerstand wurde — wenn auch nur von wenigen praktiziert — von vielen als legitimer Kampf begriffen, der weltweit die Dynamik der Klassenauseinandersetzungen bestimmte. Die bewaffneten Gruppen waren in der Selbsteinschätzung der Linken ein Teil des revolutionären Spektrums. In den Fabrikkämpfen Anfang der 70er Jahre, den Häuserkämpfen, der Jugend- und Randgruppenbewegung und besonders bei den sich entwickelnden Kämpfen der Frauenbewegung zeigten sich Ansätze für soziale Umwälzungen in den Metropolen. Die Erfahrungen der lateinamerikanischen Guerilla als notwendiger Bestandteil der Massenbewegungen auf dem Weg zur Revolution hatten auch für die Metropolenkämpfe jener Jahre einen zentralen Stellenwert. Sie wurden nach hierher übertragen, und der »Sturm auf das Hauptquartier« schien im Bereich des Möglichen zu liegen.

Erst die massive staatliche Repression führte zu den bekannten Entsolidarisierungsprozessen. Der Deutsche Herbst 1977, die Anti-AKW-Bewegung und die Orientierung der Spontis — später der Autonomen — auf die Teilbereichsbewegungen beendeten diese Phase. Nach der Repression 1977 gegen unsere Organisation verbanden die RZ ihr politisches Schicksal mit den jeweils aktuellen Konjunkturen der Teilbereichskämpfe, zogen ihnen quasi hinterher, ergänzten sie und sahen in ihnen die neuen Keimformen der Revolte. Sie gingen über die beschränkten Ziele der Teilbereichskämpfe insoweit hinaus, als sie an einer grundsätzlichen revolutionären Orientierung festhielten. In dieser Phase gelang es, mit den Aktionen der RZ die Bereitschaft zum militanten Widerstand in den Teilbereichsbewegungen zu fördern, mit exemplarischen Beispielen die Handlungsgrenzen auszuweiten und die bewaffnete Opposition als Teil der linken politischen Kultur zu verankern. Die Themen wechselten, sie waren (fast) beliebig und austauschbar (AKW, Startbahn West, Häuserkampf, Friedensbewegung, Gentechnologie und so weiter), das Credo der RZ blieb: Bewaffneter Widerstand ist möglich. Unsere Verankerung, oder was wir dafür hielten, drückte sich in der Propaganda und Vermassung militanter und bewaffneter Widerstandsformen aus; der Spiegel dieser Verankerung schien uns die Akzeptanz und Nachahmung in den Reihen der radikalen Linken zu sein. (Genau aus diesem Grund wurden diverse Handbücher und Bauanleitungen veröffentlicht.) Je breiter und militanter sich der Widerstand gebärdete, desto gewisser waren wir uns der Zustimmung zu unseren Aktionen. Wir legten sie so an, daß sie nicht in Widerspruch zu den Bewegungen gerieten. Deshalb vermieden wir die Ebene reiner »Machtauseinandersetzungen«. Die Parolen »Kampf um die Köpfe und Herzen« und »Schafft viele RZ« standen für dieses Vermassungskonzept.

»Wir machten die Sache der Flüchtlinge zu der unsrigen, ohne auf ihre Erwartungen Rücksicht zu nehmen«

In den Kämpfen um die Startbahn West, als sich breitester öffentlicher Widerstand mit illegalen Aktionen verband, schlug für die dort agierende RZ eine Sternstunde. Sie hatte es verstanden, in einem regionalen Konflikt eine Rolle zu spielen. Sie brachte zeitweilig die allgemeine Gewaltbereitschaft mit ihren Interventionen in Einklang — für uns ein Beispiel für gelungene Verankerung revolutionärer Politik. (Durch einen einzigen verhängnisvollen Fehler, den Mord an Karry, wurde dieses Konzept von Popularität schlagartig desavouiert.) In einem viel reduzierteren Maße glückte die Verbindung noch einmal in der Fahrpreiskampagne an Rhein und Ruhr mit der massenhaften Verteilung nachgedruckter Fahrkarten in proletarischen Vierteln. Es war ein kleiner Beitrag von uns, die Menschen zu gesetzwidrigem, kostensparendem Handeln zu animieren...

Das Konzept »Schafft viele revolutionäre Zellen« ging nur insofern auf, als eine Parallelität der Kampfmethoden entstand. Es war uns jedoch nicht gelungen, in den Teilbereichsbewegungen Fuß zu fassen oder die Militanten aus ihren Zusammenhängen heraus für eine revolutionäre Perspektive und Organisation zu gewinnen. Der Häuserkampf ist dafür ein Beispiel. Die Militanzbereitschaft war inzwischen gewachsen, der Einsatz ähnlicher Mittel wie der unsrigen war Ausdruck einer breiten politischen Widerstandskultur geworden. Die Vermassung unserer Angriffsformen ließ sich aus jedem Jahresbericht des Verfassungsschutzes belegen. Dennoch wurden wir in diesen Jahren für die autonomen Häuserkämpfer/innen mehr zum »Mythos« als zum Teil ihrer eigenen Kämpfe. Wir hatten kaum Verbindung mehr zu den neuen Generationen der Hausbesetzer/innen und der Jugendbewegungen, außer in der abstrakten Form gelegentlicher bewaffneter Unterstützung.

In der Fixierung auf unsere Kampfmethoden verzichteten wir darauf, eine theoretische politische Orientierung zu entwickeln, die mehr beinhaltete als einzelne Versatzstücke zu bestimmten Konflikten. Unser sozialrevolutionäres Theorieverständnis setzte sich bestenfalls mosaikartig aus der Summe der Kommentare und Analysen zu den einzelnen Widerstandsfeldern zusammen, eine festere Anbindung war so nicht möglich.

Die RAF mit ihrer Imperialismusanalyse (militärisch-industrieller Komplex) und der Ausrichtung auf die Befreiungsbewegungen hatte eine Theorie vorgegeben, die Bestandteil der Propaganda der sie unterstützenden Gruppen war. Mit dem Konzept der Front hatte sie 1982 den organisatorischen und propagandistischen Rahmen für die ideologische Verbreiterung ihrer Politik gegeben. Wir diskutieren hier nicht die Mängel an diesem Konzept, denn es geht nicht darum, uns an ihren Fehlern abzuarbeiten, sondern an unseren. Es bleibt festzuhalten, daß in der Propagierung unserer eigenen Kampfmittel als »Mittel für alle« eher ein Aktionsmodell steckte als eine politische Theorie. (Das Papier »Zwischen Beethoven und MacDonalds« stellte in diesem Zusammenhang klar, wie gründlich die Linke das Selbstverständnis der RZ mißverstanden hatte, als sie Bomben von Rechtsradikalen auf Wohneinrichtungen und Autos der US-Streitkräfte mit uns in Verbindung brachte.) Unser fundamental-revolutionärer Ansatz korrespondierte nicht mit den Zielen der Teilbereichsbewegungen, und der zunehmenden Zersplitterung autonomer Zusammenhänge setzten wir keine vereinheitlichende Perspektive entgegen. Trotzdem lagen unsere Stärke und unser »Mythos« in der Eröffnung und Nachah-

mung militanter Aktionsformen und in unserer Fähigkeit, gesellschaftliche Konflikte aufzugreifen, die eine gewisse Sprengkraft bargen.

Unsere theoretischen Beiträge befaßten sich also im wesentlichen mit den Konflikten, an denen wir partizipierten. In diesem Sinne trugen wir zur Theoriebildung bei. Erst in der Entwicklung der Flüchtlingskampagne gingen wir in unserem theoretischen Selbstverständnis über die Teilbereichsbewegungen hinaus. Die damit gewonnene Ausweitung der Konfrontationsebenen war objektiv auch ein erster Schritt aus der Selbstreduzierung heraus, die in unseren Methoden angelegt war. Eigentlich hätte diese Kampagne zur einer konsequenten Revision der von uns benutzten Kampfmittel und -formen führen müssen. Aber dies geschah nicht, wir repräsentierten weiterhin die Form einer sozialrevolutionären Guerilla, die ihre Kontinuität in der Durchführung bestimmter bewaffneter Aktionen aufrechterhielt. Ihr herausragendes Merkmal blieb die Symbolik des Bombenanschlags.

Die Dialektik von bewaffnetem Widerstand und Massenkämpfen blieb rein äußerlich. Die eigene, subjektive Entscheidung für grenzüberschreitendes politisches Verhalten, für bewaffnete Anschläge, und die Zustimmung der Linken zu unseren Aktionen legten wir — fälschlicherweise — als systemsprengende revolutionäre Kraft, als erste Schritte eines revolutionären Prozesses aus. Hatten wir wirklich geglaubt, mit einem derartig reduzierten Programm die Komplexität der gesellschaftlichen Veränderungen in ihren politischen und kulturellen, sozialen und organisatorischen Ausmaßen beeinflussen zu können?

Offensichtlich! Denn über die lange Zeitspanne seit den Anfängen der RZ veränderten wir kaum die Methoden unserer Interventionen. Wir beschränkten uns im wesentlichen auf Sabotageakte und Sachbeschädigungen, deren politische Wirkung auf Gedeih und Verderb auf die Berichterstattung durch die Medien angewiesen war — was im extremsten Fall bedeutete, daß eine Aktion nicht stattgefunden hatte, die nicht in den Schlagzeilen war. Nichts dokumentiert deutlicher die Distanz zu den gesellschaftlichen Prozessen. Kein Thema, das wir diskutierten, keine Analyse, die wir erstellten, eröffnete uns die Perspektive für neue Interventionsformen. Wir reduzierten die von uns und unserer Propaganda antizipierte soziale Befreiung auf den Akt des Angriffs immer gleicher Objekte, als wenn sich in der ständigen Wiederholung des ewig gleichen Einsatzes der ewig gleichen Mittel subjektiv der Beitrag als Revolutionär erschöpfen könnte; als wenn das, was wir erreichen wollten, nämlich Förderer und Teil der revolutionären Kräfte zu sein, sich in dieser Selbsteinschränkung einlösen ließe. Unsere Aktionen blieben kalkulierbar. Das Festhalten an den traditionellen Konfrontationslinien und Angriffsformen in der Flüchtlingskampagne wurde denn auch für uns zum Sargnagel.

Und doch hatte das Beharren auf dem reduzierten Spektrum von Mitteln im revolutionären Kampf einen Grund. Wir haben einerseits unsere Mittel niemals relativiert, weil wir sie nicht wirklich in Bezug gesetzt haben zu Klassenkämpfen, sondern immer nur zur linken Szene. Andererseits gingen wir nicht über diese Mittel hinaus, weil sie perfekt mit unserer Anonymität korrespondierten und das persönliche Risiko einschränkten. Diese Anonymität produzierte (glücklicherweise) keine HeldInnen. Niemand konnte zur Verantwortung gezogen werden, alle konnten es gewesen sein.

Hierin lag gleichsam der Verzicht, Menschen als Träger von Ideen und Propaganda zu präsentieren, identifizierbar zu machen. Ohne bekannte Mitglieder, ohne Gefangene als PropagandistInnen existierten die RZ nur als abstrakte Idee. In dieser Abstraktion lagen zugleich die Stärken und die Schwächen der Zellen. Sie waren stark genug, weil ganz unabhängig von ihren Militanten die Idee des bewaffneten Widerstands überleben konnte und weil die Solidarisierung sich nicht auf Personen, sondern auf Aktionen bezog. Diese Abstraktion und Anonymität verhinderte aber gleichzeitig die Ausweitung von Propaganda und verengte die politischen Perspektiven und Interventionsfelder. Die Konfrontations- und Angriffsmöglichkeiten blieben beschränkt. In genau dieser Logik lag die Verselbständigung der Mittel begründet, genauso wie das Auslaufen einer Kampagne aus Mangel an geeigneten Angriffszielen. In ihr war die Isolierung unserer Politik angelegt.

»Den politischen Rest bekamen wir, als die Linke sich außerstande sah, auf die Wiedervereinigung zu reagieren«

Heute, zu einem Zeitpunkt rassistisch motivierter Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, verbietet sich der Gebrauch von Feuer und Flamme als Mittel revolutionärer Politik in diesem Bereich von selbst. Aber die Frage, warum unsere Kampfmittel nicht nur von den Herrschenden als »terroristisch« empfunden werden, stand angesichts von Sprengsätzen in Flugzeugen, Kaufhäusern und Synagogen mit Hunderten von Toten schon eher an. Zu glauben, daß es nur davon abhängt, wer diese Mittel in welchem Maßstab und mit welchen Zielen anwendet, ist eine gefährliche Vereinfachung. Der Diskreditierung des Widerstands- und Befreiungskampfs durch die globale Ausbreitung eines dreckigen, geheimdienstlich durchsetzten Terrorismus konnten wir praktisch kaum etwas entgegensetzen. Für den Einsatz revolutionärer Gewaltmittel ist dies zu einem entscheidenden Problem geworden.

Der letzte Aspekt unserer Reflexion betrifft unser Verhältnis zum sogenannten »Internationalen Terrorismus«. Durch die Offenlegung der Stasi-Akten, durch Presseberichte über Carlos und Co. und vor allem durch die Ermordung von Gerd Albartus sind wir mit dem Teil unserer Geschichte konfrontiert, den die meisten von uns gar nicht kennen, den die anderen am liebsten verdrängt hätten.

Seit Entebbe und der OPEC-Aktion kann sich jede/r vorstellen, daß die Geschichte der RZ nicht erst mit dem Einstieg in die Teilbereichsbewegungen begonnen hat. Die damals üblichen internationalen Kontakte wurden aber schon vor 1977 wegen politischer Differenzen abgebrochen, so daß die neuen Mitglieder der RZ in ihrem sozialrevolutionären Verständnis von Politik davon unberührt blieben. Diejenigen, die von den alten Zusammenhängen wußten, sahen sich nicht veranlaßt, die faktische Neugründung der RZ mit der alten Geschichte zu verbinden. Das war ein Fehler, weil sich heute niemand von uns mehr der politischen Verantwortung entziehen kann, auch diesen Teil der Geschichte und seine Folgen im internationalen Terrorismus zur Kenntnis zu nehmen und ihn als einen historischen Ursprungsort der RZ zu akzeptieren.

Der Umgang mit diesem Komplex zeigt einerseits die Blauäugigkeit, mit der die Militanten der RZ die eigene Politik durch Zuordnung zur linksradikalen und autonomen Szene definiert haben, als wenn eine neue Orientierung allein schon bedeuten würde, daß die alte Geschichte gegessen sei. Andererseits läßt er bei denjenigen, die etwas von den früheren Bezügen und internationalen Kontakten ahnten oder wußten, auf eine Art zustimmenden Gehorsams zu den terroristischen Auswirkungen dieser Geschichte schließen. Beide Verhaltensweisen dokumentieren die Schwäche politischer Moral. Die politische Verantwortung bleibt davon unberührt.

***

Wir wollen mit diesem Papier nicht der Selbstaufgabe revolutionärer Politik das Wort reden. Wir können auch nicht für den gesamten Zusammenhang der RZ sprechen, von dem wir nur ein Teil sind. Offenbar aber reichen die von einer ganzen Generation seit Anfang der 70er Jahre in der BRD gemachten Erfahrungen mit dem militanten Widerstand und dem bewaffneten Kampf noch nicht einmal mehr aus, um die gegenwärtige Krise zu bestimmen und nüchtern zu analysieren, geschweige denn, um einen offensiven Ausweg daraus zu finden. Wir meinen, daß mit der Fortschreibung des RZ-Mythos nichts gewonnen ist, sondern daß es im Gegenteil darauf ankommt, eine historische Etappe abzuschließen, verkrustete Strukturen und Kampfmittel aufzugeben, um überhaupt wieder eine Chance zu bekommen, als politische Subjekte in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozeß eingreifen zu können. Die politische Öffnung der RZ scheint uns dafür der einzig richtige Schritt.

Revolutionäre Zellen, Januar 1992

FlüchtlingsRZ auf der Flucht...?

Eure Entscheidung ist politisch falsch und abgesehen davon, daß das BKA Anlaß zur Freude über Euren "niveauvollen" Text hat, sind die Fragen, die Ihr zum Teil richtig stellt, schlecht beantwortet.

Der schwache Stand, welche die linke Politik im gesamtgesellschaftlichen Rahmen tatsächlich hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die politische Situation eine offene ist. Ihr laßt Euch täuschen von dem Etappensieg des kapitalistischen Patriarchats über das kommunistische Patriarchat. Ihr erkennt zwar die sich abzeichnende Schärfe momentaner und künftiger sozialer Widersprüche, verkennt aber darin die Bedeutung einer militanten und revolutionären Linken, die kommende Widersprüche polarisieren kann, sei sie derzeit noch so marginal. Die Geschichte des Widerstands ist für Euch nicht mehr berechenbar geworden, ohne zu sehen, daß ein Teil der Berechenbarkeit Eure eigene politische Erstarrung ausmachte. Ihr seid die letzten Jahre gegen einen Apperat ins Feld gestiegen, habt Euch auf das alleinige Thema "Flüchtlinge als revolutionäre Subjekt" gestürzt und wundert Euch heute, wenn Euch die Ereignisse (Golfkrieg,DDR-Einverleibung) überrollt haben. Statt aber die Diskussion insofern zu eröffnen, indem Ihr die verbliebenen revolutionären Kräfte in eine Debatte ein bezieht , welche die vergangenen Fehler beleuchtet und den neuen Fragen der Zeit gewachsen sind, vebuddelt Ihr Eure Waffen, verlaßt die Berge und macht den Eindruck , als sucht auch Ihr einen konstruktiven Platz zur Neugestaltung der Demokratie. Und das zu einem Zeitpunkt in dem die Linke paradoxer Weise Eure Praxis aufgreift. Aber da Ihr ja immer Avangarde sein wollt und lange Zeit darum bemüht gewesen seid, die Defizite der Linken wegzumachen(Danke, liebe RZ) wollt Ihr wohl auch dieses Mal uns Autonomen mit dem Schritt Eurer Selbstauflösung zuvorkommen...Zugegeben, das ist platte Polemik. Aber das Problem ist doch jenes, daß Ihr die Waffen zu einem Zeitpunkt verbuddelt, wo zunehmend auf den Luxus demokratischer Rechte gepfiffen wird und je nach Notwendigkeit diese gebeugt werden. Die Verelendung und Not weiter Teile des Trikonts werden zudem gar keine anderen Weg lassen, als daß jene Menschen nach Möglichkeiten Ihres Überlebens suchen müssen und Unterstützung in den Metropolen bitter nötig haben werden. Der Widerstand wird sich zwangsläufig entwickeln, mit oder ohne Guerilla. Ebenso die zur Kampfmotivation notwendigen Utopien. Ungeklärt dabei ist, ob wir daran einen Anteil haben werden indem wir zu Impulsne beitragen können, die den Widerstandsäußerungen eine Richtung im Sinne revolutionärer Utopien geben. Oder ob die Utopien von den Gegnern (von Faschisten, Nationalisten, Religionen, Ideologen....)besetzt werden. Das die Neuformulierung einer/mehrerer Utopien nach dem Überfälligen Ende kommunistischer Staatsherrschaft sich schwierig gestaltet und Trägerinnen und Träger des Widerstandes uns gegenüber Anlaß zur Skepsis haben, steht doch außer Frage...oder? Das aber Ihr, liebe RZ , diesen Fragen tatsächlich nicht gewachsen seid, beweißt Ihr zum wiederholten Mal mit Euren dummen Seitenhieben auf die antipatriarchalen Schrittversuche Eurer Genossen.

Es ist davon auszugehen, daß Eure 86er Kampagne,auf deren Hintergrund alle autonomen Gruppen heute antirassistische Politik machen, deshalb an dem Sexismus der Flüchtlingsmänner bricht, den diese mit in die Metropole bringen (Stichwort TU Berlin), weil Ihr die Flüchtlinge unhinterfragt zum revolutionären Subjekt erklärt habt(was in sich schon falsch war). Ihr habt die Bedeutung der sexistischen Herrschaft und des internationalen Patriarchats in Eurer Kampagne außer acht gelassen. Dabei haben Euch die Schwestern immer wieder ihr Verständnis von Herrschaftsstrukturen durch jede Aktion mitgeteilt. Euer Verweiß darauf, daß wenn Ihr nicht so blöd gewesen wärt, dann hättet Ihr mit Euren Schwestern eine gemeinsame Politik entwickelt, ist nicht nur eine elegante Frechheit einer Horde Elefanten im Porzellanladen,sondern Ihr habt eine historische Chance vertan, (wie Männer das halt so machen) , zu der Ihr Euch nicht äußert. Das ist nämlich nicht eine andere Geschichte, sondern das ist ein Teil Eurer Geschichte und Eures Scheiterns!

Das positive Eurer Veröffentlichung ist die Veröffentlichung selber. Sie ermöglicht die Auseinandersetzung und bricht das Siegel Eurer Erstarrtheit, auch wenn Ihr mit Eurem Ausstieg diesen offenen Moment sofort bereinigt (ja keine Unsicherheiten aufkommen lassen..). Eine Diskussion mit Euch um Aufhören oder Weitermachen scheint mit Euch auf dem Hintergrung Eurer Entscheidung nicht mehr möglich...

Die Tatsache aber, daß Ihr gut schreiben könnt, und uns Autonomen

auch eine Menge an Erfahrungen vorraushabt, von denen Ihr (noch) schöpfen könnt, kann aber nicht über Merkwürdigkeiten Eurer Sichtweise hinwegtäuschen. Einerseits veröffentlicht Ihr in der Konkret, in der spalterische Demokraten eine Greultat nach der anderen begehen (Golfkrieg), die Ihr damit noch aufwertet, statt in autonomen Publikationen. Andererseits aber scheint Euer Fehler diesbezüglich weitergehender Natur zu sein. Ihr meßt Euch in der Anerkennung Eurer Aktionen in den Schlagzeilen der Medien der Gegnern und macht an dem üblichen Verschweigen Eure Bedeutungslosigkeit fest.(Um die Schaffung einer Gegen"propaganda" scheint es Euch weniger zu gehen.) Das Schlimme daran ist letzlich, daß Ihr Eure Bedeutung faktisch historisch negiert und Euch zu Trotteln macht, weil Ihr Eure Bedeutungslosigkeit erst dadurch schafft.
Eure anschließende Schnellebigkeit, mit der Ihr plötzlich in einer nichtrevolutionären Zeit, möglichst schnell zur Revolution kommen wollt , ist zwar löblich, aber Euere revolutionäre Ungeduld und die anschließenden Entäuschungen über das Nichtaufgreifen Eurer Aktionen in der Gesellschaft werden plötzlich zur(gewünschten) Bestätigung Eurer scheinbaren Bedeutungslosigkeit und zur Legitimation für das Verbuddeln Eurer Waffen.
Mann sollte Euren Text und die inhaltliche Diskussion insofern aufgreifen, die richtigen Fragen fein säuberlich von den falschen Fragen und Antworten zu trennen und zur positiven Diskussion um eine Neubestimmung revolutionärer, militanter und bewaffneter Utopie, Theorie und Praxis verwenden...

Auf Wiederhören
Erasmus Hasenfuß

NACHRUF AUF DIE RZ

zum Text der RZ "Gerd Albertus ist Tod"

Wir sind eine Gruppe internationalistischer Feministinnen.
Befreiung wird erst im Kampf um Befreiung möglich. Die Befreiung aller Frauen - und somit aller - ist der Antagonismus zum imperialistischen Patriarchat. Es wird keine Befreiung der Frauen unabhängig von der Befreiung der Frauen im Trikont und in den ehemals realsozialistischen Ländern geben. Der Kampf gegen das imperialistische Patriarchat muß deshalb auf der Analyse der weltweiten Situation beruhen, und erst daraus ergibt sich die Bestimmung und Wirkung unserer Kämpfe hier.
Da trotz wachsender Armut in den Metropolenländern, hier der Mehrwert längst nicht in dem Maße abgeschöpft wird, wie im Trikont, d.h. die Frauen ökonomisch nicht in dem Maße ausgebeutet werden wie dort, wird eine internationalistische feministische Bewegung in absehbarer Zeit keine Massenbasis haben (von den Metropolenmännern ganz zu schweigen). Dessen sind wir uns bewußt.
Nach dem Erdrutsch während und nach dem offenen "Golfkrieg" gibt es nur noch sehr marginalisiert internationalistische Positionen. Die Solidarität reicht - wenn überhaupt noch - bis zu den Emigrantinnen und Emigranten hier in der Metropole. Zionistische Positionen werden von "Linken" offen übernommen, antizionistische Positionen gelten als dogmatisch verbohrt und längst durch die "Realität" überholt.
Wir antworten auf die Erklärung der RZ als Stimme in der Wüste.
Die RZ haben insofern eine Bedeutung, da sie als 20-jährige Guerilla diesen Text schreiben und das gerade zum heutigen Zeitpunkt.
An die RZ:
Ihr trefft mit eurem Text exakt den herrschenden Zeitgeist. Dieser muß aus seinen politisch-ökonomischen Grundlagen analysiert werden:
Europa unter Führung Großdeutschlands befindet sich im Aufstieg zur imperialistisch-patriarchalen Weltmacht Nummer eins. Dieser Aufstieg ist auf der einen Seite mit wachsender Ausbeutung, Verelendung und Massakrierung der Völker, v.a. der Frauen im Trikont verbunden über die Realisierung des europäischen Binnenmarktes und der Währungsunion. Auf der anderen Seite mit Reallohnabbau, Sozialabbau und Verarmung v.a. der Frauen, Emigrantinnen und Emigranten hier in der Metropole. Als Weltmacht Nummer eins muß sich Großdeutschland/Europa zugleich eine entsprechende Rolle in der weltweiten Aufstandsbekämpfung erobern. Diese richtet sich heute zum großen Teil gegen ausgebeutete Klassen und Befreiungsbewegungen im Trikont, sowie gegen hier lebende Frauen, Männer und Kinder aus dem Trikont.

Die Diffamierung der anti-imperialistischen Befreiungsbewegungen im Trikont als "Vorbereiterinnen von Entwicklungsdikaturen" und die Abkoppelung vom Internationalismus kommen da wie gerufen. Es ist auch kein Zufall, daß sich die "Linke" hier gerade von der palästinensischen Revolution so ausgiebig und auffällig distanziert: Bis heute war jede Weltmacht Nummer eins zugleich imperialistische "Schutz"-Macht des Staates "Israel" gegen die palästinensische Befreiung. Das waren zuerst England, dann USA, und nun eben noch weitaus stärker als bisher Großdeutschland und in seinem Schlepptau Europa.
Ihr schlagt eine Theorie vor, mit der es sich in der künftigen Weltmacht Nummer eins (vor allem als weißer Mann) leben läßt, und zwar ohne "Mißtrauen und Zweifel uns selbst gegenüber, die wir aus dem reichen Norden kommen".
Und ihr trefft nicht nur den "Zeitgeist" im Sinne der herrschenden Ideologie, sondern auch auf ein weitgehendes politisches Vakuum auf unserer Seite. Sehr große Teile der revolutionären Linken (nicht alle!) sind davon geschwächt, daß sie keine Widersprüche ausgehalten und viele Fragen nicht gestellt haben: nicht bezüglich der Entwicklung der Bürokratie in der Sowjetunion, China und Osteuropa,, nicht bezüglich der Politik der kommunistischen Parteien weltweit und dann auch folgerichtig nicht bezüglich der eigenen Politik und Praxis.
Trotz kritischer Positionen und den faktischen Schritten Gorbatschows seit 85 (z.B. das faktische Recht auf Privateigentum, die Degradierung der Frauen, die Positionen zu Befreiungsbewegungen ect.), hat der Großteil der Linken beide Augen vor dieser Entwicklung verschlossen bzw. die Entwicklung völlig falsch eingeschätzt. Das kritiklose Verhältnis führt in einer Periode von großen Zusammenbrüchen in die Perspektivlosigkeit: diejenigen, die keine kontinuierliche Kritik am Aufstieg der sowjetischen Bürokratie entwickelt hatten, sehen im Zusammenbruch der Sowjetunion den Zusammenbruch jeder Möglichkeit von Revolution. Das kritiklose Verhältnis zu politischen Orientierungen (Guerilla, Befreiungsbewegungen...) verhinderte den Weg zu notwendigen eigenen Vorstellungen. Nachdem das Verbindende, Kollektive, Kritische, Solidarische versperrt ist, bleibt nur das entpolitisierte Subjekt als neuer Orientierungsträger. Genau mit diesem entpolitisierten Subjekt operiert nicht nur euer Text, um mit dem palästinensischen Widerstand, den anti-imperialistischen Befreiungskämpfen im Trikont und internationalistischer Politik "abzurechnen".
Wir beziehen uns nicht in der Art der RZ auf die Geschichte: Zur Entwicklung der SU ab der Oktoberrevolution, zur Spanischen Revolution und vielen anderen Entwicklungen gibt es und gab es differenzierte und kritische Positionen, die dafür nicht die revolutionäre Machteroberung selbst in Frage stellen müssen.
Die Geschichte der SU seit der Oktoberrevolution ist aus feministischer Sicht die Geschichte einer gestoppten Revolution. Errungenschaften für Frauen wurden innerhalb weniger Jahre wieder zurückgedrängt (z.B. das Ziel, die Unterdrückungsinstanz Nummer eins für Frauen, die Familie, abzuschaffen, wich der reaktionären Vorstellung von der Familie als Keimzelle auch der sozialistischen Gesellschaft); nur weniges konnte durchgesetzt werden, da es keine unabhängige und starke feministische Organisation gab, die die Weiterführung der Revolution auf allen sozialen, ökonomischen und politischen Ebenen hätte verteidigen können. Die langfristige Konsequenz dieser -unserer- Schwäche war u.a. die Verteidigung der "Revolution" ausschließlich in der SU, die "friedliche Koexistenz" und ihr heutiger Übergang zum Kapitalismus.
Die Situation in der jungen SU war u.a. stark geprägt durch die Niederlage der deutschen Revolution 1923. Die extreme Schwäche des Internationalismus in Deutschland hat ihre historischen Wurzeln in dieser Zeit: 1919-23. Zur Zeit der Oktoverrevolution von 1917 und bis Jahre danach war Internationalismus hier etwas ganz reales: Das Bewußtsein, daß die Revolution in Deutschland (und Westeuropa) gemacht werden musste, um überleben zu können. Mit der endgültigen Niederlage der deutschen Revolution 1923, mit Faschismus, Weltkrieg, US-Marshallplan und "Wirtschaftswunder" wurde für Jahrzehnte dieses Bewußtsein verschüttet.
Nur auf der historischen Niederlage der Revolution, nur auf der historischen Verschüttung des Klassenbewußtsein konnte das imperialistische Patriarchat die teuren Produktionsanlagen, die Massen des Geldkapitals, fast die ganze Forschung und Entwicklung in den Metropolen konzentrieren. Erst diese Konzentration erlaubte ihnen, die aufgehäuften Reichtümer mit relativ hohen Löhnen und Sozialleistungen für einen Teil der ausgebeuteten Klassen hier (und einem sehr ausgebauten Bullenapparat) abzusichern. Daß die Polarisierung von Metropole und Trikont auf der Niederlage der Revolution in den Metropolen beruht, verweist darauf, von wo *her die Polarisierung aufzubrechen ist: Hier wurde der Internationalismus bis heute*

nicht verwirklicht. (Auch die vorübergehende theoretische und praktische Stärke internationalistischer Positionen im Zuge des Vietnam-Krieges konnte diese Schwäche letztendlich nicht überwinden.
Die bedeutungslose Bewegung gegen den offenen "Golfkrieg" -ihre Perspektivlosigkeit und ihr rasches Verschwinden- war ein eindrückliches Beispiel für diese Tatsachen.
Nicht: wie ordnen wir uns auf dem Umweg über die Bewegungen dem pro-imperialistischen "Zeitgeist" unter, ist in der heutigen Situation die dringliche Frage.
Sondern: wie schaffen wir einen theoretischen und praktischen Gegenpol zum "Zeitgeist", der die Bedingungen für eine Orientierung der Bewegungen gegen das imperialistische Patriarchat schaffen kann.
Bis heute hat es in den revolutionären Prozessen keine internationalistisch-feministische Strömungen gegeben, die stark genug waren, diese Prozesse theoretisch und praktisch zu bestimmen. Erst unter diesen Voraussetzungen wird eine umfassende Befreiung möglich sein.

Im Folgenden werden wir genauer auf die Aussagen und die "Machart" des RZ-Textes eingehen:
Allgemein sei festgestellt, daß wichtige politische Begriffe fast vollständig verschunden sind. "Imperialismus" kommt im ganzen Text gerade noch einmal vor: um sich davon zu distanzieren, daß der Staat "Israel" der Agent und Vorposten des Imperialismus ist. Stattdessen scheinen sich große Teile des Textes auf Naturereignisse, Krankheitsepedemien oder ein anderes, angeblich unausweichliches Schicksal zu beziehen, nicht aber auf bewußte politische Akte: "Fatal," "Katastrophe", "dramatische Tatsache", "makabre Paradoxie", "unauflöslicher Widerspruch", "Handlungsdruck", "Mythos", "Selbstzerfleischung", "totalitäre Gruppenansprüche". Da werden Menschen zu "Ungeheuern", "ballen sich als Staatsvolk zusammen". Der Antizionismus hat die Linke "erfasst", die "Katastrophe" wird zum "permanent schwelenden Treibsatz", Entebbe wird zum "schleichenden Gift einer Lebenslüge". "KämpferInnen und Kommandanten" haben ein "unartikuliertes Miteinander", eine "Männerwelt tobt sich aus", und die Bürger "wühlen genußvoll in der Wunden revolutionärer Bewegungen" etc.etc.etc.

Zum Tod von Gerd Albertus und euer Darstellung davon:

"*Eine derartige Nachricht. ... müsse zwangsläufig auf den gesamten palästinensischen Widerstand zurückfallen, weil kaum jemand imstande ist, das Geflecht der palästinensischen Organisationen und Fraktionen zu durchschauen...*"
Das klingt nach suspektem Geheimbund, arabischem Dickicht, das mysteriös ist und bleibt. Zwischendurch bringen sich die Araber (Fanatiker = Islamis = Araber) auch noch gegenseitig um wie im Libanon. Beim besten Willen scheint es nicht durchschaubar zu sein, denn das ist wohl ihre Mentalität, Familienclans, Blutrache, Feudalstrukturen, auf den Kamelen durch die Wüste.
Ihr benennt noch nicht einmal die palästinensische Organisation, aber redet dann gleichzeitig von Dickicht. Wie durchschaubar sind denn die Bewegungen hier für ausländische Genossinen und Genossen? Noch dazu völlig unorganisiert.
"*Offensichtlich ist nur, daß hier Maßstäbe aufeinander prallen, die zweierlei Welten entstammen. Unter Bedingungen, die von der Logik des Krieges diktiert werden, zählen unbedingte Gefolgschaft und Bereitschaft zur Unterordnung... Dort ist wenig Raum für Ambivalenzen, die der metropolitanen Herkunft geschuldet sind...Der Tod von Gerd Albertus macht ein weiteres Mal deutlich, daß zwischen diesem und unserem Denken Welten liegen, zwischen denen keine Vermittlung möglich ist.*"
In eurer ganzen Darstellung zu diesem Komplex konkretisiert ihr nicht ein einziges Mal eure Maßstäße, die anscheinend aus einer Zwei-Welten-Theorie zu stammen: eine Welt der Ambivalenzen gegenüber einer Welt des Krieges, Sozialprozeß in der Metropole gegenüber Befreiungsbewegungen im Trikont. Und den damit scheinbar erklärten Tod von Gerd Albertus benutzt ihr anschließend, um genau diese Theorie zu begründen: eure politische Distanzierung von den Befreiungsbewegungen im Trikont.
Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit z.B. einem Spitzelverdacht setzt die Kenntnis der Tatsachen voraus, die euch bekannt sein müssten: welche Anfragen bezüglich des Urteils und seiner Begründung habt ihr gemacht?; warum nennt ihr den Namen der Gruppierung nicht, schreibt nichts zu der politischen Identität von ihnen , obwohl ihr mit ihr zusammengearbeitet habt?. Wie ist sie entstanden?; was sind/waren ihre politischen Orientierungen und Zusammenhänge?; welche Aktionen außer Entebbe hat sie gemacht? etc.

Eure Erklärung degradiert die Auseinandersetzung zur Glaubensfrage. Woher ist euch bekannt, daß Gerd tot ist und daß ein Tribunal stattgefunden hat? Warum fragt ihr die Gruppe über eure Erkläung nicht öffentlich, wenn es keine andere Möglichkeit gibt? Warum werden von euch Geheimdienstintrigen, -aktionen ausgeschlossen? Warum veröffentlicht ihr die Erklärung erst jetzt, obwohl die Fakten jahrelang bekannt sind (wohl doch der Zeitgeist...)?
Ihr tragt alles dazu bei, das Vorurteil vom palästinensischen Widerstand als undurchschaubarem Geflecht zu bestätigen. Indem ihr über all diese wesentlichen Dinge schweigt und indem ihr die Identität von Gerd entpolitisiert, entzieht ihr die Geschichte von Gerd der Auseinandersetzung. Die nicht diskutierbare Geschichte nutzt ihr dann, um mit dem palästinensischen Widerstand und den Befreiungsbewegungen in den Drei Kontinenten abzurechnen.
Bevor und nachdem ihr auf die beschriebene Weise verfahrt, beginnt und schließt ihr folgendermaßen: *"Eine derartige Nachricht... müsse zwangsläufig auf den gesamten palästinensischen Widerstand zurückfallen ... "* und *"Wir haben jedoch keinerlei Veranlassung zu irgendwelchen Pauschalisierungen, wir halten es für verkehrt, von den Regeln und Methoden einer Gruppe auf die Verfaßtheit einer gesamten Bewegung zurückzuschließen."*
Es gehört zur geschickten Machart eures Textes, daß öfters widerrufen wird, was soeben oder gleich anschließend gemacht wird oder geschrieben wurde, ohne daß die von euch suggerierten Inhalte an Wirkung verlieren - eher im Gegenteil.

"Daß wir die Gewalt in den eigenen Reihen bislang tabuisiert haben und uns erst jetzt drüber entsetzen, wo sie uns selber ereilt ...."
Gewalt in den "eigenen Reihen" wird erst thematisiert, nachdem einer eurer Männer sie erfahren hat. Die Frauenbewegung hat Gewalt in den "eigenen" Reihen immer thematisiert, aber es entspricht dem objektiven Interesse der linken Männer, Gewalt, besonders gegen Frauen und besonders in den eigenen Reihen, zu tabuisieren. Der einzige Umgang von Männern - wenn überhaupt - damit war und ist die Subjektivierung und Individualisierung des Gewaltverhältnisses auf einzelne "Fehltritte" einzelner Männer.

"Deutsche Kollektivschuld" und Entebbe

"Anstatt wahrzunehmen, was uns vorgehalten wurde,... beschäftigten wir uns vor allem mit dem militärischen Aspekt der Aktion ... Die Meldung, es sei ausgesondert worden, hielten wir ebenso für ein Produkt psychologischer Kriegsführung wie die Behauptung, daß sich die deutschen Mitglieder des Kommandos dabei besonders hervorgetan hatten ."
Offensichtlich nehmt ihr heute nicht nur wahr, was es an Propaganda gegen euch gab, sondern ihr verkündet sie als bare Münze. Dahinter steckt eure Übernahme der bürgerlichen Ideologie der deutschen Kollektivschuld: selbst bei antifaschistischen Deutschen drücke halt in der Stunde der Wahrheit der Antisemitismus unweigerlich durch. Schweigsam über Tatsachen wie überall in eurem Text, schreibt ihr auch mit keinem Wort, woher ihr das Wissen über das damalige Tun der deutschen Mitglieder des Kommandos habt. Vom Kommando selbst waren kurze Zeit später alle tot.
Dasselbe Verhältnis zu Brigitte und Bonni wie zu Gerd: Damals gab es zu Entebbe keine Erklärung; 10 Jahre später wird sich von der damaligen Politik distanziert, für die sich Brigitte und Bonni voll engagiert haben.
Und : welcher Informationen zufolge behauptet ihr die Aussonderung aufgrund jüdischer Religionszugehörigkeit? Stimmen eure Informationen, so ist es ungeheuerlich, daß ihr sie erst heute veröffentlicht. Stimmen eure Behauptungen nicht, so ist es ungeheuerlich, daß ihr eine solche Denunziation in die Welt setzt! Wir gehen davon aus, daß diejenigen Passagiere festgehalten wurden, aus deren Ländern (Paß) die Freilassung der Gefangenen gefordert wurde. (Mit dem Mittel Flugzeugentführung an sich hat sich z.B. die RAF selbstkritisch auseinandergesetzt (Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front" vom Mai 1982 im Abschnitt zu `77)).

"Wir machten uns die Losungen des palästinensischen Befreiungskampfs zueigen und setzten uns darüber hinweg, daß unsere Geschichte eine vorbehaltlose Parteinahme ausschloß...Die Gewißheit, daß auch wir als Linke nicht gegen antisemitische Ressentiments gefeit sind....hat uns praktisch blockiert. Das Dilemma der politischen Abstinenz, daß sich daraus ergab, schien einigen von uns eher dahingehen auflösbar, daß wir den Begriff der NS-Kontinuität...zum Anlaß nahmen, nach den Spuren jüdischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Neuordnung zu suchen und uns darauf zu beziehen..." (Hervorhebung von uns).

Die bürgerliche Geschichtsschreibung bleibt in der völkischen Tradition des Faschismus: sie verfälscht den Faschismus zu einem Gegensatz von deutschem "Volk" und jüdischem "Volk". Der Vorwurf gegenüber dem linken Antizionismus, er sei antisemitisch, diente und dient gerade im letzten Jahr der Legitimation zionistischer Politik und der Unterstützung "Israels". Die Gleichsetzung "Israels" mit den Juden allgemein dient dem Zionismus, der ohne den Antisemitismus nie bestehen konnte und kann und diesen deshalb auch fördert, wo er kann:
Zitat Lionel Dadiani in: Der Zionismus, wie ihn seine Führer präsentieren, 1986:
"Hätte ich ebensoviel Macht wie Verlangen, so würde ich eine Gruppe starker junger Männer auswählen, die unseren Ideen ergeben und vom Wunsch beseelt, die Rettung der Juden zu fördern, und sie in Länder schicken, wo die Juden in sündhafte Selbstzufriedenheit versunken sind. Die Aufgabe dieser jungen Männer würde darin bestehen, sich als Nichtjuden zu tarnen und Juden mit antisemitischen Losungen wie "Saujude" und "Jude, scher dich nach Palästina", zu verfolgen."
Oder: "Es blieb und bleibt nicht bei der verbalen Zuhilfenahme des Antisemitismus durch die Zionisten. So explodierten z.B. 1951 Bomben in Geschäften und Synagogen im Irak, die von zionistischen Organisationen gelegt worden waren, um irakische Juden nach "Israel" zu bewegen...Den Berichten der Zeitung "Haolam Hazeh" wurde von offizieller zionistischer Seite nie widersprochen". (zitiert nach Al Karamah Nr.8, S. 41 und 44).

Der Faschismus war und ist das äußerste Mittel des Kapitals gegen die Revolution.und für expansionistische Kriege. Ihr seht jedoch im antifaschistischen Widerstand und in den KZ`s ausschließlich Jüdinnen und Juden. So wie ihr Ulrike ausschließlich während ihrer noch bürgerlichen Zeit zitiert (aber nein, daß hat doch wirklich nichts mit Denunziation zu tun), bezieht ihr euch auch ausschließlich auf den bürgerlichen antifaschistischen Widerstand. Damit sagt ihr euch gleichzeitig los von der Tradition z.B. der revolutionären Kommunistinnen und Kommunisten (worunter es auch viele Jüdinnen und Juden gegeben hat!), die gegen das Kapital als oberstem Organisator von Faschismus und Rassismus kämpf(t)en.
Wir beziehen uns nicht auf und definieren uns nicht über unsere vielleicht in der NSDAP organisierten Eltern: Unsere Geschichte ist die Geschichte des Widerstandes und Kampfes gegen das Patriarchat, heute das imperialistische Patriarchat, und die Geschichte der Kämpferinnen gegen das Patriarchat. Die Lüge von der Kollektivschuld wurde uns in der Schule eingebleut, damit wir von unserer Widerstandsgeschichte abgeschnitten werden. (Gehirnwäsche und Aufstandsbekämpfung sind die wohl zutreffenden Begriffe). Genauso, wie die gesamte patriarchale Geschichtsschreibung die Geschichte der Frauen und ihres Widerstands versuchte und versucht auszuradieren. Ohne das Wissen um unsere Widerstandsgeschichte ist es schwer für uns, aus den Fehlern und Niederlagen zu lernen. Dieser Prozeß ist aber existenziell notwendig für jedes Gelingen revolutionärer Prozesse.
Nochmals zu Ulrike: Sie hat, als sie in der RAF war, ihre bürgerliche Positionen revidiert, Resultat ist z.B. die Erklärung "Den antiimperialistischen Kampf führen! Die Rote Armee aufbauen! Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes."

Zum Staat "Israel" und zum palästinensischen Befreiungskampf

" ..einer politischen Debatte, die sich auf die blödsinnige Alternative: Israel ja oder nein zugespitzt habe..."
" ...die entsetzliche Drohung, daß jeder, der israelisches Grundgebiet betritt..."
"... Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus...nicht aber als Ort der Zuflucht...der eine Notwendigkeit ist...solange Antisemitismus existiert..."
"...Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionäre Lösungen..."
Die Alternative (1. Zitat) ist nur blödsinnig für euch, (weil ihr mit eurem Arsch im Trockenen sitzt und) weil ihr aufgegeben habt, und das anscheinend schon seit 16 Jahren.
Was versteht ihr überhaupt unter "israelischem Grundgebiet"? Im deutschen Fernsehen wird über die Unwetter und den Schnee berichtet und die ARD sagt, in "Israel" sind die Straßen überschwemmt und zeigt dabei Bilder samt Untertitel: Gaza-Streifen. "Israel" als einziges Land der Welt ohne feste Grenzen (weil es einen jeden Tag andauernden Expansionskrieg führt) besitzt inzwischen mehr als 50% des Bodens im Gaza-Streifen, in der Westbank sind es 80%. Besser, ihr redet also heute schon von "Großisrael", das ist wenigstens ein offenes Bekenntnis!

Als Zeichen eurer ach so mitfühlenden Sensibilität gilt "Israel" heute nicht mehr als Vorposten des Imperialismus. Um euer Kurzzeitgedächtnis aufzufrischen, möchten wir euch erinnern, daß die Besetzung und Bombardierung weiter Teile des arabischen Raumes vor gerade mal einem Jahr ohne "Israel" so nicht möglich gewesen wäre, aber was soll's, es geht ja nur um den palästinensischen Patriotismus und seinen Pathos.

Da ihr keine revolutionären Lösungen mehr anstrebt, habt ihr auch das Ziel der revolütionären palästinensischen Bewegung vergessen: ein säkulares Palästina, was bedeutet, daß alle dort leben können, die dort leben wollen, unabhängig ihrer Religionszugehörigkeit. (Wie gut, daß die Zionisten ihr "Erez Israel" immer im Trikont geplant haben, erst in Uganda, auf Zypern und dann in Palästina, aber nie in einem Metropolenland). Eine Lösung wird erst dann wieder in greifbare Nähe rücken, wenn die palästinensischen Revolutionärinnen (und Revolutionäre) den bewaffneten Befreiungskampf wieder mit aller Konsequenz aufnehmen. Er bietet die Möglichkeit für einen erneuten Aufbruch der unterdrückten Frauen (und Männer) in den arabischen Nachbarländern. Erst dann wird es auch in "Israel" selbst eine breite antizionistische Bewegung geben, die die Ziele der palästinensischen Befreiungsbewegung in ihrem eigenen Interesse teilt.

Zum antiimperialistischen Befreiungskampf

" Die Beendigung der Fremdherrschaft, so dachten wir, sei gleichbedeutend mit dem Beginn der sozialen Revolution... Daß die Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete, daß sich die Führer der Befreiungsbewegungen...als Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebärdeten, daß von der frisch gewonnenen Unabhängigkeit vor allem die alten Kader profitierten, während das anhaltende Massenelend einer neuen Erklärung bedurfte, daß sich...die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung vor allem für die neuen Machthaber rechnete...all dies paßte nicht in unser Bild eines homogenen Befreiungsprozesses und wurde deshalb ausgeblendet...Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufrieden geben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Kommandanten basierte...."

Das "unartikulierte" Miteinander erinnert doch irgendwie an die Affen auf den Bäumen, aber das hat mit Chauvinismus und Rassismus natürlich nichts zu tun...
Mal im Ernst: Das Scheitern der jungen Nationalstaaten hat nach eurer messerscharfen Analyse nichts mit Weltbank, IWF, Schuldenberg, Weltmarktpreisen, Warenboykotten, CIA usw. zu tun? Euch scheint eine antiimperialistische Analyse zu fehlen; kein Wunder: Lenin, der ja immerhin noch zu unterscheiden wußte zwischen kolonialisierten Völkern und kolonialisierenden Mächten, habt ihr euch ja sowieso nur "eingehandelt", entsprechend schnell läßt er sich auch über Bord werfen. Aber nicht nur das: ihr verfügt außerdem offenbar über keine Klassenanalyse über die Zusammensetzung der jungen Nationalstaaten und den dazu gehörigen Befreiungsbewegungen., wo immer eine Bourgoisie (ob Kompradoren- oder nationale) und Männerklassen existieren, deren Interessen an Punkten mit denen der Imperialisten gegen das Volk bzw. gegen die Frauen zusammenfallen (aktuelles Beispiel die PLO)!
In eurer Logik befindet ihr euch im Antagonismus zu den Befreiungsbewegungen, d.h. aber doch nichts anderes, als daß ihr als selbstgebackene reformistische Gruppe somit auf der Seite des Imperialismus steht, wieso sagt ihr das nicht gleich?
Eure Alternative zum Volkskrieg gegen den Imperialismus (d.h. euer Reformismus und die Beschränkung eures Kampfes auf die Metropolen) entspricht in der Logik dem Programm "Therapie statt Strafe" für Vergewaltiger. Diese Alternative können nur welche wählen, die oben stehen, die nicht potentielles Opfer sind von Hungertod, Massakern oder eben Vergewaltigung. Ihr sprecht diesen potentiellen Opfern, bzw. denen die dagegen Widerstand leisten, das elementare Recht auf Selbstverteidigung (bzw. organisierter Selbstverteidigung) ab, nur weil euer Mythos von einer reinen, unblutigen, fehlerlosen und niederlagen-losen Revolution der Realitität nicht standhalten konnte.

Zu den angeblichen Opfern im Volkskrieg:

"Wir konnten nicht länger ignorieren, daß es wiederum die Männer waren, die in Gestalt des befreiten Nationalstaats die Schaltstellen der Verwertung besetzten und damit zugleich einen erneuten Anlauf unternahmen, die Kontrolle über die Frauen

und Reproduktion zurückzugewinnen. Wir mussten den Mythos des Volkskriegs auf seine revolutionären Qualitäten hinterfragen und ihn in seiner Doppelheit als Moment der Befreiung und als Form zerstörerischer Rationalisierung neu begreifen - einer Rationalisierung, zu deren ersten Opfern die Flüchtlinge ebenso gehörten wie die Frauen und Kinder in den Auffanglagern an den Grenzen zu den umkämpften Gebieten."

Zur Legitimation des Staates "Israel" argumentiert ihr mit den Opfern (des Faschismus). Beim palästinensischen Befreiungskampf argumentiert ihr mit den "Opfern" (des Volkskriegs!). Da werden wiedereinmal die Opfer funktionalisiert, um eine Theorie des Aussteigens zusammenzubasteln.
Es waren die zionistischen Terrorganisationen wie Haganah und es war und ist der zionistische Staat, der das palästinensische Volk von seinem Boden vertrieb und vertreibt. Es war und ist der revolutionäre Volkskrieg, der die Zerschlagung des zionistischen Staates "Israel", die Rückkehr der Palästinenserinnen und Palästinenser auf ihren Boden und damit die Aufhebung des Flüchtlingsdaseins zum Ziel hat. Ihr laßt den Zionismus/Imperialismus mit eurem sprachlichen Hokuspokus verschwinden, erklärt die Flüchtlinge, Frauen und Kinder zu Opfern des revolutionären Volkskriegs und fühlt euch dafür offensichtlich noch als "frauenfreundlich". Ebenso der Verweis auf die Männer, die die Schaltstellen besetzen. Wir kennen die Typen, die sich hier einen Scheißdreck um antisexistische Positionen bemühen, geschweige denn sie praktisch einnehmen, aber wenn es um den Trikont geht, das Maul aufreißen. Als internationalistische Feministinnen erteilen wir euch eine Absage bezüglich eures schleimigen Angebots!

"*Es ist dies kein Vorwurf oder eine Denunziation jener, mit denen wir damals zusammengekämpft haben...*": Nein, überhaupt nicht...

"*...palästinensischen Widerstand, nicht zuletzt, weil er sich von der dort erfahrenen Solidarität und subjektiven Radikalität angezogen fühlte. Daß diese Entschlossenheit von zutiefst machistischen Verkehrsformen durchsetzt war, war ihm...bewußt und hinderte ihn, sich definitiv für ein Leben in diesen Strukturen zu entscheiden...*"
Die Frage bewegt uns ernsthaft, ob die linken Zusammenhänge im aufsteigenden Großdeutschland nicht machistisch sind. Ob uns da etwas entgangen ist?

"*Wer von Befreiung träumt, von den Schattenseiten des Befreiungskampfes aber nichts wissen will, hängt naiven Revolutionsvorstellungen an, die dessen Wirklichkeit nicht standhalten...Für den trügerischen Vorteil einer "reinen Weste" hätten wir die RZ auf das Niveau linker Kleingruppenmilitanz gebracht und den Guerilla-Anspruch über Bord geworfen...Es sei ein verkehrtes Wunschbild und zugleich zynisch gegenüber tatsächlichem Leiden, wenn wir revolutionär sein und selbst vor allem saubere Finger behalten wollten....*"
Da wird zwar die eine Seite des ausweglosen Entweder-Oder Gerd in den Mund gelegt, aber die ausweglosen Entwder-Oder scheinen doch von euch fabriziert: Befreiung mit Schattenseiten (nämlich Mord an einwandfreien Genossen) oder gar keine Befreiung, "weiße Weste" oder Guerilla-Anspruch, revolutionär sein oder saubere Finger behalten. Gerd`s Tod -wird suggeriert- ist die Folge seiner Politik.

Die romantische Niederlage des Revolution

"*Die Perversion der Revolution, schrieb Rosa Luxemburg an die Adresse der Bolschewisten, ist schlimmer als ihre Niederlage. Das Argument des Erfolgs, auf das die orthodoxen Kommunisten jahrzehntelang gegenüber den "romantischen Verlierern" aus den libertären Gruppen gepocht haben, erweist gerade dieser Tage seine Unzulänglichkeit. ...weil wir uns lieber in der Tradition der spanischen AnarchistInnen als in der der Komintern sehen....Wir mußten...brechen mit allen Facetten des leninistisch-stalinistischen Verständnisses nationaler Befreiung...das wir uns im Zuge der Rezeption des Marxismus-Leninismus ...eingehandelt hatten...*"

Wie der Konsument im Warenhaus: Revolutionäre Theorie und Praxis wird dargestellt als "einhandeln" von fertigen Konsumprodukten. Und die Konsumprodukte werden sogar noch verfälscht dargestellt: Erstens war die Niederlage der spanischen Revolution ebensosehr der "Etappenmethode" und der konterrevolutionären Repressionspolitik der Komintern geschuldet und der Konzeptlosigkeit der

anarchistischen Organisationen gegenüber der Machteroberung. Zweitens waren die anarchistischen Organisationen keineswegs generell gegen Macht eingestellt, sondern nur gegen die revolutionäre Macht: In die bürgerliche Regierung (die den bürgerlichen Staatsapparat verwaltete) setzten sie sich sehr wohl. Drittens war die Konsequenz der angeblich so "romantischen" Niederlage der spanischen Revolution - wie so oft - die faschistische Diktatur.

Internationalismus ade

"es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den...die Massen nicht verstehen... Internationalismus...Was dort als Versuch formuliert wurde, eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklung zu finden, war faktisch zugleich die Abkoppelung vom hiesigen Sozialprozeß...Wie schnell all die schönen Worte und die besten Absichten zu blosser Makulatur werden, sobald wir uns nicht mehr auf eine konkrete Realität beziehn, sondern an Forderungen orientieren, die ihren Ursprung in andern Bedingungen haben..."

Hier wird deutlich, welches Verständnis ihr von Internationalismus hattet und habt: nämlich als etwas von hier getrenntes und abgekoppelt. Die Verhältnisse im Trikont sind nicht etwa durch das imperialistische Patriarchat verursacht, das seine Kommandozentren hier in den Metropolen hat - sie haben "ihren Ursprung in andern Bedingungen" und sind überhaupt sowieso keine "konkrete Realität"! Was soll uns sowas angehen? Kein Bewußtsein darüber, daß ein (um ausnahmsweise eure soziologischen Begriffe zu benutzen) Sozialprozeß, der fortschrittlich ist, nur internationalistisch sein kann oder er ist metropolenchauvinistisch bis rassistisch. Stattdessen baut ihr einen Gegensatz auf, den ihr folgerichtig Antagonismus nennt (d.h. unauflösbarer Widerspruch), damit ihr euch schlußendlich entscheiden könnt: für Made im Tofu/Speck, für das Öl im Golf und für den antifeministischen, sozialchauvinistischen Prozeß.

Abschließend sei noch erwähnt, daß ihr nicht nur zu Entebbe geschwiegen habt und seit 76 "Israelische" Einrichtungen nicht mehr zu euren Angriffszielen erklärt habt, auch die revolutionären Gefangenen, um die es schließlich damals ging, sind sang- und klanglos bei euch hintenruntergekippt - sind die hier auch selbst Schuld mit ihrem Pathos der Zusammenlegung?

Aus einer Erklärung von Revolutionären Zellen zum praktischen Boykott eines Films über Entebbe 1977:
"Die Entführung von Entebbe sollte nicht Leben vernichten, sondern Leben retten und zurückgeben, das in israelischen und europäischen Gefängnissen zerstört wird...In der Ablehnung dieses Films formiert sich erneut die Bewegung, der die Genossen Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann (anm. d. Verfasserinnen: und die palästinensischen Genossinnen und Genossen) ihr Leben gegeben haben: dem internationalen Kampf gegen Ausbeutung, Rassismus, politische Unfreiheit! Revolutionäre Zellen/Kämpfer für ein freies Palästina - 3.1.77"

Die Befreiung vom weltweiten imperialistischen Patriarchat kann nur durch das Zusammenwirken der verschiedenen Kämpfe im Bewußtsein ihrer Unterschiedlichkeit erreicht werden und nur so kann ein Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten hergestellt werden.
Unsere Aufmerksamkeit gilt deshalb der Entwicklung des feministischen Kampfes in der aufsteigenden Weltmacht und der Entwicklung von internationalen Beziehungen v.a. zu kämpfenden Frauenorganisationen.

Stellen wir die Geschichte der Menschheit durch eine Linie von einem Meter Länge dar, so ist die Zeit des Patriarchats gerademal einen halben Milimeter lang.

Solange es das kapitalistische Patriarchat gibt, wird es auch seinen Antagonismus geben.
So weitreichend der Feind alle Lebensbereiche weltweit durchdrungen hat, so umfassend muß die feministische Alternative der Befreiung sein.

Alle Kraft dem Aufbau einer internationalistisch-feministischen Bewegung!

März 1992

WENN DAS KIND MIT DEM BADE AUSGESCHÜTTET WIRD...

In den letzten 6 Wochen haben zwei sehr unterschiedlich und in der Vergangenheit gegensätzlich politisch argumentierende bewaffnete Gruppen, die RAF und eine Gruppe der RZ das(vorläufige) Ende ihres bewaffneten Kampfes angekündigt.
Beim Lesen der beiden Erklärungen fallen überraschende Parallelen in der Begründung ihrer Aufgabe auf. Diese an vielen Stellen sehr pauschalen Argumentation provozieren bei vielen von uns Widerspruch. Wobei mir persönlich bei der Lektüre des RZ-Textes in der 'konkret' richtig die Wut hoch kam, während hingegen der Text der RAF an einigen Stellen für mich richtig was Neues enthielt.
Beiden Texten scheint noch was gemeinsam zu sein: Mensch kann nur zwischen den Zeilen erraten, warum sie jetzt diesen Schritt tun, denn die politische Begründung für die Einstellung ihrer bewaffneten Politik ist vielfach dünn und widersprüchlich. Ärgerlich ist die Gleichsetzung von revolutionärer Politik und bewaffnetem Kampf. Trotzdem: es tun sich neue Möglichkeiten auf, über alte Fehler von bewaffneten und militanten Gruppen jetzt schonungsloser und ohne politische Scheuklappen zu diskutieren um vielleicht daraus ein neues gemeinsames politisches Terrain uns zu erobern.

Zu der RZ-erklärung:

Die RZ schreiben, "daß die Form und Struktur unseres Kampfes Ausdruck einer bestimmten Phase der Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche in der BRD nach 1968 war, die unwiderruflich mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und den darauffolgenden Zersetzungsprozessen, der deutschen Wiedervereinigung und der im zweiten Golfkrieg skizzierten 'Neuen Weltordnung' ihr Gepräge verändert haben". Zwei Sätze weiter sprechen sie von "endgültigen Sprung Deutschlands zur Weltmacht". Diese "objektive Analyse" erfordere "im Grunde eine ganz andere Stufe der Organisierung des militanten und revolutionären Widerstandes". Und noch allgemeiner für die Linksradikalen stellen sie resigniert fest:"Die Bedingungen linksradikaler Politik haben sich innerhalb kürzestester Zeit vollkommen verändert". Schließlich beklagt diese Gruppe der RZ einen "Wandlungs- und Auflösungsprozeß der Linken insgesamt."
Diesen globalpolitischen Einschätzungen ist einiges entgegenzusetzen:
a) Wenn Deutschland nach dem 9.11.89 plötzlich Weltmacht geworden ist, müßte schon gesagt werden durch welche ökonomischen und militärischen Schritte dies erfolgt ist. Meiner Meinung nach hat sich die wirtschaftliche Stellung der BRD auf dem Weltmarkt - zumindestens für die nächsten Jahre - eben u.a. wegen der finanziellen Lasten der Wiedervereinigung - eher verschlechtert. Die Wirtschaftsseiten der bürgerlichen Presse sprechen auch nicht von einer Verbesserung für die großen (west-)deutschen Multis durch die Wiedervereinigung, sondern warnen eher im Gegenteil vor einer'Vernachlässigung'der übrigen Märkte. ernüchterung ist auch bei den Herrschenden eingetreten, was die neuen vermeintlich großen Absatzmärkte im Osten angeht.
Militärisch gesehen ist zwar die NATO jetzt ohne atomaren, gleichwertigen Gegner. Die Bedeutung der BRD innerhalb der NATO ist jedoch noch keinesfalls die einer 'Weltmacht'. Wie der Golfkrieg gezeigt hat, ist die BRD Weltmeister im Zahlen geworden. Zwar gibt es immer wieder neue Pläne der Bundeswehrspitze über die möglichen 'out-of-area-Einsätze' und über die Aufstellung einer sogenannten 'Schnellen Eingreiftruppe' mit bundesdeutschem Adler. Aber innenpolitisch und gegenüber den früheren Westallierten scheint das derzeit politisch nicht durchsetzbar. Zumal in der BRD mehr und mehr Menschen, dies belegen bürgerliche Meinungsforschungsinstitute, den Sinn und Zweck der Bundeswehr in Zweifel ziehen.
Wenn es eine Weltmacht-Stellung der BRD gibt, dann hat das BRD-Kapital diese schon seit längerem in bestimmten Branchen inne und ist nicht erst durch die Wiedervereinigung in diese Rolle geschlüpft. Ein gutes Beispiel dafür scheint mir die Rolle der westdeutschen Banken bei den Umschuldungsverhandlungen mit Polen und der UdSSR seit Mitte der 80er Jahre zu sein, denn seitdem sind u.a. gegenüber diesen Ländern die drei westdeutschen Großbanken die Hauptgläubiger.
Aus den ökonomischen und militärischen Veränderungen seit 1989 lassen sich demnach unmittelbar keine negativen Veränderungen für die Handlungsbedingungen militanter Gruppen ableiten. Eben weil die sich gar nicht so sehr verändert haben, die warn und sind schon Jahre vor der Wiedervereinigung für uns ziemlich mies.

b) Was sich für die Linksradikalen vollkommen verändert hat,liegt eher auf der ideologischen Ebne. Der Realsozialismus - oder eben was die Bevölkerung darunter versteht: der Marxismus/Kommunismus - ist am Ende. Politisch, wirtschaftlich und ideologisch in sich zusammengebrochen. Wir können jetzt nicht mehr tun, als sei für unser Handeln die politische Landschaft von der Elbe bis zum Ural für uns völlig unerheblich. Über Jahrzehnte war sie für uns wie ein weißer Fleck. Diese Versäumnisse rächen sich jetzt bitter. Es war unser eigener Fehler, daß wir die gefahren der Zentralisation der Macht im Namen der 'Diktatur des Proletariats' runtergespielt haben oder sie als notwendiges Übel im Kampf mit dem inneren Klassenfeind und dem äußeren imperialistischen Gegner eingestuft haben. Es war unser eigener Fehler, zu wenig entschieden, zu ungenau den Stalinismus und seine späteren Spielarten in Osteuropa schonungslos zu kritisieren. Wenn überhaupt haben einige von uns das auf der theoretischen Ebene vorgenommen und Stalin als Verfälscher der vermeintlich 'reinen Lehre' des Marxismus-Leninismus demaskiert

Aber über die tatsächlichen Herrschafts- und Lebensverhältnisse in den realsozialistischen Ländern hatten doch die meisten von uns keine Ahnung oder schlimmer noch, interessierte uns überhaupt nicht.
Insofern ist die von den RZ beklagte "vollkommene Veränderung" der Bedingungen für linksradikale Politik nur das Ergebnis eigener, jahrelanger Versäumnisse - zumindest auf ideologischer Ebene, und das gilt für uns alle. Von deswegen sind wir auch zu Recht "von der Geschichte überrollt" worden.
Wenn die RZ einen "Wandlungs-und Auflösungsprozeß der Linken insgesamt" beklagen, so gilt das derzeit doch vor allem für die sich auf den Marxismus-Leninismus berufende Linke von DKP über KB bis hin zu der 'Radikalen Linken', die außer Zeitungen produzieren und ellenlange Papiere über die Krise zu schreiben in den letzten Jahren nix zustande gebracht haben. Eben weil sie seit Gorbatschow nur noch dabei waren, die Trümmer ihres eigenen ideologischen Gemäuers zusammen zu kehren. Diese 'Papierlinke' hat zurecht ihren politischen Abgang gemacht.

c) Darüberhinaus gibts doch aber noch ein paar Linksradikale (der VS zählt allein Berlin "zum harten Kern" 1000) Autonome, die sich nicht aufgelöst haben. Wir stecken zwar schon seit meheren Jahren in einer tiefen Krise, spätestens seit dem Ende der IWF-Kampagne, seitdem die letzte große politische Bewegung verschwunden ist. Wir hocken in einer tiefen Identitätskrise und unser politischer Widerstand kocht eher auf Sparflamme. Politisch sind die Autonomen und Antiimperialister aber durchaus noch ab und zu präsent - wie im Antifa-Bereich oder lokal auch im Flüchtlingsbereich. Es ist schon äußerst anmaßend, wenn die RZ uns mit ihrer These der "Auflösung" der Linken insgesamt gleich mitaufgelöst haben - nur weil es vielleicht unter uns keine Promis gibt, die ab und zu auch mal in der 'konkret' zu Wort kommen dürfen.
Was sich allerdings aufgelöst hat, ist die Vision von Befreiung durch die sozialistische (Welt-)Revolution. Das 'Gespenst des Kommunismus' hat sich in Europa verflüchtigt, ist keine Bedrohung mehr für die Bourgeoisie. Im Gegenteil, das 'Gespenst des Realsozailismus hat sich als furchtbares Unterdrückungs- und Ausbeutungsystem herausgestellt, mit einer verlogenen und amoralischen Parteiführungsclique an der Spitze.
Die RZ beklagt, in den "Strudel der Auflösung linker Utopien und kommunistischer Systeme" geraten zu sein. erstmal ist festzuhalten, daß dies ein Strudel der Auflösung von Illusionen, von Ideologie, ist - und das ist gut so! Desweiteren hat die RZ schon vor Jahren in ihren Papieren den Realsozialismus vehement und richtig kritisiert. Wieso gibt's dann heute noch das Gefühl des "Strudels"?
Die RZ reden vom "Abtritt der Linken als innenpolitischer Faktor", weil sie "unfähig war, dem Nationalismus mit "internationalistischer Perspektive" entgegenzutreten. Hier, finde ich, wird das Kernproblem umschifft. Es wird nicht gesehen, daß die "internationalistische Perspektive" schon Jahre vorher (vielleicht unterbrochen durch die Lybien-Solidarität und IWF-Kampagne) im Niedergang in der BRD war bzw seit dem Ende der Vietnam- und Chilesolidarität Mitte der 70er Jahre nur noch einmal aufflackerte und an Breite gewann, das war 1979-84/85 Nicaragua. Selbst die Salvador Bewegung hatte schon nicht mehr diese Breite bis ins kirchliche/sozialliberale Lager hinein.
Die von der RZ im Zuge der Weidervereinigung eingeforderte internationalistische Persepektive hätte die Dimension von gesellschaftlicher Breite haben müssen, welche sie aber schon Anfang der 80er Jahre verloren hatte!

BEWAFFNETER KAMPF UND REVOLUTIONÄRER WIDERSTAND

Die RZ schreiben in ihrer Erklärung, daß ihre Praxis zu einer "Vermassung unserer Angriffsformen" geführt habe und es ihnen gelang "in den Teilbereichskämpfen die Bereitschaft zum militanten Widerstand zu fördern". Beide Aussagen sind anmassend und historisch falsch. Zudem schimmert wieder die von ihnen früher abgelehnte Avantgarderolle durch.
Im Anti-AKW-Kampf hat u.a. die Radikalität der Wyhler Bauern mit ihrer ersten Bauplatzbesetzung eine weitaus größere Ausstrahlung gehabt und der Spruch "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht" wurde Mitter der 70 er Jahre in Brokdorf und Grohnde in militante, massenhafte Praxis umgesetzt. Die ersten Hausbesetzungen in Berlin (das kenne ich aus den Liedern von 'Ton, Steine, Scherben')oder die in Frankfurt 1972 und deren militante Verteidigung liefen, da gabs noch nicht mal den Namen RZ! Schließlich wäre auch noch zu untersuchen,ob nicht die militanten Demos gegen Ende der Studentenbewegung (siehe u.a. die 'Schlacht am Tegeler Weg') und die Wilden Streiks 1969 und ersten Betriebsbesetzungen das Selbstverständnis für militante Gegenwehr entscheidend mitverbreitert haben, also so was wie den Bodensatz für die spätere Massenmilitanz vor den AKW-Bauplätzen gebildet haben. Aus dieser Militanz sind u.a. die RZ hervorgegangen und nicht umgekehrt.
Darüberhinaus ist in diesem Zusammenhang an die RZ die Frage zu stellen, wo für sie militanter Widerstand anfängt, wo der "qualitative Sprung" zum bewaffneten Kampf liegt, den sie ja wohl als höhere/revolutionärere Form des Widerstands in ihrem Text darstellen? Die RZ hierachisieren hier die militanten Mittel, was sie in den Jahren zuvor immer politisch bekämpft haben. Immer wieder heben die RZ in ihrer Erklärung auf die eingesetzten Mittel ab und nicht auf die Beziehungen zur angewandten Form (Massenmilitanz und Massenhaftigkeit bestimmter

Formen des Widerstandes sind in vielen Situationen politisch entscheidender als drei Schüsse in die Beine von irgendeinem Schwein - so haben es die RZ früher selbst formuliert) schließlich geht es primär für die Revolutionäre um die Veränderung und Eroberung der Köpfe und Herzen der Menschen, die in Widerspruch zum System der Herrschenden geraten!
Besonders merkwürdig finde ich die Selbstkritik der RZ am Ende ihrer Erklärung: Sie kritisieren sich,der "Zersplitterung autonomer Zusammenhänge" keine "vereinheitlichende Perspektive entgegen"-gesetzt zu haben. Ich kann nur sagen: Ein Glück, das euch das nicht gelungen ist. Das wäre dann bestimmt das Ende von den Autonomen als politische Bewegung und Widerstand gewesen. Alle Versuche in der Vergangenheit, den Autonomen eine Führung überzustülpen sind gescheitert, weil dies zentral einem der wenigen allgemein gültigen Prinzipien autonomer Politik widerspricht: Keine feste Führung, kein Programm zu haben. Damit ist nicht gesagt, daß in den Städten es ganz schön feste informelle Machtstrukturen gibt!
An diesem Punkt sitzen die RZ, wie verschiedene andere linksradikale Gruppen (Antifa-M, Göttingen, Fels Berlin oder Autonome Kommunisten) der Illusion auf, in Zeiten des Bewegungsniedergangs sei der Rettungsanker in einer straffen politischen Organisierung unter einer bestimmten politischen Programmatik zu finden.

Die RZ kritisieren sich selbst auch in dem Punkt, daß ihre "Mittel" kalkulierbar blieben, auch deshalb, weil ein Klassenbezug sich nicht herstellen ließ. Meiner Meinung sind die Klassenkämpfe auf breiterer,für die Herrschenden bedrohlichen Ebene, in der BRD seit dem Ende der Streikbewegung 1973/74 nicht mehr vorhanden. Deswegen konnten die Aktionen der RZ und der RAF sich auch nicht in Beziehung zu den Klassenkämpfen stellen. Die Guerilla in der BRD war, höchstwahrscheinlich von Anfang an, mit dem Mittel des bewaffneten Kampfes in bezug auf die kämpfenden Teile des Proletariats politisch isoliert! Eine passive Zustimmung oder stille Freude wie bei Schleyer war nie in politische Unterstützung der Stadtguerilla umdeutbar.
Zum Schluß will die RZ der "Selbstaufgabe revolutionärer Politik nicht das Wort reden". Ich finde aber, genau das tun sie aber. Weil sie darunter nur das verstehen, was die RZ, 2. Juni oder dieRAF gemacht haben! Die RZ heften an revolutionär Politik das Mittel des bewaffneten Kampfes. Dabei wird mißachtet, daß für revolutionäre Politik bewaffneter Kampf nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und in einem relativ engen Zeitraum des revolutionären Prozesses eingesetzt werden kann. Bewaffneter Kampf allein macht noch keine revolutionäre Politik aus!
Auch an dieser Stelle ist auffällig, daß die RZ in ihrer Rückschau auf ihre eigene Politik ihre früher propagierten Zielsetzungen und Formen des Kampfes jetzt auf den Kopf stellen.
Die RZ müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, in das Horn des Zeitgeistes zu blasen: revolutionärer, militanter Widerstand, illegale Arbeit sei überholt, unmöglich. Für sie mag das ja zutreffen, für ihr zuletzt geltendes politisches Selbstverständnis - aber eben erstmal nur für sie. Warum sagen sie das nicht so deutlich? Das finde ich das eigentlich Ärgerliche an der Erklärung.
Daß wir viel langfristiger, illusionsloser denken und handeln müssen, kommt bei der RZ nicht vor, oder geht unter (nebenbei könnten wir auch einigen verbalradikalen Ballast über Bord werfen). Nicht von ungefähr kann so eine Position deshalb auch in dem Zynikerblatt 'konkret' erscheinen.

Zur Erklärung der RAF:

Auch die RAF führt als Begründung für ihre Zurücknahme der "Eskalation" die "Tatsache, daß wir alle vor einer völlig veränderten Situation im weltweiten Kräfteverhältnis standen" an: "Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, der seine Ursache wesentlich in den im Inneren ungelösten Widersprüchen hatte, hat katastrophale Auswirkungen für Millionen Menschen weltweit und hat alle, die rund um den Globus um Befreiung kämpfen, auf sich selbst zurückgeworfen."
Hier, wie bei der RZ ist zu fragen, ob tatsächlich erst durch den Zusammenbruch des Realsozialismus es zu diesen katastrophalen Auswirkungen für Mio. Menschen gekommen ist. Wrin bestand , vor dem Ende des 'Kalten Krieges', die Hoffnung für die Millionen? Die UdSSR z.B. hat materiell und waffenmäßig Kuba, Nicaragua und Vietnam in den 80er Jahren unterstützt. Für die meisten Völker des Trikonts, die unter Diktaturen, Hunger und Elend zu leiden haben, stellte der Realsozialismus in keiner Weise eine Hoffnung dar. Eher im Gegenteil. Die UdSSR kooperierte z.B. mit einigen Oligarchien im Trikont, dealte mit Südafrika um die Aufrechterhaltung des Gold- und Diamantenmonopols und stützte dadurch objektiv das Rassistenregime. Auch was den Handel mit den Trikontländern betraf, verhielten sich die realsozialistischen Länder, bis auf die Ausnahmen Kuba, Vietnam, Nicaragua, wie die imperialistischen Staaten und deren Konzerne, das ist nachgewiesen. Der endgültige Zerfall des Realsozialismus hat nicht bewirkt, daß Millionen im Trikont jetzt in die Katastrophe stürzen. In Lateinamerika hatte die kubanische Revolution, hatte der Kampf von Che in Bolivien und hatte die Revolution in Nicaragua eine höchst wichtige Vorbildfunktion, waren Hoffnungsträger. Aber die Linksradikalen, Revolutionäre in Uruguay oder in Chile sind nicht wegen der fehlenden Unterstützung der UdSSR gescheitert (die so und so nie auf der Tagesordnung stand, spätestens seit der sogenannten Kubakrise 1962) sondern vor allem an ihren eigenen Fehlern, so sagen es heute jedenfalls u.a. viele Tupas. Und das die MIR in Chile politisch nicht mehr existent ist, liegt nach dem Abtritt von Pinochet nicht am Zusammenbruch des Realsozialismus, sondern an viel komplexeren innenpolitischen Faktoren und am Zersplitterungsprozeß der MIR-Restgruppen. Also, der'Zusammenbruch' der UdSSR kann an sich kein Grund sein für die RAF.

Für interessanter und wichtiger halte ich den zweiten angeführten Grund der RAF für ihre Denkpause:"Wir haben aus verschiedensten Gründen keine Anziehungskraft mehr für die Menschen hier entwickelt, die gemeinsames Handeln möglich macht." Und: "Gefehlt hat die 'Suche' nach unmittelbaren positiven Zielen und danach, wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann zuexistieren. Daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben uns die erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt." Das finde ich neu bei der RAF. erstaunlich gar ist, wenn die RAF zum ersten mal sich auf die "Gegenmacht von unten" bezieht. Von Menschen, die "eigene soziale werte im Alltag"entwickeln redet, die nicht in Ohnmacht vor dem Imperialismus verharren sondern "ihre Bedürfnisse, ihre Solidarität gemeinsam umsetzen."
Solche Formulierungen sind an sich eine radikale Abkehr von dem politischen Selbstverständnis der RAF seit dem Maipapier '82, seit der erstmaligen Erwähnung des Frontkonzepts, der Notwendigkeit des Aufbaus der revolutionären Front in Westeuropa. Dmals stand für die RAF der Aufbau der Guerilla an oberster Stelle, alles andere war zweitrangig oder gar "sozialarbeiterisch".
In dieser Erklärung nimmt die RAF deutlich ihre Avantgardeansprüche zurück und öffnet sich für Diskussionen um andere Formen des Kampfes um Befreiung in der Metropole.
Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, daß wir Autonome auch keine große Attraktivität für Menschen außerhalb des Scene-Ghettos haben, daß wir derzeit auch keine positiven Ziele formulieren können, keine gesellschaftliche Alternative den Unterdrückten, Armen hier in der Metropole anbieten können. Insofern stehen RAF, Antiimps und Autonome zusammen wieder am Ausgangspunkt.
Doch bleibt beim Lesen des Textes auch eine gehörige Portion Skeptsis.
Nämlich da, wo die RAF die Zurücknahme der Eskalation mit dem Verhandlungsangebot an Kinkel verknüpft.
Gerade der HS 1989 hatte doch eine dermaßene Breite (auf Kosten einer politischen Entschiedenheit und Klarheit, was viele Autonome kritisiert haben) erlangt, ohne daß sich nennenswert was im Staatsapparat bewegte. Woher nimmt jetzt die RAF die Hoffnung, mit der Rücknahme der Eskalation aus der Auseinanderstzung..."diesen politischen Raum aufzumachen"?
Die RAf stellt richtig fest, daß "sie (die Schweine) an keinem Punkt freiwillig zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe" notwendig sein. Die Frage ist doch noch einmal, welcher Raum soll jetzt aufgemacht werden, wo doch vor drei Jahren ein breites gesellschaftliches Bündnis von kirchlichen Gruppen über Friedensgruppen, EX-Revis bis zu Antiimps die Forderung nach Zusammenlegung nicht durchsetzen konnte? Und vor allem, was ist denn tatsächlich das Druckmittel der RAF?
Mit dem "Raum" können eigentlich nur die im Staatsapparat gemeint sein, wo einflußreiche Kapitalisten und Manager Zugang haben und die jetzt froh sind, daß die RAF sie in Ruhe lassen will und die sich dann zum Dank für die Haftunfähigen stark machen bei der Betonfraktion. Die RAF setzt auf'Verhandlungen' mit diesen Teilen des Herrschaftsapparats. Doch was hat die RAF für diese Verhandlungen noch in der Hand, nach dieser ihrer Erklärung? Der 'Spiegel' vermutet "zum Nulltarif" mache die RAF diese Offerte an Kinkel.
Die RAF schreibt am Ende ihres Textes:"Jetzt ist die staatliche Seite gefragt, wie sie sich verhält. Und weil heute noch niemand weiß, wollen wir den Prozeß von Diskussion und Aufbau schützen." Zu fragen ist, vor wem soll der Aufbau geschützt werden? Daß die Bullen, der Staatsschutz jeden Versuch, revolutionäre Strukturen, die eben nicht auf die militante Praxis verzichten sondern sie neu bestimmen wollen, bekämpfen, unterlaufen werden, ist doch sonnenklar. Und zwar überall dort, wo im öffentlichen Raum, in den Kämpfen der Frauen- , Antifa, Flüchtlings-, Stadteilbewegungen militante Praxis propagiert wird, taucht doch der Staatsschutz auf. das ist doch unsere erfahrung seit 2 Jahrzehnten. In München gar, dürfen politische Gruppen, egal welcher linken Orientierung, noch nicht mal über die allgemeinsten Formen des Widerstandes diskutieren, ohne daß der Staatschutz einreitet und die 129a-Keule schwingt. Wie will da die RAF was schützen? Den Raum für die Diskussion über neue Perspektiven revolutionärer Politik müssen sich die Gruppen und GenossInnen schon selbst erkämpfen, da nutzt keine alte und neue Avantgarde als Schutz vor der "Walze aus Repression und Vernichtung", wie die RAF selbst schreibt. Die kommt jetzt auch nicht zum Stillstand, nur weil die RAF eine Denkpause einlegt. Siehe die immer wieder neuen 129aVerfahren gegen militante Linksradikale oder gegen die Kurden.
Von daher ist auch die Drohung mit der Wiederaufnahme des "Krieges" reichlich hohl. Zum einen weil die RAF selbst vorher selbstkritisch von der Notwendigkeit der Neubestimmung revolutionärer Politik im ZUge des Aufbaus von Gegenmacht von unten spricht (und das kann durchaus ein paar Jährchen dauern) und zum anderen, weil wir davon ausgehen müssen, daß die Schweine mit all ihren Mitteln versuchen werden, diesen Prozeß zu verhindern - und da helfen auch nicht ein paar erfolgreiche Anschläge auf irgendwelche Manager weiter. Sowas wäre kein "Schutz" für unsere Diskussionen.
In der Argumentationslogik der RAF kann es auch gar keine Pause an sich geben, denn wie die RAF selbst sagt, geht der Krieg der Schweine doch weiter. Das ist keine überzeugende Begründung für die Rücknahme der'Eskalation'. Für mich schimmert an dieser Stelle zwischen den Zeilen eine andere Begründung durch: Sie haben keinen Bock mehr. Sie sehen derzeit keine Perspektive für ihren Kampf, die Aussicht auf politische Erfolge ist gleich Null.
Das wären für mich verständliche, allzuverständliche Gründe. Das wäre ehrlich, würde jede/r verstehen und keine große Fragen hinterlassen. Keine neuen Illusionen und Mythen aufbauen! Davon haben wir alle in der Vergangenheit zu viele produziert.
Pepone

Wir sind eine Gruppe aus dem Organisationszusammenhang der REVOLUTIONÄREN ZELLEN. Die Veröffentlichung einer weiteren Gruppe der RZ zum Tod von Gerd Albartus zwingt uns, öffentlich etwas dazu zu sagen, obwohl wir das wegen der unzureichenden Informationen nicht beabsichtigten. Darüberhinaus werden wir kurz auf das Papier einer anderen RZ-Gruppe eingehen, die den bewaffneten Kampf aufgeben will.

Inzwischen dürfte deutlich geworden sein, daß es innerhalb der RZ verschiedene Tendenzen gibt. In dieser und anderen Veröffentlichungen werden wir uns deshalb durch einen Namenszusatz kenntlich machen.

Das Papier zum Tod von Gerd wurde gegen unseren Willen mit dem Gesamtnamen RZ unterzeichnet. In vorausgehenden Diskussionen hatten wir deutlich gemacht, daß dieses Papier nicht unserer Haltung und unserer Praxis zum internationalen Befreiungskampf entspricht. Der Nachruf auf Gerd wird mißbraucht zu einem selbstherrlichen Rundumschlag auf Kosten der kämpfenden Völker im Trikont. Mit der gleichen fehlenden Gewissenhaftigkeit werden die Umstände seines Todes angedeutet. Die verantwortliche Organisation wird nicht genauer charakterisiert; das leistet Spekulationen Vorschub, die dem palästinensisichen Widerstand nur schaden können. Es handelt sich um eine sehr kleine Organisation, die auf der rein militärischen Ebene kämpft und die sich selber dem internationalen antiimperialistischen Befreiungskampf zurechnet.

Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit dieser Organisation ab, da die Stoßrichtung ihrer Aktionen oftmals zu ungezielt oder falsch ist und der Kampf auf der politischen Ebene vernachlässigt wird. Wir haben nur vage Andeutungen darüber, weshalb die betreffende Organisation an der Zuverlässigkeit von Gerd zweifelte, aber Gerd wußte, worauf er sich einließ. Er kannte die Erfordernisse des zugespitzten militärischen Kampfes. Die Zusammenarbeit mit dieser Organisation verstand er als seinen Beitrag zum Kampf der unterdrückten Völker gegen ihr Elend und ihre politische Unterdrückung. Für ihn war es eine Alternative zu der Selbstzufriedenheit vieler Menschen - und auch vieler Linken - in den Metropolen.

In diesem Sinne teilen wir die Kritik von Gerd, die der politischen Haltung der Nachrufschreiber widerspricht. Internationale Solidarität bedeutet aktives und kritisches Miteinander der Kämpfenden - und nicht arrogante Besserwisserei, die die konkreten und historisch gewachsenen Kampfbedingungen der Befreiungsbewegungen und der unterdrückten Klassen gar nicht mehr zur Kenntnis nimmt.

In der öffentlichen Diskussion über den Nachruf gab es einige Beiträge, die wichtige Kritikpunkte aufgriffen, auf die wir uns beziehen: im Arbeiterkampf vom 13.1.92 die Stellungnahme "Fragen und Anmerkungen zum RZ-Papier und das Papier "Ich geh weg, ich geh weg, ... und such was Neues", unterschrieben mit "3. Februar 92".

Die revolutionären Befreiungskämpfe in den Drei Kontinenten, - die immer auch Kämpfe um soziale Befreiung sind, die wir besonders unterstützen - finden in den verschiedenen Ländern unter spezifischen Bedingungen statt. Unsere Analyse dieser Kämpfe und die Solidarität mit ihnen berücksichtigt die objektiven Bedingungen sowohl in Hinsicht auf die jahrhundertelange koloniale Ausplünderung und Zerstörung, als auch in Hinsicht auf die aktuelle Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrategie des Imperialismus. Die beschränkte Orientierung ausschließlich auf den "hiesigen Sozialprozess" in den Metropolen, ohne ihn in seinen internationalen Zusammenhang zu stellen, fördert neokoloniale Denk- und Handlungsweisen.

Wer sich von den Kämpfen in den Drei Kontinenten entsolidarisiert, steht damit auf der gleichen Seite der Barrikade wie jene Kräfte, die sowohl offen wie verdeckt ökonomisch, militärisch und nicht zuletzt psychologisch Krieg gegen alle Völker des Trikonts führen, die sich den unmittelbarsten Formen der der imperialistischen Zerstörungsgewalt widersetzen. Solidarität bedeutet auch immer kritische Solidarität untereinander. Nur so wird ein gemeinsamer revolutionärer Entwicklungsprozeß der internationalistischen Kräfte ermöglicht.

Mit der Entführung der Air-France-Maschine nach Entebbe (1976) auf dem Flug Tel Aviv - Paris sollten 53 gefangene Genossinnen und Genossen aus Knästen in Israel, der BRD, Kenia, der Schweiz und Frankreich durch den Austausch von Geiseln befreit werden. Von diesen fünf Staaten waren nur Passagiere aus Israel und Frankreich an Bord. Diese Passagiere mit israelischer sowie französischer Staatsbürgerschaft und die französische Crew wurden als Geiseln festgehalten, alle anderen aus ganz anderen Ländern entlassen. Eine Auswahl von Jüdinnen und Juden hat es nicht gegeben. Indem die Verfasser des Nachrufs in völlig unkritischer Weise die bürgerliche Medienpropaganda ("Selektion von Juden" ...) zur Wahrheit erklären, zeigt sich nicht nur ihre politische Unreife, sondern auch ein unsägliches Mißtrauen gegenüber den eigenen beteiligten GenossInnen.

In einer politischen Bewertung der Aktion - einer auch in unseren Augen problematischen Flugzeugentführung - müssen die Existenzbedingungen des palästinensischen Volkes berücksichtigt werden. In Stichworten: Leben unter israelischer Besatzung oder als Flüchtlinge, Erfahrung von Massakern (in Palästina, Libanon) bis zum Völkermord (Jordanien 1970). Vor der Entführungsaktion wurden etwa 6 000 EinwohnerInnen des Flüchtlingslagers Tel-Al-Zaatar in Beirut von christlichen, faschistischen Milizen mit Unterstützung der syrischen Armee ermordet; Israel verstärkte dabei seine ständigen Luft- und Raketenangriffe gegen die palästinensischen Flüchtlingslager. Die "Weltöffentlichkeit" schwieg. Der palästinensische Widerstand befand sich in Kriegszustand mit Israel. Die Entführung des aus Israel kommenden Flugzeugs und das Festhalten der Geiseln sollte als Druckmittel gegen die israelische und französische Regierung benutzt werden.

Die Aufkündigung der Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand aufgrund der Kritik an dieser Aktion, ohne Berücksichtigung der damaligen Bedingungen, steht in einem schiefen Licht, denn im palästinensischen Widerstand fand anschließend eine Selbstkritik der Aktionsform Flugzeugentführung statt. Militärische Aktionsformen dieser Art wurden allgemein von den politischen Organisationen nicht mehr angewandt, weil die Entführung beliebiger Menschen aus den imperialistischen Staaten verwischt, daß der Befreiungskampf gegen die herrschenden Klassen und Militärapparate dieser Länder gerichtet ist.

Die Existenz eines rassistischen Staates Israel bedeutet die Verweigerung des Existenzrechtes für die PalästinenserInnen. Die Aufrechterhaltung eines solchen Systems, das mit den reaktionärsten Diktaturen auf der ganzen Welt zusammenarbeitet, kann keine Lösung sein. Eine Lösung kann nur eine Revolution herbeiführen, die allen Menschen eine gleichwertige Existenz erkämpft. Der palästinensische Widerstand hat dieses Ziel schon vor Jahrzehnten formuliert.

Zum Papier einer anderen Gruppe der RZ, die die Aufgabe des bewaffneten Kampfes befürwortet:

Die Ursache für die Krise der RZ und die Krise bewaffneter Politik sehen wir in entscheidenden Punkten anders als ihr.

1. Die Frage der Macht und revolutionärer Gegenmacht:
Die bewaffnete Propaganda, die als Opposition bestimmte Mißstände aufzeigt, bestimmte zu sehr die Politik der RZ. Um die Frage, wie revolutionäre Gegenmacht entwickelt werden kann, wurde sich stets herumgedrückt. Diese Position ist anscheinend unangreifbar: Schlaglichter werden auf bestimmte Probleme geworfen und es der so benannten "Öffentlichkeit" überlassen, sie aufzugreifen oder nicht. Das kann zu einem Ritual erstarren, an dem sich nichts mehr bewegt, weder persönlich noch gesellschaftlich. Es wird keine Verantwortung übernommen für die Weiterentwicklung eines politischen Prozesses, bei dem es darum geht, die Macht der Unterdrücker zunächst einzuschränken, später in entwickelteren Kämpfen Vieler sie zu zerschlagen, um eine klassenlose und antipatriarchale Gesellschaft zu ermöglichen.

Wer dieses wirklich zum Ziel hat, sich aber nicht die Kernfrage stellt, wie die Macht erobert werden kann, ist ein(e) Träumer(in), der (die) an den bestehenden Verhältnissen kleben bleibt. Wichtig ist doch die Auseinandersetzung darüber, wie Gegenmacht positiv entwickelt werden kann, wie dem Machtmißbrauch entgegengewirkt werden kann. Das erreichen wir nicht, wenn die Frage der Macht überhaupt zum Tabu gemacht wird. Wie sollen wir - wie ihr schreibt - "Entwicklung von mehr Selbstbestimmung" erreichen, wenn nicht durch die Entwicklung von Gegenmacht? Geschenkt wird uns nichts außer den Spielwiesen, den Nischen - die uns korrumpieren sollen. Gerade die Erfahrungen aus Chile 1973 und Spanien 1936-39 sollten uns lehren, wie die internationale Bourgeoisie mit unseren Träumen und unserer "Selbstbestimmung" umspringt, wenn wir den Herrschenden keine Grenzen setzen und das heißt: politisch und militärisch.

2.Das Wechselverhältnis zwischen Guerilla und Bewegung:
Ihr beschreibt das Koordinatensystem, in dem sich die RZ bewegt haben, als sehr geradlinigen Weg: Bewaffnete Opposition - Vermittlung - Verankerung - Vermassung. Das ist ein enormer Anspruch, denn gesellschaftliche Prozesse laufen nicht so in einer geraden Reihe ab. Ihr legt dies als Meßlatte an und konstatiert dann das Scheitern bewaffneter Politik. D.h. die Bestätigung der Richtigkeit wäre eine massenhafte Aufnahme der politischen Anregung der RZ gewesen. Das ist eine starke Vereinfachung.

Entgegen eurer ausdrücklichen Willenserklärung formuliert ihr hier einen klaren pädagogischen Avantgardeanspruch. Ihr erhebt den bewaffneten Zeigefinger und erwartet, daß das Thema von der Öffentlichkeit aufgegriffen wird. Wir meinen, daß das die Menschen jeweils selber entscheiden müssen und andersherum die Guerilla an den Reaktionen überprüfen kann, ob ihre Erwartungen realistisch waren oder nicht. Sich von der Reaktion der Öffentlichkeit derart abhängig zu machen, ist ein Kennzeichen reformistischer bewaffneter Politik, die selbst nicht strategisch politisch eingreifen will. Ebenso wichtig ist natürlich, daß dies auf der anderen Seite nicht zum abgehobenen "Privatkrieg" zwischen Guerilla und Staat führen darf.

Es gibt auch gesellschaftliche Situationen, wo die Guerilla nicht tiefer in die unterdrückten Klassen wirken kann, weil der politische Prozeß stagniert. Hierfür sind viele Faktoren verantwortlich. Es bedeutet für uns jedoch keineswegs, daß bewaffnete Politik überflüssig wird, sondern sie kann verstärkt Aufgaben übernehmen, die nicht auf unmittelbare Aufmerksamkeit zielen, sondern in Hinblick auf eine langfristige Entwicklung und zukünftige Kämpfe andere Schwerpunkte setzen. Die revolutionären bewaffneten Kräfte aufzugeben heißt, den revolutionären Kampf abzuschreiben, weil dieser - mal mehr, mal weniger - auf diese Kraft angewiesen ist. Die Guerilla sichert und erweitert das politische Terrain.

Anstatt als Konsequenz aus der wenig aufrüttelnden Flüchtlings-Kampagne zu schließen, Guerilla sei gescheitert, sollten die einzelnen Gesichtspunkte genauer

unter die Lupe genommen werden. Die Forderung nach "offenen Grenzen" setzt nicht an der Ursache des Problems an, sondern an den Auswirkungen, nämlich die Migrationsbewegung in die Metropolen. Sie muß daher mit einer gleichzeitigen konsequenten antiimperialistischen Politik des Angriffs auf die Urheber des Elends der Völker der Drei Kontinente verknüpft werden. Sonst kann die Forderung hier gesellschaftlich gar nicht greifen oder geht in die falsche Richtung.
Die Vorstellung von Millionen von EinwanderInnen löst bei vielen Menschen hier zumindest Besorgnis aus und bietet sozialen Sprengstoff in Richtung Ausgrenzung und Ausländerhaß. Diese Forderung muß mit einer realistischen Vorstellung verbunden werden, wie der Imperialismus zu bekämpfen ist und wie die Existenzbedingungen der Menschen in den Drei Kontinenten verändert werden können.
Nur an Humanismus und Mitleid zu appellieren ist keine revolutionäre Politik, zeigt keine Lösung gesellschaftlicher Probleme auf.

Was den Anspruch betrifft, dieses Thema mit sozialen Problemen hier zu verknüpfen: Gerade dieses Thema ist nur sehr schwer mit sozialen Problemen im Herzen der Bestie zu verknüpfen. Natürlich setzt es trotzdem an einem richtigen Punkt an, nämlich der Hunger- und Ausrottungspolitik der Imperialisten im Trikont, dem wir nicht tatenlos zusehen dürfen, sollten wir nicht jegliche moralische und revolutionäre Legitimation verlieren. Die Flüchtlings-Kampagne blieb ohne breiteren revolutionären Rahmen und -Einbettung doch eine Ein-Punkt-Politik, trotz anderer Absicht. Der Unterschied, der die Sache nicht gerade vereinfachte, war lediglich, daß sich diesmal nicht auf eine vorhandene Bewegung bezogen wurde, sondern die Erwartung da war, daß sie entstehen würde.

Ein weiterer Fehler unserer gesamten Politik in Bezug auf die Bewegungen war unserer Meinung nach außerdem der ausschließliche Bezug auf die linksradikale Szenerie. Diese war in den letzten 10 Jahren jedoch gesellschaftlich kaum relevant, sondern fristete ein - großenteils selbstgewähltes - Ghettodasein, von dem keine soziale Außenwirkung ausging. Dies aufzuarbeiten und zu verändern ist eine wesentliche Aufgabe.

3. Der Zusammenbruch des Realsozialismus und die Auswirkungen auf die Linke hier:

Der Zusammenbruch ist doch nicht d e r Punkt, an dem die Linke niederging. Sie war doch schon längst vorher an ihre Grenzen angelangt, auf die zwangsläufig erst einmal ein Rückzug erfolgt, um die Fehler und Mängel aufzuarbeiten und um den neuen Anlauf entwickeln zu können. Es ist besonders bitter, daß das alles zugleich mit dem vorläufigen triumphierenden Siegeszug des Imperialismus über Trikont und Osteuropa zusammenfällt; aber was nützt es, darüber zu klagen.

Die "neue Weltordnung" ist rissig und die Zukunft stellt an uns neue Anforderungen. Strategie und Taktik bewaffneter Politik weiterzuentwickeln steht auf der Tagesordnung, nicht das Aufgeben.

Die persönliche Entscheidung Einzelner oder einzelner Gruppen, bewaffnete Politik aufzugeben und sich im offenen Rahmen zu betätigen, akzeptieren wir selbstverständlich. Diese Politik aber aus strategischen Überlegungen zu verwerfen halten wir für falsch.

REVOLUTIONÄRE ZELLEN –

Tendenz für die internationale soziale Revolution

geflogen ist der vogel, und nun
weiß er nicht,
wo er sich hinsetzen soll.
denn
das haus von dem er aufgestiegen
ist,
hat ein erdbeben zerstört;
und die anderen häuser sind
alles staubbedeckte fremde ...

Gesang,iranischer lyriker maftun,

Angesichts der Veröffentlichungen der letzten Zeit, den Stellungnahmen zu unserer Erklärung zur Ermordung von Gerd sowie der Selbstauflösungserklärung einer Gruppe aus unseren Zusammenhängen, wollen wir uns mit diesem Beitrag ein weiteres Mal in die öffentliche Debatte einmischen.
Ein Teil der Stellungnahmen zu unserer Erklärung ergeht sich in Spekulationen über die Authentizität des Textes oder fordert Aufklärung im Detail. Wir können und wollen diese Art "Informationsbedürfnis" nicht befriedigen.
Wir bleiben aber bei unserer Feststellung, daß im Verlauf der Entebbe-Aktion selektiert worden ist, daß z.B. die in Entebbe ermordete Dora Bloch Jüdin und belgische Staatsbürgerin war.
Daß die Tatsache, daß ein Genosse umgebracht wurde, bestenfalls zur Kenntnis genommen und darauf sogleich zum politischen Tagesgeschäft übergegangen wird, ohne sich veranlaßt zu sehen, zu diesem Mord in den eigenen Reihen Stellung zu beziehen, hat uns überrascht. Absurd ist es aber, uns zu unterstellen, den Mord an Gerd für unsere politischen Zwecke zu funktionalisieren. Sozusagen in der Logik, daß diejenigen im Recht seien, die überleben; Gerd, Bony und Brigitte sich praktisch ihr eigenes Grab geschaufelt hätten. Dies ist nicht unsere Logik. Vielmehr haben wir in dem Text geschrieben, welche Entscheidungen wir getroffen haben. Und wir haben der Gegenposition, die u.a. die Position von Gerd war, reichlich Raum gegeben, weil wir uns der Problematik unserer Entscheidung bewußt sind und weil wir überzeugt sind, daß es in dieser Frage die e i n e Wahrheit nicht gibt.

Zu zwei Aspekten der Diskussion wollen wir noch einmal Stellung beziehen:

1.- Eine neue Bestimmung unseres Verhältnisses zu nationalen Befreiungsbewegungen

Es geht uns nicht um die Verurteilung anderer Bewegungen oder Organisationen, die unter anderen Voraussetzungen und materiellen Bedingungen kämpfen. Unser Bezugspunkt sind nicht mehr die Kämpfe der 70er Jahre. Die konkreten politischen Veränderungen zwingen uns eine Neubestimmung unseres Verhältnisses zum Befreiungsnationalismus auf. Dieser kämpft mit dem Rücken zur Wand oder hat sich längst an den Verhandlungstisch begeben. Es geht uns um eine Neubestimmung antiimperialistischer Solidarität, in der das Maß an Unterstützung für Befreiungsbewegungen nicht von ihrer Bewertung - sind es in unseren Augen die jeweils Guten oder Bösen - abhängig gemacht wird. Die Ziele trikontinentaler Befreiungsbewegungen und metropolitanen Kampfes sind nicht dieselben, die Existenz eines gemeinsamen Gegners reicht nicht aus. Aus dem klaren Bewußtsein dieser Differenz ergeben sich für uns die Chancen und Grenzen einer möglichen Kooperation.
In der Diskussion wird uns vorgeworfen, diese Unterschiede aus metropolitaner Selbstgefälligkeit so zu betonen und damit letztlich zu einer Aufrechterhaltung metropolitaner Herrschaft beizutragen, statt uns vorbehaltlos auf die Seite derjenigen zu stellen, die gegen diese Herrschaft kämpfen. Dabei gibt es für uns keine Zweifel, auf welcher Seite wir stehen. Wir wollen uns aber nicht (mehr) orientieren an der Machtfrage, sondern an Prozessen sozialer Konfliktualität. Und dafür scheint es uns unerläßlich, eigene Kriterien zu entwickeln, an denen wir UNSERE Vorstellung von Befreiung messen: dies sind die Bedeutung der Befreiung der Frauen und die Hierarchisierung bzw. das Weiterexistieren von oben und unten.

Wenn der Anspruch auf eine befreite Gesellschaft sich auf die Nationenbildung mit einem eigenständigen Staatsgebiet konzentriert und dabei noch zwei Ethnien dasselbe Stück Land für sich beanspruchen, so geraten zwangsläufig die Inhalte sozialrevolutionärer Veränderungen in den Hintergrund; dies heißt in der Konsequenz, daß es in einem solchen Konflikt zwischen zwei Ethnien keine revolutionäre Lösung gibt, weil er gar keine Dimension mehr von oben und unten hat ! Zumindest entsprechen alle bisherigen historischen Erfahrungen dem. Die Folge war bislang die Herausbildung neuer nationaler und das heißt männlicher Eliten (in aller Regel die alten miltärischen Kader) und damit letztendlich die Verlängerung patriarchaler Herrschaft. Wesentliche Anstöße für diese Erkenntnis haben wir aus der feministisch begründeten Kritik an dem männlich dominiertem Befreiungsnationalismus erhalten, wie sie ja auch schon in die IWF- Kampagne einfloß. Die aktuellen Beispiele (Algerien) belegen nur zu deutlich die scheinbar unausweichliche Entwicklung an die Macht gelangter nationaler Befreiungsorganisationen, die den ihnen dann zur Verfügung stehenden staatlichen Machtapparat zur eigenen Machterhaltung instrumentalisieren, statt ihn aufzulösen und damit eine Voraussetzung zur Umsetzung ihrer ursprünglich formulierten Utopien von Befreiung zu schaffen. Darüberhinaus wird Staatsbildung als solche von uns kritisiert, weil die Herstellung zentraler Souveränität die Voraussetzung nachholender Kapitalakkumulation bezogen auf die Weltgesellschaft ist.
Allein die Benutzung des Begriffes "national" in einem emanzipatorisch verstandenen Kontext erfordert eine unzumutbare gedankliche Akrobatik. Mit der Bildung einer Nation untrennbar verbunden sind die nationalistische und rassistische Ausgrenzung anderer, und dies geht immer einher mit Raub, Plünderungen und Vergewaltigungen. Daß Nationalstaaten immer ein Instrument patriarchaler Macht- und Herrschaftsorganisation waren, macht es uns unmöglich, in ihnen eine Perspektive für revolutionärer Veränderung sehen zu können.
Die Aufregung, die die Veröffentlichung dieser nun wirklich nicht besonders neuen Gedanken ausgelöst hat, wird uns jedoch nur dadurch erklärbar, daß wir sie nicht beispielsweise in Zusammenhang mit der Nationenbildung in Jugoslawien dargestellt haben, sondern in Zusammenhang mit Palästina. Und dies hängt mit dem zweiten Punkt zusammen, den wir hier noch einmal ansprechen wollen:

2. Dem linken Antizionismus

Israel ist nicht zuletzt das Produkt des Befreiungsnationalismus der Juden. "Kein Machtstaat, sondern die Hoffnung auf Gerechtigkeit am Ende der Welt hieß Judentum. Sie waren ein Volk und das Gegenteil, der Vorwurf aller Völker. Jetzt beansprucht ein Staat, fürs Judentum zu sprechen, das Judentum zu sein. (...) Es bezahlt sein Fortbestehen mit dem Tribut ans Gesetz der Welt, wie sie ist ... Es hat sich dem Zustand der Welt assimiliert. (Horkheimer)
Wir sind mittlerweile davon überzeugt, daß in Sachen Antisemitismus für uns ein immenser Nachholbedarf besteht. Dies insbesondere, weil der Antisemitismus keineswegs eine beliebige Erscheinungsform des Rassismus , sondern ein spezifisches Gewaltverhältnis ist. Die Entstehungs- und Wirkungsmechanismen, die gesellschaftlichen Strukturen, die rassistische Ausgrenzung, die den modernen Antisemitismus hervorgebracht haben, bestehen weiterhin. Wir werden mit ihnen genauso tagtäglich konfrontiert, wie wir auch von ihnen geprägt sind. Sich von diesen nur abzugrenzen und die eigene Position als antizionistische zu deklarieren, heißt, sich nicht mit der gesellschaftlichen Funktion des Antisemitismus auseinanderzusetzen. Der linke Antizionismus ist keineswegs so unschuldig wie er sich gibt. Er ist zu einem Erkennungszeichen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten subkulturellen Milieu der radikalen Linken geworden. Er gilt als Loyalitätstest. Die Tatsache, daß der Artikel als unser Abschied vom Internationalismus gelesen wird, ist nur zu verstehen, wenn mensch unsere Fragen zu Palästina bereits als Abkehr und Verrat begreift. Hinterfragen wollen wir die scheinbaren Gewißheiten, mit denen wir wie der Großteil der Linken in den vergangenen zwei Jahrzehnten zum israelisch-palästinensichen Konflikt Stellung bezogen haben. Hinterfragt werden Begriffe wie "Kampf um Selstbestimmung","Recht auf Boden ","Agentur des US-Imperialismus" etc, die uns zu Sprechblasen geworden sind. Hinterfragt wird die Selbstverständlichkeit, mit der die grundsätzliche Differenz zwischen Antizionismus und Antisemitismus von links behauptet wird. Wenn das schon als Umkippen in das andere Extrem charakterisiert wird, trifft es genau das, was Gegenstand der Kritik ist: warum reagieren deutsche Linke besonders empfindlich und hellhörig, sobald das Verhältnis von Israel und Palästina nicht nur schwarz-

weiß, sondern in Zwischentönen beschrieben wird? Wieso fühlt mensch sich bemüßigt, mit aller Vehemenz zu wiederholen, daß Israel imperialistischer Vorposten ist und bleibt, wenn wir uns gerade mal wieder in Erinnerung rufen, daß es auch Zufluchtsstätte ist? Wieso können wir gerade in diesem Konflikt nicht aushalten, daß er uns in ein Dilemma stürzt, während wir uns zu anderen Konflikten vergleichbarer Art absolut ignorant verhalten?
Warum fällt es keinem und keiner auf, daß die deutsche Bundesregierung gerade eine deutsche Republik auf sowjetischem Boden, die "Autonome deutsche Wolgarepublik", mit aller wirtschaftlichen Gewalt durchpowert. Wo bleibt die vehemente Bekämpfung des deutschen Imperialismus ?
Es wundert uns, daß unsere ersten Gehversuche in diese Richtung sogleich gekontert werden, indem die alten, längst nicht mehr oder gar nie stimmigen Argumente dagegen mobilisiert werden.

"Mensch braucht nicht mehr zu hoffen, um so zu handeln, als würde mensch hoffen."

Die Erklärung zur Selbstauflösung einer Gruppe aus unseren Zusammenhängen trifft uns in einer Phase des Versuchs einer Neubestimmung unserer Politik. Sie wirkt umso nachhaltiger, als sie schließlich von Menschen kommt, mit denen wir über Jahre gemeinsam diskutiert, gestritten und gekämpft haben und sie muß auch als ein Eingeständnis unseres Unvermögens gewertet werden, interne Widersprüche konstruktiv als ein Moment unserer Weiterentwicklung handhaben zu können. Natürlich bedeutet sie einen erheblichen Rückschlag.
Den Zeitpunkt ihres Rückzuges aus gemeinsamen Zusammenhängen finden wir nicht schlüssig begründet. Dies umso mehr, als es ausgesprochen schwer fällt, die Entwicklung nachzuvollziehen, die zwischen ihren eigenen Aussagen im Sommer 1991 "Militante Aktionen haben zum Ziel die gesellschaftlichen Widersprüche zu verschärfen,... Militante Aktionen...sind ein unverzichtbares Mittel politischer Intervention." (This is not a love song) und ihrer jetzigen Erklärung liegen? Wenn die Verfasser dieses Textes heute so grundlegend verunsichert sind, woher haben sie dann ihre Sicherheit, daß der bewaffnete Kampf passé ist? Es waren nie ausschließlich objektive Gründe, die Menschen zur Aufnahme dieser Art des Kampfes veranlaßt haben. Es war das subjektive Gefühl und die persönliche Erfahrung, z.B. in den legalen Zusammenhängen an Grenzen gestoßen zu sein. die mensch nicht mehr akzeptieren wollte.
Wir hätten im Lauf der Jahre viele objektive Gründe gehabt aufzugeben. Wir haben heute genausoviele objektive Gründe weiterzumachen. Diese Entscheidung wird uns nicht objektiv abgenommen, wir müssen sie subjektiv für uns treffen. Und genau darin liegt unser größtes Dilemma mit dem Text: Anstatt die Krise aus der Sicht ihrer Gruppe, ihrer Region und ihres politischen Umfeldes zu beschreiben, um daraus die persönlichen Schlußfolgerungen zu ziehen, mußte dem Abschied historische Tragweite verliehen werden ! .

Weitere wichtige Unterschiede sehen wir in der Einschätzung zu den Auswirkungen des 18.12., in der Bedeutung sowie in den Zielen und in den Mängeln der Flüchtlingskampagne und in unserem Verständnis von einem anti-patriarchalen Poltikansatz; daraus ergeben sich natürlich auch andere Konsequenzen.

- Völlig unverständlich ist für uns, ausgerechnet die Flüchtlingskampagne zum Anfang vom Ende umzudeuten. Trotz aller Differenzen im Vorfeld über die einzusetzenden Mittel und die anzugreifenden Ziele waren wir uns doch immer einig, mit unserer gemeinsamen Entscheidung einen Versuch zu unternehmen, aus den Konjunkturzyklen von Bewegungen (wie der Anti-AKW-Bewegung, dem Häuserkampf, der Friedensbewegung u.a.) herauszukommen und eine unserer Meinung nach zentrale Thematik aufzugreifen. Es ging uns nicht darum, wie suggeriert wird, die Flüchtlinge daran zu beteiligen oder sie gar daran zu organisieren. Genausowenig wie die Flüchtlinge für uns die neuen Hoffnungsträger für revolutionäre Prozesse waren. Wir wollten auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen und Kämpfe von Flüchtlingen einen eigenständigen Kampfansatz entwickeln, der natürlich in einem Wechselverhältnis zu dem Kampf der Flüchtlinge

steht, aber der berücksichtigt, daß die Ziele der Flüchtlinge und unsere nicht identisch sein müssen. Wir sehen in erster Linie in der Flüchtlingskampagne die Möglichkeit, hier in der Metropole einen konkreten Antiimperialismus zu entwickeln. Und wir sind davon ausgegangen, daß wir den staatlichen Rassismus aufzeigen und angreifen können. Wir denken, daß wir in diesen Bereichen durchaus praktisch und politisch wirksam Ansätze in die Auseinandersetzung eingebracht haben, sowie auch selber unverzichtbare Erfahrungs- und Lernprozesse gemacht haben.
Die Mängel sehen wir heute u.a. darin, daß wir unseren Kampf nur auf den staatlichen Rassismus bezogen haben, auf die Ausländerämter, die Gerichte, auf die Täter von Ausweisung und Abschiebung. Den Rassismus großer Teile der Bevölkerung haben wir zur Kenntnis genommen, den Rassismus innerhalb der Linken nicht einmal thematisiert. Und es ist unser eigener Rassismus, aus dem heraus wir uns ein Bild von einem "ideellen Gesamtflüchtling" geschaffen haben. In diesem Sinn stimmt der Vorwurf einer "Flüchtlingskampagne ohne Flüchtlinge".
Das breite Bündnis gegen rassistische Gewalt, gegen die Pogrome und Morde auf der Strasse kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich gegen DIESE Gewalt der Vertreibung richtet. Vorverlegung der Grenzen in die Herkunftsländer, Schnellverfahren gegen Asylsuchende und sofortige Abschiebung mit staatlicher Gewalt stößt kaum auf Protest; und noch weniger wird praktischer Schutz geboten.
So richtig wir die Parole "Für freies Fluten" nach wie vor finden, so offensichtlich ist daran aber auch geworden, wie sehr die Metropolenlinke an den materiellen Vorteilen dieses imperialistischen Systems hängt. Wer die Widersprüche allein zwischen dem Staat und der ihn tragenden Bevölkerung auf der einen Seite und Flüchtlingen und Linken auf der anderen Seite sieht, verhindert real die Auseinandersetzung und Konfrontation mit den Flüchtlingen, in denen unsere Widersprüche offenbar werden. Wir formulieren uns selbst schnell auf die Seite revolutionärer Prozesse, ohne unsere eigene Gebrochenheit zu diesen Prozessen begriffen zu haben.

Trotzdem, an der Aktualität, Bedeutung und zunehmender Wichtigkeit dieser Thematik für die Entwicklung einer militanten Politik in der Metropole besteht kein Zweifel.

- Als Reaktion und in der Zeit nach dem 18.12.1987, als das BKA versuchte die Rote Zora, uns und andere, die sich im Kampf gegen Gentechnologie,Bevölkerungspolitik und Flüchtlingspolitik engagiert hatten, zum Stillschweigen zu bringen, waren wir eher überrascht, in welcher Breite die kriminalisierten Themen aufgenommen und weitergetragen wurden. Ganz offensichtlich hatte das BKA recht früh die politische Brisanz dieser Themen begriffen und versucht, durch Kriminalisierung und Verfolgungsdruck eine mögliche Verbreiterung zu verhindern. Die Fehler und Mängel liegen hier bei uns und unserer politisch-organisatorischen Konzeption. Wir waren es, die sich für lange Zeit nicht mehr zu Wort meldeten. Uns fehlten konzeptionelle Vorstellungen, uns an dieser breiten Auseinandersetzung zu beteiligen und daraus sogar politische Stärke zu entwickeln. Wenn es aber überhaupt in unserer Geschichte ein Beispiel dafür gibt, daß wir nicht isoliert sind, dann ist es dieses Datum.

- Es ist unsere Entscheidung, wann wir uns zum Antipatriarchalen Kampf öffentlich äußern wollen. Daß wir dies bislang nicht getan haben, liegt daran, daß wir am Anfang des Diskussionsprozesses sind. Deshalb finden wir es ausgesprochen ärgerlich, daß die Jungs sich bemüßigt fühlten, "unsere" Position schon mal vorwegzunehmen, um sich davon abgrenzen zu können. Für deren "männliches Elend" eine Mitverantwortung zu übernehmen und im nächsten Atemzug darin aber "keinen politikfähigen Ansatz" zu erkennen, sondern das als "Selbstentmündigung und Entpolitisierung" zu begreifen, spiegelt die männliche Arroganz eines Artur, der verächtlich auf "HerMann" herabblickt, der mit Frauen diskutiert und dabei versucht, das Problem männlicher Definitionsmacht zu thematisieren ("This is not a love song"). Die Behauptung, daß ein "emanzipatorischer Beitrag zur Patriarchats(!)diskussion" nicht mehr geleistet werden kann, weil die Frauen der Roten Zora sich von uns getrennt haben und keine gemeinsame Politik mehr mit uns machen, beweist ein völliges Unverständnis von antipatriarchaler Politik. Ebenso wie die Hierarchie- oder Zentralitätsvorstellung, die in der Feststel-

lung angelegt ist: "jedenfalls hilft der antipatriarchalismus nicht über das dringlichste Problem , über die fehlende Bedingung hinweg, daß der militante Widerstand und der bewaffnete Kampf, so wie wir ihn zu entwickeln versucht haben, eine Angelegenheit von immer weniger Leuten geworden ist und keine soziale Basis mehr zu haben scheint."
Angesichts der allgemeinen Rat- und Perspektivlosigkeit ist die Versuchung groß, die Antipatriarchatsdebatte als Vehikel zu benutzen, um der Krise HERR zu werden. Die Diskussion über die schwarze Frau als "unterstes Klassensegment" war ein Beispiel dafür, auf welche Weise durch den bloßen Austausch der Subjekte ein im übrigen nicht angetastetes Gedankengebäude hinübergerettet werden kann.Das erste Resultat einer konsequent geführten Antipatriarchatsdebatte kann nur die Zerstörung lieb gewordener Gewißheiten sein. Wir begeben uns bewußt und sehenden Auges in einen Prozeß, dessen erklärtes Ziel die Verunsicherung und Demontage männlich dominierten Denkens und Handelns ist. Wenn es richtig ist, das der Sexismus mit unserer Ignoranz gegenüber patriarchaler Gewalt beginnt, und wenn es stimmt, daß wir auf diesem Auge blind sind, weil es um unsere Interessen geht, dann werden uns erstmal die Felle davonschwimmen, bevor wir zu einem von grundauf neuen Verständnis unserer Rolle im Prozeß radikaler Veränderungen vorgedrungen sein werden, dann liegen zwischen der bloßen Erkenntnis und der Fähigkeit, im Einklang mit dieser Erkenntnis zu leben, noch Welten, denn wir haben weder die Wahl, unsere eigenen Anteile an patriarchaler Gewalt zu eliminieren, indem wir uns im Büßerhemd der Hegemonie kämpfender Frauen unterwerfen, noch die Möglichkeit, die eigene Desorientierung zu kompensieren, indem wir uns dem Widerstand von Frauen anhängen.
Es reicht auch nicht, in den Institutionen von Staat und Kapital den Sexismus da zu entdecken, wo er Frauen benachteiligt. In der Auseinandersetzung um eine antipatriarchale Politik müssen wir einen Begriff davon entwickeln, daß der gewaltsamen sozialen Organisierung der geschlechtlichen Differenz schlechthin die zentrale Bedeutung bei der Entfaltung gesellschaftlicher Widersprüche zukommt.

Bei der Entwicklung eines antipatriarchalen Kampfansatzes in der Metropole geht es uns auch darum, inwieweit wir selbst mit unseren patriarchalen Verhaltensweisen Strukturen geprägt haben, die unser Politikmuster und Verständnis immer wieder reproduziert haben, ohne das wir zu einer Veränderung in der Lage gewesen wären.
Eine unserer Möglichkeiten, uns nicht in den mainstream politischer Resignation fallen und treiben zu lassen, sehen wir in dem Versuch, unseren Teil zu einer grundlegenden Debatte über die Neubestimmung linksradikaler Poltik beizutragen. Eine Notwendigkeit wird es sein, unsere Strukturen aufrecht zu erhalten, damit unsere Beiträge sich nicht auf die Veröffentlichung von Diskussionspapieren beschränken müssen; dabei wird die Antipatriarchatsdebatte einen zentralen Stellenwert einnehmen. Dies steht für uns außer Frage. Zur Disposition steht unsere politisch-organisatorische Konzeption; allerdings erst dann, wenn sie sich bei dieser radikalen Neubestimmung mehr als unvermeidbar hinderlich erweisen sollte.

"Woran arbeiten sie ?" wurde Herr K.gefragt.
Herr K. antwortete, "Ich habe viel Mühe,
ich bereite meinen nächsten Irrtum vor."
B.Brecht

revolutionaere zellen, mai 1992

WENN DIE NACHT AM TIEFSTEN...

Eine Antwort auf "Das Ende unserer Politik" - RZ-Papier (`konkret´, März 92) ist unumgänglich. Bevor wir in die Debatte einsteigen, halten wir es für angebracht, uns den LeserInnen vorzustellen.

Wir gehörten bis vor einigen Jahren zu dem, was im o.g. Papier hochtrabend als "Organisation" bezeichnet wird und was wir trefflicher, weil unverbindlicher "Zusammenhang" nennen würden.
Unsere größte Popularität hatten wir zu Zeiten der Bewegung gegen die Startbahn 18 West. Allerdings beschränkten sich unsere Aktivitäten nicht auf diesen Bereich, nicht vorher und nicht nachher. Wir waren bei weitem nicht die alleinigen TrägerInnen der RZ-Aktionen in der Region, wenn auch diejenigen, die am engsten mit dem Konzept, dem "Zusammenhang" und der spezifischen Kampfform verbunden waren.
Mitte der 80er Jahre haben wir uns in praktischer Hinsicht aus diesem Zusammenhang zurückgezogen, nachdem unsere Versuche, eine grundsätzliche Diskussion und Bestandsaufnahme als Voraussetzung für eine Neubestimmung zu führen, fehlgeschlagen waren. Seither stehen wir in mehr oder weniger loser Verbindung.

Das "Ende unserer Politik" ist uns Anlaß, uns im alten Rahmen zu Wort zu melden. Stellt es doch den Versuch dar, aus einer Position vollkommener Resignation heraus ein gewiß nur winzigkleines Stück Geschichte der RZ zu schreiben. Und mehr noch.
Nach der Lektüre Eures Papiers drängt sich jeder/m die Frage nach dem WARUM auf. Was wollt Ihr eigentlich mitteilen, wem gegenüber seid Ihr verantwortlich? Und es springt ins Auge, daß an keiner Stelle Eures Papiers begründet wird, warum es geschrieben und veröffentlicht werden mußte.
In unseren Augen ist Euer Papier oberflächlich, an keinem einzigen Punkt geht Ihr derart in die Tiefe, daß mensch von Aufarbeitung, geschweige denn Verarbeitung reden könnte. Dabei gehen großmäuliger Avantgardeanspruch und ein Fatalismus, der Geschichte gleichsam "naturalisiert", eine merkwürdige Verbindung ein. Die Vorgänge in der Gesellschaft und in der Linken scheinen sich vor Euren Augen nach Naturgesetzmäßigkeiten abzuspielen und die Geschichte der letzten Jahre demnach als Naturkatastrophe: "von der Geschichte überrollt", "in den Strudel der Auflösung linker Utopien ... geraten", "endgültig aus dem historischen Prozeß hinauskatapultiert", "in ein irreversibles Stadium eingetreten" sind da nur einige Kostproben.
So schwammig wie Eure Aufarbeitung bleibt Eure Schlußfolgerung: "Die politische Öffnung der RZ scheint uns ... der einzige richtige Schritt". Was, bitte schön, soll das denn nun bedeuten?

So häufig wie Ihr im Text den Begriff "Organisation" verwendet, stellt sich die Frage, warum dieser Text von Euch nicht innerhalb der "Organisation" diskutiert wurde, woher Ihr Euch berufen fühlt, nun im Alleingang Konkurs anzumelden? Daß es dann die `konkret´ und nur die `konkret´ war, die das rare Exemplar erhielt, macht die Sache nur noch pikanter ...

Unser Text, das sei vorausgeschickt, ist kein "Positionspapier", sondern nur eine Antwort auf Euer Papier. Auf Eure widersprüchliche, ja chaotische Vorgabe einzugehen ist uns schwergefallen. Beginnen wollen wir mit den Punkten, die weniger mit Aufarbeitung oder Analyse denn mit korrekter Darstellung konkreter Ereignisse zu tun haben.
1. In Eurer historischen Darstellung der RZ klingt an, als hätte es vor 1977 nur die OPEC-Aktion und Entebbe und erst danach den "Einstieg in die Teilbereichsbewegungen" gegeben. Das trifft so wenig zu wie Eure Version von der "faktischen Neugründung der RZ" nach Entebbe. Es gab keine Neugründung, sondern eine Spaltung - ein kleiner, aber feiner Unterschied. (Zur OPEC- Aktion und zu Entebbe werden wir hier nichts sagen. Zu Entebbe gibt es bereits ein RZ-Papier, hinter das wir uns hiermit, trotz mancher Kritik im Detail, grundsätzlich stellen).

2. Der Kampf gegen die Startbahn 18 West war der einzige Teilbereichskampf, wo es den RZ's gelang, Anspruch und Umsetzung weitgehend in Einklang zu bringen. Das sagt Ihr. Aber selbst das könnt Ihr in Eurem Defätismus so nicht stehen lassen, auch wenn Ihr dafür die ganze Geschichte auf den Kopf stellen müßt: "Durch einen einzigen verhängnisvollen Fehler, den Mord an Karry, wurde dieses Konzept von Popularität schlagartig desavouiert". Die Aktion gegen Karry konnte die Startbahn-Interventionen nicht desavouieren (und schon gar nicht schlagartig !), weil es sie bis dahin noch gar nicht gab. Die Karry-Aktion datiert im Mai 1981, die RZ-Angriffe auf die Startbahn-Betreiber begannen im Oktober 81, also 5 Monate später!

3. Wie schon der Märzausgabe des `ak´ zu entnehmen ist, haben nicht nur wir eine andere Erinnerung an die Folgen des 18.12.87. Ihr behauptet als Folge des 18.12. "die Orientierung auch der linksradikalen Szene von der thematischen Arbeit auf den unmittelbaren Repressionsaspekt". (Wir fragen uns, ob Ihr nicht unter Umständen die Auswirkungen des 2.11. mit denen des 18.12. verwechselt.) War es nicht gerade umgedreht so, daß die inkriminierten, sog. anschlagsrelevanten Themen eine ungeheure Aufmerksamkeit erfuhren, nicht nur in der Linken, sondern weit bis in kirchliche Kreise hinein? Daß dies in Euren Augen vielleicht zu kurzfristig bzw. zeitlich befristet an die Prozesse gekoppelt war oder auch einfach nicht in die von Euch erhoffte Qualität umschlug, dürfte am allerwenigsten dem 18.12. geschuldet sein. Möglicherweise stand der "Repressionaspekt" für die RZ und ihre Umgebung tatsächlich im Vordergrund. Doch sollten beide Aspekte fein säuberlich getrennt werden, sonst geriert Eure Betrachtung zur Nabelschau.

Und wenn Ihr diese Nabelschau schon unbedingt in aller Öffentlichkeit vollziehen müßt, dann drängt sich die Frage auf, warum der 18.12. diese Auswirkungen haben konnte. Mensch sollte annehmen, daß eine "Organisation", die seit nunmehr fast 20 Jahren den Anspruch formuliert, sich illegal zu organisieren, solche Repressalien verkraften oder verarbeiten kann, zumal die RZ bis dato doch relativ ungeschoren davon gekommen sind. Die staatlichen Verfolgungsorgane sind nunmal dazu da, möglichem Widerstand entgegenzuarbeiten, das liegt in der Logik der Sache. Da gibt's einfach nichts zu jammern und nichts zu übertreiben.

Im Abschnitt IV sprecht Ihr von der "Repression 1977 gegen unsere Organisation"! Auf welchem Planeten soll die denn stattgefunden haben??? Wir für unseren Teil sind doch arg ins Grübeln geraten über der Frage, was Ihr denn damit gemeint haben könntet. Das öffentliche Spekulieren darüber unterlassen wir lieber. Was auch immer es gewesen sein mag, den Begriff "Repression" habt Ihr dabei gewiß überstrapaziert. Der sollte tatsächlichen willkürlichen Verfolgungen vorbehalten sein und nicht dazu benutzt werden, die eigene Betroffenheit sprich Bedeutung hochzuspielen.

*

Ihr kritisiert Eure Aktivitäten gegen die staatliche Flüchtlingspolitik ganz richtig als "Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge". In Eurer gesamten Beschreibung des Gedankengebäudes, auf dem sie basierte, wird das Absurde und Paradoxe Eures Begehrens deutlich. Nur unterlaßt Ihr es die theoretischen Fundamente zu hinterfragen - und zu kritisieren.

Unsere eigene Organisationsform, die traditionellen Methoden und Objekte unserer Angriffe sowie der "Adressatenkreis unserer Politik" standen Mitte der 80er sehr wohl zur Debatte. Wie diese Debatte lief bzw. nicht lief und welche Konsequenzen daraus gezogen wurden, wird nicht zuletzt in dem deutlich, was Ihr als "Einbahnstraße" klassifiziert, aber nicht analysiert.

"Wir hofften damals, mit der Thematisierung der neuen Klassenzusammensetzung und der Ausgrenzung des unteren Armutsdrittels einen Weg gefunden zu haben, uns einem möglichen revolutionären Subjekt annähern und seine Kämpfe vorwegnehmen zu können. So sollte die Reduzierung und Orientierung auf die Teilbereichsbewegungen überwunden werden".

In diesem Abschnitt finden wir stichwortartig komprimiert das Theoriekonstrukt, das in anderen Schreibstuben entstanden ist und das wir nicht nur für zu einfach halten. Es ist schlicht falsch, was allerdings nicht einer Erfahrung in der Praxis bedurft hätte.
"Das revolutionäre Subjekt" - gibt es nicht. Es ist deshalb auch müßig, sich auf die Suche nach ihm zu begeben. Das gehört dann in den Bereich der Ontologie, damit der Philosophie, und mit der in der Vergangenheit so oft beschworenen "Philosophie der Praxis" war es noch nie weit her. (Überdies sollten "Subjekt/Subjektivität" im Kontext spätkapitalistischer Gesellschaften doch nur unter Vorbehalten Eingang in unser Vokabular finden. Wir behaupten zwar nicht die Existenz gesichtsloser Individuen im Räderwerk kapitalistischer Produktion und Reproduktion, doch bezweifeln wir, ob die Lebensumstände hier das Wissen erlauben, was Subjektsein heißt oder heißen könnte.)
Das Operieren mit dieser Figur, die in aller Reinheit und Feinheit revolutionäres Wollen verkörpern soll, täuscht darüber hinweg, mit welcher Komplexität sich die gesellschaftlichen Prozesse abspielen und von wieviel verschiedenen Momenten eine mögliche revolutionäre Entwicklung abhängt. Daß in bestimmten Phasen eine oder mehrere gesellschaftliche Gruppen besondere oder entscheidende Impulse setzen, bleibt davon unberührt.

Die Kreation eines "revolutionären Subjekts" suggeriert, daß eine revolutionäre Bewegung oder sogar Umwälzung mit einem Schlag möglich sei. In diesem Sinne reduziert sich die in weiten Kreisen der Linken populäre Suche nach diesem Subjekt, das mensch am liebsten selbst repräsentieren oder wenigstens (er)finden möchte, auf ein Gesellschaftsspiel, ein Spiel ohne reale Auswirkung.

Leider widmet Ihr Euch mit keinem einzigen Wort den latenten Rassismen innerhalb der metropolitanen weißen Linken; leider verliert Ihr keine Silbe über Eure eigenen Rassismen, in denen letztlich auch die Ursprünge einer "Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge" zu suchen sind. Dies ist nicht nur Euer Problem und schon gar keines der Vergangenheit. Die Unfähigkeit der Linken (uns selbst nicht ausgenommen) mit den rassistischen Strukturen dieser Gesellschaft und den aktuellen Angriffen anders als mechanisch umzugehen, Rassismus wie ein "Thema" zu behandeln, wäre Grund genug gewesen, dieser Frage einen sicheren Platz in Eurem Rückblick auf die Flüchtlingskampagne zu geben.
Ebenso arglos stellt Ihr an anderer Stelle fest: "der Kampf um die `Kolonisierung der Köpfe´, den wir auf unsere Fahnen geschrieben haben, wird sich in anderen Formen abspielen müssen." Es ist nicht nur so, daß diese Parole aus der Zeit Mitte/Ende der 70er stammt und wir mittlerweile feste in den 90ern stehen. Auch ohne die nicht zu überhörenden Diskussionen zum Verhältnis Kolonisatoren und Kolonisierte könnte mensch eine Relativierung von Parolen oder ihre Anpassung an die sich verändernden globalen Verhältnisse annehmen. Spätestens aber durch die beispielsweise zwischen schwarzen und weißen Frauen stattfindenden Auseinandersetzungen zum Rassismus (in der weißen Linken) drängt sich doch die Frage auf, wessen Köpfe hier wo, wie und von wem kolonisiert sind und wer sich demnach berufen fühlen kann, den Kampf dagegen zu führen.

Eure Projektionen in die Flüchtlinge als TransporteurInnen trikontinentaler Kämpfe, Kampferfahrungen und -formen in die Metropole habt Ihr selbst benannt. Wir beschränken uns daher auf das zweite oder auch Metropolenbein Eures Subjekts, das "untere Armutsdrittel". Lassen wir mal die Frage nach der Fragwürdigkeit der Analyse bestimmter Soziologen von der "Zwei-Drittel-Gesellschaft" beiseite und tun so als wäre das so. Lassen wir weiterhin die Frage beiseite, was Armut in der Metropole eigentlich ist, d.h. wie sie sich in der Metropole definiert und wie sie sich zum Trikont definiert bzw. relativiert. Was wir dann immer noch nicht verstehen ist: Worin begründet sich die unterstellte revolutionäre Potentialität der Armut in der Metropole und der daraus möglicherweise entflammenden Kämpfe? Ihr, wir und einige andere definieren sich als Revolutionäre. Was uns weiterhin

gemein ist, ist, daß wir nicht arm sind. Das betrifft allen gegenteiligen Eigencharakterisierungen zum Trotz auch diejenigen unter uns, die Sozialknete abziehen - im Unterschied zu denjenigen, die arm sind, weil sie nix anderes als Sozialknete (und oft auch die noch nicht) haben. Wir könnten das Problem damit lösen, daß wir uns allen alles Revolutionäre abstreiten. Vielleicht liegt darin ja des Rätsels Lösung!

Eine Kritik an den sog. Teilbereichsbewegungen ist populär. Auch Ihr stigmatisiert sie zum zentralen Problem. Wir halten die Feststellungen für vordergründig und oberflächlich, nach denen der Hund in der "Reduzierung und Orientierung auf die Teilbereichsbewegungen" begraben liegt. Eine Bewegung, in der sich gleichsam alles Revolutionäre bündelt, in der die von Euch so genannte "Soziale Frage" in einem homogenen Strang vereint ist, "die revolutionäre Teilbereichsbewegung" kann es nicht geben. Eine umfassende revolutionäre Bewegung wird immer aus verschiedenen "Teilbereichen" bestehen, aus an und auf den verschiedensten sozialen Orten und Ebenen stattfindenden Kämpfen. Gerade darin liegt die Aufhebung ihrer Beschränkung!

*

Zu dem von Euch am Ende von IV angeschnittenen Thema "Beschränkung der Aktionsmittel" unsererseits 4 Anmerkungen:
1. Als einen Grund für besagte "Beschränkung" gebt Ihr für Euch an, daß Ihr sie nicht wirklich zu Klassenkämpfen in Bezug gesetzt habt, sondern immer nur zur linken Szene. Jede Gruppe, die beansprucht, revolutionäre Politik zu machen und sich nicht zu der jeweiligen Klassenzusammensetzung und ihren Kämpfen in Bezug setzt, bleibt zwangsläufig ein Selbstläufer und läuft sich irgendwann zu Tode. Bewaffnete Politik verkommt dann - auch wenn es absurd klingt - zur individuellen Überlebensstrategie.
2. Als zweiten Grund gebt Ihr an, daß sie "perfekt mit unserer Anonymität korrespondierten und das persönliche Risiko einschränkten". In dieser Allgemeinheit erklärt das vielleicht, daß es überhaupt Beschränkungen gab, aber nicht die Beschränkungen, wie sie für die RZ´s allzuoft typisch waren. Zum einen dürfte das mit dem unter 1. Gesagten zusammenhängen, zum anderen habt Ihr es im II. Abschnitt ungewollt selbst benannt: "... unsere eigene Praxis zielte perspektivisch nie auf irgendeine Machtfrage, sondern auf die Entwicklung und Verbreiterung sozialer Selbstbestimmungsrechte von unten her". Mal dahingestellt, was "soziale Selbstbestimmungsrechte" sein sollen, der entscheidende Punkt ist hier für uns die "Machtfrage". Nicht in dem Sinne, daß wir als Personen oder Gruppe an die Macht wollten, sondern in dem Sinne, daß revolutionäre Politik (schon rein begrifflich) von Anfang an die Machtfrage stellen bzw. thematisieren muß. Das betrifft selbst besagte Teilbereichsbewegungen. Wenn z.B. eine Bewegung "Keine WWA" auf ihre Fahnen schreibt, so stellt sie - eine gewisse Quantität und Qualität vorausgesetzt - punktuell die Machtfrage. Inwieweit das dann auch subjektiv so begriffen wird, steht auf einem anderen Blatt. Wir denken, daß das auch in den RZ´s allzuoft nicht klar war. Das erklärt einiges von der teilweisen "Beliebigkeit" mancher Aktionen, berührt die Frage der Effektivität der Aktionsmittel wie die ihrer Inflexibilität, ihrer Beschränkung nach oben, aber auch nach unten: Es gab Aktionen, wo ein Vorschlagshammer oder eine Säge angebrachter gewesen wären als der vergeudete Sprengstoff. An der Startbahn West hatten die RZ´s keine dogmatischen Probleme, auch Luftballons (mit Alustreifen zur Störung des Flugverkehrs) einzusetzen, eben auch und nicht nur.

3. "Heute, zu einem Zeitpunkt rassistisch motivierter Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, verbietet sich der Gebrauch von Feuer und Flamme als Mittel revolutionärer Politik in diesem Bereich von selbst". Dazu der `ak´ vom März 92: "Fangt ihr jetzt schon selber an, die brennenden Erfassungsakten von Roma und Sinti mit brennenden Flüchtlingen zu vergleichen?" Dem können wir uns nur anschließen.

Der von Euch beklagte Geheimdienstterrorismus, dem wir nach Eurem Bekunden "praktisch kaum etwas entgegensetzen" konnten, kann nur dann greifen, wenn wir ihm mit unseren eigenen Aktionen den politischen Raum dazu geben.
Anders bzw. grundsätzlicher formuliert: Ob Schüsse, Bomben, Brandsätze, Prügel ..., jede Gewalt ist zunächst - als Abstraktum - terroristisch. "Zu glauben, daß es nur davon abhängt, wer diese Mittel in welchem Maßstab und mit welchen Zielen anwendet, ist eine gefährliche Vereinfachung". Inwieweit eine bewaffnete Aktion politisch oder terroristisch ist, entscheidet sich nicht allein danach, wer sie mit welchem Ziel ausführt, sondern auch inwieweit diese von einem relevanten Bevölkerungsteil als politisch legitime Handlungsweise nachvollziehbar ist.
4. Abschließend noch eine Bemerkung zum spezifisch deutschen Militanz- und (damit korrespondierend) Bewaffnetem Kampf - Fetisch. Das fängt mit dem Militanzbegriff an, der in anderen Sprachen den politischen Kampf und nur im Deutschen den gewaltsamen politischen Kampf meint. Das setzt sich dann fort in der Gleichsetzung: Militanz und Bewaffneter Kampf = revolutionär - alles Andere = reformistisch. Wo das herrührt, scheint uns relativ klar: Aus der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit, d.h. der weitgehenden Nichtexistenz bewaffneten Widerstands gegen die Nazis. Nichtsdestrotrotz muß die Unterscheidung reformistisch - revolutionär v.a. an den Inhalten und weniger an den Formen des politischen Kampfes festgemacht werden. Bewaffneter Kampf und Reformismus schließen sich keineswegs aus!

Ihr habt Aktionen zur Unterstützung des südafrikanischen Befreiungskampfes und gegen die staatliche Flüchtlingspolitik gemacht. "... diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstands zu bringen" sagt Ihr - und wir würden gerne wissen warum.
Was ist eine Avantgarde? Steht sie notgedrungen ganz oben, hat sie mit Hierarchie überhaupt etwas zu tun? Kann mensch überhaupt Avantgarde sein <u>wollen</u> oder <u>nicht wollen</u>? Ist "Avantgardesein" im Kontext einer politischen Bewegung oder Entwicklung nicht einfach Ausdruck davon, ob der politische Vorschlag einer Gruppe angenommen wird oder nicht, ob er zur Dynamik von Kämpfen beitragen kann?
"Avantgarde" scheint für Euch eine überaus negativ besetzte Vokabel zu sein, andererseits auch eine Art Schlüsselwort. Kämpfe aus einer inhaltlich-politischen Stärke heraus anzuführen, ist anscheinend unweigerlich mit dem Dünkel von Macht und Hierarchie behaftet, so als sei dies nicht zu allererst eine Frage der Struktur und der Inhalte (in diesem Fall: der Linken). Für uns ist die vordergründig panische Angst, sich zu exponieren, nicht zuletzt ein Zeichen von fehlender Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.
Daß Ihr im Gegensatz zu Eurer verbalen Distanz zu allem, was mit Hierarchie, Macht usw. zu tun haben könnte, durchgängig einen besonderen Platz in der Geschichte beansprucht, steht dazu nur vermeintlich im Widerspruch. Als RZ wollt Ihr innerhalb der Linken keine Sonderstellung - was Euch im übrigen nicht daran hindert, mit den Besonderheiten zu kokettieren. Als Linke im Allgemeinen seht Ihr Euch jedoch in vornehmer Distanz zum "gemeinen Volk". Ein - zudem durch nichts legitimierter - Kardinalfehler.

Völlig unverständlich und vor allem schräg sind Eure Rundumschläge in Sachen Patriarchats-Diskussion. Revolutionäre Politik muß von ihrem <u>Selbstverständnis</u>, dem gemeinsamen Konsens her antisexistisch, antirassistisch und internationalistisch sein. Wir legen dabei die Betonung auf das Wort Selbstverständnis, weil wir für zentral halten, mit welchem Selbstverständnis mensch auf gesellschaftliche Konflikte reagiert, anstatt die gesellschaftliche Realität wie die politische Aktion an Begriffshülsen zu messen. Gerade

was Sexismus und Rassismus angeht wissen wir, wie schwer das ist, daß es mit der Parole "anti-" allein nicht getan ist.
Ihr behauptet "die absolute Notwendigkeit dieser Diskussion" und zieht im gleichen Atemzug die lange vor dieser Diskussion liegende Trennung der Roten Zora von Eurem Zusammenhang dazu heran, Euren potentiellen "emanzipatorischen Beitrag" wieder ad acta zu legen. Ihr behauptet Eure Mitverantwortung an dem "männlichen Elend" der RZ-internen Patriarchats-Diskussion, um sofort mit der Keule "Selbstentmündigung und Entpolitisierung" um Euch zu schlagen. Kurzum: Ihr macht es Euch arg einfach, Genossen! Eine besondere Würze bekommt das Ganze dann noch dadurch, wenn am Ende Eurer diesbezüglichen Ausführungen über die korrekte Linie die Feststellung steht, "daß der militante Widerstand und der bewaffnete Kampf, so wie wir ihn zu entwickeln versucht haben, eine Angelegenheit von immer weniger Leuten geworden ist und keine soziale Basis mehr zu haben scheint", gefolgt von dem Eingeständnis, daß auch die von Euch "benutzten antiimperialistischen oder sozialrevolutionären Erklärungsmuster ... gegenüber dem historischen Wandel versagt" haben.
Generell offen bleibt, wieso Ihr überhaupt zum Thema Patriarchat Stellung bezieht. Außer dem von Euch erwähnten Text "Was das Patriarchat ist", den wir als teilweise biologistisch und eurozentristisch kritisieren, ist von dieser Diskussion rein gar nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Entweder haltet Ihr sie für so wichtig, daß sie publizistisch verarbeitet werden soll, oder nicht. Wenn ja, dann referiert sie- und zwar genau. Dort könnten dann auch Eure Probleme damit angemessen Raum finden.
Da das offensichtlich nicht der Fall ist, hättet ihr besser den Mund gehalten. So hat kein Mensch etwas davon, höchstens Ihr selbst, indem Ihr Euch mal "ausgesprochen" habt. Das kann persönlich ja befreiend wirken, politisch ist es absolut sinnlos.

Ihr behauptet in den Ereignissen der letzten 2-3 Jahre einen qualitativen Sprung (Stichworte: "Projekt Großdeutschland" und "Neue Weltordnung") des kapitalistischen Weltsystems, dem Ihr keinen entsprechenden qualitativen Sprung des Widerstands entgegensetzen konntet, damit Euer Scheitern. Wobei für uns das "großdeutsche" Gejammer nur eine andere Spielart der so oft denunzierten "doitsch-doitschen Besoffenheit" ist.
Das kapitalistische Weltsystem ist in eine neue Phase eingetreten. Damit haben sich die Bedingungen linksradikaler Politik nicht nur in der BRD, sondern weltweit grundlegend verändert. Veränderung heißt aber nicht unbedingt Verschlechterung, auch wenn dieser Prozeß subjektiv zunächst als schmerzhafter erlebt wird, weil alte Gewohnheiten und Sicherheiten sich scheinbar schlagartig aufgelöst haben.
Ob die weltweite Neuformierung des Systems einen qualitativen Sprung darstellt, hängt vom Standpunkt ab. Vom kapitalistischen Standpunkt ist sie es sicherlich, weil sie nach der Krise der vergangenen 25 Jahre die Chance für einen neuen Akkumulationszyklus darstellt. Vom revolutionären Standpunkt könnte mensch nur dann von einem qualitativen Sprung des Systems reden, wenn ihm damit ein Ausweg aus einer "revolutionären Situation" gelungen wäre bzw. wenn zumindest das, was in den letzten Jahren Bankrott anmelden mußte, erhaltenswert gewesen wäre.
Ihr sagt, der Bankrott des "Realsozialismus" falle Euch auf die Füße, obwohl Ihr "meilenweit" davon entfernt ward. Dazu können wir nur feststellen: Wem die Trümmer auf die Füße fallen, der muß sehr dicht dran gewesen sein. Was die von Euch ängstlich beschworene "revolutionäre Perspektive in den europäischen Metropolenländern" angeht, so können wir diesen Bankrott nur begrüßen.

Einige Ex-RZlerInnen
Im März 92

..IST DER TAG AM NÄCHSTEN.

.... NOCH WAS ZUM RZ PAPIER

"Die Masse", sagt Rosa Luxemburg, sei "wie die Thalatta, das ewige Meer, (das) alle latenten Möglichkeiten: tödliche Windstille und brausenden Sturm, niedrigste Feigheit und wildesten Heroismus in sich birgt. Die Masse ist stets das, was sie nach den Zeitumständen sein muß, und sie ist stets auf dem Sprung, etwas anderes zu werden, als sie scheint."

Es scheint zur Zeit eine starke Strömung im linken Zeitgeist zu sein, aus der Fülle der Fragen, den sich uns stellenden Aufgaben und den fehlenden Antworten die Konsequenz zu ziehen, alles in einen Strudel von Auflösungen zu kippen. Eine Revolutionäre Zelle aus dem Ruhrgebiet, so scheints, springt gleich komplett hinterher. Der mit der Selbstauflösungserklärung gegebene Einblick in den Diskussionsstand der Zellen ernüchtert, dem militanten Widerstand ist ein weiterer Teil "traditioneller Avantgarde" genommen. Die eingangs in der Erklärung formulierte Selbstbescheidenheit steht im Widerspruch zu der rigorosen Allgemeingültigkeit, mit der beispielsweise von der Zelle die Etapppe des Bewaffneten Kampfes für beendet erklärt wird. Daß diese Erklärung mit all den darin enthaltenen Fragestellungen einen weiteren Anstoß zur revolutionären Debatte darstellt, ist gut. Einige Schlußfolgerungen halte ich für vorschnell, verfrüht.

Um das zu begründen, muß hier ziemlich weit ausgeholt werden. Die Etablierung illegalen/militanten/bewaffneten Kampfes in der BRD entstand u.a. aus den Erkenntnissen, daß

1. die Konfrontation mit dem imperialistischen Staat/Gesamtsystem ohne illegale, bewaffnete Gegenmacht aussichtslos ist (Der Sturz der demokratisch gewählten sozialistischen Allende-Regierung durch Pinochet,US-Kapital,CIA usw. war 1973 klarer Beweis dieser These und auch Anlaß der ersten RZ-Anschläge in der BRD)
2. der Aufbau illegaler, bewaffneter Kerne von anfang an Strukturelement revolutionärer Bewegung sein muß, will diese sich nicht gänzlich der Gefahr der Vernichtung durch Konterrevolution und Faschismus aussetzen. Historische Erfahrungen belegen, daß die Bewaffnung revolutionärer Massenbewegungen nicht erst kurz vor der Revolution auf die Tagesordnung gesetzt werden darf, wie das bislang die orthodoxe kommunistische Bewegung vertreten hatte.
3. das Kontroll- und Überwachungsinstrumentarium des imperialistischen Staates derartig weit entwickelt ist, daß auf Legalität beschränkte Opposition dem Staat und dessen Repressions- und Manipulationsmöglichkeiten chancenlos ausgeliefert ist.
4. ein phantasievolles, dialektisches Sich-auf-einander-Beziehen der legalen Organe der Volksmacht und der politisch-militärischen Kerne der revolutionären Linken, der Stadtguerilla, erst die Möglichkeiten des bevorstehenden langwierigen revolutionären Prozesses eröffnet.

Dieser Versuch, einige theoretische Begründungen für bewaffneten Kampf aus dieser Phase zusammenzufassen, spiegelt unverkennbar die historische Aufbruchstimmung wieder, andererseits aber auch die Einsicht in die Langwierigkeit revolutionärer Perspektiven. Letztere Einsicht kollidierte besonders im letzten Jahrzehnt mit der "Wir wollen alles und zwar sofort"-Spontanität, die ihren Schatten der Ungeduld unverkennbar auch auf die Abschlußgesangs-Diskussion der Revolutionären Zelle geworfen hat. Die RZs hatten sich vor allem am Anfang ihrer Geschichte relativ ausführlich zum Konzept vom bewaffneten Kampf geäußert. So unterschieden sie sich bsp. durch ihr "Nachwuchsförderungsprogramm": "Schafft viele revolutionäre Zellen" von den damaligen anderen Stadtguerilla-Gruppen in der BRD. Letztmalig tauchte diese Losung 1981 unter einer Erklärung auf und blieb fortan verschwunden - ohne jegliche Begründung. Seit ca. 10 Jahren hat es "Zellwucherungen" in diesem Sinne, soweit die erkennbare Kontinuität der regionalen Aktionsschwerpunkte solche Schlußfolgerungen zulassen, nicht gegeben. Ausnahme: Als hier in Berlin sich 1988 eine "Jung-RZ" aus der Taufe hob, blieb deren relativ ausführliches Konzeptpapier ohne jegliche öffentliche Reaktion seites der "UR-RZs".
1981 war zur Organisationsfrage noch folgendes zu lesen gewesen:

> "Zur Frage, wie sich organisieren.
> Wir meinen nicht, daß es richtig ist, die militanten Genoss-Innen aus allen möglichen Bereichen herauszuziehen und geson-

dert zu organisieren. Vielmehr geht es gerade darum, in möglichst vielen Bereichen diese Kampfformen innerhalb der bestehenden Gruppen zu erlernen und anzuwenden. Das bedeutet schließlich auch die Parole:

Schafft viele Revolutionäre Zellen!

Sie ist politisch richtig, weil sie auf Autonomie, Eigeninitiative und Verantwortung baut, und sie ist aus Gründen der Sicherheit richtig, weil nur eine Organisation, die auf selbständig operierenden Gruppen basiert, in diesem Überwachungsstaat die Chance hat, nicht aufgerollt und zerschlagen zu werden." (Revolut. Zorn Nr. 8, Jan. 1981)

In dem Selbstauflösungspapier steht dazu:
"Das Konzept 'Schafft viele Revolutionäre Zellen' ging nur insofern auf, als eine Parallelität der Kampfmethoden entstand. Es war uns jedoch nicht gelungen, in den Teilbereichsbewegungen Fuß zu fassen oder die Militanten aus ihren Zusammenhängen heraus für eine revolutionäre Perspektive und Organisation zu gewinnen."
In den vergangenen zehn Jahren hat es aber keine öffentlich nachvollziehbaren Diskussionen der RZs mehr über dieses Problem gegeben. D.h. eine Debatte Organisierung-Verankerung hat nicht mehr stattgefunden oder sie ist nicht mehr transparent gemacht worden. Ursachen der heute beklagten Isolierung der RZ könnten u.a. in diesem Versäumnis begründet sein.

Desgleichen ist still und leise Anfang der 80iger Jahre ein weiteres wichtiges Element im RZ-Konzept aufgegeben worden: Damit militanter/bewaffneter Widerstand tatsächlich vermaßbar sein kann, müssen die Aktionsformen und -mittel einer Gruppe wie der RZs nachmachbar sein. Deswegen wurde in den Publikationen der RZs mehr oder minder regelmäßig Wissen um Subversionstechniken veröffentlicht (Anleitungen, Neuheiten zum Fälschen, Basteln usw.).
Eine Begründung, weshalb dieser öffentliche Austausch von Hits und Tips für den subversiven Alltag eingestellt wurde, hat es meines Wissens nicht gegeben.

"Unsere eigenen Aktionen der letzten Jahre sind im luftleeren Raum verlaufen, waren nicht mehr Bestandteil einer breiteren sozialen Praxis. Unser koordinatensystem: bewaffnete Opposition - Vermittlung - Verankerung - Vermassung stimmt nicht mehr, der Bezugsrahmen hat sich verschoben, ...",
schreibt die Zelle in ihrem Resümee. Dies könnte den Eindruck erwecken, als hätte es in der Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD so etwas wie die kontinuierliche Praxis bewaffneter Opposition gegeben. Unter dem Begriff: "Bewaffnete Opposition" verstehe ich ein politisch ziemlich weit entwickeltes Verhältnis, wie es beispielsweise die Roten Brigaden oder die Tupamaros erreicht hatten. In der fast 25-jährigen Geschichte des bewaffneten Widerstandes in der BRD sehe ich nur ganz wenige Momente, wo Aktionen materiell in den gesellschaftlichen Konsens eingegriffen haben. Massenmilitanz in Regional- oder Stadtbewegungen hat da teilweise politisch mehr transportiert. Anschläge waren Momente darin. Wir sind zu oft dem Schein als dem Sein aufgesessen. Der Klamauk, das Gezeter, das die Bourgeoisie, die Medien, die Repressionsagenturen veranstaltet haben, ist hochgerechnet worden zur sozialen Bedeutung bewaffneter Politik. Ich denke, wir haben die Phase der sog. Bewaffneten Propaganda nie verlassen, deren Aufgabe es ist, erstmal das bewaffnete politische Element in der politischen Landschaft zu verankern. Bewaffnete Aktionen haben darin einen symbolischen Charakter. Sie stellen den antagonistischen Bruch zu den herrschenden Verhältnissen damit immer wieder durch Praxis zur Diskussion. Sie sind der Beweis, daß im versteinerten Sozialbewußtsein der BRD der Antagonismus existent ist, daß es Risse gibt im scheinbar intakten Gefüge. Das macht auch bis heute die Bedeutung, die Verantwortung der politischen Gefangenen in der BRD aus: nämlich daß sie nicht integrierbar sind. Es ist ein Unterschied, ob in einem Land in Buchläden Schriften zu revolutionärer Politik stehen oder ob Menschen durch ihre Praxis, ihren Einsatz, ihre persönliche Konsequenz revolutionäre Politik zur Diskussion stellen.
Fazit ist: die Zelle hat in ihrer Auflösungsbegründung die Meßlatte an Bewaffneten Widerstand viel zu hoch angesetzt. Das Ergebnis muß dann negativ ausfallen.

Weiter ist mir das Fazit zur Flüchtlingskampagne der RZ zu kurz gegriffen. Ihr Versuch; "die Verkrustungen und Eindimensionalität des vorherrschenden linken Internationalismus jener Jahre aufzubrechen" blieb nicht ohne Resonanz bzw.es gab parallel dazu ettliche Debatten um konkreten Antiimperialismus hier. Zumindest von Westberlin weiß ich, daß nicht nur die RZ mit militanten Aktionen, Anschlägen versucht haben, Antiimperialismus in den Metropolen praktisch zu definieren. Z.B. wird eine erfolgreiche Vernichtungsaktion von Asylbearbeitungsakten in Berlin fälschlicherweise immer wieder den RZs zugerechnet, obwohl eine ganz andere Gruppe sich dazu erklärte. Kampagnen zur Situation von Flüchtlingen in Berlin gab es immer wieder, spätestens seit der Bombardierung Libyens 1986; der IWF-Kongress in Berlin hat BRD-weit zu wichtigen Auseinandersetzungen und auch praktischen Konsequenzen im Antiimperialismusverständnis vieler Linker geführt. Dabei gab es immer wieder Ansätze, nicht nur die Auswirkungen der globalen patriarchal-imperialistischen Weltbevölkerungspolitik und deren Instrumente zu thematisieren, sondern es wurde auch versucht, die Politik des transnationalen Kapitals und die geostrategische imperialistische Politik insgesamt als eine Ursache der weltweiten Vertreibungs- und Wanderungsströme anzugehen. Gleichzeitig entstanden wichtige Diskussionen und neue Widerstandsansätze, die patriarchale Wurzeln und Zusammenhänge des imperialistischen Systems angriffen. Daß die Linke sich nicht auf den von der Avantgarde gesetzten Schwerpunkt gestürzt hat, liegt hauptsächlich an der Eindimensionalität der Interventionsrichtung der RZ.
Es wäre müßig, die Schwächen und Fehler linksradikaler Politik dieser Ebene hier ausführlich zu diskutieren, nur die totale Schwarzmalerei der NRW-RZ kann ich aus hiesiger Sicht bei aller Kritik/Selbstkritik unseres "Bewegungverhaltens" nicht teilen.

Eher wundert mich, daß in den Resümee dieser RZ eine weitere politische Eindimensionalität ihrer Kampagne kaum belichtet wird. Es gab in den 70zigern bei großen Teilen der revolutionären Linken eine wichtige Kritik an der Politik der RAF etwa in dem Sinne, daß sie sich mit der Konzentration auf antiimperialistische Aktionen und später auf Gefangenenbefreiung ("Befreit-die Guerilla-Guerilla") aus der sozialen Realität hier in der BRD selbst politisch hinauskatapultiert hätten. Demgegenüber stand das Verständnis, daß linksradikale Politik sozusagen auf zwei Säulen immer gleichzeitig basiert:

- sozialrevolutionär, d.h. Widerstand aus der eigenen sozialen Realität, dem Zusammenhang von Widerstandsgeschichte der Stadt, Region, den subjektiven Bedürfnissen und objektiven Widersprüchen, als Kampf gegen die Entmenschlichung, Zerstörung individuellen und gesellschaftlichen Seins/Bewußtseins, als Aufstand gegen die Versteinerung der Gefühle und Gedanken,
- antiimperialistisch als moralische Bastion, als notwendige Voraussetzung für eine revolutionäre Perspektive aufgrund des weltweit organisierten imperialistischen Gegners, als Ausdruck grenzenloser humaner Solidarität und des Willens, nicht eher Ruhe geben zu wollen, bis Ausbeutung und Unterdrückung weltweit bekämpft sind.

Es ist nun nicht nur das Manko der RZ-Politik, seit etwa Mitte der 80ziger Jahre der sozialen Realität der BRD hinterher zu rennen. Dieses Grundleiden autonomer Politik wird seit Jahren immer wieder diagnostiziert. Gerätselt wird, ob das nun an uns oder an der sozialen Realität liegt. Aber mit ihrer "Flüchtlingskampagne" hat sich die NRW-RZ ziemlich ausschließlich auf die Politik konkreten Antiimperialismus in der Metropole beschränkt. Das, was die Politik der RZ der ersten zehn Jahre gekennzeichnet hat, nämlich sowohl in der Theorie als auch in der Praxis sozialrevolutionär und antiimperialistisch, ist in der letzten Dekade immer mehr verschwunden. Daß sich die, wenn auch sehr widerspruchsreiche Realität der hier immer noch ausgebeuteten und unterdrückten Frauen und Männer, (multinational ,...und die Kinder nicht vergessen) in der linksradikalen Politik seit Jahren nur noch in Versatzstücken wiederspiegelt, hat uns der qualitative Sprung des BRD-Kapitals zum Projekt Großdeutschland erst so richtig vor die eigenen Füße geworfen. Unsere seit Jahren durch Selbstspiegeleien kaschierte gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit ist auf den Punkt gebracht. Das ist nicht nur eine Erfahrung der Revolutionären Zellen. Wir sind sozusagen auf unsere Grundwerte entblättert.
Und hier genau setzt auch meine Kritik zu den Konsequenzen der der NRW-RZ ein. Auch wenn ihren lang begründeten Abgesang an

Schluß noch eine kleine Passage rangehängt wird, daß sie "mit diesem Papier nicht der Selbstaufgabe revolutionärer Politik das Wort reden" wollen, so vermiß ich in allem einen Trotzen den ja hinlänglich beschriebenen Verhältnissen. Wie oft in seiner fast 25-jährigen Geschichte hat sich der militante/illegale Widerstand in dem Bereich des Trotzalledem bewegt?! Militanz entsprang oft genug auch dem Trotz der Verzweiflung dem "Totalitarismus eines industriellen Systems" (Rev. Zorn Nr.4/78) gegenüber. Nur im offensiven Bruch/Widerstand schien, scheint sich menschliche Identität noch gegen die Verhältnisse setzen zu lassen. Diese subjektive Haltung des "Trotzalledems" läuft natürlich Gefahr, in die irrationalen Sphären einer Glaubensrichtung abzutauchen, führt zur Verselbständigung der Mittel, zur Menschenfeindlichkeit. Infragestellen, permanente politische Bestimmung und Debatte, Suchen nach neuen Ufern, alles als offener, durchsichtiger gemeinsamer Prozeß sind Möglichkeiten, der Erstarrung in subjektiven Sich-Widersetzen vorzubeugen.
Genau da liegen auch weitere Bruchstücke im Scherbenhaufen der RZ. Zu lang war das politische Diskussionsschweigen der Zellen in den letzten Jahren, als daß ich die vorgeknallte Konsequenz auch nur annähernd akzeptieren könnte. Ein hochkompliziert vorgetragener Diskussionsbeitrag von RZs zur Patriarchatsdiskussion vor etwa drei Jahren blieb ohne nennenswerte Resonanz. Seitdem herrscht Funkstille von ihnen zu diesem Thema. Erst mit dieser Abgesangserklärung läßt sich erahnen, welche Verwerfungen in den letzten Jahren im Traditionsgefüge der RZs - auch zur Patriarchatsdebatte - sich abgespielt haben müssen. Dieses Verschweigen solch interner Auseinandersetzungen (das jahrelange Schweigen zum Tod von Gerd Albartus ist dabei besonders krass) zeigt, daß der sogenannte Mythos um die RZs nach innen stärker gewirkt hat als nach außen und damit die frühzeitige Öffnung der Diskussion blockiert hat. Jetzt werden nur noch Ergebnisse vorgeknallt, wo Kampf um Kontinuität als lebendiger, offener Prozeß angesagt wäre.
Viele Diskussionsbeiträge in den letzten Monaten in den Regionalzeitungen deuten daraufhin, daß dieser Prozeß im Gange ist. Das Ringen um neue politische Ansätze ist vorhanden, die Mängel autonomer Kampagnen- und Ghettopolitik, fehlender gesellschaftlicher Bezug und mangelhafte Organisierung sind ausführlich beklagt. Daß eine autonome, militante Linke, die seit Jahren schon um ihre politische Identität kämpft, von den Entwicklungen neuer imperialistisch-patriarchaler Weltordnung, dem Sprung zum Projekt Großdeutschland/Europa überrollt worden ist, wen wunderts. Diesen ungeheuren qualitativen Sprung der imperialistischen Verhältnisse zu sehen, zu begreifen und zu beantworten, ist auch keine Sache von ein paar Monaten. Gerade in dieser Enwicklung haben Zusammenhänge mit längerer politischer Erfahrung eine besondere Verantwortung, sie sind das Bindeglied zu den bisher gemachten politischen Erfahrungen. So wie die NRW-RZ ihre Geschichtsaufarbeitung angeht, ist das eher ein Debakel im Umgang mit politischer Verantwortung. "Die globale Ausbreitung eines dreckigen, geheimdienstlich durchsetzten Terrorismus", was ja alles andere als eine neue Form der Konterrevolution ist, wird zum entscheidenen Problem für den Einsatz revolutionärer Gewalt gemacht. Bei allen Feststellungen wird nicht mehr gefragt, wie läßt sich das anders machen. Wenn der Verlust von Spontanität und sozialer Verankerung durch eine verselbständigte klandestine Struktur beklagt wird, so fehlt jeglicher Ansatz, diese Erfahrung auch nach vorne zu diskutieren, aus den Fehlern zu lernen, in die Gruppen, die sich ernsthafter um eine illegale Struktur bemühen, ja immer wieder schnell geraten können. Welche Momente waren am wichtigsten in diesem Verselbständigsprozeß gewesen? Wie stark ward ihr eigentlich noch in der Organisierung von sog. Massenmilitanz vertreten oder habt ihr euch diese wichtige Erfahrungsebene aus konspirativen Überlegungen heraus grundsätzlich abgeschnitten? Wie ist es dazu gekommen, daß in dem Kampf "um die Herzen und Köpfe der Menschen" nur noch in Anschlagsdimensionen gedacht wurde und die Ebene der Gegenpropaganda, der phantasievollen Vermittlung vollkommen weggefallen ist. Die Anonymität der GenossInnen der RZ kann wohl nicht ernsthaft, so wie ihr schreibt, der Grund für die Grenzen der Ausweitung der Propaganda gewesen sein.
Wo habt ihr in den letzten zehn Jahren gewohnt, gelebt, daß ihr zu den Auseinandersetzungen um die Zerstörung der Städte, den gigantischen Umstrukturierungsprozessen mit den sattsam überall diskutierten Auswirkungen für Wohnungssuchende und MieterInnen nichts gesagt habt?

Das sind nicht Fragen - einige von vielen möglichen - ans "ZK", sondern an eine Gruppe, die ihre fehlende Verankerung beklagt, aber seit Jahren die Diskussion zwischen ihr und der Szene als Einbahnstraße begriffen hat.
Die Selbstauflösung ist darin nur noch die letzte scheinbar mögliche Konsequenz. Vielleicht ist's auch nur politisch arg verbrämte Müdigkeit, die nicht unverständlich wäre, aber so aufgeplustert vorgetragen unehrlich und ein Schlag ins Gesicht all derer wäre, die sich hier versuchen durchzubeißen.
Daß ihr als Rahmen eurer Veröffentlichung das Alt-Herren-Magazin 'KOnkret' gewählt habt, ist ein konsequenter Schlußpunkt.

"...daß es im Gegenteil darauf ankommt, eine historische Etappe abzuschließen",(letzter Abschnitt der Auflösungserklärung) hat die Zelle doch hoffentlich nur auf sich selbst bezogen. Die Anforderungen des antifaschistischen, antirassistischen und antisexistischen Widerstandes lassen der Linken im Moment nicht viel Zeit zum Zurückzug ins Studierzimmerchen. Daß konspirative, militante und auch bewaffnete Gruppen Momente in dieser Bewegung sind, sein werden, liegt auf der Hand, will diese Bewegung nicht zwischen Neonaziterror und Repression zerrieben werden. Das ist für viele schon länger praktische Erfahrung und Notwendigkeit geworden. Dieser Abwehrkampf hat aber längerfristig nur eine Chance, wenn es uns gelingt, mit eigener Praxis greifbar in den anderen Bruchstellen dieser Gesellschaft präsent zu sein. Und es wird dabei kaum noch einen Konflikt in der "Großdeutschen Gesellschaft" geben, der nicht im Hintergrund durch imperialistische Konkurrenz, durch imperialistische Globalstrategien und durch Ausbeutung und Unterdrückung der Trikont-Gesellschaften bestimmt ist. Für die vor uns liegenden Auseinandersetzungen werden wir die Erfahrungen vor allem auch der Stadtguerillagruppen der BRD benötigen. Das ist eine Aufforderung an alle noch bestehenden RZ-Zusammenhänge, sich konstruktiv und nachvollziehbar mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen und wieder Teil einer, wenn auch ein wenig strauchelnden linksradikalen Bewegung zu sein.

RZ

Anmerkungen zum RZ-Papier "Gerd Albartus ist tot"

1. Das Papier provoziert viele Gedanken, und ich möchte mich schon von Vornherein dafür entschuldigen, daß ich mir nicht die angemessene Zeit nehmen kann, um vollständig darauf zu antworten. Ich beziehe mich auf eine englische Übersetzung des Papiers.

2. Das Papier versucht sich mit vielen - zu vielen - politischen Fragestellungen und Themen auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen auseinanderzusetzen - dem Tod von Gerd Albartus, der Selbstkritik zu Entebbe, der (ideologischen und strategischen) Beschaffenheit von internationaler Solidarität in den Metropolen, das Verhältnis der deutschen Linken zu Antisemitismus und zu Israel. Diese im wahrsten Sinne des Wortes Fragen auf Leben und Tod können nicht auf diese Art abgehandelt werden. Es geht nicht nur darum, daß das Papier viele Fragen unbeantwortet läßt: die Art und Weise, wie Fragestellungen und Themen - wenn auch unbeabsichtigt - miteinander verbunden werden, grenzt an Prinzipienlosigkeit. Um spezifisch zu sein, der rein sachliche Satz "Gerd Albartus ist tot" ist offensichtlich geschrieben worden, um eine tiefe emotionale Reaktion hervorzurufen; eine Reaktion, die die/der LeserIn (zumindest dieser Leser) überwinden muß, um sich objektiver und politisch mit dem, was folgt, auseinanderzusetzen. Das ist nicht fair.

3. Ich stimme mit der RZ überein, daß der momentane Triumphalismus der kapitalistischen Länder keine Entschuldigung dafür sein kann, Kritik und Selbstkritik abzublocken. Es ist wichtiger, daß wir uns in dieser Zeit stärken, als daß wir uns darüber Sorgen machen, daß wir angesichts der Gegner geschwächt werden. Ich glaube, daß alle Bewegungen, einschließlich der palästinensischen Bewegung, wenn nötig in einer konstruktiven Weise kritisiert werde können und müssen. Ich habe selbst einen Artikel in einer linken US-Zeitschrift veröffentlicht, in dem ich diejenigen, die für den Angriff auf die Achille Lauro und die Ermordung von Klinghoffer verantwortlich waren, wegen Antisemitismus kritisiert habe und bestimmte Angriffe auf Fluggesellschaften und Flughäfen als terroristisch in ihrer Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben von ZivilistInnen kritisiert habe.

4. Ich habe eine Kritik an der RZ für die Art und Weise, wie sie die Ermordung von Gerd Albartus diskutieren. Er scheint ein wundervoller Genosse gewesen zu sein, und ich trauere um seinen Tod. Aber ich weiß immer noch nicht, wer ihn hingerichtet hat. Die RZ sagen, daß sie keine konkreten Zusammenhänge diskutieren können. Ich finde das sehr problematisch. Wessen Sicherheit schützen sie, indem sie sich weigern, einfach die Gruppe zu spezifizieren ? Angesichts der Abwesenheit dieser einen konkreten Information (keine andere detaillierte Information wäre notwendig), stimme ich der Kritik zu, daß dieses emotional beladene öffentliche Papier ein schlechtes Licht auf den gesamten palästinensischen Widerstand wirft. Ich stimme mit dem Statement der RZ " ... weil fast niemand im Stande ist, das Geflecht der palästinensischen Organisationen und Fraktionen zu durchschauen ..." nicht überein und bin darüber eigentlich verärgert. Ich hatte auch den Eindruck, daß es in dem Papier eine Andeutung gab, daß Gerd getöt wurde, weil er schwul war. Andererseits gibt es seitens der Rz in dem Papier eine nominelle Weigerung, über Motive zu spekulieren, die dann von Spekulation gefolt wird. " ... dort stoßen Ansichten und Verhaltensweisen, die nicht mit den gewohnten Mustern übereinstimmen, auf Mißtrauen und Ablehnung" und " ... und daß in einer solchen Welt eine schwule Identität per se auf Argwohn stößt...". Wenn die RZ glauben, daß Gerd getötet wurde, weil er schwul war, dann sollten sie das sagen und klar machen, daß sie sich nicht sicher sind. Wenn Homophobie in dieser Gruppe [des palästinensischen Widerstands] so extrem ist, dann müssen wir das wissen. Andeutungen jedoch führen zu Mißtrauen, aber geben uns keine Informationen oder Möglichkeiten zur Auseinandersetzung. Das schwächt politisch und persönlich.

5. Den Statements, daß es oberflächlich und kurzsichtig wäre, bewußte Entscheidungen mit dem Zwang der Situation, in denen sie getroffen wurden, zu entschuldigen , stimme ich zu. Wir müssen diese Zwänge verstehen, um zu verstehen, warum ein schreckliches Unrecht verübt wurde, aber wir werden unsere Fehler niemals dadurch korrigieren, wenn wir uns nur an den Bedingungen orientieren. Es stimmt auch, daß es viele Organisationen gibt, die unter brutalen Bedingungen gekämpft haben und trotzdem der Brutalität nicht erlegen sind.
Aber ich denke, daß die RZ die Unterscheidung zwischen den zwei Arten von Organisationen zu rigide trifft, wenn sie z.B. die Schuld der Männerherrschaft oder dem leninistischen Organisierungsmodell zuschreibt. Organisationen, wie auch Individuen, haben die Fähigkeit sowohl große Fehler zu begehen als auch, sie zu berichtigen. Um einen großen deutschen Denker zu zitieren (Goethe): "Ich habe niemals von einem Verbrechen gehört, von dem ich mir nicht vorstellen könnte, es selbst zu begehen."
Es dient der breiteren politischen Argumentation der RZ, diese rigiden Unterscheidungen zu treffen, aber ich bin nicht sicher, ob das mit den Lehren aus der jüngsten Geschichte übereinstimmt. Es war sicherlich kein Zufall, daß die RZ ein Zitat von einem revolutionären Dichter, der von seiner eigenen Organisation getötet wurde, benutzt hat. Ist die ERP dazu verdammt " die Sprache der zukünftigen Diktatoren zu sprechen" ? Sollten wir nicht der Tatsache Beachtung schenken, daß Commandante Villalobos die Gelegenheit seiner ersten öffentlichen Rede an das Volk von El Salvador dazu nutzte, um eine Selbstkritik seiner Organisation für die Ermordung von Roque Dalton abzugeben ? Sicherlich wurde die FLP in El Salvador durch die internen Morde ziemlich zerrüttet, und trotzdem scheinen sie in der Lage gewesenen zu sein, sich zu verändern und eine positive Rolle im Kampf der Menschen zu haben. Ich kann die Zukunft in El Salvador nicht vorhersehen, aber ich bin zuversichtlich, daß die ERP und FLP weder die Revolution verraten werden noch romantische Verlierer sein werden.
Mein Punkt ist einfach - Organisationen und Bewegungen sind komplex, und ihre Aktionen und ihre Politik können sich mit der Zeit und als Ergebnis sowohl von internen Auseinandersetzungen als auch durch Auseinandersetzungen mit Anderen verändern. Die RZ vermittelt wenig von der Art und Weise der Auseinandersetzung zwischen den Organisationen, die stattgefunden hat.

6. Ich habe einige Erfahrungen im Aufbau von Beziehungen zwischen antiimperialistischen Gruppen und Organisationen aus nationalen Befreiungsbewegungen gemacht, obwohl meine Erfahrung wahrscheinlich sehr begrenzt ist im Vergleich zu denen der RZ. Ich fand diese Erfahrungen wichtig, politisch und persönlich bereichernd, manchmal frustrierend und fast immer schwierig. Als RevolutionärInnen aus den Metropolen vertreten wir weder viel von einer sozialen Bewegung, noch haben wir ausgedehnte Erfahrungen in vielen Bereichen des Kampfes. Es gibt sowohl auf einer strategischen als auch auf einer taktischen Ebene oft eine große Diskrepanz zwischen unseren Organisationen und

denen unserer GenossInnen aus den nationalen Befreiungsbewegungen. Wir können leicht dazu kommen, daß wir das Gefühl haben, daß wir wenig anzubieten haben, außer bestimmten Arten von materieller Unterstützung. Im Bewußtsein unserer eigenen Unerfahrenheit und vielleicht unseres eigenen Rassismus oder nationalem Chauvinismus neigen wir dazu, Vorschlägen, die gemacht werden, unkritisch zuzustimmen.
In meiner Erfahrung gibt es mindestens zwei Hauptfehler in dieser Art von Verhältnis. Der erste ist, daß wir und die GenossInnen aus den nationalen Befreiungsgruppen auf einer politischen Ebene alle als RevolutionärInnen in unseren jeweiligen Ländern handeln. Das macht unsere Kämpfe nicht gleich, aber es macht uns zu GenossInnen und schafft eine Basis für Beziehungen mit hohen Prinzipien, die auf gegenseitigem Respekt und Kritik/Selbstkritik basieren. Der zweite Fehler ist, daß wir selten "unkritisch" sind; vielmehr halten wir unsere Kritik zurück und führen keine offene Auseinandersetzung mit der anderen Organisation. Stattdessen wächst die Ablehnung und bricht oft an einem kritischen Punkt abrupt und übertrieben heraus. Anstatt daß wir unkritisch waren, waren wir tatsächlich ohne Prinzipien, indem wir die Auseinandersetzung um die Fragen nicht geführt haben.
Organisationen in den Metropolen müssen für unsere Politik und unsere eigene Sicherheit verantwortlich sein. Es kann gut sein, daß in Beziehungen zwischen Organisationen Unterschiede und Differenzen aufkommen, und sie können entweder an einem bestimmten Punkt in der Geschichte gelöst werden oder eben nicht. Wenn nötig, können Beziehungen auf einer organisatorischen Ebene beendet werden, aber ich würde das nicht als ein Ende unserer antiimperialistischen Verantwortlichkeiten oder als Unfähigkeit zu Veränderungen über eine längere Zeit ansehen. Unsere und ihre Organisationen können sich verändern. In meiner eigenen Erfahrung habe ich gesehen, daß Gruppen in Bezug auf gesellschaftliche Fragen wie Frauenbefreiung und Rechte von Schwulen und Lesben ihre eigenen tief verwurzelten Positionen kritisiert und in der Praxis verändert haben.
Es ist oft sehr schwierig, gemeinsame Projekte durchzuführen, oder Kader aus einer Gruppe direkt unter die Führung einer anderen Gruppe zu stellen. Dafür müssen Richtlinien aufgestellt werden, die so detailliert wie möglich sein sollten. Es ist jedoch meine Feststellung, daß oft die Handvoll Kader, die an einem solchen Unternehmen beteiligt sind, qualitativ mehr zu internationaler Solidarität beitragen könnten, indem sie in den Metropolen bleiben und dort kämpfen. Das muß nicht auf gelegentliche Einzelpersonen mit besonderen Fähigkeiten zutreffen, und das sind die Fälle, wo klare Übereinkünfte notwendig sind.

7. Ich habe gehört, daß einige Leute die Fakten, wie sie von der RZ zu Entebbe dargestellt werden, in Frage stellen. Ich weiß nicht, was ich von der Selbstkritik halten soll, wenn die Tatsachen falsch sind, so daß ich für mein Anliegen, sie so akzeptieren werde, wie sie [in dem Papier] dargestellt werden.
Zuerst, Entebbe:
Wenn es eine "Selektion" von jüdischen Passagieren gab, war sie antisemitisch und muß von Menschen mit Prinzipien abgelehnt werden. Aber ich habe Schwierigkeiten mit der Selbstkritik der RZ in Bezug auf Antisemitismus. Irgendwie wird die "Besonderheit" der Beziehung der Deutschen zu den Juden und zum Holocaust zu der moralischen Grundlage für die politische Unterstützung des theokratischen [auf Religion basierend, Anm. d. Ü.] Staats Israel. Dieses "besondere Verhältnis" ist vom deutschen Staat für seine massive Unterstützung für Israel benutzt worden; jetzt benutzt eine revolutionäre Gruppe die gleiche Begründung, um zu fast (nicht völlig) der gleichen Schlußfolgerung zu kommen. Das scheint nicht richtig zu sein.
Meiner Ansicht nach müssen progressive Menschen aller Nationalitäten Antisemitismus ablehnen, weil Antisemitismus eine Philosophie und Praxis ist, die Haß gegen eine bestimmte religiöse Gruppe fördert, der alleine auf Religionszugehörigkeit und zu einem gewissen Ausmaß auf genetischer Abstammung basiert. Wir kämpfen für Gleichberechtigung und ein Ende von allen Formen von Diskriminierung und Unterdrückung; wir glauben, daß Individuen aufgrund ihrer Handlungen und nicht ihrer Rasse, ihres Geschlechts, ihrer Religion, und ihrer sexuellen Zuordnung beurteilt werden sollen. D.h., wenn Antisemitismus von Deutschen abgelehnt werden muß, dann muß er genauso von AmerikanerInnen, von PolInnen, von PalästinenserInnen etc. abgelehnt werden. Weil Antisemitismus moralisch falsch und verabscheuungswürdig ist, und nicht wegen des Holocaust. Gleichzeitig kann ich verstehen, daß Antisemitismus ein akuteres Problem in Deutschland sein mag, während Rassismus gegen Schwarze Menschen ein akuteres Problem in den USA sein mag. Es gibt jedoch bestimmte politische und kulturelle Grundsätze, die sowohl Rassismus als auch Antisemitismus zugrunde liegen,

und es überrascht mich nicht, die wachsende rassistische Gewalt in Europa und das Wiedererstarken von Antisemitismus in den USA zu sehen.
Das Papier der RZ führt diesen Grundsätze einen Schritt weiter, um politische Unterstützung für den momentan bestehenden Staat Israel zu rechtfertigen. Wieder denke ich, daß die "Besonderheit" irreführend ist. Wenn es stimmen würde, daß es richtig ist, daß es einen theokratischen jüdischen Staat gibt, dann ist genauso richtig für mich in den USA wie für die RZ in der BRD, diesen Staat zu unterstützen.
Viele Jahre lang hatte ich den Eindruck, daß die israelischen Aktionen - Aktionen eines aggressiven und unterdrückerischem Staats - aus aus der Tatsache stammen, daß Israel eine Siedlerkolonie ist. Daher war die palästinensische Forderung nach einem säkularem, demokratischen Staat ganz klar die korrekte und progressive Lösung für das Problem. Wenn das für mich jedoch die korrekte Lösung war, dann war sie auch für die RZ korrekt. Und wenn der PNC [Palästinensische Nationalkongreß] eine Zweistaaten-Lösung verlangt, würde ich sagen, daß es für uns alle richtig ist, dies zu unterstützen und die Realität zu erkennen, daß der israelische Staat real physisch existiert und der palästinensische Staat nicht. Wenn die RZ nicht die Israelis gegenüber den PalästinenserInnen privilegieren wollen, dann sollten sie erkennen, daß das Thema immer noch Unterstützung für die PalästinenserInnen ist. Genauso wie sie erkennen konnten, daß wir auf der Linken nicht zu sehr darüber besorgt sein sollten, denjenigen "Munition zu liefern", die ohnehin nicht schlecht bewaffnet sind, so sollten sie auch erkennen können, daß die Israelis dieser Tage ziemlich gut bewaffnet sind und die Unterstützung der RZ wirklich nicht benötigen.
Ich verstehe die Begründung der RZ nicht; so lange wie Euro-AmerikanerInnen Antisemitismus nicht "ausrotten" können, hat Israel als ein theokratischer Staat das Recht , PalästinenserInnen auszuweisen und zu unterdrücken. Ich weiß, daß es das alles sehr einfach macht, aber dies scheint mir ihre dem zugrundeliegende Position zu sein.Selbst wenn ich für einen Moment ihre Maßstäbe akzeptiere, ist es denn wahr, daß Israel als ein theorkratischer und expansionistischer Staat die Fähigkeit der Juden zu überleben gesichert hat ? Wenn die BRD und die USA Israel nicht massive militärische und wirtschaftliche Unterstützung geben würden, würde Israel in einer relativ kurzen Zeit zusammenbrechen.
Wie die RZ, bin auch ich von der Stärke des Nationalismus überrascht; die Ereignisse in Mittel- und Ost-Europa sind sicherlich auffallend gewesen. Trotzdem kommt es mir so vor, daß die RZ unter dem Deckmantel des "Realismus" einem tiefen Zynismus zum Opfer gefallen sind. Während sie einerseits behaupten, daß sie ihre Kritik nicht auf den gesamten palästinensischen Befreiungskampf verallgemeinern, scheinen sie andererseits ziemlich sicher zu sein, daß die PalästinenserInnen sich in "Monster" verwandeln würden, sobald sie als ein Nationalstaat zusammengeballt wären. Ich nehme dann an, daß die RZ auch nicht den Republikanischen Kampf in Nordirland unterstützen kann, weil siegreiche RepublikanerInnen LoyalistInnen nur auf die gleiche Art behandeln würden, wie sie selbst behandelt worden sind. Aber ist das wahr ? Selbst bei der Durchführung des bewaffneten Kampfes versuchen die RepublikanerInnen ihre Ziele politisch und nicht sektiererisch zu halten. Es sind Fehler gemacht worden, aber sie werden eingestanden und kritisiert. Und umgekehrt - tun das die Briten und Loyalisten auch ? Haben die AfrikanerInnen in Zimbabwe, Angola oder Mosambik die EuropäerInnen auf die gleiche Weise behandelt, wie sie selbst während der Kolonialzeit behandelt wurden ?
Ich habe den Eindruck, daß die RZ und ich in einigermaßen unterschiedlichen historischen Zeiten gelebt haben. Ich weiß, daß in kürzlich befreiten Ländern tiefe soziale Probleme weiterhin exisitieren, aber ist es nicht klar, daß sie niemals gelöst werden können, während die Herrschaft durch andere Staaten weiter existiert ? Die RZ hat ein Recht auf ihr eigenes politisches Leben, unabhängig davon wie beschränkt und besonders es in Bezug auf die "Besonderheit" von Deutschland sein mag, aber es scheint mir, daß sie nahe daran sind, eine gesamte historischen Realität zu negieren.
Ein letztes Wort zum Thema Antisemtismus: Ich bin mir überhaupt nicht sicher, daß die RZ das inzwischen verstanden hat. Bei dem Versuch , zu erklären, wie ihre Kader jüdische Passagiere "selektieren" konnten, führen sie " historische Amnesie und moralischen Desintegration " an. Das kann sein ... aber vielleicht war der Grund Antisemitismus, unabhängig davon, wie "antifaschistisch" die GenossInnen waren. Wenn du ihn [Antisemitismus] bekämpfen willst, dann mußt du ihn erkennen und ihn als das benennen, was er ist.

Zweitens, die Entführung von Schleyer:
Die RZ kritisiert die Entführung der Lufthansa Maschine. Ich stimme ihrer Kritik zu. Wie ich schon vorher angeführt habe, habe ich ähnliche Aktionen öffentlich kritisiert. Obwohl die letzendlichen Motivationen und Ziele der Linken humanistisch sind, denke ich, daß etwas Wahres an der Beobachtung ist, daß Gewalt Sensibilitäten abstumpfen kann. Selbstgerechtigkeit, ein Verständnis der schrecklichen Ungerechtigkeiten, die vom imperialistischen System verübt werden, und eine tiefe Überzeugung, daß wir für die Zukunft kämpfen müssen, kann manchmal zu der "das Ergebnis rechtfertigt die Mittel" Philosophie führen, wie sie von der RZ diskutiert wird. Ich bin inzwischen zu der Ansicht gekommen, daß es wahrscheinlicher ist, daß "die Mittel das Ergebnis gestalten werden".
Ich möchte jedoch auch darauf hinweisen, daß mehrere der wichtigsten palästinensischen Organisationen Flugzeugentführungen als eine Taktik auch abgelehnt haben. Ich denke, daß es wichtig ist, auf diese Tatsache hinzuweisen. Seit einer Anzahl von Jahren ist es die offizielle Politik des Exekutivkomitees der PLO, das extra-territoriale Aktionen gegen Israel nicht von mit der PLO verbundenen Gruppen ausgeführt werden. D.h. , es scheint, daß das Verständnis der RZ von revolutionärer Moral von den meisten palästinensischen Gruppen geteilt wird.

8. Ich möchte nur noch eine weitere Anmerkung machen. In der Mitte des Papiers scheinen die RZ zu sagen, daß die Grundlage für ihren Antiimperialismus ein Verständnis war, daß nationale Befreiung und soziale Befreiung ein gemeinsamer Prozeß wäre. Es ist klar, daß dies nicht immer der Fall war, obwohl ich ihr Statement, " daß die Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete" für übertrieben und irreführend halte. Stammt diese Beobachtung aus Diskussionen mit den Frauen aus Nicaragua, Cuba oder Vietnam ?

Ich stimme nicht mit der Analyse der RZ über die Grundlage von Antiimperialismus überein. Selbstbestimmung ist weltweit als ein Menschenrecht anerkannt und sollte allein auf dieser Grundlage unterstützt werden. Ich denke auch, daß das Erreichen von Selbstbestimmung von unterdrückten Nationen in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg zumindest zeitweise die US-geführte imperialistische Koalition und das gesamte Modell kapitalistischer Akkumulation geschwächt hat. Es mag vielleicht einen erfolgreichen Versuch der Bourgeoisien geben, dieses Modell zu reformieren, aber dies ist mehr unsere Veranwortung in den Metropolen als eine Reflektion auf [die Fehler] der kürzlich befreiten Länder. Schließlich glaube ich im Gegensatz zu der RZ nicht, daß nationale Befreiung "in fast allen Fällen" zu Rückschritten im Prozeß der sozialen Befreiung geführt hat.

Das Papier wirft noch viele andere Fragen auf, die Anmerkungen verdienen, und könnte Diskussionen über die komplexen ungelösten Fragen bei der Zusammenführung von internationaler Solidarität mit Befreiungspolitik in den Metropolen anregen. Ich habe weder die Energie noch die politische Klarheit, mich in diese Fragen hineinzustürzen, aber ich kann sagen, daß ich von der Kontinuität des Konzepts von "Selbst"-Bestimmung beeindruckt bin, das so vielen sozialen Kämpfen in den Metropolen zugrundeliegt und der "Selbstbestimmung" von unterdrückten Nationen. Was alle diese Kämpfe mit "Revolution" zu tun haben, ist etwas, das wir alle sowohl in der Theorie und in der Praxis herausfinden müssen. Ich bin nicht sicher, ob wir in dieser konkreten Zuspitzung zu einer Antwort kommen können, und ich denke nicht, daß wir uns damit lähmen sollten, "revolutionäre" Strategien herauszufinden. Hoffentlich ist unser Verständnis für Recht und Unrecht, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit intakt, und kann uns in einer düsteren Zeit, in der alte Theorien und Strategien sich als ernstlich fehlerhaft erwiesen haben, den Weg weisen.

ein US-amerikanischer politischer Gefangener aus dem weißen anti-imperialistischen Widerstand

im April 1992

Anmerkung der ÜbersetzerIn: Dieser Text bezieht sich auf das RZ-Papier "Gerd Albartus ist tot". Da es unmöglich ist, die gesamte Papierflut zu diesem RZ-Papier zu übersetzen (das gilt auch für andere Erklärungen), können GenossInnen aus anderen Ländern -sowohl in den Knästen als auch draußen - Diskussionen hier immer nur bruchstückhaft vermittelt werden.

S chs Thesen, vier Myth n, zwei Wege, ein Ziel?

Zur Geschichte der radikalen Linken in der BRD gehört seit Anfang der 70er Jahre die Existenz bewaffneter Gruppen. Bis in die 80er Jahre kamen speziell von der RZ immer wieder nicht nur praktische Signale des Weiterkämpfens in schwierigen Zeiten, sondern auch wichtige Diskussionsbeiträge. Gleichzeitig gab es aber von Anfang an durch die unpolitische Art der Auseinandersetzung mit diesen Gruppen und ihre fortschreitende Isolierung einen gewissen Zwang für alle Linksradikalen, diese Gruppen zu verteidigen. Eine Diskussion über Fehler und falsche Entwicklungen war kaum möglich, entweder man war dafür oder dagegen. Unsere Versuche, in der Wildcat die Debatte öffentlich zu führen (das letzte Beispiel "Arbeitermacht und bewaffneter Kampf" Wildcat 56) blieben immer schnell stecken. Zum Teil, weil gerade Leute aus der Raf sich kategorisch weigerten, sich zu äußern; vor allem aber, weil wir an uns dabei immer den Anspruch hatten, "nach vorne" zu diskutieren – und ihn nicht einlösen konnten.

Seit über einem Jahr häufen sich nun Interviews, Papiere und Stellungnahmen: Die Raf äußerte sich im Pohl-Interview mit der FR zu "ihren DDR-Aussteigern" und ihren Kontakte zur Stasi. Aus dem Bereich der RZ kamen Papiere, die Anschläge der eigenen "Firma" scharf kritisierten, ein Papier, das die Ermordung von Gerd Albartus als Anlaß zur Distanzierung von antiimperialistischen Vorstellungen nahm, ein weiteres Papier, das die Selbstauflösung einer Revolutionären Zelle verkündete, nun kam auch von der Raf die Ankündigung, den bewaffneten Kampf einstellen zu wollen. Während die RZ-Papiere (trotz inhaltlicher Schwächen) eine politische Diskussion (neu beginnen) wollen, setzt die Raf selbst in ihrer Absage-Erklärung ihren seit Stockholm mit dem Staat begonnenen Exklusiv-Dialog fort.

Die folgenden Thesen haben nicht den Anspruch, die "Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD" abzuhandeln. Sie streichen erst mal ein paar Sachen raus, die uns an den verschiedenen Beiträgen wichtig erscheinen. Wir möchten damit einen Beitrag dazu leisten, daß eine *politische* Diskussion zustande kommt und nicht wieder ganz schnell alles unter den Teppich gekehrt wird oder in einem diffusen Nebel von Taktik und Verleugnen verschwindet. Deshalb hier auch nochmal die Aufforderung an alle "Betreffenden", sich zu äußern, wir werden auch zugeschickte Diskussionsbeiträge veröffentlichen.

1) Mythos 1: Der Antiimperialismus oder: Zusammenarbeit mit Geheimdiensten.

Erstaunlich ist auf seiten der Raf die lapidare Umgehensweise mit der eigenen Verstricktheit in Geheimdienstgeschichten. Kein Wort der Selbstkritik – es wird höchstens darauf verwiesen, daß es für eine Guerilla ohne Hinterland eben notwendig war. Daß diese Zusammenarbeit möglicherweise von der Stasi dazu benutzt wurde, die Raf Anfang der 80er operativ auszuknipsen, wird mit der Versicherung verdrängt, man sei jederzeit autonom geblieben. Aufgrund des ja wohl sehr eindeutigen Gefälles in dem Kräfteverhältnis Stasi und Guerillagruppen kann wohl ab einem gewissen Zeitpunkt in der Geschichte nicht mehr von der so hochgelobten selbstbestimmten Politik die Rede sein.

Die deutschen Guerilla-Gruppen haben von Beginn an Kontakte zum palästinensischen Widerstand gehabt (Ausbildung, Zusammenarbeit, Flugzeugentführungen). Es ist (zumindest inzwischen) bekannt, daß viele politischen Gruppen in Palästina von Geheimdiensten der verschiedensten Länder durchsetzt und gesteuert sind. Schon mit dem wenigen, was bisher öffentlich wurde, ergibt sich, daß Guerilla-Gruppen zwischen diverse Fronten und Interessen europäischer Staaten und Nah-Ostgeheimdiensten geraten sind (Verflechtungen von Action directe mit dem syrischen Geheimdienst; Ultimaten, mit denen Carlos auf die Inhaftierung von Leuten aus dem hessischen Untergrund in Frankreich reagierte; Sprengstofftransporte von Weinrich via Ostberlin zwecks Anschlag auf das "Maison francaise"). Nach all dem dürften auch Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst einige Kenntnis von gewissen Verbindungen gehabt haben, sie wären Oberdilletanten, wenn sie von allem nichts gewußt haben sollten.

Die deutschen Guerillagruppen haben darüber hinweggesehen, welche innerorganisatorischen Gepflogenheiten bei ihren palästinensischen Verbündeten herrschten (Hierarchien, Verhältnis Frauen-Männer, Umgang mit Abweichlern bzw. ihre Gleichsetzung mit "Verrätern", es war auch bekannt, daß diese Organisationen interne Knäste unterhielten usw.) Der Aufbau eines organisationsinternen Geheimdienstes und eines Knastsystems hat in den seltensten Fällen "Sicherheitsbedürfnissen" gedient, sondern meistens der Durchsetzung der Führer gegen die Basis, der Ausschaltung, Einkerkerung und Ermordung aufmüpfiger "Gefolgsleute"!

Das alles war aber schon lange bekannt. Zur Erschießung von Schmücker hatte beispielsweise Brückner ein Buch gemacht, H.J. Klein, der selber bei der OPEC-Aktion dabei gewesen war, hatte in einem Buch seinen Ausstieg aus der RZ haupt-

sächlich mit solchen Geheimdienstverwicklungen begründet ... Aber die Guerillagruppen hatten solche kritischen Stimmen immer in die Nähe von Verrat gerückt, solche Kritik tabuisiert. Angesichts dieses jahrzehntelangen Verdrängens kriegt man bei den aktuellen selbstkritischen Erklärungen oft den Eindruck, daß da Dämme brechen. Die RZ, die damals Entebbe und HJ Kleins Ausstieg mit der martialischen Parole »Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter« abgetan haben, erklären nun in ihrem Pa-

pier zu Gerd Albartus Ermordung »durch eine palästinensische Gruppe« mit den gleichen Geschichten das Scheitern ihrer antiimperialistischen Politik."

Die Revolutionäre Zelle legt hohe Erwartungen in die Auseinandersetzung (»Welle von Reaktionen«), die sie mit ihrer Erklärung auslösen will: »Sie wird sich mit dem Zusammenhang von Politik und Moral, dem Gegensatz von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung und dem Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und Terror zu befassen haben.« Aber ihr Wille, zunächst mal die eigene Geschichte aufzuarbeiten, bleibt sehr schwach, was mit oberflächlichen Argumenten begründet wird: »Unser Wissen über die Gruppe wie über Gerds Verhältnis zu ihr ist begrenzt. Die Verbindungen gehen zurück auf einen Abschnitt unserer Geschichte, unter den wir aus politischen Gründen schon vor etlichen Jahren einen Schlußstrich gezogen hatten. Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge in der Zwischenzeit auch dort geändert haben, überschauen wir nicht.« Zu solchen Oberflächlichkeiten steht der hammerharte Schlußstrich unter die antiimperialistische Perspektive der frühen RZ in krassem Gegensatz: »Was ... als Versuch formuliert wurde, eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklung zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht ... Was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem Gegensatz dazu. Wir mußten uns entscheiden.«

Weil sie nicht zu den inhaltlichen Punkten vorstoßen, landen sie dabei, "den palästinensischen Widerstand" allgemein anzuschwärzen, die Ermordung von Gerd Albartus durch die palästinensische Gruppe, mit der er zusammenarbeitete, wird beinahe zu einer Frage von unterschiedlichem Naturell (»daß hier Maßstäbe aufeinanderprallen, die zweierlei Welten entstammen« und weiter unten »daß in einer solchen Welt eine schwule Identität per se auf Argwohn stößt«).

Das Papier bleibt weit hinter dem zurück, was in den 80er Jahren als "neuer Internationalismus" diskutiert und praktiziert wurde: die Möglichkeit der weltweiten Befreiung macht sich nicht an "Bruderorganisationen", Bündnispolitik und Machtspielchen fest, sondern an den weltweiten Ansätzen zu selbstorganisierten Kämpfen.

In Wirklichkeit ist es auch gar keine Auseinandersetzung mit aktuellen Vorstellungen von weltweitem Klassenkampf, sondern ein Sich-Abarbeiten an der eigenen Geschichte. Ersetze überall »palästinensischer Widerstand« durch »antiimperialistische bewaffnete Gruppen in der BRD«: Dann ist es ein wichtiges Papier, das zum erstenmal mit dem Tabu des gläubigen Antiimperialismus bricht, das zum ersten Mal die militärische Ebene mit ihrer hierarchischen Logik problematisiert. Aber die Selbstkritik bleibt auf halben Weg stehen – sie muß erstmal zuende geführt werden. Sie muß dann auch die Ansätze zu einem "neuen Antiimperialismus" einbeziehen. Und schließlich muß Tacheles geredet werden, wie der Bezug auf die hiesigen Sozialprozesse aussehen kann. Hier bleiben sie völlig schwammig: »Wer unsere Praxis in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß wie diese Entscheidung ausgefallen ist.« Was ihre Konsequenzen waren, können wir nur erraten bzw. interpretieren.

2) Krise des Bewaffneten Widerstandes

Die Politik der RZ in den 70er bestand sowohl aus internationalistischen Aktionen z.B. Chile, aus Aktionen zu sozialen Konflikten z.B. Anschlag Kaußen (Kölner Miethai), sowie Themen der damals beginnenden Frauenbewegung (Anschlag auf das Bundesverfassungsgericht), Anschläge auf BDI, BDA und IHK. Nach Entebbe 1976 trat eine Pause ein. Seit Beginn der 80er Jahre versuchten die RZ sich stärker auf soziale Widersprüche zu beziehen, was in der Regel über den Transmissionsriemen der Linksradikalen in den Teilbereichsbewegungen versucht wurde: Startbahn, Friedensbewegung, Gen- und Reproduktionstechnologie und die Flüchtlingsfrage, sogar die 35-Std-Woche. Zumindest in der Anti-Akw-Bewegung, der Häuserkampfbewegung und vor allem an der Startbahn West schien das Konzept auch aufzugehen. Die Papiere "Krise, Krieg und Friedensbewegung und Startbahn-West" (Rev. Zorn 81) wurden in diesen Bewegungen breit diskutiert. Es gelang ihnen "die Herze und Köpfe" der Bewegungsaktivisten zu erobern.

Eine zweite Schiene war das Thematisieren der "Flüchtlingsfrage". Hiermit wollten sie zu einem »neuen Ansatz von Antiimperialismus der radikalen Linken beitragen«. Antiimperialismus sei mehr als Solidarität mit den Befreiungsbewegungen: »Unsere Aufgabe ist es, eine imperialistische Politik auf die Klassenfront hier und auf die Rückwirkungen in diesem Land zu beziehen ... So wie die Flüchtlingsbewegungen die Grenzen zwischen dritter und erster Welt überschreiten, muß heute der antiimperiali-

stische Kampf auf die Metropolen zurückbezogen werden«. (Revolutionärer Zorn extra Oktober 1986).

Durch Kampagnen gegen die Einschränkung der Aufenthaltsbedingungen und Lebensverhältnisse der Flüchtlinge, Netze zur Verteidigung von Flüchtlingen, Aktionen gegen Zwangsprostitution und Frauenhandel, Kampagnen gegen Zwangsarbeit und Niedriglohn, Unterstützung illegaler Strukturen von Flüchtlingen, Aktionen gegen Razzien der Ausländerbullen sollte ein faktisches Aufenthaltsrecht durchgesetzt werden.

In der Kampgane der Roten Zora gegen

---

* Gerd Albartus wurde im Januar '77 festgenommen beim Versuch, ein Kino in Brand zu stecken, in dem der Propagandafilm "Unternehmen Entebbe" lief. Aus der Erklärung zum versuchten Anschlag auf das Kino: »Wir haben heute in mehreren westdeutschen Kinos, die den Film 'Unternehmen Entebbe' spielen, Feuer gelegt. Dies soll als Warnung verstanden werden von den Filmverleihern und den Kinobesitzern, die an der rassistischen Hetze verdienen wollen, aber auch als Warnung an die Zuschauer. Dieses Mal haben wir durch Art und Umfang unserer Aktion sichergestellt, daß niemandem etwas geschehen kann. Um vermeidbare Risiken für die Zukunft auszuschalten, fordern wir: Sofortige Absetzung des Hetzfilms...!
RZ/Kämpfer für ein freies Palästina – 3.1.1977«

Adler bündelten sich viele dieser Vorstellungen.
Nach den Verhaftungen am 18.12.87. von Ingrid Strobl und Ulla Penselin und dem Verschwinden einiger Gesuchten griff eine breite Solidaritätsbewegung die "inkriminierten" Themen wie Gen- und Reproduktionstechnologie, Sextourismus, Flüchtlingspolitik stark auf. Allerdings zeigte sich in dieser Kampagne, wie dünn die politischen Vorstellungen der RZ hier waren. Zudem waren sie – personell geschwächt – auch nicht in der Lage, auf diese breite Solidaritätsbewegung einzugehen.

Die **Auflösungserklärung** der Ruhrgebiets-RZ ist an diesem Punkt völlig widersprüchlich. Sie arbeiten heraus, daß sie bereits "vor dem 18.12." in einer politischen Krise waren: »Zwar hatten wir nicht die Hoffnung, daß sich rasche Verbindungslinien zwischen Flüchtlingen und hiesigen proletarisierten Schichten ergeben würden ... Aber wir phantasierten den Willen der Flüchtlinge, in den Metropolen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und an existenzieller Sicherheit einzuklagen, als direkten antiimperialistischen Kampf, verbunden mit trikontinentaler Widerstandserfahrung – und damit als ein mögliches Terrain unserer eigenen Politik. Als die Kämpfe in dieser Form ausblieben, auf die wir hätten Bezug nehmen wollen (wobei wir die vielen "reformistischen" Forderungen von Asylsuchenden leicht übersahen), kompensierten wir dies mit der Analyse der staatlichen Flüchtlingspolitik und mit Angriffen auf deren zugängliche Agenturen. Wir machten die Sache der Flüchtlinge zu der unsrigen, ohne auf ihre Subjektivität und Erwartungen Rücksicht zu nehmen, ja ohne sie zu kennen. Diese "Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge" ergab sich scheinbar notwendig....«
»In der Fixierung auf unsere Kampfmethoden verzichteten wir darauf, eine theoretische politische Orientierung zu entwickeln ... in der Propagierung unserer eigenen Kampfmittel [steckte] eher ein Aktionsmodell als eine politische Theorie ... herausragendes Merkmal blieb die Symbolik des Bombenanschlags.«
Trotzdem machen sie das Debakel an der angeblichen "Nicht-Reaktion der Szene" fest. Ihre eigenen politischen Vorstellungen gingen nicht über "freies Fluten" raus. Und daraus wäre eine revolutionäre Perspektive nur herstellbar, wenn sie in den Vorstellungen, Ansprüchen und/oder im Verhalten der hier ankommenden Flüchtlinge angelegt wäre. Beides trifft aber nicht zu.
Und ohne angeben zu können, wie sich diese "Einbahnstraße" in Zukunft vermeiden läßt, ja ohne den Versuch dazu zu machen, geben sie wiederum "Flüchtlinge" als zentrale Kategorie aus: »Erst wenn sich erwiesen hat, daß die albanischen Flüchtlinge in Italien 1991 nur die Vorboten einer Unterminierung der Festung Europa gewesen sind, werden auch hier die Verhältnisse wieder zu tanzen beginnen«. Wenn aber die RZ weder Hoffnung auf ein Zusammenkommen mit den ProletarierInnen hier haben, noch im Verhalten der Flüchtlinge selbst revolutionäres festmachen können, bleibt eben nur die sozialarbeiterische Betreuung oder die "Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge". Keinesfalls läßt sich dann in der Überflutung der "Festung Europa" eine revolutionäre Perspektive vorstellen.
Auch heute ist die Flüchtlingsfrage nicht *der* Ansatz revolutionärer Arbeit. Aber richtig bleibt es, Netzwerke aufzubauen, um Flüchtlinge zu verstecken, Bleiberecht durchzusetzen, Lager zu verhindern....

Absage-Erklärung der Raf
Die Raf bietet in ihrem Papier dem Staat an, ihre Kommandoebene zurückzunehmen, im Gegenzug dazu sollen endlich die Gefangenen rausgelassen werden. Vermischt ist dieser einfache Sachverhalt mit

einer stümperhaften Einschätzung ihrer Geschichte und der allgemeinen politischen Weltlage.
Nachdem fast 20 Jahre lang mit elf Hungerstreiks über öffentlichen Druck die Haftbedingungen der Gefangenen vergeblich angegriffen wurden, ist es legitim, die Freilassung der Gefangenen direkt zu verhandeln. Aber das kann nicht als revolutionäre Politik ausgegeben werden. Die Aktionen der Raf in den letzten Jahren - das Ausschalten einiger Spitzen aus Politik und Wirtschaft - haben Druck gemacht, um Verhandlungen zu ermöglichen. Eine *politische* Diskussion muß aber trennen: die Freilassung auf der einen Seite, das Aufarbeiten der eigenen Geschichte auf der anderen.
Die Raf ist Anfang der 70er Jahre eine – theoretische und praktische – Orientierung für viele Linke und vor allen Dingen für den bewaffneten Widerstand in der BRD gewesen (RZ und 2. Juni). Seit Mitte der 70er Jahre begaben sie sich mit den Raus-Hol-Aktionen (Stockholm, Ponto, Schleyer) in den abgehobenen Krieg mit dem Staat. Die Linke war gespalten in die "Di-

stanzierer" und die "Sympathisanten" – dazu wurden alle, die Verbesserungen der Haftbedingungen durchzusetzen versuchten.
Alles, was uns die Distanzierer immer vorgeworfen haben, gibt die Raf in ihrer Erklärung nun plötzlich zum Besten: »daß wir viel zu wenig auf andere, die hier auch aufgestanden waren zugegangen sind; und auf die, die noch nicht aufgestanden sind, gar nicht«, »daß [wir] nur Angriffe gegen den Imperialismus im Kopf hatten und nicht gesucht haben nach positiven Zielen und gesellschaftlicher Alternative, die schon heute existieren kann. ... Gezielt tödliche Aktionen von uns gegen Spitzen aus Staat und Wirtschaft können den jetzt notwendigen Prozeß im Moment nicht voranbringen, weil sie die gesamte Situation für alles, was in Anfängen da ist und für alle, die auf der Suche sind, eskalieren.« Das galt auch schon die letzten 20 Jahre. Nur hat es die Raf immer einen Scheiß-Dreck interessiert, welche Reaktionen sie durch ihre Politik ausgelöst hat. Die radikale Linke war über Jahre damit beschäftigt, immer zu verteidigen, daß sämtliche Repressionsmaßnahmen des Staates auch ohne die Politik der Raf entwickelt worden wären, sich nicht speziell gegen bewaffnete Gruppen, sondern gegen sämtlichen Widerstand in der BRD richten.
Ansonsten gibt es in diesem Papier keine neuen Erkenntnisse: Nicht erst seit heute gibt es Kämpfe der sozialen Gefangenen gegen Sonderbehandlung und unmenschliche Haftbedingungen – Aktionen gegen Rassismus – Armut – faschistische Tendenzen usw. usf.
Der Kommentar der ZEIT »Der Brief liest sich in seinem letzten Teil... wie das Parteiprogramm einer sehr linken, aber noch verfassungsmäßigen politischen Partei.. Ist das des Rätsels Lösung: der Wunsch nach Rückkehr in die Legalität und ins politische Wirken?« trifft ins Schwarze.
Emile Marensin schrieb in seinem Text "Stadtguerilla und soziale Revolution" schon 1972: »Daraus erklärt sich, daß heute, in unseren Gesellschaften, wo sich tatsächlich die neuen Probleme stellen, die Leninisten versuchen, sich in den am weitesten zurückgebliebenen Schichten zu verwurzeln, die der Kapitalismus aufs Abstell-

gleis gestellt hat: die Gastarbeiter, die Alten, die Gefangenen, die rassischen oder sexuellen Minderheiten, kurz, alle Bereiche, wo noch die revolutionären Beweggründe der Vergangenheit überleben. Darum gleichen die Leninisten immer mehr Pfaffen oder SozialarbeiterInnen. Sie sind außerhalb des wirklichen Ablaufs, außerhalb des Lebens, außerhalb der wirklichen Bewegung des Kommunismus. Sie suchen im Müllhaufen der Geschichte den Fraß für ihr Überleben.«

3) Mythos 2: Der "Bewaffnete Kampf"

Klassenkämpfe scheren sich nicht um Legalität, wo es nötig ist, wird ein Kapo auch mal verprügelt, eine Maschine sabotiert usw. Auch die Bewegung hat Ende der 60er Jahre laut, massenhaft und öffentlich über revolutionäre Gewalt diskutiert. Raf, 2. Juni und später RZ sahen sich als Teil einer breiten Bewegung an den Unis, in den Schulen, in den Betrieben, bei den Lehrlingen, die aus vielen verschiedenen Gruppen und Organisationen zu Knast und Psychiatrie, zu Häuserkampf, Sanierung, Vietnam etc. bestand – bis hin zu den vielen Miniparteien oder Parteiaufbauorganisationen. Die Raf hatte sich aber aus diesem Gewimmel ganz deutlich rausgestellt, sie behauptete, es sei unmöglich, tagsüber "Basisarbeit" zu machen und abends bewaffnete Aktionen – Voraussetzung für den Aufbau der Guerilla sei das Sich-Illegal-Machen. In dieser Vorstellung gibt es dann zwei Sphären: die "gewöhnlichen" Kämpfe und die bewaffnete Speerspitze – die Radikalität der Kämpfe wird oft mit ihrer Militanz verwechselt, international orientiert man sich an Gruppen, die "schon" bewaffnet kämpfen usw.

Auch im Ansatz der RZ war ein ganz ähnlicher Denkfehler: Die hauptsächliche Grenze der Massenbewegungen sahen sie fälschlicherweise in der staatlichen Repression. Diese Blockierung sollten dann kleine bewaffnete Kerne aufbrechen. Aber beide Guerillagruppen gerieten lange bevor diese falsch bestimmte Dialektik zu den Massenkämpfen in die Krise kam, in eine Eskalation hinein, der sie nicht gewachsen waren: bei der RZ endete das 1976 im Desaster von Entebbe, bei der Raf war nach der breiten Verhaftungswelle 1972 im deutschen Herbst 77 schon der zweite Anlauf steckengeblieben. Indem sie sich an der Frage des Rausholens der Gefangenen auf diese Eskalation einließen, trugen die bewaffneten Gruppen dazu bei, daß Militanz als etwas von den Massenkämpfen Abgehobenes gesehen wurde.

Nur mit diesem Getrenntsein von gesellschaftlicher Wirklichkeit und der Abwesenheit breiter politischer Debatten lassen sich die Debakel-Aktionen der letzten Jahre erklären, mit denen die bewaffneten Gruppen ihr Ende einläuteten: Die Raf verlor schon relativ früh jedwede moralische Skrupel, als sie den GI Pimenthal töteten, weil sie seinen Ausweis brauchten. Im Golfkrieg beschossen sie dann die amerikanische Botschaft in Bonn – und damit gleichzeitig die Friedenswache. Zur gleichen Zeit versuchte eine RZ, die Siegessäule in Berlin vom Podest zu bomben. Beides hirnrissige Anschläge, die auf der einen Seite das Leben Unbeteiligter gefährdeten und auf der anderen Seite völlig inadäquat blieben als Interventionen gegen den Golfkrieg. Der Berliner Baustadtrat Klein wurde mit einer Briefbombe getötet. Als eine RZ aus dem "Traditionszusammenhang" zu diesen Anschlägen sehr kritisch äußerte, wurde das Papier von denen, die es kritisierte, als patriarchalistisch zurückgewiesen, weil es locker in die Form eines Treffen von drei alten Freunden gekleidet war.

Selbst die Auflösungserklärung der Ruhrgebiets-RZ sitzt dem eigenen Mythos auf, wenn sie die "Nichtreaktion der Szene" auf ihre Enteignung der Zigeunerakten in der Kölner Anlauf- und Beratungsstelle nur damit erklären können, daß ihnen die Szene nicht mehr folgt. Dabei befand sich ein großer Teil der Unterlagen schon längst in den Händen der legalen Gruppen – man kann Akten ja auch einfach klauen. Sie ziehen auch nicht den Schluß, daß eine Aktion, die nicht mit breiten politischen und sozialen Prozessen verbunden ist, beliebig wird, im Gegenteil scheinen sie von einem Automatismus "bewaffnet ist vorne" auszugehen, der auftretende Probleme als "Vermittlungs- und Resonanzprobleme" abtut. Das steht im Gegensatz zum Anspruch, den sie (endlich!) formulieren, auch die "Mittel revolutionärer Politik" neu diskutieren zu wollen.

»Jede Gruppe, die beansprucht, revolutionäre Politik zu machen und sich nicht zu der jeweiligen Klassenzusammensetzung und ihren Kämpfen in Bezug setzt, bleibt zwangsläufig ein Selbstläufer und läuft sich irgendwann zu Tode. Bewaffnete Politik verkommt dann – auch wenn es absurd klingt – zur individuellen Überlebensstrategie.« (Kritik von "ex-RZlerInnen" am Auflösungspapier)

4) Der gute Mythos: Gegenmacht

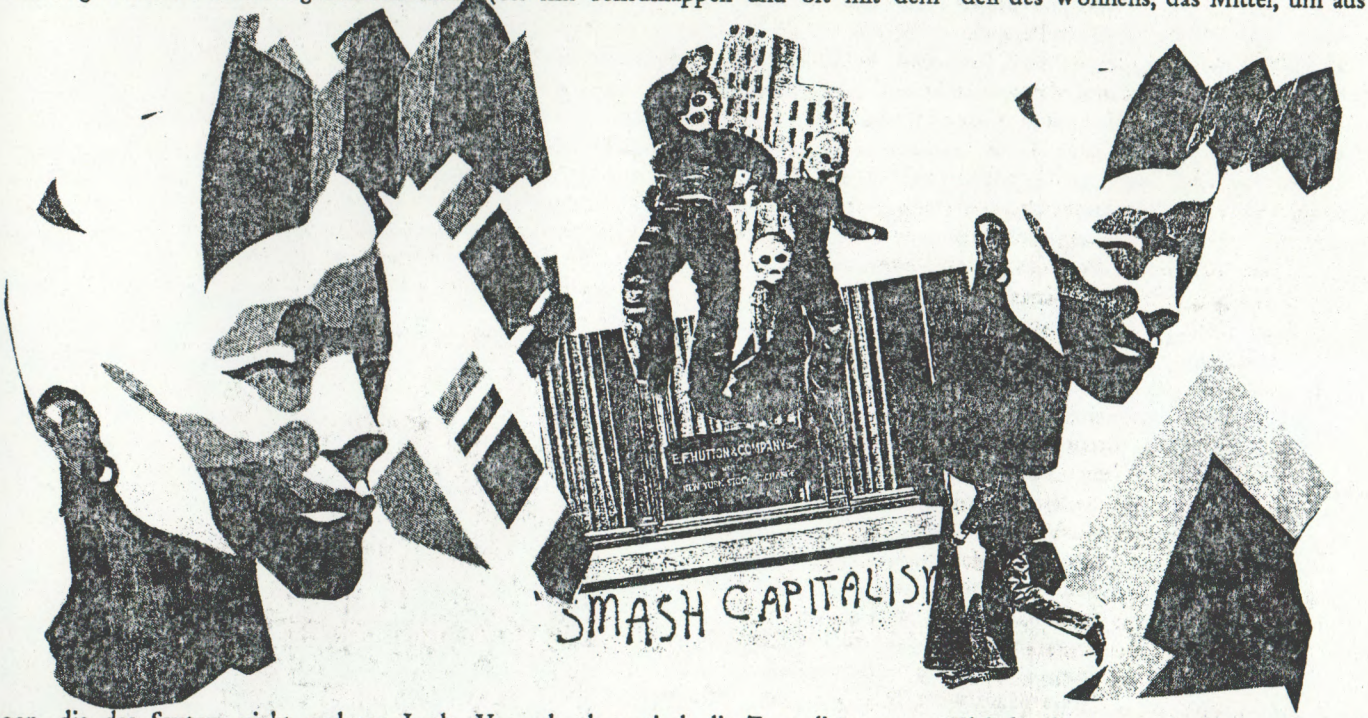
Die Raf machte von Anfang an einen (Qualitäts-)Unterschied zwischen bewaffneten Aktionen der Guerilla und anderen politischen Aktivitäten. Daraus begründeten sie ihren Avantgarde-Anspruch.

Die RZ entstehen als Verbindung zweier politischer Linien: einer Spontilinie von Gegenmacht und einer recht traditionellen Vorstellung, die zwar etwas anders formuliert wurde als von der Raf (»Dem Volke dienen«), aber im Grunde auf das gleiche rauslief, selbst die politische Begründung durch die Faschismustheorien Glucksmanns war die gleiche (»Erst bei einer Vervielfachung der Aktionen werden sie ihre erzieherische Wirkung haben«. »Warum wartet ihr auf die Einnahme des Innenministeriums durch faschistische Banden, während das Innenministerium dieses Land einnimmt und besetzt!«). Ihre Vorstellungen von Gegenmacht beschrieben sie in Revolutionären Zorn Nr. 1 (1975) so: »Was wir wollen, ist die Gegenmacht in kleinen Kernen organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, schützen, die Teil von der politischen Massenarbeit sind. .... Widerstand heißt: über jede Form des Reformismus, der Arschkriecherei und des Anbiederns an dieses System hinauszugehen. Das fängt an, wo man lebt und arbeitet. Am Arbeitsplatz, wo man sich durch Maschinenausfälle gegen die Arbeitshetze wehren kann; geht über kleinere und größere Brände bei Firmen, über Streiks, Fabrikbesetzungen, Demonstrationen, über Angriffe auf die Institutionen der gegen das Volk "Regierenden" und der Unterdrücker, bin hin zu Bestrafungs-, Rache- und Befreiungsaktionen.«

Etwas böswillig dargestellt war Gegenmacht also die naive Vorstellung, daß zur selben Zeit im selben Stadtteil 100 Leute schwarzfahren, 50 Ladendiebstahl machen, 10 Flugblätter verteilen, 2 Rockbands im autonomen Zentrum üben, 50 noch ein Haus besetzen und 7 Arbeiter in einer Fabrik Sabotage begehen, einige Zellen die Fahrkartenautomaten außer Kraft setzen. Aus dieser "Gegenmacht" entsteht revolutionärer Widerstand durch moralische Sauberkeit: kein Arschkriechen, kein Anbiedern, kein Reformismus. Die Leerstellen in der Analyse und im politischen Vorschlag werden durch moralischen Rigorismus aufgefüllt. Die damaligen Spontiszene übersetzte diese Gegenmachtkonzepte politisch in "Freiräume des Arbeitens und Lebens schaffen" und materiell in den Aufbau von hunderten Alternativbetrieben.

[Wie ja überhaupt das spezielle Aktionsmodell der RZ und ihre verschiedenen politischen Linien den jeweiligen existentiellen Entscheidungen ihrer Militanten breitesten Raum ließ: vom Aufgehen im palästinensischen Widerstand bis zur akademischen Karriere...]

Anfang der 80er Jahre entwickelte sich die diffuse Guerilla in der ursprünglichen Absicht der RZ »Schafft viele Revolutionäre Zellen!«, hunderte von Anschlägen mit den unterschiedlichsten Unterschriften, aber auch neue RZs entstanden. Aber nun zeigte das Modell seine ganzen Schwächen: Es kam zu groben Ungenauigkeiten bei bewaffneten Anschlägen. Es gab seitenlange, ideologietriefende Erklärungen zu Anschlägen, die das System nicht mal am Lack kratzten. Im Gefolge der größten diffusen Guerillabewegung, dem Strommastsägen kam es zu Verhaftungen und regelrechten Aussageexzessen, die meines Wissens bis heute nicht politisch aufgearbeitet wurden. An der Startbahn wurden zwei Bullen aufs Geratewohl erschossen.... Im Nachhinein läßt sich feststellen, daß der "bewaffnete Kampf" in der BRD bisher relativ exklusiv geblieben ist – und man muß sagen: zum Glück!



5) Mythos 4: Die Teilbereichsbewegung an und für sich

Was dem Leninisten der vorgebliche Trade-Unionismus der Arbeiterklasse ist dem Autonomen seine Teilbereichs-Sichtweise der Dinge. In den letzten zehn Jahren wurden mehrere hundert Tonnen Papier bedruckt mit "Kritik an den Teilbereichsbewegungen", Überlegungen, wie diese zu "vernetzen" seien usw. Was die autonomen Kritiker dabei ganz übersehen haben: es gibt keine Teilbereichsbewegung mehr – außer ihnen selbst, die sich für die Teilbereiche: Antifaschismus, Antipatriarchalismus, Antirassismus usw. usf. (je nach Konjunktur) einen Alleinvertretungsanspruch zubilligen. Was ist denn eine TB? Die Menschen in Wyhl, die gegen den Bau eines AKW gekämpft haben, Brokdorf, Wackersdorf – aber bereits bei diesen Beispielen stimmt es auf der Ebene der Menschen nicht so ganz: die Leute in Wackersdorf haben in der Mobilisierung gegen die WAA alle möglichen Sachen thematisiert; die Kategorie "TB" trifft eigentlich immer nur auf die Politspezies zu, die sich ein ganz bestimmtes Thema vornehmen (oft mit Scheuklappen und oft mit dem Versuch, theoretisch die Zentralität genau ihres Themas zu beweisen). Aber die ganze Auseinandersetzung darüber findet seit Jahren im luftleeren Raum statt: wo sind denn noch Teilsbereichsbewegungen – die letzte, thematisch wirklich eng begrenzte Bewegung war die mittelständische Friedensbewegung gegen die Mittelstreckenraketen. Und auch die autonome Szene ist nicht mehr in Teilbereichen aktiv (wie es etwa in Revolutionärer Zorn Nr. 1 entworfen wird; s.o.), sondern nur noch in Kampagnen (hat also eine Politikform absolut gesetzt, die wir an der Friedensbewegung noch als bürgerlich kritisiert hatten).

Teilbereichsbewegungen sind das Kleingeld der autonomen Gegenmacht-Entwürfe, der selektive Zugang zur Welt.....

Seit Mitte der 80er Jahre reiben sich die aktuelle Gegenmachtvariante des "antipatriarchalen Kampfs" und ein dünner werdendes Rinnsal der Überbleibsel "sozialrevolutionärer Ansätze" innerhalb der RZ aneinander.... Wobei aber auch "sozialrevolutionär" immer weniger bedeutet, sich auf soziale Prozesse zu beziehen und immer stärker in die Richtung geht, aus den eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen heraus Aktionen zu machen und die Frage nach der Revolution völlig in den Hintergrund zu schieben.

6) Revolution in den Metropolen

Die 70er Jahre waren in breiten Schichten der Gesellschaft gekennzeichnet von der Diskussion über Veränderung. Veränderung in Familienstrukturen, in Arbeitsverhältnissen, Abschaffung des Geldes, des Eigentums, "freie" Gesellschaftsformen, Revolution waren die Themen. Kommunen und Wohngemeinschaften waren das neue Modell des Wohnens, das Mittel, um aus den Kleinfamilien auszubrechen. Man lebte nicht nur zusammen, sondern man kämpfte zusammen, es gab den Ansatz von Abschaffung des Privateigentums, der eigenen Zimmer. In den Betrieben wurde offen über Ausbeutung, die Aneignung der Produktionsmittel und die Abschaffung des Kapitalismus geredet. Wir wollten nicht, wie dann später und noch heute propagiert, Sand im Getriebe sein, sondern dieses Systems stürzen und in anderen Gesellschaftsformen leben. Diese Perspektive fehlt in der heutigen politischen Arbeit vollkommen, "politisch Aktive" weigern sich sogar, darüber zu diskutieren. Aber wenn das Ziel unseres politischen Kampfes nicht Revolution und Befreiung ist, warum machen wir es dann: Freizeitbeschäftigung? aus schlechtem Gewissen?

Im Mai 1968 hauptsächlich durch die Ereignisse in Frankreich stand seit langem mal wieder die Frage nach der Revolution in den Metropolen auf der Tagesordnung. Als die Verhältnisse in Frankreich ins Tanzen gerieten, gab es auch in der BRD eine breite, radikale Bewegung. Zum ersten Mal

seit Jahrzehnten entstand wieder ein Gefühl dafür, daß Revolution auch in den Metropolen möglich ist. Dieser Gedanke war Motor für eine breite Bewegung gegen das kapitalistische System.
Aber in der BRD hatten nur ganz wenige politische Gruppen eine Vorstellung davon, wie aus den breiten Bewegungen die Revolution entstehen könnte. Bald begannen die K-Gruppen, ihre Hoffnungen auf eine "Arbeiterklasse" zu stützen, die so vielleicht vor 100 oder 50 Jahren existiert hatte (wahrscheinlich aber nur in ihren Köpfen). Die anderen stellten ab auf Antiimperialismus, "die Städte vom Land her einkreisen", "Solidarität mit den Befreiungsbewegungen und den jungen Nationalstaaten" usw. Aus dieser Perspektive heraus wurde bis heute eine Politik betrieben, die für Revolution in den Metropolen keinerlei Berechtigung sah. Sie sollte in den Ländern der 3. Welt (der Osten hatte "seine sozialistische Revolution" schon) stattfinden. Für die Metropolen waren unterstützende Aktionen vorgesehen. Das imperialistische System sollte auch hier getroffen werden, aber als Unterstützung für die Befreiungsbewegungen.
Diese Politik ist kläglich gescheitert. Der sozialistische Osten ist an seinen inneren Klassenwidersprüchen zerbrochen, die wenigen noch existierenden kommunistischen Staaten haben mit Auflösungsproblemen zu kämpfen. Die an die Macht gekommenen Befreiungsbewegungen haben die Ausbeutung "ihres" Volkes zum Teil verschärft fortgesetzt wie in Mosambik, zum Teil zerreiben sie sich untereinander wie in Äthiopien, die Sandinistas wurden gar abgewählt... Die Zahl der Befreiungsbewegungen hat sich extrem reduziert. Die "freie Marktwirtschaft" hat sich weltweit durchgesetzt.
Heute drängt sich wieder die Grundfrage aller revolutionären Bewegungen auf: die nach der "Revolution im Westen", der Revolution im Innern der kapitalistischen Metropolen.
Daß so viele Menschen aus der ehemaligen Zweiten und der ehemaligen Dritten Welt hierherzukommen versuchen, unterstreicht gerade nochmal die Zentralität der Frage nach der Revolution hier!
Diese Frage ist aber ganz banal eine Frage nach Mehrheiten: wir können uns eine Revolution im emanzipatorischen Sinn nicht als Sache von Minderheiten vorstellen. Und das heißt wiederum die Frage nach dem (möglichen) Subjektsein der Menschen hier. Im Auflösungspapier der RZ steht: »Die Kämpfe und Aneignungsformen im proletarischen Spektrum, in den Subschichten der jugendlichen ImmigrantInnen, der sozial entrechteten Frauen, der Opfer der Deregulation im Osten, erscheinen uns bisher undurchschaubar, weil wir mit Bildern konfrontiert werden, in denen wir das Wesen der Emanzipation der Klasse nicht erkennen, und weil unser analytisches Instrumentarium nicht ausreicht, um hinter den Erscheinungsformen die Bedeutung der Kämpfe zu entziffern. Es bleibt also nichts anderes übrig, als sich dem historischen Prozeß zu stellen, ohne auf die hierarchisch-patriarchalischen, anti-kommunistischen Politikmuster und Organisationsmodelle zurückzugreifen und ohne vorschnell neue Ideologien zu produzieren, die der völlig offenen Situation schon wieder ein Korsett anpassen und vorhandene Widersprüche zugunsten einer monokausalen Weltsicht glätten würden.« Ironischerweise tun sie genau das: die Menschen im Osten erscheinen ihnen nur als "Opfer"! Und in der Aufzählung kommt es auch auf die Auswahl an: die vielen Kämpfe von Lohnabhängigen kommen nicht vor! Sie zeigen also ganz richtig das Unverständnis der Linken gegenüber den aktuellen Umwälzungen auf – tun das aber in Begriffen, wo die Menschen als Subjekte nicht vorkommen.
Aber die Frage danach, wo sie es sind und wie sie es werden können, ist die zentrale Frage auf dem Weg zur Revolution.